



ADVESTRA

Per E-Mail an: ehra@bj.admin.ch

Zürich, 17.10.2024

Vernehmlassung Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte: Änderung des Obligationenrechts (OR), des Revisionsaufsichtsgesetzes (RAG) und des Strafgesetzbuchs (StGB)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jens
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die Vernehmlassungsvorlage vom 26. Juni 2024 zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte) und danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Im Nachfolgenden finden Sie unsere Einschätzung zur Vernehmlassung. Bei Rückfragen stehen die Unterzeichnenden Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Annette Weber

Prof. Dr. Rashid Bahar

Einleitung

Wir erlauben uns, vorab einige generelle Punkte anzubringen, die übergeordneter Natur sind und nicht spezifisch auf einzelne Artikel gemünzt sind:

Wir anerkennen grundsätzlich das Bedürfnis, die jetzige Schweizer Regelung an dasjenige des EU Rechts näher anzugleichen. Jedoch möchten wir dazu Folgendes anbringen: Uns fehlen eine längerfristige Sichtweise bzw. eine Strategie, wie das Verhältnis zum und die Nachführung des EU-Rechts grds. angegangen werden soll, in Anbetracht der zahlreichen Änderungen, die das EU-Recht noch plant. Zurzeit hinkt die Schweiz permanent hinter der Regelung der EU hinterher. Bei einer Analyse sollten auch Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Unternehmen im internationalen Kontext (nicht nur im Vergleich zur EU) sowie die Anerkennung der Schweizer Regelung durch die EU berücksichtigt werden. Letzterer Punkt ist u.E. von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da die reine Überführung von geltenden EU-Recht in Schweizer Recht keine Garantie ist, dass dieses auch von der EU anerkannt wird (z.B. im Hinblick auf die Prüfung). Das Beispiel der Börsenäquivalenz hat gezeigt, dass die EU keine Hemmungen hat, übergeordnete politische Gründe anzuführen, weshalb eine Schweizer Regelung nicht anerkannt wird, auch wenn diese formaljuristisch gleichwertig ist. Entsprechend ist eine vorgängige Abklärung, wie die EU mit der Schweizer Regelung umgehen wird, von entscheidender Bedeutung bzw. eine Voraussetzung.

Auffallend im erläuternden Bericht ist die Beschränkung des Rechtsvergleichs auf die EU. Andere Jurisdiktionen werden nicht einmal erwähnt. Insofern ist der betreffende Titel im erläuternden Bericht auch irreführend, da sich dieser Abschnitt ausschliesslich auf die EU bezieht. Ein Rechtsvergleich mit den Vereinigten Staaten würde zeigen, dass es Jurisdiktionen gibt, welche auf dieses Thema eine andere Sichtweise haben und auch andere Ansätze möglich sein können. In Anbetracht der nicht unbeachtlichen Anzahl amerikanischen Investoren in der Schweiz und die Ausrichtung einiger Schweizer Unternehmen auf die Vereinigten Staaten finden wir es erstaunlich, dass der amerikanische Ansatz nicht einmal erwähnt wird, und schon gar nicht deren Vor- und Nachteile untersucht wurde.

Wir sind der Ansicht, dass die vorgeschlagene Regelung zu streng ist und fordern, dass signifikant weniger Gesellschaften unter die neue Regelung fallen sollten. Wir haben in den letzten Jahren verschiedene Mandanten bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung begleitet oder haben von ihnen von den damit verbundenen Schwierigkeiten erfahren. Dem fehlenden Know-how sowie den benötigten zusätzlichen Ressourcen werden unserer Meinung nach im erläuternden Bericht und damit auch in der Gesetzgebung zu wenig Rechnung getragen. Insbesondere kleinere Unternehmen verfügen nicht über das notwendige Know-how, das oftmals nur durch externe Spezialisten kostspielig erlangt werden kann. Die Ressourcen, die intern dafür eingesetzt werden müssen, um die notwendigen Prozesse aufzusetzen, damit die relevanten Daten zur Verfügung stehen, stellen Unternehmen vor grossen Herausforderungen, die nicht unterschätzt werden dürfen. Der erläuternde Bericht setzt sich nur ungenügend damit auseinander, wie diese zum Verhältnis zum öffentlichen Interesse zu stellen sind. Wir anerkennen, dass einige Schweizer Unternehmen neu unter dem revidierten EU-Recht Bericht erstatten müssen. Daraus sollte u.E. aber nicht gefolgert werden, dass die Schweiz die Schweizer Unternehmen verpflichten sollte, Bericht zu erstatten.

Mehrere unserer Mandanten beklagen sich schon unter dem heutigen Regime, dass die Berichterstattung den grössten Teil ihrer ESG-Aktivitäten ausmachen, obwohl sie sich eigentlich gerne mehr für Nachhaltigkeit einsetzen würden, als sich primär der Berichterstattung zu widmen. Vor diesem

Hintergrund würden wir eine möglichst schlanke Regelung begrüssen, auch wenn wir anmerken möchten, dass die Ausrichtung an internationale Standards begrüssenswert ist, da diese einen Vergleich erst möglich machen.

Kommentierung der einzelnen Artikeln

Art.	Änderungsvorschlag	Kommentar
OR		
964a	Folgende Unternehmen müssen jährlich Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte erstatten: 1. Gesellschaften des öffentlichen Interesses im Sinne von Artikel 2 Buchstabe c Ziffern 1 und 2 Revisionsaufsichtsgesetz vom 16. Dezember 2005 (RAG); 2. Unternehmen, die zwei der nachstehenden Grössen in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren überschreiten: a. Bilanzsumme von 25 Millionen Franken, b. Umsatzerlös von 50 Millionen Franken, c. 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt; 3. Unternehmen, die nach Artikel 963 zur Erstellung einer Konzernrechnung verpflichtet sind und die zusammen mit den kontrollierten Unternehmen zwei der Grössen nach Ziffer 2 in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschreiten.	Wir sind der Ansicht, dass der Anwendungsbereich unter dem neuen Recht zu weit gefasst ist. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass bereits unter dem heutigen Recht verschiedene Unternehmen Mühe bekunden, sich das notwendige Know-how anzueignen und die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Für KMUs würde das einen unverhältnismässigen Aufwand bedeuten. Wir beantragen, den Anwendungsbereich und die Schwellenwerte des heutigen Rechts beizubehalten. Eventualiter, für den Fall, dass die Berichterstattung ausgedehnt werden sollte, beantragen wir, dass die Schwellenwerte für Finanzinstitute beibehalten werden, aber für übrige Unternehmen auf das Kriterium des öffentlichen Interesses allein abgestellt werden sollte. U.E. besteht ein ungleich höheres Interesse an der Offenlegung von Informationen bei kotierten Gesellschaften (welche den grössten Teil dieser Gruppe der Gesellschaften des öffentlichen Interesses ausmachen dürften) als bei nichtkotierte. Die neue Regelung würde dazu führen, dass eine privat gehaltene Gesellschaft zwar Parameter über ihren CO₂-Ausstoss offenlegen müsste, nicht aber ihren Jahresabschluss. Schliesslich ist es u.E. auch fraglich, wie viele Personen der

Art.	Änderungsvorschlag	Kommentar
		Allgemeinheit Berichte von privat gehaltenen Gesellschaften auch tatsächlich zur Kenntnis nehmen. Subeventualiter, für den Fall, dass am Vorschlag dennoch festgehalten werden sollte, beantragen wir, dass die Schwellenwerte nach Art. 727 OR angepasst werden und sich nicht nur aus dem EU-Recht ableiten liessen. Damit wird eine Konsistenz innerhalb des OR geschaffen und eine Fragmentierung durch die verschiedenen Schwellenwerte vermieden werden, die einen unnötigen Aufwand verursachen. In diesem Fall sollten aber noch weitere Kriterien dazu kommen, die kumulativ erfüllt sein müssen, damit eine Gesellschaft unter den Anwendungsbereich fällt.
964b	1 Von der Pflicht nach Artikel 964a befreit sind Unternehmen: 1. die von einem anderen Unternehmen kontrolliert werden: a. das nach Artikel 964a einen Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte erstellen muss; oder b. das einen gleichwertigen Bericht nach ausländischem Recht erstellt; 2. die allein oder zusammen mit den von ihnen kontrollierten in- oder ausländischen Unternehmen mindestens zwei der nachstehenden Grössen in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren nicht überschreiten: a. Bilanzsumme von 450 000 Franken, b. Umsatzerlös von 900 000 Franken, c. 10 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt.	Für den Fall, dass unserem Antrag in Art. 964a nicht gefolgt wird, begrüssen wir die Ausnahmen für kontrollierte und Kleinunternehmen. Wir sind der Ansicht, dass es nicht notwendig ist, dass dasjenige Unternehmen, das von der Berichterstattung befreit ist, den Bericht veröffentlichen muss wie in Abs. 2 vorgesehen. Überdies finden wir die Formulierung in Abs. 2 unglücklich: Es sollte klar hervorgehen, dass die Jahresrechnung des Unternehmens, das von der Berichterstattung befreit worden ist, nicht offengelegt werden muss.

Art.	Änderungsvorschlag	Kommentar
	2 Unternehmen, die keinen eigenen Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte verfassen, müssen im Anhang zur Jahresrechnung angeben, bei welchem anderen Unternehmen sie in den Bericht einbezogen sind. Sie müssen diesen Bericht veröffentlichen.	
964c	1 Der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte muss Rechenschaft geben über die folgenden Nachhaltigkeitsaspekte 1. Umweltfaktoren, insbesondere den Stand in Bezug auf die Erreichung des Netto-Null-Treibhausgasemissionsziels bis spätestens 2050 zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau; 2. Sozialaspekte einschliesslich Arbeitnehmerbelange; 3. Menschenrechtsaspekte; 4. Governance-Aspekte einschliesslich organisatorischer Vorkehren zur Bekämpfung von Korruption. 2 Zu nennen sind diejenigen Angaben, die für das Verständnis der Auswirkungen der Tätigkeiten des Unternehmens auf Nachhaltigkeitsaspekte sowie das Verständnis der Auswirkungen von Nachhaltigkeitsaspekten auf Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Unternehmens erforderlich sind. 3 Der Bericht umfasst insbesondere:	Die Referenz auf die Standards der EU und gleichwertige Standards, die vom Bundesrat bezeichnet werden können, erachten wir grundsätzlich als sinnvoll, da damit eine internationale Harmonisierung angestrebt wird und der Bundesrat grds. am besten in der Lage ist, schnell auf geänderte Standards zu reagieren. Es sollte aber auch die Möglichkeit gegeben werden, Standards zu verwenden, welche von der EU nicht anerkannt sind und u.U. auch von der EU nicht als gleichwertig anerkannt werden können. Denn Standards ausserhalb der EU verlangen nicht immer eine doppelte Wesentlichkeit und sind deshalb nicht gleichwertig. Schweizer Unternehmen sollten aber auch nicht-EU Standards wählen dürfen, denn eine einseitige Fokussierung auf EU-Standards erachten wir als nicht gerechtfertigt. Die Möglichkeit der Abfassung des Berichts auf Englisch ist in Anbetracht der internationalen Investorenbasis wünschenswert.

Art.	Änderungsvorschlag	Kommentar
	1. eine Beschreibung des Geschäftsmodells und der Strategie des Unternehmens; 2. eine Beschreibung der zeitgebundenen Nachhaltigkeitsziele, die sich das Unternehmen gesetzt hat; 3. eine Beschreibung der Rolle des obersten Leitungs- oder Verwaltungsorgans was Nachhaltigkeitsaspekte betrifft; 4. eine Beschreibung der Unternehmenspolitik hinsichtlich der Nachhaltigkeit; 5. Angaben über allfällige Anreizsysteme, die mit Nachhaltigkeitsaspekten verknüpft sind und den Mitgliedern des obersten Leitungs- oder Verwaltungsgans angeboten werden; 6. eine Beschreibung der in Bezug auf die Nachhaltigkeitsaspekte angewandten Sorgfaltsprüfung; 7. eine Beschreibung der wesentlichen tatsächlichen oder potenziellen negativen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsaspekte beziehungsweise von Nachhaltigkeitsaspekten, die mit der Geschäftstätigkeit des Unternehmens und mit seiner Wertschöpfungskette verbunden sind sowie eine Beschreibung der Massnahmen zur Ermittlung und Überwachung dieser Auswirkungen; 8. eine Beschreibung der Massnahmen des Unternehmens zur Verhinderung, Minderung, Behebung oder Beendigung	

Art.	Änderungsvorschlag	Kommentar
	tatsächlicher oder potenzieller negativer Auswirkungen nach Ziffer 7, und des Erfolgs dieser Massnahmen; 9. eine Beschreibung der wesentlichen Risiken, denen das Unternehmen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsaspekten ausgesetzt ist, und der Handhabung dieser Risiken durch das Unternehmen; 10. die relevanten Indikatoren in Bezug auf die Angaben gemäss Ziffern 1-9. 4 Die in den Absätzen 1 und 3 genannten Angaben umfassen Informationen zur Geschäftstätigkeit des Unternehmens und zu seiner Wertschöpfungskette, einschliesslich Angaben zu seinen Produkten und Dienstleistungen, seinen Geschäftsbeziehungen und seiner Lieferkette. 5 Der Bundesrat bezeichnet die anerkannten Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Unter anderem gelten die in der europäischen Union verwendeten Standards als anerkannt. Die Angaben müssen die in der europäischen Union verwendeten Standards oder einen anderen gleichwertigen Standard für die Nachhaltigkeitsberichterstattung erfüllen. Der gewählte Standard muss in seiner Gesamtheit für alle Vorgaben dieses Artikels übernommen und im Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte genannt werden. Der Bundesrat bezeichnet die Standards. 6 Kontrolliert im Sinne von Artikel 963 Absatz 2 ein Unternehmen allein oder zusammen mit anderen	

Art.	Änderungsvorschlag	Kommentar
	Unternehmen im In- oder Ausland eines oder mehrere Unternehmen, so muss der Bericht alle diese Unternehmen umfassen. 7 Das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan ist für die Wahl des Standards zuständig, sofern die Statuten keine anderslautenden Vorgaben enthalten oder die Generalversammlung den Standard nicht festlegt. 8 Der Bericht ist in einer Landessprache oder auf Englisch abzufassen.	
964c^{bis}	1 Unternehmen lassen die Angaben über Nachhaltigkeitsaspekte prüfen durch: 1. Revisionsunternehmen, welche die Voraussetzungen von Artikel 6a RAG4 erfüllen, oder 2. Konformitätsbewertungsstellen, welche die Voraussetzungen von Artikel 6b RAG erfüllen. 2 Der Bundesrat regelt, mit welcher Prüftiefe die Prüfung durchgeführt werden muss, insbesondere ob geprüft wird, ob Sachverhalte vorliegen, aus denen zu schliessen ist, dass die Angaben über Nachhaltigkeitsaspekte im Bericht unvollständig oder falsch sind, oder ob geprüft wird, ob die Angaben über Nachhaltigkeitsaspekte im Bericht vollständig und richtig sind. Er orientiert sich dabei an den internationalen Entwicklungen.	Unter der Annahme, dass die bisherigen Schwellenwerte beibehalten werden, ist eine Prüfungspflicht für alle Unternehmen, die der Berichterstattungspflicht unterstehen, gerechtfertigt. Werden die Schwellenwerte jedoch gesenkt, sollte es u.E. für KMUs die Möglichkeit geben, keine Prüfung durchzuführen, da eine Prüfung mit signifikanten Kosten und einem Mehraufwand einhergeht. Wir erwarten ohnehin, dass sich eine Prüfung aufgrund der Nachfrage von Investoren weitestgehend etablieren wird. Des Weiteren disziplinieren bereits die Strafbestimmung sowie die Verantwortlichkeit des Verwaltungsrats, dass Unternehmen wahrheitsgetreu berichten.

Art.	Änderungsvorschlag	Kommentar
	3 Für die mit der Prüfung beauftragten Revisionsunternehmen und Konformitätsbewertungsstellen gelten mindestens folgende Anforderungen an die Revisionsstelle sinngemäss: 1. Unabhängigkeit (Art. 728 und Art. 11 RAG); 2. Berichterstattung (Art.728b); 3. Anzeigepflichten (Art. 728c Abs. 1 und 2); 4. Wahl (Art. 730 Abs. 2-4); 5. Amtsdauer (Art. 730a); 6. Auskunft und Geheimhaltung (Art. 730b); 7. Dokumentation und Aufbewahrung (Art. 730c). 4 Die Bestimmungen zur Unabhängigkeit gelten sinngemäss auch gegenüber Unternehmen, die im Rahmen der Lieferketten zur Berichterstattung über die Nachhaltigkeitsaspekte beitragen.	
963 ^{ter}	1 Der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte muss in einem einheitlichen elektronischen Format erstellt werden; das Format muss einem international verwendeten Standard entsprechen. 2 Der Bericht bedarf der Genehmigung durch das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan. Das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan unterbreitet den Bericht zur Genehmigung	Trotz dem Lehrstreit über die Rechtsnatur der Abstimmung der Generalversammlung sind die Folgen der Ablehnung nicht im Gesetz geregelt. U.E. muss das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan den Bericht veröffentlichen, auch wenn die Generalversammlung den Bericht nicht zustimmt. Die Generalversammlung kann den Bericht aus verschiedenen Gründen ablehnen, z.B. weil der Bericht inhaltlich falsch oder unvollständig ist, weil die Qualität der Berichterstattung nicht angemessen ist oder weil er die Leistung der Gesellschaft als

Art.	Änderungsvorschlag	Kommentar
	des für die Genehmigung der Jahresrechnung zuständigen Organs. Lehnt das für die Genehmigung der Jahresrechnung zuständige Organ den Bericht ab, muss der Bericht für das nächste Geschäftsjahr auf die Ablehnung hinweisen. sowie der Genehmigung des für die Genehmigung der Jahresrechnung zuständigen Organs. 3 Das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan stellt sicher, dass der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte und der Prüfbericht: 1. umgehend nach der Genehmigung der Jahresrechnung elektronisch veröffentlicht werden; 2. mindestens zehn Jahre lang öffentlich zugänglich bleiben. 4 Für die Führung und Aufbewahrung der Berichte gilt Artikel 958f sinngemäss.	nicht befriedigend betrachtet (und dabei können die Aktionäre sowohl der Auffassung sein, dass die Gesellschaft zu wenig im Nachhaltigkeitsbereich leistet, als auch, dass die Gesellschaft sich zu sehr auf diesen Bereich fokussiert). Ein nachträglicher Vermerk im Bericht scheint uns problematisch, weil der Bericht schon im Vorfeld der Generalversammlung veröffentlicht und verbreitet wird. Wir schlagen dementsprechend vor, dass ein entsprechender Vermerk erst im Bericht des Folgejahres aufgenommen werden muss. Da die der Ablehnung zugrunde liegende Motivationen mannigfaltig sein können, scheint es uns nicht praktikabel zu verlangen, dass die in Reaktion zur Ablehnung getroffenen Massnahmen auch veröffentlicht werden müssen. Wir gehen allerdings davon aus, dass der Verwaltungsrat entsprechende Massnahmen freiwillig erläutern wird, wenn die Umstände es verlangen.
StGB		
325^{ter}	Mit Busse bis zu 100 000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich: a. in den Berichten gemäss den Artikeln 964a und 964c sowie gemäss Artikel 964l OR falsche Angaben macht oder die Berichterstattung als Ganzes unterlässt;	Die Strafbestimmung sollte dahingehend präzisiert werden, dass die Berichterstattung nur dann strafbar ist, wenn sie als Ganzes unterlassen wurde. Da Art. 964c Abs. 3 einen nicht abschliessenden Katalog von Themen enthält und damit nicht klar ist, wann ein Bericht vollständig ist, ist es für ein Unternehmen nicht zumutbar, einer Strafbarkeit für allfällig unterlassene Informationen zu unterliegen. Mit einem nichtabschliessenden Katalog unterscheidet sich die nicht-finanzielle Berichterstattung von der finanziellen Berichterstattung,

Art.	Änderungsvorschlag	Kommentar
	b. der gesetzlichen Pflicht zur Führung und Aufbewahrung des Berichts gemäss den Artikeln 964ter und 964l OR nicht nachkommt.	bei der festgelegt ist, welche Informationen aufgeführt werden müssen.

Vernehmlassung zur Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte: Änderung des Obligationenrechts (OR), des Revisionsaufsichtsgesetzes (RAG) und des Strafgesetzbuchs (StGB)

Stellungnahme der Akademien der Wissenschaften Schweiz

Organisation	Akademien der Wissenschaften Schweiz a+
Adresse	Akademien der Wissenschaften Schweiz Haus der Akademien Postfach CH-3001 Bern
Datum, Unterschrift	17. Oktober 2024 Im Namen des Vorstandes der Akademien der Wissenschaften Schweiz und ihres Präsidenten Prof. Yves Flückiger

Erarbeitungsprozess der Stellungnahme und beteiligte Expert:innen:

Zur Erarbeitung der Stellungnahme wurden Expert:innen aus der SCNAT eingeladen. Federführend war das Forum Biodiversität Schweiz. Die Beiträge der Expert:innen wurden in die Stellungnahme eingearbeitet. Die überarbeitete Version wurde durch den Delegierten des SCNAT-Vorstandes zu Händen der vier Akademien und des Präsidiums der Akademien Schweiz freigegeben.

Die folgenden Experten haben an der Ausarbeitung mitgewirkt und stützen die Stellungnahme mit ihrem Namen:

- Lukas Berger, Leiter Forum Biodiversität Schweiz, SCNAT
- Dr. Sascha Ismail, wissenschaftlicher Mitarbeiter Forum Biodiversität Schweiz, SCNAT und Ostschweizer Fachhochschule, OST

Redaktion: Lukas Berger, Leiter Forum Biodiversität Schweiz, SCNAT

1. Allgemeine Bemerkungen

Die Akademien der Wissenschaften a+ bedanken sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zur Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte.

Wir begrüßen es, dass mit dem Vorentwurf die Bestimmungen der «Transparenz über nicht-finanzielle Belange» im aktuellen OR an das EU-Recht angepasst werden sollen. Die Schweiz bleibt mit diesem Schritt in Bezug auf die nachhaltige Unternehmensführung international abgestimmt.

Es ist zweckmässig, dass analog zur EU auch in der Schweiz bereits Unternehmen mit 250 Mitarbeitenden über die Risiken ihrer Geschäftstätigkeit in den Bereichen Umwelt, Menschenrechte, Bekämpfung von Korruption sowie zu den ergriffenen Massnahmen Bericht erstatten müssen.

Ebenfalls sinnvoll ist die Ersetzung des bisherigen Ausdrucks «nichtfinanzielle Belange» durch «Nachhaltigkeitsaspekte» und die Definition im erläuternden Bericht, dass damit diejenigen

Aspekte gemeint sind, die in Artikel 964c Absätze 1-3 VE-OR genauer umschrieben werden. So hatte auch die EU ihre Terminologie treffenderweise von «nichtfinanzielle Informationen» zu «Nachhaltigkeitsinformationen» geändert.

Wo untenstehend nicht anders vermerkt, unterstützen wir ausdrücklich den in die Vernehmlassung gegebenen Vorentwurf.

Einzig bei **Art. 964c Abs. 1 VE-OR** sind wir der Auffassung, dass eine **Umformulierung notwendig** ist. Der Bundesrat hat in seiner «Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030» die Schwerpunkte der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in der Schweiz festgelegt. Im Zwischenbericht vom 24. Januar 2024 kommt er zum Schluss, dass

- a) Das Thema Biodiversität weit weniger stark im politischen Fokus steht als Energie und Klima und die vom Bundesrat festgelegte Leitlinie einer gleichwertigen und ausgewogenen Berücksichtigung der drei Zieldimensionen (wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, gesellschaftliche Solidarität und ökologische Verantwortung) noch nicht in allen Politikbereichen Einzug erhalten hat (S. 20).
- b) Die Bemühungen zur Erhaltung, nachhaltigen Nutzung und Förderung der Biodiversität weitergeführt und intensiviert werden müssen (S. 20).
- c) Der Bund Modelle zum Einbezug von Biodiversitätsaspekten in Finanzentscheiden explizit unterstützt (wie *Exploring Natural Capital Opportunities, Risks and Exposure [ENCORE]*) (S.30).

Ausserdem gilt der Biodiversitätsverlust als eines der fünf wichtigsten langfristigen Risiken für die (Welt-) Wirtschaft (vgl. [WEF Global Risks Report 2024](#)).

Diese Ausgangslage und die unpräzise Implementierung der einschlägigen Bestimmung aus dem EU-Recht (vgl. Änderung der Richtlinie 2013/34/EU: Art. 29b Abs. 2 Bst. a) erfordert eine Anpassung von Art. 964c Abs. 1 VE-OR.

Für die Berücksichtigung unseres untenstehenden Änderungsantrags (rot hervorgehoben) danken wir Ihnen bestens.

2. Zum Obligationenrecht

Artikel	Änderungsantrag (in rot)	Begründung / Kommentar
Art. 964c Abs. 1 OR	¹Der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte muss Rechenschaft geben über die folgenden Nachhaltigkeitsaspekte 1. Umweltfaktoren: insbesondere den Stand in Bezug auf die Erreichung des Netto-Null-Treibhausgasemissionsziels bis spätestens 2050, zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau; a. Klimaschutz b. Anpassung an den Klimawandel c. Wasser- und Meeresressourcen d. Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft e. Verschmutzung f. Biodiversität und Ökosysteme.	Aus Gründen der Rechtssicherheit ist es zentral, die in der EU-Richtlinie 2022/2464 (Änderung der Richtlinie 2013/34/EU: Art. 29b Abs. 2 Bst. a) genannten Umweltfaktoren auch in der Schweiz abschliessend aufzulisten. Die blosser Erwähnung dieser Umweltfaktoren im erläuternden Bericht genügt bekanntlich nicht (nur Auslegungshilfe, nicht rechtsverbindlich). Ausserdem fehlt im Bericht die Erwähnung des Umweltfaktors «Anpassung an den Klimawandel». Diese Anpassungen an den Klimawandel sind für den Schutz der Bevölkerung und der Infrastrukturen unverzichtbar und sollten daher nicht unerwähnt bleiben. Da der Verlust funktionierender Ökosysteme als eines der fünf wichtigsten langfristigen wirtschaftlichen Risiken eingeschätzt wird (vgl. WEF Global Risks Report 2024), ist die explizite Nennung der

Artikel	Änderungsantrag (in rot)	Begründung / Kommentar
Art. 964c Abs. 1 OR	2. Sozialaspekte einschliesslich Arbeitnehmerbelange; 3. Menschenrechtsaspekte; 4. Governance-Aspekte einschliesslich organisatorischer Vorkehren zur Bekämpfung von Korruption. [Alternativ]: ¹Der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte muss Rechenschaft geben über die folgenden Nachhaltigkeitsaspekte 1. Umweltfaktoren, insbesondere den Stand in Bezug auf die Erreichung des Netto-Null-Treibhausgasemissionsziels und die Auswirkungen auf Biodiversität und Ökosysteme bis spätestens 2050, zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau; 2. Sozialaspekte einschliesslich Arbeitnehmerbelange; 3. Menschenrechtsaspekte; 4. Governance-Aspekte einschliesslich organisatorischer Vorkehren zur Bekämpfung von Korruption.	Umweltfaktoren auch inhaltlich im Sinn der betroffenen Unternehmen. Falls auf die explizite Nennung der Umweltfaktoren verzichtet werden soll, ist zumindest «Biodiversität und Ökosysteme» als wirtschaftliches Hauptrisiko explizit zu nennen. Der Zusatz betr. Zweck des Netto-Null-Treibhausgasemissionsziels <i>«zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1.5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau»</i> bringt keinen inhaltlichen Mehrwert und ist ausserdem nicht stufengerecht. An dessen Stelle soll auf das Hauptrisiko «Biodiversität und Ökosysteme» hingewiesen werden.

Postfach 1548 | CH-8002 Zürich

BÄR
& KARRER

Per E-Mail an:
ehra@bj.admin.ch

Zürich, 17. Oktober 2024

Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die Einladung vom 26. Juni 2024, zur Vernehmlassungsvorlage über die Änderungen der Bestimmungen zur Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte ("**Vorlage**"), welche Änderungen des Obligationenrechts ("**OR**"), des Strafgesetzbuches ("**StGB**") und des Revisionsaufsichtsgesetzes ("**RAG**") beinhaltet, Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Einräumung dieser Gelegenheit und reichen Ihnen hiermit fristgerecht unsere Stellungnahme ein.

Als im Gebiet des Wirtschaftsrechts tätige Anwaltskanzlei beraten wir verschiedenste grosse börsenkotierte und von der FINMA beaufsichtigte Unternehmen, die bereits jetzt der Berichterstattung über nichtfinanzielle Belange unterliegen, wie auch grosse nicht kotierte und mittelgrosse Unternehmen, sowie Investoren von solchen Unternehmen. Wir beschäftigen uns seit ihrer Einführung regelmässig und eingehend mit den Regelungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung und sich aus ihrer Anwendung ergebenden Fragestellungen. Die folgende Stellungnahme erfolgt insbesondere aus der Perspektive der im Gesellschaftsrecht, insbesondere der Nachhaltigkeitsberichterstattung tätigen (beratenden) Praktikerinnen und Praktiker, ohne dass wir spezifisch die Interessen einzelner Klientengruppen vertreten. Wir äussern uns unabhängig von bestehenden Mandatsbindungen.

Unsere Anmerkungen zu einzelnen Bestimmungen der Vorlage haben insbesondere die Anliegen der Klarheit, Umsetzbarkeit und Anwenderfreundlichkeit der Gesetzgebung sowie den Grundsatz der Verhältnismässigkeit im Auge.

Bär & Karrer AG
Rechtsanwälte

baerkarrer.ch

Zürich
Brandschenkestrasse 90
CH-8002 Zürich
Phone: +41 58 261 50 00
zuerich@baerkarrer.ch

Genf
12, quai de la Poste
CH-1211 Genève 3
Phone: +41 58 261 57 00
geneve@baerkarrer.ch

Lugano
Via Vegezzi 6
CH-6901 Lugano
Phone: +41 58 261 58 00
lugano@baerkarrer.ch

Zug
Baarerstrasse 8
CH-6302 Zug
Phone: +41 58 261 59 00
zug@baerkarrer.ch

Basel
Lange Gasse 47
CH-4052 Basel
Phone: +41 58 261 59 50
basel@baerkarrer.ch

St. Moritz
Via Maistra 2
CH-7500 St. Moritz
Phone: +41 58 261 50 90
st.moritz@baerkarrer.ch

I Stellungnahme

1 Grundsatz des teilweisen Nachvollzugs

- 1 Wir teilen die Einschätzung, dass eine Anpassung der schweizerischen Regelungen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung an die EU grundsätzlich erforderlich ist, weil viele aktuell von bereits von Art. 964a-c OR erfasste Unternehmen auch von der CSRD betroffen sind, und eine Vereinheitlichung – trotz einer gewissen Ausweitung der einzelnen Berichterstattungserfordernisse – längerfristig administrativen Aufwand verringern wird, welcher durch unterschiedliche Berichterstattungsregime verursacht wird.
- 2 Auch sind wir der Ansicht, dass ein teilweiser Nachvollzug der CSRD die zu bevorzugende Lösung ist, da nicht alle Regelungen der CSRD für die Schweiz angemessen sind und daher nicht in jedem Fall unbesehen übernommen werden können (siehe dazu auch sogleich Rz. 3 ff.).

2 Unverhältnismässige Ausweitung des Anwendungsbereichs

- 3 Ein (teilweiser) Nachvollzug der CSRD ist sinnvoll, um (i) doppelte bzw. Mehrfach-Berichterstattungen zu vermeiden und (ii) die Nachhaltigkeitsberichte auf internationaler Ebene zu vereinheitlichen, wodurch sich auch die Vergleichbarkeit im europäischen Raum erhöht.
- 4 Diese Vorteile gelten aber nicht für die vorgeschlagene Ausweitung des Anwendungsbereichs. Zur Ausweitung des Anwendungsbereichs stellt sich die Frage, ob in der Schweiz eine solche Ausweitung und damit einhergehende Auferlegung von Pflichten und Kosten (Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit) durch ein entsprechendes Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit (in der Schweiz) gerechtfertigt ist. Dies ist nicht ersichtlich, und wird auch im erläuternden Bericht des EJPD zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens über die Vorlage vom 26. Juni 2024 (der "**Bericht 2024**") nicht dargelegt. Vielmehr führt der Anwendungsbereich der CSRD unseres Erachtens zu einer Überregulierung, die nicht ohne Not für die Schweiz übernommen werden sollte.
- 5 Zwar wird im Bericht 2024 erwähnt, der Nutzen der Berichterstattung käme der Allgemeinheit zu (Ziff. 1.2.2, S. 8), jedoch ist dieser nur dann von Bedeutung, wenn ein entsprechendes Informationsbedürfnis überhaupt vorliegt. Dass dieses bei Gesellschaften des öffentlichen Interesses gegeben ist, liegt auf der Hand. Nicht zwingend der Fall ist dies aber bei anderen Unternehmen. Es ist insbesondere nicht ersichtlich, weshalb Unternehmen Nachhaltigkeitsberichte zu erstellen und veröffentlichen haben sollten, die keine Finanzberichte öffentlich zugänglich machen müssen. Ohne gleichzeitig veröffentlichte Jahresrechnungen und Finanzkennzahlen wären solche Nachhaltigkeitsberichte auch nicht besonders aussagekräftig, da entsprechende Referenzzahlen fehlen, um die Nachhaltigkeitsinformationen ins Verhältnis zu setzen.

- 6 Unzutreffend ist auch die Annahme, die durch eine solche Ausweitung der Berichterstattungspflicht verursachten Regulierungskosten könnten "zumindest teilweise als verursachergerecht" bewertet werden, da es "um die negativen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit" gehe, die das Handeln der Unternehmen hat (Bericht 2024, Ziff. 1.2.2, S. 8). Im Gegenteil – die Berichterstattungspflicht ist unabhängig von etwelchen negativen Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit, weil Gesellschaften anhand von Grössenkriterien und nicht anhand ihrer Nachhaltigkeit, zur Berichterstattung verpflichtet sind. Selbst ein (hypothetisches) Unternehmen, welches zu 100% im Einklang mit allen möglichen Nachhaltigkeitszielen steht, und negative Netto-Treibhausgasemissionen zu verzeichnen hat (die sich entsprechend positiv auf die Zielerreichung der Schweiz bis 2050 auswirken) müsste einen Nachhaltigkeitsbericht erstellen und die damit verbundenen Kosten tragen.
- 7 Eine Angleichung des Anwendungsbereichs an die CSRD hätte also keine ersichtlichen Vorteile und relevante Nachteile für eine Vielzahl schweizerischer Unternehmen und sollte deshalb nicht erfolgen. Es wäre insbesondere auch keine Erleichterung für schweizerische Unternehmen, wenn die Anwendungsbereiche der CSRD und des Art. 964a OR gleich formuliert wären, weil ohnehin jedes Unternehmen für jede Jurisdiktion (i.d.R. unter Beizug lokaler Rechtsberater) den Anwendungsbereich analysieren muss.
- 8 Aus diesen Gründen sollte der Anwendungsbereich für die Nachhaltigkeitsberichterstattung gem. dem heutigen Art. 964a OR beibehalten bzw. nicht erweitert werden. Falls eine Erweiterung dennoch eingeführt wird, sollte diese aus Gründen der Einheitlichkeit der Rechtsordnung die Schwellenwerte für die ordentliche Revision nach Art. 727 Abs. 1 Ziff. 2 OR übernehmen und Unternehmen, welche diese Schwellenwerte nicht überschreiten, entsprechend von der Berichterstattung ausnehmen. Schliesslich ist festzuhalten, dass die Vorlage zwar die Erweiterung des Anwendungsbereichs gemäss der CSRD nachvollzieht, nicht aber die Beschränkungen des Rahmens der Berichterstattung für u.a. kleine und mittlere Unternehmen, wie dies in Art. 19a Abs. 6 der Richtlinie 2013/34/EU vom 26. Juni 2013, wie durch die CSRD ergänzt, vorgesehen ist. Dies würde bei einer Erweiterung des Anwendungsbereichs für kleine und mittlere Schweizer Unternehmen zu einem wesentlich grösseren Berichterstattungsaufwand führen als ihn kleine und mittlere EU-Unternehmen zu tragen hätten; und dies ohne nachvollziehbaren Grund. Sollte der Anwendungsbereich wie in der Vorlage vorgeschlagen erweitert werden, müssen die Beschränkungen des Rahmens der Berichterstattung im Schweizer Recht ergänzt werden.

3 Inhalt der Berichterstattung sollte vollständig nachvollzogen werden

- 9 Demgegenüber zu begrüssen ist unseres Erachtens ein Nachvollzug der inhaltlichen Berichterstattungspflichten an die EU. Die schweizerischen Pflichten sollten den EU-Regelungen so weit wie möglich angeglichen werden, um Klarheit zu schaffen und die internationale Vergleichbarkeit der Berichterstattung zu erhöhen. Ein "Swiss Finish" im Sinne erhöhter Anforderungen ist abzulehnen. Es sollten entsprechend auch keine nach der CSRD erforderlichen Inhaltserfordernisse im Schweizer Recht

anders formuliert oder weggelassen werden, es sei denn eine Erleichterung gegenüber der CSRD ist gewollt. Im Einzelnen:

- 10 Unverständlich ist beispielsweise die Formulierung in Art. 964b Abs. 2 Ziff. 7 der Vorlage, wonach eine Beschreibung der "wesentlichen" tatsächlichen oder potentiellen negativen Auswirkungen im Bericht enthalten sein soll, währenddem der Text der CSRD sich auf die "wichtigsten" Auswirkungen beschränkt, und auch der erläuternde Bericht erklärt, es seien die "wichtigsten" negativen Auswirkungen zu beschreiben (Bericht 2024, Ziff. 4, S. 29). "Wesentliche" und die "wichtigsten" Auswirkungen sind aber nicht zwingend deckungsgleich, weil die "wichtigsten" aufgrund des verwendeten Superlativs eine Beschränkung enthält und gewisse, als wesentlich qualifizierte, Auswirkungen, dann aus der Berichterstattung wegfallen könnten, wenn sie nicht zu den "wichtigsten" zählen. Falls tatsächlich eine Abweichung vom Erfordernis nach CSRD gewollt ist (was wir, um unterschiedliche Bewertungen in der Schweiz gegenüber der EU zu vermeiden, ablehnen), sollte dies auch so im erläuternden Bericht dargestellt und idealerweise begründet werden.
- 11 Begrüssenswert ist die Klarstellung, dass das Prinzip der doppelten Wesentlichkeit gilt und dass bereits die Wesentlichkeit einer Auswirkung aus einer Perspektive ausreicht, um von der Offenlegungspflicht erfasst zu sein. Allerdings führt der in der Vorlage enthaltene Text diese Klarstellung nicht herbei, sondern ist nach wie vor nur unter Zuhilfenahme des erläuternden Berichts verständlich.
- 12 Weiter erschliesst sich uns nicht, weshalb die Beschreibung der "Umweltfaktoren" in Art. 964b Abs. 1 im Hinblick auf Klimabelange so ausführlich ist, während keiner der anderen Nachhaltigkeitsfaktoren Details enthält. In den neu gemäss der Vorlage anwendbaren Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung werden die unter Berücksichtigung des jeweiligen Gegenstands offenzulegenden Informationen präzisiert, und Klimaschutz bzw. Auswirkungen auf den Klimawandel ist nur einer von mehreren wichtigen Aspekten.
- 13 Auch sollte die Ausnahme, welche in Art. 19a Abs. 3 und 29a Abs. 3 der Richtlinie 2013/34/EU vom 26. Juni 2013, wie durch die CSRD ergänzt, vorgesehen ist für Fälle, in denen eine Offenlegung künftiger Entwicklungen oder Belange, über welche Verhandlungen geführt werden, der Geschäftslage des Unternehmens ernsthaft schaden würde, ins Schweizer Recht übernommen werden. Es gibt keinen Grund, weshalb die Berichterstattung in der Schweiz strenger sein sollte bzw. solche Geheimhaltungsmöglichkeiten nicht bestehen sollten.
- 14 Wir schlagen deshalb folgende Anpassungen des Gesetzestextes vor:

Art. 964c

¹ Der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte muss Rechenschaft geben über die folgenden Nachhaltigkeitsaspekte:

1. Umweltfaktoren, ~~insbesondere den Stand in Bezug auf die Erreichung des Netto-Null Treibhausgasemissionsziels bis spätestens 2050 zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau;~~

2. Sozialaspekte einschliesslich Arbeitnehmerbelange;
3. Menschenrechtsaspekte;
4. Governance-Aspekte einschliesslich organisatorischer Vorkehren zur Bekämpfung von Korruption.

² Es gilt das Prinzip der doppelten Wesentlichkeit, wonach ~~Zu nennen sind diejenigen Angaben, die für das Verständnis der~~ sowohl die wesentlichen Auswirkungen der Tätigkeiten des Unternehmens auf Nachhaltigkeitsaspekte ~~sowie das Verständnis der~~ als auch die wesentlichen Auswirkungen von Nachhaltigkeitsaspekten auf Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Unternehmens ~~erforderlich~~ offenzulegen sind. Es genügt, wenn eine Information unter einem der vorstehend genannten Gesichtspunkte wesentlich ist, um von der Offenlegungspflicht erfasst zu sein.

³ Der Bericht umfasst insbesondere:

1. eine ~~kurze~~ Beschreibung des Geschäftsmodells und der Strategie des Unternehmens, ~~einschliesslich Angaben~~
 - a. zur Widerstandsfähigkeit von Geschäftsmodell und Strategie des Unternehmens gegenüber Risiken im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsaspekten;
 - b. zu den Chancen des Unternehmens im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsaspekten;
 - c. zu der Art und Weise, einschliesslich Durchföhrungsmassnahmen und zugehörigen Finanz- und Investitionsplänen, wie das Unternehmen beabsichtigt sicherzustellen, dass sein Geschäftsmodell und seine Strategie mit dem Übergang einer nachhaltigen Wirtschaft und der Begrenzung der Erderwärmung bis spätestens 2050 auf 1,5°C gegenüber vorindustriellem Niveau vereinbar sind, und gegebenenfalls Exposition des Unternehmens gegenüber Aktivitäten mit Bezug zu Kohle, Öl und Gas;
 - d. zu der Art und Weise, wie das Unternehmen den Belangen seiner Interessenträger und den Auswirkungen seiner Tätigkeiten auf Nachhaltigkeitsaspekte in seinem Geschäftsmodell und seiner Strategie Rechnung trägt;
 - e. zu der Art und Weise, wie die Strategie des Unternehmens im Hinblick auf Nachhaltigkeitsaspekte umgesetzt wird;
2. eine Beschreibung der zeitgebundenen Nachhaltigkeitsziele, die sich das Unternehmen bzw. die Gruppe gesetzt hat, gegebenenfalls einschliesslich der absoluten Ziele für die Verringerung der Treibhausgasemissionen mindestens für 2030 und 2050, eine Beschreibung der Fortschritte, die das Unternehmen bzw. die Gruppe im Hinblick auf die Erreichung der Ziele gemacht hat, und eine Erklärung, ob die auf Umweltfaktoren bezogenen Ziele des Unternehmens bzw. der Gruppe auf schlüssigen wissenschaftlichen Beweisen beruhen;
3. eine Beschreibung der Rolle des obersten Leitungs- oder Verwaltungsorgans ~~was Nachhaltigkeitsaspekte betrifft~~ im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsaspekten sowie ihres Fachwissens und ihrer Fähigkeiten zur Wahrnehmung dieser Rolle oder ihres Zugangs zu solchem Fachwissen und solchen Fähigkeiten;
4. eine Beschreibung der Unternehmenspolitik hinsichtlich ~~der~~ Nachhaltigkeit;
5. Angaben über allfällige Anreizsysteme, die mit Nachhaltigkeitsaspekten verknüpft sind und den Mitgliedern des obersten Leitungs- oder Verwaltungsgans angeboten werden;
6. eine Beschreibung der in Bezug auf die Nachhaltigkeitsaspekte angewandten Sorgfaltsprüfung;
7. eine Beschreibung der ~~wesentlichen~~ ~~wichtigsten~~ tatsächlichen oder potenziellen negativen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsaspekte beziehungsweise von Nachhaltigkeitsaspekten, die mit der Geschäftstätigkeit des Unternehmens bzw. der Gruppe und mit seiner Wertschöpfungskette, einschliesslich ihrer Produkte und Dienstleistungen, ihrer Geschäftsbeziehungen und ihrer Lieferkette, verbunden sind sowie eine Beschreibung der Massnahmen zur Ermittlung und Überwachung dieser Auswirkungen;

8. eine Beschreibung der Massnahmen des Unternehmens **bzw. der Gruppe** zur Verhinderung, Minderung, Behebung oder Beendigung tatsächlicher oder potenzieller negativer Auswirkungen nach Ziffer 7, und des Erfolgs dieser Massnahmen;
9. eine Beschreibung der **wesentlichen wichtigsten** Risiken, denen das Unternehmen **bzw. die Gruppe** im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsaspekten ausgesetzt ist, **einschliesslich der wichtigsten Abhängigkeiten in diesem Bereich**, und der Handhabung dieser Risiken durch das Unternehmen **bzw. die Gruppe**;
10. die relevanten Indikatoren in Bezug auf die Angaben gemäss Ziffern 1-9.

⁴ Die in den Absätzen 1 und 3 genannten Angaben umfassen Informationen zur Geschäftstätigkeit des Unternehmens **bzw. der Gruppe** und **gegebenenfalls** zur **seiner** Wertschöpfungskette, einschliesslich Angaben zu **seinen** Produkten und Dienstleistungen, **seinen** Geschäftsbeziehungen und **seiner** Lieferkette.

⁵ Informationen über künftige Entwicklungen oder Belange, über die Verhandlungen geführt werden, können in Ausnahmefällen weggelassen werden, wenn nach der ordnungsgemäss begründeten Einschätzung der Mitglieder des obersten Leitungs- oder Verwaltungsorgans eine solche Offenlegung von Informationen der Geschäftslage des Unternehmens **bzw. der Gruppe** ernsthaft schaden würde, sofern eine solche Nichtaufnahme ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes und ausgewogenes Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses und der Lage des Unternehmens **bzw. der Gruppe** sowie der Auswirkungen seiner **bzw. ihrer** Tätigkeit nicht verhindert.

⁵⁶ Die Angaben müssen die in der europäischen Union verwendeten Standards **für die Nachhaltigkeitsberichterstattung** oder einen anderen gleichwertigen Standard **für die Nachhaltigkeitsberichterstattung** erfüllen. Der gewählte Standard muss in seiner Gesamtheit für alle Vorgaben dieses Artikels übernommen und im Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte genannt werden. Der Bundesrat bezeichnet die **als gleichwertig zu erachtenden** Standards.

⁶⁷ Kontrolliert im Sinne von Artikel 963 Absatz 2 ein Unternehmen allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im In- oder Ausland eines oder mehrere Unternehmen, so muss der Bericht alle diese Unternehmen umfassen.

⁷⁸ Das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan ist für die Wahl des Standards **nach Absatz 6** zuständig, sofern die Statuten keine anderslautenden Vorgaben enthalten oder die Generalversammlung den Standard nicht festlegt.

⁸⁹ Der Bericht ist in einer Landessprache oder auf Englisch abzufassen.

4 Externe Prüfung

- 15 Das neue Erfordernis der externen Prüfung ist aus unserer Sicht grundsätzlich zu begrüssen für Gesellschaften des öffentlichen Interesses, und es haben bereits unter dem geltenden Regime viele betroffene Unternehmen freiwillig eine externe (limitierte) Prüfung eingeholt. Auch eine Regelung der Prüftiefe auf Verordnungsstufe scheint uns angebracht, um flexibler auf internationale Entwicklungen reagieren zu können.
- 16 Falls der Anwendungsbereich wie in der Vorlage angedacht ausgeweitet würde, sollten jedoch alle Unternehmen, die nicht Gesellschaften des öffentlichen Interesses i.S.v. Art. 2 lit. c RAG sind, von der Prüfpflicht ausgenommen werden, da diese (v.a. für kleinere und mittelgrosse Unternehmen) zu unverhältnismässigen Kosten führen würde.

5 Formerfordernisse

- 17 Wir nehmen zur Kenntnis, dass gemäss der Vorlage keine separate Unterschrift des Berichts über Nachhaltigkeitsaspekte durch das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan mehr erforderlich ist. Dies ist zu begrüssen, insbesondere wenn der Bericht in einem integrierten Jahresbericht oder Lagebericht veröffentlicht wird.
- 18 Die Verpflichtung, den Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte erst nach der Genehmigung der Jahresrechnung elektronisch zu veröffentlichen, ist jedoch für kotierte Gesellschaften nicht praxistauglich, da für diese eine Veröffentlichung des Berichts mindestens 20 Tage vor der Generalversammlung erfolgen muss, damit die Generalversammlung gültig darüber abstimmen kann (Art. 699a Abs. 1 OR).

6 ***Comply or Explain*-Prinzip notwendig, falls der Anwendungsbereich nicht eingeschränkt wird**

- 19 Im Sinne eines Eventualvorschlags sollte unseres Erachtens der *Comply-or-Explain*-Ansatz beibehalten werden, falls der Anwendungsbereich nicht wie unter Rz. 3 ff. dargestellt eingeschränkt wird, weil eine uneingeschränkte Berichterstattungspflicht für nicht kotierte kleine und mittlere Unternehmen zu unverhältnismässigem Aufwand führen würde und je nach Branche oder Industrie einzelne Belange auch tatsächlich nicht genügend Relevanz haben.

7 **Strafbestimmung muss auf schwere Verletzungen eingeschränkt werden**

- 20 In Anbetracht der wesentlichen Ausweitung der Berichterstattungspflichten ist es unseres Erachtens notwendig, die Strafbarkeit nach Art. 325^{ter} StGB einzuschränken und auf schwere Verletzungen zu beschränken, so sollen etwa blosser Rechnungsfehler nicht zu einer Strafbarkeit wegen falschen Angaben führen.

II Kontakte

Für Rückfragen können Sie sich an folgende Kontakte unserer Kanzlei wenden:

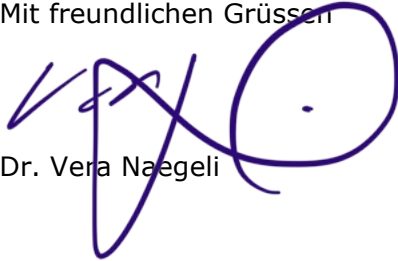
- Dr. Vera Naegeli, T: +41 58 261 55 89, vera.naegeli@baerkarrer.ch,
- Marie-Cristine Kaptan, T: +41 58 261 55 77, marie-cristine.kaptan@baerkarrer.ch.

* * *

Die Verfasserinnen der vorliegenden Vernehmlassung stehen im Rahmen des weiteren Gesetzgebungsprozesses gerne zur Verfügung, um die gesetzgebenden Behörden zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Vera Naegeli



Marie-Cristine Kaptan



BKW Energie AG
Viktoriaplatz 2
3013 Bern

www.bkw.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

Ihre Kontaktperson
Samuel Aebi
samuel.aebi@bkw.ch

Elektronisch an: ehra@bj.admin.ch

Bern, 13. August 2024

Stellungnahme zur Vernehmlassung über die Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns im Rahmen der Vernehmlassung über die Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte) äussern zu dürfen.

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft sieht sich die BKW als engagierter Teil der Lösung. Mit ihren Projekten und Konzepten zeigt sie auf, wie sich Energie- und Verkehrsinfrastrukturen auf ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Weise gestalten und erneuern lassen. Darüber berichtet die BKW in einem jährlichen Nachhaltigkeitsbericht, übereinstimmend mit internationalen Standards sowie der relevanten Gesetzgebung in der Schweiz und im Ausland. Insbesondere wird die BKW ab Berichtsjahr 2025 die Vorgaben der EU-Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (*Corporate Sustainability Reporting Directive*, CSRD) und damit verbunden die *European Sustainability Reporting Standards* (ESRS) inklusive Anwendung der EU-Taxonomie (Verordnung (EU) 2020/852) erfüllen. Durch ihre Tätigkeiten in der EU ist die BKW zur Einhaltung der CSRD verpflichtet. Darüber hinaus strebt die BKW an, den internationalen Erwartungen der Nachhaltigkeitsberichterstattung gerecht zu werden und dadurch eine zukunftsweisende Rolle in der Gesellschaft einzunehmen.

Die BKW begrüsst, dass der Bundesrat bei der nachhaltigen Unternehmensführung international abgestimmt bleiben will, und befürwortet die Angleichung an das Recht der EU. Aus Sicht der BKW ist es wichtig, dass eine Berichterstattung nach EU-Recht auch die Vorgaben des Schweizer Rechts erfüllt. Mit Blick auf die unterbreitete Vorlage bitten wir Sie deshalb, folgende Aspekte zu berücksichtigen.

Art. 964b Ausnahmen

1 Von der Pflicht nach Artikel 964a befreit sind Unternehmen:

(neu) 3. die einen Bericht nach den in der europäischen Union verwendeten Standards oder einem anderen gleichwertigen Standard für die Nachhaltigkeitsberichterstattung erstellen.

Begründung

International tätige Unternehmen wie die BKW sind in vielen Fällen bereits verpflichtet, einen Bericht nach internationalen Standards zu erstellen, insbesondere jenen der EU. Es sollte sichergestellt werden, dass eine international konforme Berichterstattung ebenfalls in der Schweiz anerkannt wird. In der aktuellen Vorlage ist dies nicht ausreichend klargestellt: Zum Beispiel könnte ein Unternehmen durch Art. 964c Abs. 1 Entwurf-OR dazu verpflichtet werden, über Aspekte zu berichten, die keine «doppelte Wesentlichkeit» nach ESRS aufweisen und deshalb in der Berichterstattung nach ESRS nicht einbezogen werden müssten.

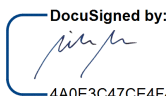
Art. 964c*Kommentar zu Abs. 5***Kommentar**

Aus Sicht der BKW ist dieser Absatz uneindeutig darin, ob die gleichwertigen Standards vollständig erfüllt werden müssen oder lediglich in Bezug auf die Angaben, die von Art. 964c Abs. 1 und 3 Entwurf-OR gefordert werden. Dies führt im Besonderen dazu, dass nicht klar ist, ob die EU-Taxonomie (Verordnung (EU) 2020/852) angewandt werden muss¹. Die BKW empfiehlt daher, dass der Bundesrat den Anwendungsumfang der erwähnten Standards eindeutig definiert.

Wir bitten Sie, unsere Stellungnahme bei der weiteren Behandlung des Geschäftes zu berücksichtigen und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

BKW Energie AG


4A0E3C47CE4F417...
Dr. Michael Beer
Head of Markets & Regulation


80CF6CFAD0C340B...
Flurin Mössinger
Head of Sustainability

¹ In ESRS 1, Absatz 113 wird die Einhaltung der EU-Taxonomie verlangt: «Das Unternehmen nimmt die Angaben gemäß Artikel 8 der Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates und gemäß den delegierten Verordnungen der Kommission, in denen der Inhalt und andere Modalitäten dieser Angaben festgelegt werden, in seine Nachhaltigkeitserklärung auf. [...]»

October 16, 2024

Chancellor Viktor Rossi
Federal Chancellery
Federal Palace West Wing
3003 Bern, Switzerland

Re: Comment on Proposed Amendments to the Code of Obligations – Sustainability Reporting Requirements

Dear Chancellor Rossi,

Boston Trust Walden Company is an independent, employee-owned investment management firm with approximately \$16.8 billion in assets under management.¹ Our firm has been integrating environmental, social, and governance (ESG) factors into investment decisions since 1975 – one of the longest track records of any institutional investment manager.

At Boston Trust Walden, we seek to invest in enterprises with strong financial underpinnings, sustainable business models, prudent management practices, and a governance structure that supports these objectives. Consideration of ESG factors is part of our fiduciary duty to ensure client assets are invested in a set of securities well situated to produce attractive risk-adjusted returns over a long-term investment horizon.

Since 2017, Boston Trust Walden has served as a member of the Sustainable Accounting Standards Board (SASB) Investor Advisory Group, now the ISSB Investor Advisory Group, to support the development of a globally recognized framework for consistent, comparable, and reliable disclosure of financially material, decision-useful sustainability-related information. We support jurisdictional efforts to adopt disclosure requirements aligned with the IFRS Sustainability Disclosure Standards (IFRS S1 & S2) and welcome the opportunity to comment on the proposed amendments to the Swiss Code of Obligations.

With respect to the ongoing consultation by the Federal Council, Boston Trust Walden would like to highlight the following key points for consideration.

- **We applaud the proposal to amend the Swiss Code of Obligations to align corporate sustainability disclosure requirements in Switzerland with the latest international standards.** Access to consistent, comparable, and reliable information is central to our ability to effectively incorporate ESG factors into investment decisions. While the growth in the absolute number of companies producing some form of sustainability reporting has been noteworthy, the quality of disclosure remains inconsistent and generally lacks decision-useful context that investors need to accurately price securities. The Federal Council's proposal rightly recognizes the significant evolution in global sustainability disclosure frameworks and provides ample flexibility for companies to meet the needs of investors while limiting the reporting burden for those operating in multiple jurisdictions with disparate reporting requirements.
- **We support the explicit reference to the IFRS Sustainability Disclosure Standards as a suitable equivalent (in combination with GRI) to the European Sustainability Reporting Standards**

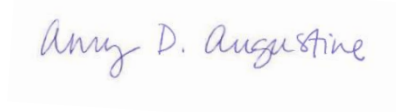
¹ AUM as of September 30, 2024, includes AUM of wholly-owned subsidiary Boston Trust Walden Inc.

(ESRS). Informed by a thoughtful comment period with substantial market participation, the IFRS Sustainability Disclosure Standards uniquely support the information needs of investors by taking an industry-based approach, focusing on potentially material sustainability risks and opportunities, leveraging existing voluntary disclosure frameworks embraced by the global market, and prioritizing connectivity of sustainability disclosures to an entity's financial statements. Further, the ISSB has worked closely with EFRAG to achieve a high degree of alignment with ESRS Standards and has published interoperability guidance between the ESRS and IFRS Sustainability Disclosure Standards, underscoring the relevance of IFRS S1 and S2 as suitable equivalent to ESRS when combined with GRI.

As an asset manager integrating sustainability-related information into investment decision-making since 1975, we are greatly encouraged by the prospects of the IFRS Sustainability Disclosure Standards to improve the consistency, comparability, reliability, and decision-usefulness of sustainability-related risks and opportunities disclosure globally. These aims will only be fulfilled if individual jurisdictions adopt the requirements of the IFRS Standards in full, prioritizing any use of temporary reliefs over the omission of certain disclosure requirements.

We appreciate the Federal Council's consideration of our feedback and are available to discuss further, if helpful. We can be reached at aaugustine@bostontrustwalden.com and jfernandez@bostontrustwalden.com.

Sincerely,

A handwritten signature in blue ink that reads "Amy D. Augustine".

Amy D. Augustine
Director of ESG Investing

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "Jared Fernandez".

Jared Fernandez
Senior ESG Analyst & Manager, Proxy Voting

Par courrier électronique : ehra@bj.admin.ch

Monsieur le Conseiller fédéral Beat Jeans
Département fédéral de justice et police (DFJP)
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Genève, le 10 octobre 2024

Procédure de consultation 2024/58

Transparence sur les questions de durabilité: Modification du code des obligations (CO), de la loi sur la surveillance de la révision (LSR) et du code pénal suisse (CP)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Référence est faite au sujet mentionné en exergue. Le sujet est d'une importance certaine pour notre secteur et nous nous permettons dès lors de nous exprimer sur le projet de consultation relatif à la transparence sur les questions de durabilité, et particulièrement concernant l'adoption des normes de présentation d'informations en matière de durabilité de l'International Sustainability Standards Board (ISSB).

Capital Group (CG) est une société de gestion d'actifs fondée en 1931, dont le siège social est situé aux États-Unis et qui possède des filiales réglementées dans les principaux centres financiers mondiaux, dont la Suisse. CG figure parmi les plus anciennes et les plus importantes organisations de gestion d'actifs au monde, avec plus de 2 700 milliards de dollars US¹ d'actifs investis sur le long terme en actions et en titres à revenu fixe gérés à l'échelle mondiale pour des institutions et des particuliers.

CG est représenté en Suisse depuis 1962 et emploie environ 150 personnes localement. L'une de ses filiales, Capital International Sàrl, est autorisée par la FINMA en tant que gestionnaire de placements collectifs et représentant de placements collectifs étrangers. Plus de 16 milliards de francs suisses² d'actifs pour des portefeuilles de clients institutionnels et des fonds de placements y sont actuellement gérés.

Nous avons pour mission d'améliorer la vie de nos clients à travers des investissements fructueux. Nous gérons l'épargne de dizaines de millions d'investisseurs individuels, en répondant aussi bien à leurs besoins en matière de retraite qu'à d'autres besoins financiers. Par l'intermédiaire de nos filiales de gestion d'actifs, nous gérons activement des avoirs par le biais de divers véhicules de placements collectifs et des portefeuilles de clients institutionnels dans le monde entier. Notre organisation associe l'expertise de la gestion d'actifs à la recherche fondamentale et à l'orientation à long terme ; cette dernière est obtenue grâce à un accès étendu auprès des organes de direction des sociétés cotées en bourse et à un engagement systématique auprès des émetteurs de titres d'entreprises et gouvernementales du monde entier.

¹ Au 31 mars 2024

² Au 30 juin 2024

CG estime que les questions ESG peuvent englober des risques et des opportunités d'investissement majeurs. Par conséquent, nous accordons une grande importance à ce que les données soient claires, cohérentes et comparables, ce qui nous aide à remplir nos obligations fiduciaires envers nos clients. En outre, nous faisons face à une demande accrue des autorités de surveillance et des clients en matière de présentation d'informations sur les questions ESG au niveau des portefeuilles. La qualité de ces rapports dépend fortement de la cohérence des normes mondiales de présentation d'informations auxquelles se soumettent les entreprises.

De ce fait, nous relevons avec satisfaction la prise en compte par le Conseil fédéral des normes de durabilité de l'ISSB comme cadre de présentation d'informations obligatoire. Nous estimons que cette démarche peut permettre aux acteurs du marché suisse de se positionner en tant que pionniers en matière de communication avec les investisseurs internationaux sur des sujets clés et, par conséquent, d'améliorer leur accès aux marchés de capitaux mondiaux.

En tant que membres de l'Investor Advisory Group de l'ISSB, nous nous réjouissons que les normes de l'ISSB puissent servir de référence au niveau mondial. À ce titre, nous souhaitons insister sur les points détaillés ci-dessous dans le cadre des consultations législatives et réglementaires relatives aux normes de présentation d'informations en matière de durabilité de l'ISSB, afin de permettre aux acteurs législatifs et réglementaires d'évaluer leur pertinence dans le contexte local.

Nous vous encourageons dès lors à adopter dans leur intégralité toutes les normes de l'ISSB publiées (actuellement les normes S1 et S2). Vous trouverez ci-dessous quatre raisons pour lesquelles nous considérons qu'une telle démarche serait utile tant pour les entreprises que pour les investisseurs.

1. **Une base mondiale de référence réduit la charge de reporting des entreprises.** Les entreprises dans lesquelles nous investissons nous signalent souvent que la diversité des normes, des cadres et des attentes en matière d'ESG peut être source de confusion et exige des ressources considérables à des fins de mise en conformité. La plupart des investisseurs internationaux ont désormais adopté l'ISSB comme norme préférentielle (comme en témoignent les membres de [l'Investor Advisory Group de l'ISSB](#)). Si les normes de l'ISSB sont adoptées dans leur intégralité sur les marchés, les entreprises opérant dans différentes zones géographiques seront en mesure de rationaliser la publication d'informations sur les points les plus importants pour les investisseurs.
2. **Les sociétés de gestion d'actifs telles que CG ont besoin d'informations substantielles sur la durabilité afin de prendre des décisions d'investissement qui servent au mieux les intérêts de leurs clients.** En tant qu'investisseurs se basant sur une recherche financière fondamentale réalisée à l'interne, ainsi qu'en tant qu'investisseurs opérant à l'échelle mondiale, notre processus de recherche de type dit « bottom-up » exige une compréhension approfondie des risques et des opportunités auxquels sont confrontés les entreprises de notre portefeuille. La présentation d'informations en matière de durabilité permet de mieux comprendre les entreprises et la manière dont elles se positionnent pour produire des résultats durables à long terme, et ce sur un large éventail de sujets, qu'il s'agisse de la gestion de leur main-d'œuvre à la manière dont elles s'adaptent et participent à la transition énergétique, en passant par leur capacité de résilience face à l'évolution constante du paysage des données provoquée par l'intelligence artificielle. Nous sommes d'avis que les entreprises elles-mêmes sont les mieux placées pour fournir des informations sur ces points, et que les sociétés de gestion

d'actifs ne doivent pas évaluer ces derniers uniquement sur la base d'estimations déduites ou de données alternatives provenant de parties tierces.

3. **Les normes de l'ISSB ont été conçues pour répondre aux besoins des investisseurs internationaux.** Nous saluons la conception des normes de l'ISSB et le processus par lequel elles ont été créées. En particulier, nous valorisons le fait qu'elles soient :
- i. *Spécifiques selon les différents secteurs*, ce qui vient confirmer notre point de vue, à savoir que les risques et les opportunités auxquels les entreprises sont confrontées varient considérablement d'un secteur à l'autre ;
 - ii. *Développées avec le marché*, sur la base de plus d'une décennie de contributions des acteurs des marchés financiers à la Taskforce on Climate-related Financial Disclosure (TCFD) et au Sustainability Accounting Standards Board (SASB). Cette approche a renforcé la confiance envers les normes finales de l'ISSB, qui sont ainsi adéquatement conçues pour répondre aux besoins des investisseurs ; et
 - iii. *Flexibles*. En tant qu'investisseur international, nous gérons des capitaux pour le compte de clients dans des régions géographiques se basant sur des critères de matérialité différents. Nous sommes conscients qu'une base mondiale de référence nous permet de répondre aux besoins de nos clients en fournissant un référentiel pertinent dans toutes les régions, qui peut ensuite être renforcé selon les besoins.
4. **Une base mondiale de référence permet aux investisseurs de bénéficier d'une comparabilité.** CG investit dans des milliers de sociétés sur des dizaines de marchés. Une communication cohérente nous permet, en tant qu'investisseurs, de mieux comprendre comment les entreprises gèrent les risques, adaptent leurs modèles commerciaux et tirent parti des opportunités par rapport à leurs pairs du monde entier.

Dans la mesure où les marchés à travers le monde procèdent à des consultations sur les normes de l'ISSB et les adoptent, nous encourageons les juridictions à **adhérer à un référentiel mondial cohérent** et à **agir en temps opportun**. Ainsi, les clients d'investisseurs mondiaux tels que CG bénéficieraient d'informations plus riches, comparables et cohérentes, et les entreprises du monde entier pourraient en tirer profit pour communiquer sur leur manière de gérer les risques matériels, ainsi que les opportunités.

En l'absence d'une telle cohérence, le risque de fragmentation réglementaire exacerberait la charge de reporting pour les entreprises ainsi que les défis en matière de comparabilité qui existent actuellement sur le marché. Nous constatons avec inquiétude que les marchés envisagent de n'adopter que certains éléments des normes de l'ISSB (par exemple, uniquement la norme S2 sur le climat). Étant donné que, selon nous, les investisseurs ont besoin d'informations sur *tous* les risques et opportunités matériels auxquels les entreprises sont confrontées en matière de durabilité, nous estimons qu'une telle prise en compte fragmentée est insuffisante.

Nous préconisons donc l'adoption complète des normes de l'ISSB en tant qu'exigence de base sur votre marché.



Capital Group
333, South Hope Street
Los Angeles, Californie 90071-1406

capitalgroup.com

Nous vous remercions pour l'attention que vous porterez à la présente. Nous nous tenons à votre entière disposition afin d'échanger sur ces points plus en détail. N'hésitez pas à contacter Agathi Pafili, notre responsable des affaires gouvernementales et réglementaires pour la région EMEA à l'adresse agathi.pafili@capgroup.com.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'assurance de notre considération distinguée.

Jessica Ground, Global Head of ESG

Ali Weiner, Head of ESG Engagement

Agathi Pafili, Head of Government and Regulatory Affairs EMEA

per E-Mail an: ehra@bj.admin.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte); Stellungnahme Coop

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Coop-Gruppe (nachfolgend «Coop») bedankt sich für die Gelegenheit, zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte) Stellung nehmen zu können. Als verantwortungsvoll agierendes Unternehmen setzen wir uns seit langem für Sozialstandards und Umweltschutz in unseren Wertschöpfungsketten ein und berichten seit 20 Jahren über unsere Bemühungen in Sachen Nachhaltigkeit mit einem separaten Nachhaltigkeitsbericht. Es ist Coop denn auch ein Anliegen, dass Konsumentinnen und Konsumenten sich darauf verlassen können, dass Produkte in unseren Läden hohen Ansprüchen bezüglich Umwelt- und Sozialverträglichkeit genügen.

Berichterstattungspflichten

Mit unserem Grosshandelsgeschäft sind wir auch in der EU tätig und fallen unter die Drittstaatenregelung der «Corporate Sustainability Reporting Directive» (CSRD). Es ist daher in unserem Sinne, dass sich die Schweizer Gesetzgebung an der EU-Regulierung ausrichtet und möglichst nicht von dieser abweicht. **Wir stimmen daher der vorgeschlagenen Änderung im Grundsatz zu.**

Elementar ist unseres Erachtens, dass kein sogenannter *Swiss Finish* im Gesetz verankert wird, bzw. dass bei der Anwendung der EU-Standards auch die Schweizer Berichterstattungspflichten als erfüllt angesehen werden. Dies auch für den Fall, dass die EU ihre Berichterstattungspflichten in Zukunft abschwächt. Zudem begrüssen wir explizit, dass der EU-Standard oder *gleichwertige* Standards verlangt werden. Dies insbesondere, damit in der EU tätige Unternehmen gegenüber Konkurrenten, welche nur im Inland tätig sind, nicht benachteiligt sind.

Sorgfaltspflichten

Das internationale regulatorische Umfeld in Sachen Sorgfaltspflichten und Transparenz entwickelt sich rasch. Neben der CSRD hat das europäische Parlament im April dieses Jahres die «Corporate Sustainability Due Diligence Directive» (CSDDD) verabschiedet. Unseres Erachtens wäre es zielführender, mittels einer kombinierten, kohärenten Vorlage auch die Pflicht in Sachen Sorgfaltsprüfung ins Schweizer Gesetz aufzunehmen. Ein Spezialgesetz wäre dabei hinsichtlich des Verständnisses und der Planung den Unternehmen dienlicher als etliche OR-Teilrevisionen inkl. Verordnungsanpassungen, welche eher zu Rechtsunsicherheit führen.

Konkrete Anträge zum Entwurf

- **Risikobasierte Sorgfaltsprüfung:** Die EU-Richtlinien fordern explizit einen risikobasierten Ansatz im Bereich der Sorgfaltsprüfung. Dieser risikobasierte Ansatz wird auf Seite 29 im erläuternden Bericht erwähnt. Wir regen jedoch an, dies auch direkt im Gesetzestext klarzustellen (Art. 964c, Abs. 3 Ziffern 6 & 7).

Antrag

Der risikobasierte Ansatz ist in Artikel 964c Abs. 3 zu benennen:

6. eine Beschreibung der in Bezug auf die Nachhaltigkeitsaspekte angewandten, **risikobasierten** Sorgfaltsprüfung.

7. eine Beschreibung der wesentlichen tatsächlichen oder potenziellen negativen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsaspekte beziehungsweise von Nachhaltigkeitsaspekten, die mit der Geschäftstätigkeit des Unternehmens und mit seiner Wertschöpfungskette verbunden sind sowie eine Beschreibung der Massnahmen zur Ermittlung und Überwachung dieser Auswirkungen. **Dabei ist ein risikobasierter Ansatz zu verfolgen;**

- **Busse bei Fahrlässigkeit:** Die Berichterstattung über Nachhaltigkeitsaspekte umfasst nicht nur Daten aus dem eigenen Unternehmen, sondern auch und insbesondere Daten und Informationen zu vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen. Die verpflichteten Unternehmen müssen sich für die eigene Berichterstattung auf die Angaben ihrer Geschäftspartner oder Dritten verlassen. Zudem ist die Datenmenge sehr gross. In diesem Umfeld ist das Risiko einer fahrlässigen Begehung der falschen oder unvollständigen Berichterstattung sehr gross und insbesondere für die Organe der verpflichteten Unternehmen eine grosse Belastung und Risiko. In anderen, ähnlichen Rechtsbereichen, wie z.B. im Datenschutz, wurde aus diesen Gründen auf die Strafbarkeit der fahrlässigen Begehung verzichtet (vgl. DSG 60 ff.). Es ist deshalb auch im Bereich der Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte von der Strafbarkeit der Fahrlässigkeit abzusehen.

Antrag

Art. 325^{ter} Abs. 2 StGB (bestehend)

~~² Wer fahrlässig handelt, wird mit Busse bis zu 50 000 Franken bestraft.~~

Wir danken für die Kenntnisnahme und für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Freundliche Grüsse

Coop



Marc Muntwyler
Leiter Nachhaltigkeit/Wirtschaftspolitik



Damian Misteli
Teamleiter Wirtschaftspolitik

Von: Elisabeth Stucki <elisabeth.stucki7@bluewin.ch>
Gesendet: Sonntag, 6. Oktober 2024 20:33
An: _BJ-EHRA
Betreff: Vernehmlassungsantwort
Anlagen: Vernehmlassungsantwort_Reporting_Vorlage_Koalition fuer
Konzernverantwortung.docx

Kategorien: Valerio

Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Sehr geehrte Damen und Herren

Als Mitglied der Koalition für Konzernverantwortung, schliesse ich mich seiner Vernehmlassungsantwort an..

Mit freundlichen Grüssen

Elisabeth Stucki
Sennweg 17, 3012 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per Mail an:
ehra@bj.admin.ch

Bern, 16.09.2024

Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme in oben genannter Vernehmlassungsvorlage möchten wir uns herzlich bedanken.

Grundsätzliche Bemerkungen

Die Koalition für Konzernverantwortung hat die Konzernverantwortungsinitiative lanciert, die 2020 von der Stimmbevölkerung angenommen wurde und einzig am Ständemehr scheiterte. Die Initiative verlangte eine Sorgfaltspflicht in Bezug auf Menschenrechte und Umweltstandards und eine zivilrechtliche Haftung für Schäden von kontrollierten Unternehmen. In der parlamentarischen Debatte zur Initiative setzte sich ein indirekter Gegenvorschlag durch, der weitgehend auf Berichterstattungspflichten setzte, ergänzt mit vereinzelt Sorgfaltspflichten in den Bereichen Kinderarbeit und Konfliktmineralien, diese allerdings ohne jegliche Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung. Diesen Gegenvorschlag haben wir schon 2020 als ungenügend kritisiert. Dies, weil verschiedene Studien zeigen, dass reine Berichterstattungspflichten nicht dazu führen, dass Unternehmen die Respektierung von Menschenrechten und Umweltstandards in ihrer Geschäftstätigkeit verbessern.

Zudem bezog die Entscheidung des Parlamentes, in erster Linie auf Berichterstattungspflichten zu setzen, die 2020 absehbare internationale Entwicklung nicht mit ein: Die EU hat bereits 2014 mit der Non-Financial-Reporting-Richtlinie (NFRD) Berichterstattungspflichten erlassen und kam im Januar 2020 – ein halbes Jahr vor der Verabschiedung des Gegenvorschlags durch die eidgenössischen Räte – aufgrund einer Evaluation¹ zum Schluss, dass die Berichterstattungspflichten alleine bei Unternehmen «nicht zu den notwendigen Verhaltensänderungen geführt haben».² Auch eine Studie der Freien Universität Berlin stellte bereits 2019 fest, dass Berichtspflichten allein kein geeignetes

¹ Europäische Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucher, Torres-Cortés, F., Salinier, C., Deringer, H., Bright, C., et al., *Study on due diligence requirements through the supply chain : final report*, Publications Office, 2020, <https://data.europa.eu/doi/10.2838/39830> (abgerufen am 31.08.2024)

² Zitat von Didier Reynders, EU-Justizkommissar, aus: <https://responsiblebusinessconduct.eu/wp/2020/04/30/speech-by-commissioner-reynders-in-rbc-webinar-on-due-diligence/> (abgerufen am 31.08.2024)

Instrument seien, um gegen die Missachtung von Menschenrechten oder anderen gesellschaftlichen Verantwortungen vorzugehen.³ Sie können zwar die Transparenz erhöhen, implizieren aber keinerlei Handlungspflichten für die Unternehmen, in ihrer Geschäftstätigkeit den Schutz von Menschenrechten oder Umweltstandards zu verbessern.

Die EU schloss daraus, dass es stattdessen die Einführung verbindlicher Sorgfaltspflichten in Kombination mit einer wirksamen Durchsetzung braucht, wie sie Frankreich bereits seit 2017 und Deutschland seit 2021 kennt.

Aus diesem Grund hat die EU seit 2020 die Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) erarbeitet und am 24. Mai 2024 final verabschiedet. Sie beinhaltet umfassende Sorgfaltspflichten für Unternehmen sowie griffige Sanktionsmassnahmen.

Der Bundesrat bekräftigt im erläuternden Bericht zur vorliegenden Vernehmlassung, dass er im Bereich der nachhaltigen Unternehmensführung international abgestimmt vorgehen will. Trotzdem berücksichtigt der Bundesrat in der vorliegenden Vernehmlassung nur eine Weiterentwicklung der Berichterstattungspflichten, welche die EU bereits 2022 beschlossen hatte (Corporate Sustainability Reporting Directive CSRD).

Noch mehr als 2020 bedeutet «international abgestimmt» heute, dass neben Berichterstattungspflichten (CSRD) auch umfassende Sorgfaltspflichten sowie die nötige Durchsetzung (CSDDD) in den Blick genommen werden müssten. Will die Schweiz möglichst zeitgleich wie die EU-Staaten⁴ eine verbindliche und kohärente Regulierung in dem Bereich vorlegen müssen, muss ein entsprechender Gesetzgebungsprozess so schnell wie möglich gestartet werden.

Die Koalition für Konzernverantwortung unterstützt das Anliegen des Bundesrates, im Bereich der nachhaltigen Unternehmensführung international abgestimmt vorzugehen. Die Inhalte der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage stellen aber nur einen kleinen Schritt in diese Richtung dar. Für den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt relevanter ist die Einführung von Sorgfaltspflichten für Schweizer Unternehmen. Wir fordern den Bundesrat deshalb auf, die Einführung von Sorgfaltspflichten für Unternehmen umgehend an die Hand zu nehmen und nicht weiter hinauszuzögern. Grosse Schweizer Unternehmen sollen genauso wie ihre europäischen Konkurrenten verpflichtet werden, Menschenrechte und Umweltstandards in ihren Geschäften weltweit zu respektieren und bei Verstössen zur Verantwortung gezogen werden können.

Zur Vernehmlassungsvorlage im Konkreten

Die Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung im OR sollen mit dieser Vorlage an die Vorgaben der EU-Richtlinie CSRD angeglichen werden. Mit einer Senkung der Schwellenwerte, umfassenderen Vorgaben zum Inhalt der Berichterstattung, dem Wegfall der Möglichkeit zu «comply or explain»

³ Gregory Jackson, Julia Bartosch, Emma Avetisyan, Daniel Kinderman, Jette Steen Knudsen. Mandatory Non-financial Disclosure and Its Influence on CSR: An International Comparison. Journal of Business Ethics, Springer Verlag, 2020, 162 (2), pp.323-342.

Siehe auch: Konzernverantwortung: Neue EU-

Vorschriften können dazu führen, dass Firmen den Umgang mit Menschenrechten und Umwelt schönreden, NZZ, <https://konzernverantwortung.ch/wp-content/uploads/2024/06/191205-NZZ-%E2%80%93-Konzernverantwortung-Neue-EUVorschriften-koennen-dazu-fuehren-dass-Firmen-den-Umgang-mit-Menschenrechten-und-Umwelt-schoenreden.pdf>

⁴ Die EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die CSDDD bis 2026 in nationales Recht umzusetzen.

sowie einer verbindlichen Überprüfung der Berichte wird die Transparenz und Vergleichbarkeit der Berichte erhöht, was die Koalition für Konzernverantwortung begrüsst. Auf folgende Anpassungen möchten wir detaillierter eingehen:

Anpassung der Schwellenwerte nimmt mehr Unternehmen in die Pflicht

Die Schwellenwerte für die Definition der pflichtigen Unternehmen sollen gemäss Art. 964a VE-OR gesenkt werden. Die Koalition für Konzernverantwortung begrüsst die Ausweitung auf Unternehmen, die zwei der drei folgenden Schwellenwerte in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschreiten: 250 Vollzeitstellen / 50 Millionen Franken Umsatzerlös / 25 Millionen Franken Bilanzsumme.

Damit werden gemäss Regulierungsfolgeabschätzung rund 2'700 Unternehmen⁵ neu verpflichtet, über ihre Nachhaltigkeitsbestrebungen zu berichten, was die Transparenz verbessert.

Fehlende Übernahme der European Sustainability Reporting Standards (ESRS) führt zu fehlender Vergleichbarkeit

Zweck und Inhalt der Berichte werden mit Artikel Art. 964c VE-OR deutlich detaillierter und genauer umschrieben als bisher. Damit ist klarer, über welche Bereiche Unternehmen berichten müssen, was die Transparenz und die Vergleichbarkeit der Berichte erhöht.

Gleichzeitig will der Bundesrat auf die Einführung der European Sustainability Reporting Standards (ESRS) verzichten und schlägt vor, auf Verordnungsebene gleichwertige Standards zu bezeichnen (Art. 964c Abs. 5 VE-OR).

Für uns ist unklar, was der Bundesrat meint, wenn er im erläuternden Bericht schreibt, dass ein zu den ESRS gleichwertiger Standard der «Global Reporting Initiative [GRI] Standard in Kombination mit den IFRS Sustainability Disclosure Standards des International Sustainability Standards Board (ISSB)»⁶ sein könnte. Gemäss Regulierungsfolgenabschätzung im Auftrag des Bundesrats sind heute nämlich keine gleichwertigen Standards bekannt: «Stand heute gibt es keine gleichwertigen Alternativen zu ESRS. Denn die ESRS-Standards sind deutlich detaillierter als alle potenziellen Alternativen. Die TCFD-Standards fokussieren allein auf Klimaaspekte, nicht auf die sozialen und Governance-Aspekte. Die IFRS/ISSB-Standards verfolgen einen grundlegend anderen Ansatz, nämlich einfache, statt doppelte Materialität (IFRS, 2023). Die GRI-Standards kommen den ESRS-Standards zwar am nächsten, sind aber ebenfalls weniger umfangreich.»⁷ Es ist zu betonen, dass das Prinzip der «doppelten Materialität» eine absolut unverzichtbare Voraussetzung für jeden Berichtsstandard ist, der sich an den UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und den OECD-Leitsätzen orientiert. Es besagt, dass alle Aspekte für die Berichterstattung relevant sind, welche eine finanziell negative Auswirkung auf das Unternehmen und/oder eine negative Wirkung auf Mensch und Umwelt haben⁸.

⁵ BSS Basel, im Auftrag von SECO und BJ, RFA: Nachvollzug der EU Richtlinie zur unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), Basel 19.02.2024, <https://www.bj.admin.ch/dam/bj/de/data/wirtschaft/gesetzgebung/verantwortungsvolle-unternehmen/regulierungsfolgenabschaetzung-d.pdf.download.pdf/regulierungsfolgenabschaetzung-d.pdf> (abgerufen am 31.08.2024), S. 18-19.

⁶ Erläuternder Bericht, S. 7.

⁷ RFA, S. 30.

⁸ [Shift Project, CSRD-Reporting Series, I. Double Materiality](#), August 2023

Nur wenn Auswirkungen auf Mensch und Umwelt eine eigenständige Relevanz haben, kann überhaupt von einer Nachhaltigkeitsberichterstattung gesprochen werden.

Mit der Verwendung von einheitlichen Standards würden Berichte nach Schweizer Recht besser mit Berichten von EU-Unternehmen als auch untereinander vergleichbar, was dem Ziel der Vergleichbarkeit der Berichte und der Verbesserung der Datenqualität dient. Wir fordern den Bundesrat deshalb auf, die European Sustainability Reporting Standards (ESRS) als einheitlichen Standard für alle berichtspflichtigen Unternehmen vorzugeben und damit Klarheit für Unternehmen und Stakeholder zu schaffen. Mit ihren detaillierten Datenpunkten ersparen die ESRS Unternehmen viel Arbeit in der Operationalisierung teils eher abstrakter internationaler Standards. So erhalten Unternehmen konkrete Umsetzungshilfe und Rechtssicherheit und können ihre Ressourcen auf die Erhebung der relevanten Daten fokussieren.

Auch für von der Berichterstattungspflicht indirekt betroffene Unternehmen bringt eine Erweiterung der möglichen Standards keine Vereinfachung – im Gegenteil geht der Bundesrat von Mehrkosten für die indirekt betroffenen Unternehmen aus, werden die Berichterstattungsstandards nicht vereinheitlicht.⁹ Die Regulierungsfolgenabschätzung führt dazu aus: «[Die CSRD sieht] eine Standardisierung der Informationen vor, die von den berichtspflichtigen Unternehmen erhoben werden. Das heisst für die mittelbar betroffenen Unternehmen, dass sie die gleichen Informationen im gleichen Format und Umfang an alle ihre Zulieferer und Investoren weitergeben können. Bislang ist es so, dass die Zulieferer von ihren Kunden mit zahlreichen unterschiedlichen Informationswünschen und Fragebögen konfrontiert werden. Wird im Rahmen eines teilweisen Nachvollzugs auf die Vorgabe der von der EU vorgeschriebenen Standards verzichtet, würde dieser Nutzen der Standardisierung wahrscheinlich nicht realisiert werden können. Die mittelbar betroffenen Unternehmen müssten mit Mehrkosten rechnen.»¹⁰

Art. 964c Abs. 5 VE-OR müsste entsprechend angepasst werden: *Die Angaben müssen die in der Europäischen Union verwendeten Standards oder einen anderen gleichwertigen Standard für die Nachhaltigkeitsberichterstattung erfüllen. Der gewählte Standard muss in seiner Gesamtheit für alle Vorgaben dieses Artikels übernommen und im Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte genannt werden. Der Bundesrat bezeichnet die Standards.*

Erst der Verzicht auf «Comply or Explain» macht Berichterstattungs Vorgaben tatsächlich verbindlich

Gemäss der Vorlage soll es neu nicht mehr möglich sein, dass ein Unternehmen anstatt über seine Nachhaltigkeitsstrategie zu berichten, auch einfach darlegen kann, dass es «kein Konzept» verfolgt (Art. 964b, Absatz 5 OR). Damit wird eine Lücke geschlossen, die die bisherige Regelung komplett unterlief, indem es dem Unternehmen am Schluss freigestellt war, ob es tatsächlich berichten wollte oder nicht.

Überprüfung der Berichte erhöht Verbindlichkeit und Verlässlichkeit

Neu müssen die pflichtigen Unternehmen ihre Nachhaltigkeitsberichte von einer Revisionsstelle oder einer Konformitätsbewertungsstelle überprüfen lassen. Diese Vorgabe entspricht der CSRD. Die Prüftiefe wird vom Bundesrat auf Verordnungsstufe festgelegt werden und hat sich gemäss Entwurf

⁹ Erläuternder Bericht, S. 9: <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/88435.pdf>

¹⁰ RFA, S. vii.

an der internationalen Entwicklung zu orientieren (Art. 964c^{bis} Abs. 2 VE-OR). Damit wird die
Verlässlichkeit der publizierten Informationen erhöht, was wir begrüßen.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen möchten wir uns sehr herzlich bedanken und stehen Ihnen
bei Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Stucki

Sennweg 17, 3012 Bern

Energie Wasser Bern
Unternehmensentwicklung
Monbijoustrasse 11, Postfach, 3001 Bern
Telefon +41 31 321 31 11, ewb.ch



Post CH AG

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement

ehra@bj.admin.ch

Kontakt Walter Schaad
Telefon +41 31 321 34 18
E-Mail walter.schaad@ewb.ch

16. September 2024

Vernehmlassung Obligationenrecht / Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte

Stellungnahme Energie Wasser Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, zur Vernehmlassungsvorlage des Obligationenrechts Stellung nehmen zu dürfen.

Energie Wasser Bern stellt die Versorgung der Stadt Bern und teilweise der umliegenden Gemeinden mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser sicher, verwertet Abfall zu thermischer und elektrischer Energie und bietet verschiedene energienahe Dienstleistungen an. Das Unternehmen setzt sich für eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung mit möglichst geringem ökologischem Fussabdruck ein. Energie Wasser Bern engagiert sich für die Umsetzung der Energiestrategie 2050 und die Energie- und Klimastrategie der Stadt Bern und berichtet seit mehr als zehn Jahren regelmässig über die Nachhaltigkeitsaspekte des Unternehmens.

1. Genereller Kommentar zur OR-Vernehmlassungsvorlage

Energie Wasser Bern unterstützt die Bestrebungen zur Förderung der Nachhaltigkeit und zur Schaffung von Transparenz bei Nachhaltigkeitsaspekten. Dass dies im Einklang mit internationalen Standards geschieht, stärkt die Chancengleichheit bei Marktteilnehmern in der Europäischen Union und der Schweiz.

Demgegenüber sind die neuen Bestimmungen zur Transparenz über Nachhaltigkeitsbelange in der Schweiz mit sehr hohen Gesamtkosten verbunden, wobei über die Hälfte der Kosten für die externe Prüfung der Berichte anfällt. Auf der anderen Seite kann der Nutzen für die Nachhaltigkeit kaum beziffert werden. Er ergibt sich aus der Erwartung, dass die Transparenzpflicht bei den Unternehmen indirekt ein nachhaltigeres Verhalten auslöst.

Mit einem ganzheitlichen Blick auf die Nachhaltigkeitswirkung beantragt Energie Wasser Bern, bei der angestrebten OR-Änderung zwingend zu prüfen, wie die volkswirtschaftlichen Kosten gedämpft werden können. Sogar der Erläuterungsbericht spricht davon, dass beispielsweise «die Höhe der Prüfkosten kritisch zu betrachten» sei. Gerne verweisen wir diesbezüglich auf unsere Ausführungen zu Artikel 964c^{bis}.

2. Prüfung der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Referenz: Artikel 964c^{bis}

Im Hinblick auf die Reduktion der Folgekosten der OR-Änderung (siehe genereller Kommentar) können zwei Massnahmen in Betracht gezogen werden: der Verzicht auf die unabhängige Prüfung und die Reduktion des Prüfumfangs.

Der Verzicht auf die unabhängige Prüfung würde zwar eine Differenz zum EU-Recht schaffen, es würde aber das Gesetzesvorhaben substanziell verschlanken und die Akzeptanz bei den Unternehmen positiv beeinflussen. Die Schweiz hat gut entwickelte zivilgesellschaftliche Organisationen, es wäre deshalb denkbar, die Nachhaltigkeitsberichterstattung der Unternehmen dem Urteil dieser Organisationen zu überlassen und ein Meldesystem für qualifizierte Beschwerden einzurichten.

Sollte ein Verzicht auf die externe Prüfung nicht zur Diskussion stehen, wäre eine substanzielle Reduktion des Prüfumfangs anzustreben. Der Prüfumfang könnte reduziert werden, indem die Nachhaltigkeitsberichte nur auf Widersprüche zum Geschäftsbericht oder auf offensichtliche Fehler geprüft werden. Bei Weglassen der zusätzlichen Prüfung der Vollständigkeit sowie der Plausibilität und Interpretation von Wesentlichkeitsanalyse und Beschreibung der Auswirkungen würde der aufwändige und subjektive Teil der Prüfung eingespart werden.

Eine dritte Variante wäre die Etablierung einer Stichprobenprüfung oder die Prüfung in mehrjährigen Intervallen. Erweiterte und reduzierte Prüfungen könnten sich in einem bestimmten Rhythmus abwechseln, so wie es heute bei der Zertifizierung von Managementsystemen praktiziert wird (z.B. Managementsysteme nach ISO 9001, ISO 14001).

Energie Wasser Bern beantragt, auf die externe Prüfung der Nachhaltigkeitsberichterstattung zu verzichten. Sofern dieser Verzicht nicht erfolgt, sollte eine Reduktion des Prüfungsumfanges in zeitlicher oder materieller Hinsicht vorgenommen werden. Dies im Hinblick auf das Ziel, die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten der Gesetzesvorlage substantiell zu reduzieren. Bei den Prüfkosten besteht der grösste Hebel.

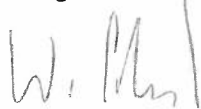
3. Prüfungsstellen

Referenz: Artikel 964c^{bis} OR und Artikel 6b RAG

Energie Wasser Bern begrüsst explizit, dass nicht nur Revisionsunternehmen, sondern auch Konformitätsbewertungsstellen für die Prüfung der Nachhaltigkeitsberichte zugelassen werden sollen. Angesichts der hohen Kosten, die durch die unabhängige Prüfung der Nachhaltigkeitsberichte generiert werden (siehe oben), kann die Zulassung eines zweiten Feldes von Akteuren neben den Revisionsunternehmen eine positive Auswirkung auf den entsprechenden Wettbewerb und damit die Kosten haben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Rückfragen zu unserer Stellungnahme gerne zur Verfügung.

Energie Wasser Bern



Dr. Walter Schaad
Experte Nachhaltigkeit



Sara Kurtovic
Leiterin Public Affairs

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per Mail an:

ehra@bj.admin.ch

Bern, 31.08.2024

Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme in oben genannter Vernehmlassungsvorlage möchten wir uns herzlich bedanken.

Grundsätzliche Bemerkungen

Die Koalition für Konzernverantwortung hat die Konzernverantwortungsinitiative lanciert, die 2020 von der Stimmbevölkerung angenommen wurde und einzig am Ständemehr scheiterte. Die Initiative verlangte eine Sorgfaltspflicht in Bezug auf Menschenrechte und Umweltstandards und eine zivilrechtliche Haftung für Schäden von kontrollierten Unternehmen. In der parlamentarischen Debatte zur Initiative setzte sich ein indirekter Gegenvorschlag durch, der weitgehend auf Berichterstattungspflichten setzte, ergänzt mit vereinzelt Sorgfaltspflichten in den Bereichen Kinderarbeit und Konfliktmineralien, diese allerdings ohne jegliche Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung. Diesen Gegenvorschlag haben wir schon 2020 als ungenügend kritisiert. Dies, weil verschiedene Studien zeigen, dass reine Berichterstattungspflichten nicht dazu führen, dass Unternehmen die Respektierung von Menschenrechten und Umweltstandards in ihrer Geschäftstätigkeit verbessern.

Zudem bezog die Entscheidung des Parlamentes, in erster Linie auf Berichterstattungspflichten zu setzen, die 2020 absehbare internationale Entwicklung nicht mit ein: Die EU hat bereits 2014 mit der Non-Financial-Reporting-Richtlinie (NFRD) Berichterstattungspflichten erlassen und kam im Januar 2020 – ein halbes Jahr vor der Verabschiedung des Gegenvorschlags durch die eidgenössischen Räte – aufgrund einer Evaluation¹ zum Schluss, dass die Berichterstattungspflichten alleine bei Unternehmen «nicht zu den notwendigen Verhaltensänderungen geführt haben».² Auch eine Studie der Freien Universität Berlin stellte bereits 2019 fest, dass Berichtspflichten allein kein geeignetes

¹ Europäische Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucher, Torres-Cortés, F., Salinier, C., Deringer, H., Bright, C., et al., *Study on due diligence requirements through the supply chain : final report*, Publications Office, 2020, <https://data.europa.eu/doi/10.2838/39830> (abgerufen am 31.08.2024)

² Zitat von Didier Reynders, EU-Justizkommissar, aus: <https://responsiblebusinessconduct.eu/wp/2020/04/30/speech-by-commissioner-reynders-in-rbc-webinar-on-due-diligence/> (abgerufen am 31.08.2024)

Instrument seien, um gegen die Missachtung von Menschenrechten oder anderen gesellschaftlichen Verantwortungen vorzugehen.³ Sie können zwar die Transparenz erhöhen, implizieren aber keinerlei Handlungspflichten für die Unternehmen, in ihrer Geschäftstätigkeit den Schutz von Menschenrechten oder Umweltstandards zu verbessern.

Die EU schloss daraus, dass es stattdessen die Einführung verbindlicher Sorgfaltspflichten in Kombination mit einer wirksamen Durchsetzung braucht, wie sie Frankreich bereits seit 2017 und Deutschland seit 2021 kennt.

Aus diesem Grund hat die EU seit 2020 die Konzernverantwortungsrichtlinie (CSDDD) erarbeitet und am 24. Mai 2024 final verabschiedet. Sie beinhaltet umfassende Sorgfaltspflichten für Unternehmen sowie griffige Sanktionsmassnahmen.

Der Bundesrat bekräftigt im erläuternden Bericht zur vorliegenden Vernehmlassung, dass er im Bereich der nachhaltigen Unternehmensführung international abgestimmt vorgehen will. Trotzdem berücksichtigt der Bundesrat in der vorliegenden Vernehmlassung nur eine Weiterentwicklung der Berichterstattungspflichten, welche die EU bereits 2022 beschlossen hatte (Corporate Sustainability Reporting Directive CSRD).

Noch mehr als 2020 bedeutet «international abgestimmt» heute, dass neben Berichterstattungspflichten (CSRD) auch umfassende Sorgfaltspflichten sowie die nötige Durchsetzung (CSDDD) in den Blick genommen werden müssten. Will die Schweiz möglichst zeitgleich wie die EU-Staaten⁴ eine verbindliche und kohärente Regulierung in dem Bereich vorlegen müssen, muss ein entsprechender Gesetzgebungsprozess so schnell wie möglich gestartet werden.

Die Firma ESU-services unterstützt das Anliegen des Bundesrates, im Bereich der nachhaltigen Unternehmensführung international abgestimmt vorzugehen. Die Inhalte der vorliegenden Vernehmlassungsvorlage stellen aber nur einen kleinen Schritt in diese Richtung dar. Für den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt relevanter ist die Einführung von Sorgfaltspflichten für Schweizer Unternehmen. Wir fordern den Bundesrat deshalb auf, die Einführung von Sorgfaltspflichten für Unternehmen umgehend an die Hand zu nehmen und nicht weiter hinauszuzögern. Grosse Schweizer Unternehmen sollen genauso wie ihre europäischen Konkurrenten verpflichtet werden, Menschenrechte und Umweltstandards in ihren Geschäften weltweit zu respektieren und bei Verstössen zur Verantwortung gezogen werden können.

Zur Vernehmlassungsvorlage im Konkreten

Die Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung im OR sollen mit dieser Vorlage an die Vorgaben der EU-Richtlinie CSRD angeglichen werden. Mit einer Senkung der Schwellenwerte, umfassenderen Vorgaben zum Inhalt der Berichterstattung, dem Wegfall der Möglichkeit zu «comply or explain»

³ Gregory Jackson, Julia Bartosch, Emma Avetisyan, Daniel Kinderman, Jette Steen Knudsen. Mandatory Non-financial Disclosure and Its Influence on CSR: An International Comparison. Journal of Business Ethics, Springer Verlag, 2020, 162 (2), pp.323-342.

Siehe auch: Konzernverantwortung: Neue EU-Vorschriften können dazu führen, dass Firmen den Umgang mit Menschenrechten und Umwelt schönreden, NZZ, <https://konzernverantwortung.ch/wp-content/uploads/2024/06/191205-NZZ-%E2%80%93-Konzernverantwortung-Neue-EUVorschriften-koennen-dazu-fuehren-dass-Firmen-den-Umgang-mit-Menschenrechten-und-Umwelt-schoenreden.pdf>

⁴ Die EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die CSDDD bis 2026 in nationales Recht umzusetzen.

sowie einer verbindlichen Überprüfung der Berichte wird die Transparenz und Vergleichbarkeit der Berichte erhöht, was die Firma ESU-services begrüsst. Auf folgende Anpassungen möchten wir detaillierter eingehen:

Anpassung der Schwellenwerte nimmt mehr Unternehmen in die Pflicht

Die Schwellenwerte für die Definition der pflichtigen Unternehmen sollen gemäss Art. 964a VE-OR gesenkt werden. Die Firma ESU-services begrüsst die Ausweitung auf Unternehmen, die zwei der drei folgenden Schwellenwerte in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschreiten: 250 Vollzeitstellen /50 Millionen Franken Umsatzerlös /25 Millionen Franken Bilanzsumme.

Damit werden gemäss Regulierungsfolgenabschätzung rund 2'700 Unternehmen⁵ neu verpflichtet, über ihre Nachhaltigkeitsbestrebungen zu berichten, was die Transparenz verbessert.

Fehlende Übernahme der European Sustainability Reporting Standards (ESRS) führt zu fehlender Vergleichbarkeit

Zweck und Inhalt der Berichte werden mit Artikel Art. 964c VE-OR deutlich detaillierter und genauer umschrieben als bisher. Damit ist klarer, über welche Bereiche Unternehmen berichten müssen, was die Transparenz und die Vergleichbarkeit der Berichte erhöht.

Gleichzeitig will der Bundesrat auf die Einführung der European Sustainability Reporting Standards (ESRS) verzichten und schlägt vor, auf Verordnungsebene gleichwertige Standards zu bezeichnen (Art. 964c Abs. 5 VE-OR).

Für uns ist unklar, was der Bundesrat meint, wenn er im erläuternden Bericht schreibt, dass ein zu den ESRS gleichwertiger Standard der «Global Reporting Initiative [GRI] Standard in Kombination mit den IFRS Sustainability Disclosure Standards des International Sustainability Standards Board (ISSB)»⁶ sein könnte. Gemäss Regulierungsfolgenabschätzung im Auftrag des Bundesrats sind heute nämlich keine gleichwertigen Standards bekannt: «Stand heute gibt es keine gleichwertigen Alternativen zu ESRS. Denn die ESRS-Standards sind deutlich detaillierter als alle potenziellen Alternativen. Die TCFD-Standards fokussieren allein auf Klimaaspekte, nicht auf die sozialen und Governance-Aspekte. Die IFRS/ISSB-Standards verfolgen einen grundlegend anderen Ansatz, nämlich einfache, statt doppelte Materialität (IFRS, 2023). Die GRI-Standards kommen den ESRS-Standards zwar am nächsten, sind aber ebenfalls weniger umfangreich.»⁷ Es ist zu betonen, dass das Prinzip der «doppelten Materialität» eine absolut unverzichtbare Voraussetzung für jeden Berichtsstandard ist, der sich an den UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und den OECD-Leitsätzen orientiert. Es besagt, dass alle Aspekte für die Berichterstattung relevant sind, welche eine finanziell negative Auswirkung auf das Unternehmen und/oder eine negative Wirkung auf Mensch und Umwelt haben⁸. Nur wenn Auswirkungen auf Mensch und Umwelt eine eigenständige Relevanz haben, kann überhaupt von einer Nachhaltigkeitsberichterstattung gesprochen werden.

⁵ BSS Basel, im Auftrag von SECO und BJ, RFA: Nachvollzug der EU Richtlinie zur unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), Basel 19.02.2024, <https://www.bj.admin.ch/dam/bj/de/data/wirtschaft/gesetzgebung/verantwortungsvolle-unternehmen/regulierungsfolgenabschaetzung-d.pdf.download.pdf/regulierungsfolgenabschaetzung-d.pdf> (abgerufen am 31.08.2024), S. v.

⁶ Erläuternder Bericht, S. 7.

⁷ RFA, S. 30.

⁸ [Shift Project, CSRD-Reporting Series, I. Double Materiality](#), August 2023

Mit der Verwendung von einheitlichen Standards würden Berichte nach Schweizer Recht besser mit Berichten von EU-Unternehmen als auch untereinander vergleichbar, was dem Ziel der Vergleichbarkeit der Berichte und der Verbesserung der Datenqualität dient. Wir fordern den Bundesrat deshalb auf, die European Sustainability Reporting Standards (ESRS) als einheitlichen Standard für alle berichtspflichtigen Unternehmen vorzugeben und damit Klarheit für Unternehmen und Stakeholder zu schaffen. Mit ihren detaillierten Datenpunkten ersparen die ESRS Unternehmen viel Arbeit in der Operationalisierung teils eher abstrakter internationaler Standards. So erhalten Unternehmen konkrete Umsetzungshilfe und Rechtssicherheit und können ihre Ressourcen auf die Erhebung der relevanten Daten fokussieren.

Auch für von der Berichterstattungspflicht indirekt betroffene Unternehmen bringt eine Erweiterung der möglichen Standards keine Vereinfachung – im Gegenteil geht der Bundesrat von Mehrkosten für die indirekt betroffenen Unternehmen aus, werden die Berichterstattungsstandards nicht vereinheitlicht.⁹ Die Regulierungsfolgenabschätzung führt dazu aus: «[Die CSRD sieht] eine Standardisierung der Informationen vor, die von den berichtspflichtigen Unternehmen erhoben werden. Das heisst für die mittelbar betroffenen Unternehmen, dass sie die gleichen Informationen im gleichen Format und Umfang an alle ihre Zulieferer und Investoren weitergeben können. Bislang ist es so, dass die Zulieferer von ihren Kunden mit zahlreichen unterschiedlichen Informationswünschen und Fragebögen konfrontiert werden. Wird im Rahmen eines teilweisen Nachvollzugs auf die Vorgabe der von der EU vorgeschriebenen Standards verzichtet, würde dieser Nutzen der Standardisierung wahrscheinlich nicht realisiert werden können. Die mittelbar betroffenen Unternehmen müssten mit Mehrkosten rechnen.»¹⁰

Art. 964c Abs. 5 VE-OR müsste entsprechend angepasst werden: *Die Angaben müssen die in der Europäischen Union verwendeten Standards oder einen anderen gleichwertigen Standard für die Nachhaltigkeitsberichterstattung erfüllen. Der gewählte Standard muss in seiner Gesamtheit für alle Vorgaben dieses Artikels übernommen und im Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte genannt werden. Der Bundesrat bezeichnet die Standards.*

Erst der Verzicht auf «Comply or Explain» macht Berichterstattungsvorgaben tatsächlich verbindlich

Gemäss der Vorlage soll es neu nicht mehr möglich sein, dass ein Unternehmen anstatt über seine Nachhaltigkeitsstrategie zu berichten, auch einfach darlegen kann, dass es «kein Konzept» verfolgt (Art. 964b, Absatz 5 OR). Damit wird eine Lücke geschlossen, die die bisherige Regelung komplett unterlief, indem es dem Unternehmen am Schluss freigestellt war, ob es tatsächlich berichten wollte oder nicht.

Überprüfung der Berichte erhöht Verbindlichkeit und Verlässlichkeit

Neu müssen die pflichtigen Unternehmen ihre Nachhaltigkeitsberichte von einer Revisionsstelle oder einer Konformitätsbewertungsstelle überprüfen lassen. Diese Vorgabe entspricht der CSRD. Die Prüftiefe wird vom Bundesrat auf Verordnungsstufe festgelegt werden und hat sich gemäss Entwurf an der internationalen Entwicklung zu orientieren (Art. 964c^{bis} Abs. 2 VE-OR). Damit wird die Verlässlichkeit der publizierten Informationen erhöht, was wir begrüssen.

⁹ Erläuternder Bericht, S. 9: <https://www.news.admin.ch/newsd/message/attachments/88435.pdf>

¹⁰ RFA, S. vii.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen möchten wir uns sehr herzlich bedanken und stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'N. Jungbluth', with a long horizontal stroke extending to the right.

Niels Jungbluth, Geschäftsführer und Inhaber

Per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement

Bundesamt für Justiz EJPD
ehra@bj.admin.ch

Bern, 17. Oktober 2024

Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts betreffend Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte (Art. 964a ff.) | Vorentwurf des Bundesrates

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, an der Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts betreffend Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte teilzunehmen.

Die fenaco Genossenschaft («fenaco») ist ein Genossenschaftsverband im Sinne von Art. 921 ff. des Schweizerischen Obligationenrechts (OR). Die Anteile an der fenaco Genossenschaft werden von ihren 145 Mitgliedern (Stand per Ende 2023) gehalten. Bei den Mitgliedern handelt es sich mehrheitlich um LANDI Genossenschaften (127) und Tochter- und Beteiligungsgesellschaften der fenaco (18). Die Anteile und Aktien dieser Genossenschaften und Aktiengesellschaften werden von Schweizer Landwirten gehalten. Zusammen mit den LANDI Genossenschaften bildet die fenaco die fenaco-LANDI Gruppe. Als solche stellt sie einen körperschaftlichen Konzern dar.

Im Rahmen der in rubrizierter Angelegenheit erwähnten Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesrates («VE-OR») unterbreitet die fenaco Ihnen folgende

Stellungnahme zur Vernehmlassung:

Die Vorlage wird in dieser Form abgelehnt. Eine Umsetzung des Vorentwurfs ist insbesondere aus den nachfolgenden Gründen nicht sinnvoll bzw. ist zurückzustellen.

1. Unnötige Einschränkung des Handlungsspielraums von Schweizer Unternehmen

Der Vorentwurf orientiert sich zu eng an der EU-Richtlinie und bietet den Unternehmen zu wenig Flexibilität bei der Umsetzung der Regelungen.

Bei einer Übernahme der neuen Schwellenwerte wie sie der Vorentwurf vorsieht, vergrössert sich der Anwendungsbereich erheblich. KMU würden unverhältnismässig belastet. Die derzeitigen Schwellenwerte sind daher beizubehalten.

Zudem sollte das bewährte Comply-or-Explain-Prinzip beibehalten werden. Unternehmen sollten weiterhin die Möglichkeit haben zu erklären, weshalb sie gewisse Informationen nicht offenlegen können oder wollen.

2. Befreiung Berichterstattungspflicht für nahestehende Personen

Von den Berichterstattungspflichten ausgenommen sind lediglich kleine Unternehmen sowie Unternehmen, die von einem berichterstattungspflichtigen Unternehmen kontrolliert werden oder einen gleichwertigen Bericht nach ausländischem Recht erstellen (Art. 964b Ziff. 1 VE-OR).

Gemäss anerkannter Berichterstattungsstandards werden Nachhaltigkeitsaspekte heute über die eigene Geschäftstätigkeit hinaus berücksichtigt und insbesondere entlang vor- und nachgelagerter Wertschöpfungsketten bewertet.

Bei starker wirtschaftlicher Verflechtung und strategischer Partnerschaft, wie sie zwischen der fenaco und ihren LANDI Genossenschaften besteht, kämen die neuen Berichtspflichten einer doppelten Berichterstattung gleich. Das war gerade nicht die Absicht des Vorentwurfes.

Die Ausnahmen von einer Berichterstattungspflicht über Nachhaltigkeitsaspekte nach Artikel 965a VE OR sollten deshalb auf diejenigen Unternehmen erweitert werden, die als nahestehende Personen gemeinsame wirtschaftliche Ziele verfolgen und über gemeinsame Wertschöpfungsketten verfügen. Art. 964b Abs. 1 VE-OR ist durch eine entsprechende Ziffer 3 zu ergänzen.

3. Verfrühte Umsetzung

Im Nachgang zur gescheiterten Unternehmensverantwortungsinitiative vom November 2020 hat sich die Schweiz bei der Regulierung der nachhaltigen Unternehmensführung für einen pragmatischen Weg entschieden. Ein zielgerichtetes international abgestimmtes Regelwerk soll sinnvollerweise Transparenz schaffen und Wettbewerbsnachteile für Schweizer Unternehmen vermeiden.

Es ist nachvollziehbar, dass sich der Bundesrat bei der Ausarbeitung der Regeln für eine Nachhaltigkeitsberichterstattung international abstimmen will. Es gilt jedoch zu bedenken, dass die bestehenden Schweizer Regelungen erst seit dem Geschäftsjahr 2023 zur Anwendung kommen. Es liegen noch kaum Erfahrungen mit deren Handhabung vor. Zudem sind Schweizer Unternehmen

derzeit mit einer Vielzahl von EU-Regulierungen konfrontiert. Die direkten oder indirekten Auswirkungen dieser Regelwerke müssen zuerst abgewartet werden, damit nützliche Erfahrungen gesammelt und eine Praxis entwickelt werden kann. Eine Umsetzung des Vorentwurfs würde dies verhindern.

Wir plädieren daher für eine Verschiebung der Anpassung von Art. 964a ff. OR um mindestens vier Jahre. Diese Zeit könnte genutzt werden, um die eingeführten Prüfschritte in Bezug auf die Regulierung 2022 zu evaluieren und zu beobachten, wie sich in sich die «Green Deal»-Regelung der EU und das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU entwickeln wird und welche internationalen Berichterstattungsstandards sich durchsetzen werden.

4. Schlussbemerkungen

Es ist wichtig, mit den internationalen Entwicklungen im Bereich der Nachhaltigkeit Schritt zu halten. Die fenaco unterstützt den Vorentwurf als einen Schritt in diese Richtung. Sie darf aber nicht dahingehend genutzt werden, den Handlungsspielraum von Schweizer Unternehmen einzuschränken und bewährte Konzepte zu gefährden, unnötige Bürokratie zu schaffen und mit massiven Kosten und Ressourcenaufwand insbesondere kleinere Unternehmen zur Berichterstattung über Nachhaltigkeit zu verpflichten, anstatt die Nachhaltigkeit in ihrem Handeln voranzubringen.

Schliesslich ist entscheidend, dass Schweizer Unternehmen zunächst Erfahrungen sammeln können, sowohl mit der neuen Schweizer Gesetzgebung der nachhaltigen Unternehmensführung als auch mit den diversen EU-Regulierungen.

Im Übrigen sei auf die Stellungnahme der LANDI Geschäftsführer-Vereinigung Schweiz, welche wir vollumfänglich unterstützen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse
fenaco Genossenschaft



Stefan Epp
Geschäftsleitung, Leiter Departement
Infrastrukturen/Nachhaltigkeit und Region
Zentralschweiz



Katrin Emmenegger
Leiterin Recht und Compliance

DIRECTION GÉNÉRALE

DG/gpo

Par courrier électronique

Département fédéral de justice et
police DFJP
Monsieur Beat Jans
Conseiller fédéral
Palais fédéral ouest
3003 Berne
ehra@bj.admin.ch

Genève, le 1^{er} octobre 2024

Consultation relative à la modification du code des obligations (CO), de la loi sur la surveillance de la révision (LSR) et du code pénal suisse (CP)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Nous nous référons à l'affaire visée en marge, et vous remercions de l'invitation à prendre position.

Nous avons pris bonne de votre volonté d'aligner autant que possible les exigences suisses relatives au contenu du rapport de durabilité de certaines entreprises, à celles en vigueur dans l'Union européenne (UE). Genève Aéroport, en tant qu'établissement public autonome de droit cantonal, est naturellement concerné. Nous sommes convaincus qu'une harmonisation aussi complète que possible des pratiques européennes et suisses est nécessaire.

Dans ce contexte, nous soutenons la solution retenue, à savoir la mise en œuvre partielle de la directive (UE) n° 2022/2464 sur la publication d'informations en matière de durabilité par les entreprises. Cette approche nous semble cohérente puisqu'elle permet de mieux tenir compte des particularités de la Suisse en la matière.

Cela étant, il est indispensable que la future ordonnance, qui déclinera notamment les exigences applicables aux entreprises suisses, définisse plus spécifiquement les normes d'information qui seront considérées comme équivalentes (art. 964c al. 5 AP-CO).

Par ailleurs, il conviendra également de veiller à ce que les nouvelles dispositions réglementaires n'impliquent pas un coût financier supplémentaire pour les entreprises, notamment du fait du recours à un auditeur externe, au regard de la finalité du rapport de durabilité.

Enfin, il est indispensable que la réalisation de ce rapport non-financier n'entraîne pas une surcharge administrative disproportionnée pour les entités qui devront le publier.

En vous remerciant par avance de tenir compte de ce qui précède, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.



Gilles RUFENACHT
Directeur général



Gaël POGET
Délégué aux affaires extérieures

Copie (électronique) : - Interne : clu, cwi, nrs
- Mme Emanuela Dose Sarfatis, Secrétaire générale adjointe, Canton de Genève
- M. David Karrer, Directeur affaires extérieures, FZAG
- Secrétariat général AEROSUISSE

Per E-Mail an ehra@bj.admin.ch
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Fachbereich I für Rechtsetzung
Bundesrain 20
CH-3003 Bern

Homburger AG
Prime Tower
Hardstrasse 201
CH-8005 Zürich

homburger.ch
T +41 43 222 10 00

17. Oktober 2024

Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zum Vorentwurf zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte) und zum Erläuternden Bericht zum Vorentwurf Stellung nehmen zu können.

Als auf Wirtschaftsrecht spezialisierte Anwaltskanzlei unterstützen wir grundsätzlich die Anpassung der schweizerischen Vorschriften an die EU-Regelungen im Bereich der Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte. Wir möchten jedoch einige Punkte des Vorentwurfs kritisch hinterfragen und Verbesserungsvorschläge machen, welche die Praktikabilität, Effizienz, Zielerreichung und Standortqualität der neuen Regelung berücksichtigen. Da wir nur einige Grundkonzepte in Frage stellen wollen, verzichten wir auf eine Kommentierung der einzelnen Artikel. Wir bitten Sie, folgende Punkte zu überdenken:

- **Zeitpunkt der Publikation des Berichts über Nachhaltigkeitsaspekte:** Im Gegensatz zur CSRD, die den Unternehmen eine Frist von zwölf Monaten für die Veröffentlichung des Nachhaltigkeitsberichts einräumt, sieht der Vorentwurf (wie auch das geltende Recht) nur eine Frist von sechs Monaten vor. Dies obwohl die Anforderungen an die Berichterstattung dieselben sind wie in der EU. U.E. ist diese Frist zu kurz. Noch problematischer ist jedoch die faktische Verkürzung der Frist auf zwei bis drei Monate durch das Erfordernis der Genehmigung durch die Generalversammlung. Bereits nach der derzeitigen gesetzlichen Regelung ist es schwierig, den Bericht über nichtfinanzielle Angelegenheiten für die Generalversammlung zu erstellen.

Durch die im Vernehmlassungsentwurf vorgesehene starke Ausweitung der Berichtspflichten dürften die Schwierigkeiten noch zunehmen. Wir bitten Sie, nochmals zu prüfen, wie den Unternehmen mehr Zeit für die Berichterstattung eingeräumt werden kann.

- **Verhältnismässigkeit der Strafnorm:** Die Strafnorm von Art. 325^{ter} StGB ist unseres Erachtens unverhältnismässig und belastet den Verwaltungsrat übermässig. Sie verlangt, dass der Verwaltungsrat die Richtigkeit und Vollständigkeit der Berichterstattung über Nachhaltigkeitsaspekte überprüft, was angesichts der Komplexität und des Interpretationsspielraums der Berichterstattungsstandards kaum möglich ist. Zudem stellt nicht jede Abweichung oder Lücke im Bericht eine strafrechtlich relevante Täuschung dar. Wir schlagen daher vor, die Sanktionierung von Verstössen gegen die Berichtspflichten ebenfalls in Anlehnung an die CSRD auszugestalten. Diese sieht in erster Linie eine Sanktionierung über die externen Prüfer der Nachhaltigkeitsberichte vor. Da nach dem Vernehmlassungsentwurf nun auch in der Schweiz zwingend eine Prüfung durchzuführen ist, sollte auch in der Schweiz die Sanktionierung an diese Prüfung anknüpfen. Alternativ sollten zumindest angemessene Erheblichkeitsschwellen eingeführt werden.
- **Keine Ausnahme für Geschäftsgeheimnisse:** Der Vernehmlassungsentwurf sieht keine Ausnahme von der Offenlegungspflicht vor, wenn die Offenlegung von Informationen die Geschäftslage von Unternehmen ernsthaft schaden könnte, wie dies in Art. 19a Abs. 3 und 29a Abs. 3 CSRD vorgesehen ist. Dies kann zu Wettbewerbsnachteilen oder unverhältnismässigen Risiken für die betroffenen Unternehmen führen. Der Vernehmlassungsentwurf sollte daher eine entsprechende Ausnahmeregelung vorsehen, die an klare und objektive Kriterien geknüpft ist und die eine angemessene Rechenschaftspflicht und Transparenz gewährleistet.
- **Einführung einer Übergangsfrist im Zusammenhang mit Unternehmensübernahmen:** Der Vernehmlassungsentwurf enthält keine spezifische Übergangsbestimmung für Unternehmen, die im Laufe eines Geschäftsjahres erworben werden und zuvor nicht den Berichterstattungspflichten unterlagen. Dies kann zu erheblichen Herausforderungen bei der Beschaffung und Aufbereitung der erforderlichen Daten führen. Um den betroffenen Unternehmen eine angemessene Umstellungszeit einzuräumen, schlagen wir vor, dass solche Unternehmen erst für das auf den Erwerb folgende Geschäftsjahr in die Nachhaltigkeitsberichterstattung einzubeziehen sind. Auch Art. 964a Ziff. 2 des Vernehmlassungsentwurfs sieht eine Übergangsfrist vor, da die Schwellenwerte in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren überschritten werden müssen.
- **Schwellenwerte:** Die im Vernehmlassungsentwurf vorgesehenen tiefen Schwellenwerte für die Berichterstattungspflicht führen für viele Unternehmen zu unverhältnismässigen Berichterstattungspflichten. Wir plädieren dafür, die Schwellenwerte nicht zu senken oder zumindest die Berichterstattungspflichten für kleinere Unternehmen zu erleichtern.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vorschläge im weiteren Verlauf der Revisionsarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen



Karin Mattle
Partnerin



Dr. iur. David Oser
Partner

Genève, 15 Octobre, 2024

Procédure de consultation sur la modification du code des obligations (Transparence sur les questions de durabilité)

Madame, Monsieur,

En tant que société de conseil créée pour inspirer et soutenir la transition vers une économie plus durable, nous soutenons la modification du code des obligations. Nous sommes convaincus qu'elle est nécessaire pour accompagner la transition vers une économie durable en Suisse, et pour assurer la compétitivité du marché suisse. Nous soutenons l'approche de la double matérialité et l'exigence d'audits.

Nos commentaires incluent plusieurs observations et suggestions concernant les aspects suivants :

- 1. Impact sur les entreprises hors critères d'inclusion.**
- 2. Clarification des normes de reporting applicables.**
- 3. Inclusion des opportunités dans le périmètre du rapport.**

En outre, nous souhaitons formuler quelques recommandations générales concernant la phase de transition.

Nous vous remercions de nous offrir l'opportunité de vous soumettre nos commentaires. Nous restons à votre disposition pour toute question ou demande de précision.

Nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos salutations distinguées.

Justyna Tarwid

Justyna Tarwid

Fondatrice et Directrice

Contribution d'Intently Sàrl à la consultation sur la modification du code des obligations (Transparence sur les questions de durabilité)

1. Impact sur les entreprises hors critères d'inclusion

Comme mentionné dans B. Exceptions Art. 964b, les entreprises hors critères d'inclusion sont exemptées de l'obligation de préparer des rapports de durabilité. Cependant, bon nombre d'entre elles seront indirectement affectées par cette modification de la loi, par exemple, ils pourraient être demandés de fournir des données requises par les grandes entreprises pour calculer leurs émissions de scope 3.

Suggestion: Conformément à l'approche de l'Union européenne, proposer des options permettant aux entreprises hors critères d'inclusion de se préparer à ces implications, par exemple en introduisant un cadre volontaire d'informations à fournir.

2. Clarification des normes de reporting applicables

Conformément à l'art. 964c 5, les informations publiées répondent aux normes d'information de l'Union européenne en matière de durabilité ou à d'autres normes équivalentes. (...) Le Conseil fédéral désigne les normes équivalentes.

Suggestion : Le paysage des normes continuant à évoluer, notamment avec l'émergence de normes spécifiques à certains secteurs, nous recommandons de compléter la phrase « Le Conseil fédéral désigne les normes équivalentes » par « à un moment donné », afin de prendre en compte cette dynamique.

3. Inclusion des opportunités dans le champ d'application du rapport

Comme indiqué à l'art. 964c 3 points 7 - 9, le rapport doit couvrir les impacts négatifs et les risques. Toutefois, cette section ne mentionne pas les opportunités, bien qu'elles soient explicitement citées dans les principales normes telles que EU CSRD et ISSB.

Suggestion : Nous recommandons d'inclure les opportunités dans le texte législatif afin de souligner l'importance des entreprises suisses qui développent des technologies innovantes, permettant à leurs partenaires et clients de réduire leurs impacts sociaux et environnementaux.

Suggestions générales concernant la phase de transition

D'après les estimations du rapport explicatif, cette réforme affectera 3500 entreprises. La collecte de certains indicateurs (comme les émissions de CO2) sera nouvelle pour bon nombre d'entre elles, ce qui entraînera des ajustements au niveau des rôles, processus et systèmes, ainsi que des coûts additionnels. Nous recommandons:

- Le lancement d'un projet pilote sur les nouvelles exigences dès que possible, afin de permettre aux entreprises de préparer des rapports provisoires et de formuler leurs besoins en termes de soutien pour la mise en œuvre.
- La communication, dans les meilleurs délais, de documents d'orientation technique et des outils nécessaires pour faciliter la mise en conformité des entreprises déclarantes.
- Que ces orientations et outils incluent également une aide au calcul des indicateurs démontrant l'impact positif des produits et services, afin de stimuler l'innovation.

Jan Meyer
Gehrenstrasse 3
8810 Horgen

Schweizerische Eidgenossenschaft
Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Horgen, 17. Oktober 2024

Vernehmlassungsantwort zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Als interessierter Bürger bedanke ich mich für die Möglichkeit, zur Vernehmlassungsvorlage betreffend Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte vom 26. Juni 2024 Stellung nehmen zu dürfen.

Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Änderungen in Sachen Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte sehen eine deutliche Erweiterung von derzeit rund 200 Unternehmen auf geschätzte 3'500 Unternehmen vor, welche in Sachen Nachhaltigkeit Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit ablegen sollen. Die Anforderungen gegenüber den heutigen Berichterstattungspflichten werden in der Vorlage dahingehend präzisiert, als dass die betroffenen Unternehmen explizit unter anderem zu Umweltfaktoren, Sozialaspekten, inklusive Arbeitnehmerbelangen sowie Menschenrechten Angaben offenlegen sollen, die mindestens 10 Jahre öffentlich zugänglich bleiben. Weiter werden die mit der zusätzlichen Regulierung einhergehenden jährlichen Kosten auf 620 Millionen Franken geschätzt.

Unabhängig von der gesellschaftlich zu beantwortenden Frage, wie viel Transparenz Unternehmen gegenüber Anspruchsgruppen wie Mitarbeitenden, Kunden und der Öffentlichkeit im Allgemeinen zu schaffen haben, stellt sich für mich mit Blick auf den für die betroffenen Unternehmen zusätzlich verursachten Aufwand die Frage, was **Bund, Kantone und Gemeinden selbst beitragen werden, um die Transparenz im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens zu erhöhen.**

Konkret ist fraglich, ob die insbesondere für natürliche Personen (Mitarbeitende, Konsumierende, Einzelunternehmer) **unverhältnismässig hohen Hürden für die Einsichtnahme in die Register der Betreibungs- und Konkursämter** gemäss Art. 8a des geltenden Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs **noch zeitgemäss ist.**

Diese Unverhältnismässigkeit begründet sich meines Erachtens wie folgt:

- Die Einholung einer Auskunft bedingt heute einen glaubhaften Interessensnachweis, was einerseits die Offenlegung von persönlichen Daten (Identitätsnachweis) gegenüber den rund 700 Ämtern erfordert, andererseits eine Offerte, einen Kaufvertragsentwurf oder Ähnliches bedingt, um überhaupt eine Auskunft zu erhalten. Demgegenüber steht der bundesrätliche Vernehmlassungsentwurf, der den freien, öffentlichen Zugang zu schätzungsweise 3'500 Nachhaltigkeitsberichten vorsieht.

Diese Berichte werden höchstwahrscheinlich bequem über das Internet vom heimischen Wohnzimmer aus gelesen werden können.

- An Unternehmen, welche insbesondere einer breiten Öffentlichkeit ihre Güter und Dienstleistungen anbieten, besteht aus Sicht der Konsumierenden durchaus ein Interesse zu erfahren, ob diese ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Lieferanten, Mitarbeitenden sowie der Gesellschaft (kommunalen und kantonalen Steuerbehörden, der ESTV, den Sozialversicherungen sowie staatlichen Darlehensgebern) nachkommen. Die Vernehmlassungsvorlage lässt teilweise offen, in welchem Ausmass Unternehmen über Zahlungspraktiken Bericht zu erstatten haben. Zudem ist sie aufgrund der vorgesehenen Schwellenwerte nicht in der Lage, diejenigen Unternehmen vollständig zu erfassen, welche mit fragwürdigen und teilweise strafrechtlich zu ahndenden Zahlungspraktiken wirtschaften.
- Die vorgesehenen Informations- und Rechenschaftspflichten führen zu zusätzlichen Kosten von ca. 0.1% des Schweizerischen Bruttoinlandprodukt (Stand 2023) und verlangen Unternehmen – auch solchen, die nicht zur Veröffentlichung von Finanzinformationen verpflichtet sind – weitreichende Berichterstattungspflichten ab. Bund und Kantone obliegen dagegen gemäss der Vernehmlassungsvorlage einzig zusätzliche Aufgaben im Rahmen des Strafgesetzes sowie der Revisionsaufsicht, was zu einem weiteren Ungleichgewicht in der Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten in Bezug auf Transparenzbemühungen führt.

Entsprechend bitte ich den Bundesrat zu prüfen, inwiefern die **geltenden Bestimmungen zu Schuldbetreibung und Konkurs** – konkret Art. 8a des geltenden Bundesgesetzes – modernisiert werden können, um **zusätzliche Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte zu schaffen**. Insbesondere rege ich an, die Anforderungen für die Einholung von Auskünften zu Unternehmen, welche ihre Güter und Dienstleistungen einer breiten Öffentlichkeit verfügbar machen, deutlich zu vereinfachen. Dies, indem zum einen die Pflicht zum Nachweis eines Interesses abgeschafft oder zumindest deutlich reduziert wird, und zum anderen Auskünfte zentral über bestehende Portale (wie bspw. easygov.swiss) abgerufen werden können.

Gerne stehe ich für weitere Ausführungen und Fragen Ihrerseits zur Verfügung. Sollten Sie erwägen, diese Stellungnahme veröffentlichen, so bitte ich Sie höflich darum, meine Adresse zu schwärzen.

Ich danke Ihnen für die Prüfung meines Anliegens und sehe Ihrer Antwort mit Spannung entgegen. Ich bin überzeugt, dass es auch im Interesse des Bundesrates und Parlaments sein muss, einen staatlichen Beitrag zu erhöhter Transparenz und nachhaltigem Wirtschaften zu leisten.

Freundliche Grüsse



Jan Meyer



Kellerhals
Carrard

Per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundesamt für Justiz EJPD

ehra@bj.admin.ch

2. Oktober 2024

Vernehmlassung zur Änderung des OR betr. Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte (Art. 964a ff. VE-OR)

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen unserer Beratungstätigkeit und unseres dezidierten Nachhaltigkeits-Desks befassen wir uns seit Jahren intensiv mit der ESG-Regulierung und der nicht finanziellen Berichterstattung in der Schweiz und in der EU. Vor diesem Hintergrund unterbreiten wir Ihnen folgende

Stellungnahme zur Vernehmlassung

A. Anträge

- 1 Hauptsächlich: Die Vorlage belastet die Schweizer Unternehmen und insbesondere die KMU über Gebühr administrativ, ohne erkennbaren Nutzen zu stiften, erreicht die angestrebte Kompatibilität mit dem Ausland nur in Bezug auf die EU und reduziert die Flexibilität des Wirtschaftsstandorts Schweiz unnötig, indem der unternehmerische Gestaltungsspielraum bei der Festlegung von strategischen Nachhaltigkeitszielen und deren Berichterstattung verkleinert wird. Der Entwurf wird in dieser Form abgelehnt. Wir regen an, die Anpassung der Art. 964a ff. OR um mindestens vier Jahre aufzuschieben. In dieser Zeit könnte eruiert werden, (i) wie sich die Schweizer Regulierung 2022 auswirkt, (ii) wie sich die «Green Deal»-EU-Regulierung einerseits und das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU andererseits sich entwickelt und (iii) welche der internationalen Berichtstandards sich durchsetzen.
- 2 Eventuell: Sollte der Bundesrat auf einen Marschhalt verzichten wollen, wäre eine wesentliche Entschlackung nach dem bewährten Schweizer Prinzip der massvollen Grundsatzregulierung notwendig (vgl. dazu Lit. C).

B. Begründung

- 3 Handeln statt Berichten/Ressourcenallokation: Die wichtige Verwirklichung des Nachhaltigkeitsgedankens geschieht durch Innovationskraft der Schweizer Unternehmen und nicht durch Bürokratie und Berichte. Aufgrund der vorgeschlagenen Gesetzesänderung müssten insbesondere die KMU einen grossen Teil ihrer Ressourcen für das Berichten über die Nachhaltigkeit aufwenden, anstatt die Nachhaltigkeit in ihrem Handeln voranbringen zu können.
- 4 Unverhältnismässiger Aufwand ohne wesentlichen Nutzen: Es würden neu zahlreiche Unternehmen zur Berichterstattung verpflichtet, die bislang keine Berichte publizieren mussten. Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob ein Unternehmen, das die Berichterstattung zuhause der Öffentlichkeit gewohnt ist, einen weiteren Bericht veröffentlichen muss, oder ob Unternehmen, die bisher gar keinen Bericht veröffentlichen mussten (insbesondere auch keinen Geschäftsbericht), neu zur öffentlichen Berichterstattung verpflichtet werden. Diese Unternehmen werden ihrer Gestaltungsfreiheit beraubt, ob sie in einem Wirtschaftsraum mit bestehenden strengen Berichterstattungspflichten tätig sein wollen (und es sich leisten können) oder nicht. Es gibt u.a. Schweizer KMU, die vorwiegend in den USA oder Asien tätig sind und nicht unter die EU-Berichterstattungspflichten fallen würden; diese müssten in der Folge nach zwei Standards rapportieren. Eine Kosten-/Nutzen-Abwägung wäre ihnen nun nicht mehr möglich, weil diese Unternehmen auch in ihrem Heimatland belastet würden. Die Vorlage verwirklicht ein bürokratisches «race to the bottom» und schafft gleich kurze Spiesse für alle Schweizer Unternehmen. Ein wesentlicher Nutzen für die Schweizer Bevölkerung bzw. Wirtschaft ist derweil nicht zu erkennen. Wieso also diesen Vorentwurf jetzt umsetzen?
- 5 Nicht berücksichtigter Multiplikatoreffekt: Die Verpflichtung zur Berichterstattung führt dazu, dass berichtspflichtige Unternehmen in ihrer Lieferkette gewisse Informationen sammeln und aufbereiten (lassen) müssen, um ihren Bericht erstellen zu können. Diese Aufwände werden somit auf Unternehmen überwälzt, die selber nicht berichtspflichtig sind. Faktisch würden durch die Vorlage somit weit mehr Unternehmen belastet als im erläuternden Bericht dargestellt und auch die Kosten wären weitaus höher. Die Belastbarkeit der RFA wird dabei in Frage gestellt: Fragestellungen und Antworten erfolgten zu einer Zeit grosser Unkenntnis über die Frage, was ein Nachhaltigkeitsbericht ist.
- 6 Reduktion der gesetzgeberischen Flexibilität: Die Schweiz schränkt sich durch die faktische Übernahme der EU-Regulierung direkt ins Landesrecht über Gebühr ein und verliert an der ihr eigenen und erfolgreichen Flexibilität und Autonomie in der Anpassung an globale Anforderungen. Die ohnehin schon grosse Dynamik im Bereich der EU-Regulierung und die damit einhergehende Rechtsunsicherheit würde durch die vorgeschlagene Anpassung des OR massiv verschärft. Es würde für Jahre unmöglich, für die Zukunft nutzbare Erfahrungen zu sammeln und eine Praxis zu entwickeln.
- 7 Fehlende Berücksichtigung des veränderten Umfelds: Nicht nur auf europäischer Ebene, sondern insbesondere auch auf Ebene der Umsetzung in den Mitgliedstaaten hat die Bewegung hin zu strengeren Bestimmungen betreffend Nachhaltigkeitsberichterstattung an Tempo und Schlagkraft verloren. In den USA ist die SEC-Vorlage derzeit Gegenstand eines

Rechtsstreits und in China wird, wenn überhaupt, mit grosser Wahrscheinlichkeit der ISSB-Standard implementiert werden. Das Abstellen auf die EU-Standards insinuiert, dass für Schweizer Unternehmen nur die EU relevant ist. Somit wäre auch mit Blick auf die internationale Abstimmung alles andere als ein Zuwarten unseres Erachtens die falsche Entscheidung und würde nicht nur der Schweizer Wirtschaft schaden, sondern auch dem Nachhaltigkeitsgedanken einen Bärendienst erweisen.

C. Anpassung des Gesetzesentwurfs

- 8 Wir erkennen folgenden konkreten Anpassungsbedarf im aktuellen Gesetzesentwurf:
- 9 Keine Reduktion der Schwellen/Opting-out oder Opting-in (Art. 964a): Die Berichterstattungspflichten sind nicht auf private Unternehmen auszudehnen; vielmehr ist an der bestehenden Schwelle «Unternehmen des öffentlichen Interesses («börsenkotiert/FINMA reguliert») und (kumulativ) Schwellenwerte» festzuhalten. Wenn neu auch private Unternehmen pflichtig werden sollten, wäre für diese ein Opting-out z.B. in den Statuten oder gestützt auf einen Aktionärsbeschluss vorzusehen (als bessere Mittellösung wäre ein Opting-in für die neu berichterstattungspflichtigen vorzuziehen) oder im Minimum der bisherige Schwellenwert von 500 FTE beizubehalten.
- 10 Verhältnismässigkeitsprinzip (Art. 964c): Alle Bestimmungen in Art. 964c OR müssen dem Verhältnismässigkeitsprinzip unterliegen, sodass Unternehmen nur jene Informationen offenlegen müssen, die tatsächlich relevant sind.
- 11 Keine inhaltlichen Zielfestlegungen (Art. 964c Abs. 1): Mit Bezug auf die Umweltfaktoren werden Angaben betr. Netto-Null-Treibhausgasemissionsziel 2050 sowie betr. Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau verlangt. Damit würden artfremd für Publikationspflichten inhaltliche Zielfestlegungen postuliert. Diese sind zu streichen und nicht durch die obligationenrechtliche Hintertür einzuführen, umso mehr als die TCFD-Klimaverordnung ausreichend quantitative Ziele enthält.
- 12 Kein Erfordernis der doppelten Materialität (Art. 964c Abs. 2): Eine gesetzliche Festschreibung der doppelten Materialität lehnen wir ab, da dies eine Frage des gewählten Berichtsstandards sein soll. Verschiedene prominente Standards wenden dieses Prinzip jedoch gerade nicht an wie z.B. IFRS S1/S2. Nur innerhalb der EU wird dieser Standard mit der GRI (Global Reporting Initiative) verknüpft, weltweit dagegen nicht. Würde die Schweiz – wie vorgeschlagen – eine Verknüpfung von IFRS S1/S2 mit dem GRI-Standard erzwingen, wäre dies einmal mehr ein ebenso unnötiger wie nachteiliger Swiss Finish.
- 13 Beibehaltung Comply or explain-Ansatz (Art. 964c): Gemäss geltendem Recht können pflichtige Unternehmen begründet erklären, dass bzw. wieso sie bestimmte Punkte betreffend Nachhaltigkeit nicht offenlegen. Dieses im Schweizer Markt bewährte Prinzip, das auch im Swiss Code of Best Practices for Corporate Governance Niederschlag findet, soll offenbar – kaum eingeführt – schon wieder aufgegeben werden. Der Raum für einen massvollen Umgang mit den Berichtselementen würde ohne Not gestrichen. Den Unternehmen würde die Möglichkeit genommen, begründet zu bestimmen, wo eine Offenlegung Sinn ergibt und wo nicht. Das Comply or explain-Prinzip ist aufrechtzuerhalten resp. wieder aufzunehmen.

- 14 Keine zwangsweise Übernahme von EU-Recht/alternative Standards (Art. 964c Abs. 5):
Im Bereich der Rechnungslegung hat es sich bewährt, allgemein «anerkannte Standards» für zulässig zu erklären. Das muss auch für die nichtfinanzielle Berichterstattung gelten. Die aktuelle Formulierung bedeutet faktisch einen Zwang zur Übernahme des EU-Rechts (konkret der CSRD) und damit eine Abkehr des Prinzips der eigenständigen (smarten) Regulierung. Sie würde verhindern, dass sich Schweizer Unternehmen an anderen als den EU-Standards – den derzeit ausführlichsten und bürokratischsten aller Standards – orientieren können, die einen geringeren Aufwand mit sich bringen, wie z.B. am IFRS/ISSB-Standard, dem global am meisten verbreiteten Standard (eingeführt wurde er bisher von Kanada, Brasilien, Singapur, Australien, Grossbritannien, Malaysia, Neuseeland, Korea und Japan; China dürfte sich ihm ebenso anschliessen) oder der im Entstehen begriffene FER-Standard, der für binnenmarktorientiert KMU künftig eine wichtige Alternative darstellen soll. Aus Sicht der Standortattraktivität der Schweiz ist die Anerkennung internationaler Standards zentral.
- 15 Adäquate Zuständigkeiten berücksichtigen (Art. 964c Abs. 7 und Art. 964c^{ter} Absatz 2):
Die Unternehmen mit Sitz in der Schweiz, welche bereits berichterstattungspflichtig sind, haben sich grossmehrheitlich für eine Konsultativabstimmung über den Nachhaltigkeitsbericht entschieden, womit die Verantwortung – zurecht und in Einklang mit der good corporate governance und im Übrigen auch der EU – beim Verwaltungsrat liegt. Die Konsultativabstimmung ist aufrechtzuerhalten; allenfalls könnte – für kleinere Unternehmen – ein Opting-in-Wahlrecht in ihren Statuten vorgesehen werden. Dasselbe gilt für die Festlegung des Standards – diese muss grundsätzlich beim obersten Leitungsorgan, dem Verwaltungsrat, angesetzt bleiben; allenfalls mit einer Möglichkeit, etwas anderes in den Statuten vorzusehen.
- 16 Prüfpflicht: Schrittweise Einführung und Opting-out (Art. 964c^{bis}): Die lediglich schrittweise Einführung der Prüfpflicht bezüglich der neuen Nachhaltigkeitsberichterstattung ist zu begrüssen. Die Mehrkosten durch Einführung einer vollen Prüfpflicht sind auch für Grossunternehmen enorm und sollten nicht über die von ihnen gewählten (anerkannten) Standards hinausgehen. Der Standard sollte deshalb die eingeschränkte Revision sein, mit einer Opting-up-Möglichkeit für internationale Konzerne, die aufgrund ihres gewählten Standards ihren Bericht voll prüfen lassen müssen und eines Opting-out für KMU, was in der Revision der Rechnungslegung bekannt ist und sich bewährt hat. Schliesslich ist zentral, dass die Anforderungen an die externe Revision verhältnismässig sein müssen – das Gebiet steckt in den Anfangsschuhen und wird sich noch stark entwickeln.
- 17 «Berichterstattung» anstatt «Bericht» (Art. 964c^{ter}): Der Vorentwurf bzw. dessen Erläuterung lässt offen, ob die Berichterstattung im Lagebericht oder in einem separaten Bericht erfolgen könnte. Es scheint jedoch, dass von einem separaten Bericht ausgegangen wird, weil einerseits terminologisch von «Bericht» und nicht «Berichterstattung» gesprochen wird. Andererseits muss der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte – gleich dem Lagebericht – separat der GV vorgelegt werden. Es ist nicht praktikabel den gleichen Bericht zweimal der GV vorzulegen. Es muss daher klargestellt werden, dass der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte der GV vorzulegen ist, soweit die Nachhaltigkeitsberichterstattung

nicht in den Lagebericht integriert ist, wie dies die EU im Übrigen vorsieht. Durch die begriffliche Anpassung könnte dies leicht geklärt werden.

- 18 Keine Pflicht zur Veröffentlichung (Art. 964c^{ter}): Bis heute hat sich die Schweiz erfolgreich gegen eine Veröffentlichung resp. Registerpflicht für Geschäftsberichte/Finanzberichte von nicht börsenkotierten Unternehmen gewehrt. Dass nunmehr eine Veröffentlichungspflicht auch für nichtkotierte Unternehmen eingeführt werden soll, ist nicht nachvollziehbar, nicht sachgerecht und daher zu streichen. Es ist den nichtkotierten KMU auch heute möglich, einen Geschäftsbericht nicht nur den Aktionären, sondern auch Dritten zur Verfügung zu stellen. Sie tun dies, wenn es sich für sie lohnt (signalling). Gleiches dürfte für die Nachhaltigkeitsberichterstattung gelten. Entsprechend erscheint auch hier die Möglichkeit eines Opting-ins zwingend.
- 19 Kohärente Terminologie im Revisionsaufsichtsgesetz: Es sollte nicht von der «Nachhaltigkeitsprüfung» gesprochen werden, sondern von der «Prüfung im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung».
- 20 Keine Strafen für zukunftsgerichtete Aussagen und Fahrlässigkeit (Art. 325^{ter} StGB): Wenn überhaupt, sollte nur eine falsche Berichterstattung über Vergangenes strafrechtlich geahndet werden; die geforderten Aussagen zur zukünftigen Entwicklung bzw. «potenziell negativer Auswirkungen» entziehen sich einer Überprüfbarkeit und dürfen nicht strafrechtlich relevant sein. Dies wäre nicht nur mit Blick auf den Grundgedanken dieser Strafnorm, sondern auch mit Blick auf den Grundgedanken des Strafrechts, nicht haltbar. Derartiges findet seine Grenze im Lauterkeitsrecht (UWG). Sodann ist auf die aktuell vorgesehene Strafbarkeit fahrlässiger Aussagen dringend zu verzichten. Beispielsweise müssen «wesentliche Risiken» und die Handhabung dieser Risiken oder Umstände ausserhalb des Unternehmens («Lieferkette») beschrieben werden. Oftmals werden Risiken, die sich materialisiert haben, erst in der Rückschau als wesentlich erkennbar. Auch unter Berücksichtigung des Umstandes, dass die Datenqualität per se und die Abhängigkeit von Dritten, welche Daten liefern, derzeit nicht sichergestellt werden kann, auch weil sich die Prozesse erst noch etablieren müssen (auch die Einführung solcher Prozesse führt für KMU zu wesentlichem Mehraufwand). Zu strenge Strafbestimmungen fördern sog. greenhushing, was keinesfalls gewollt sein kann. Die Strafbestimmung muss dringend entschärft werden.
- 21 Neu: Safe Harbor-Regel: Um Aufwand und Haftung für KMU zu reduzieren und die schädliche Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen zu verhindern, ohne aber die Qualität und Aussagekraft der Berichterstattung zu mindern, braucht es Safe Harbor-Regeln wie sie auch internationale Standards kennen: IFRS S1 («Commercially sensitive information», Paragraphen B34 und B37) und CSRD ESRS 1 («Klassifizierte und vertrauliche Informationen», Abschnitt 7.7). Eine entsprechende Formulierung könnte daher wie folgt lauten:

Vorschlag für einen neuen Art. 964c^{bis}

Verhältnismässigkeit

¹Von der Offenlegung von Angaben und Informationen kann abgesehen werden, wenn durch die Offenlegung Geschäftsgeheimnisse oder andere schutzwürdigen Interessen der Gesellschaft gefährdet werden, selbst wenn diese Angaben und Informationen als wesentlich eingestuft werden.

²Ebenfalls kann von der Offenlegung von Angaben und Informationen abgesehen werden, wenn deren Erhebung und Aufbereitung per Abschlussstichtag für das Unternehmen nicht oder nur mit einem unverhältnismässigen Aufwand oder zu unverhältnismässigen Kosten möglich ist.

³In beiden Fällen ist eine Begründung im Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte anzuführen.

Für die Möglichkeit der Stellungnahme bedanken wir uns und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Dr. Beat Brechbühl
Managing Partner

lic. iur. Ines Pöschel

Dr. Roman Aus der Au



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus Nord
Bundesrain 20
3003 Bern

Weinfelden, 10.10.2024

Vernehmlassung: Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte

Sehr geehrter Herr Bundesrat Beat Jans
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zur Änderung des Obligationenrechts bezüglich Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte Stellung nehmen zu dürfen. Grundsätzlich begrüssen wir Ihren Vorschlag, möchten aber dennoch ein paar Punkte ausführen.

Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte ist für uns als Lidl Schweiz ein wichtiges Anliegen. Wir haben insgesamt schon vier Nachhaltigkeitsberichte veröffentlicht, drei davon nach GRI-Standard. Den ersten Nachhaltigkeitsbericht verfassten wir für das Geschäftsjahr 2016. In den folgenden Jahren fassten wir jeweils zwei Geschäftsjahre in einem Nachhaltigkeitsbericht zusammen. Die Berichte wurden jeweils von einem externen Auditunternehmen geprüft. Die externen Kosten belaufen sich auf über CHF 100'000 pro Bericht. Hinzu kommen interne Kosten, denn der Zeitaufwand für einen Bericht beläuft sich auf mindestens zwei Monate Arbeitszeit (bei einem 100%-Pensum). Der hohe Aufwand war auch einer der Gründe, wieso wir uns entschieden haben, nicht jedes Jahr einen Nachhaltigkeitsbericht zu verfassen. Seit diesem Jahr kommt jährlich noch der Bericht über die Erfüllung der Sorgfaltspflichten im Zusammenhang mit Kinderarbeit hinzu. Dieser Bericht kann an sich innerhalb von circa drei Wochen geschrieben werden (bei einem 100%-Pensum), jedoch erfordert die vorgelagerte Umsetzung der Sorgfaltsprüfungspflichten inklusive der Risikoanalyse jedes Jahr zwei zusätzliche Monate (bei einem 100%-Pensum).

Der Aufwand für einen Nachhaltigkeitsbericht ist somit hoch, besonders in Kombination mit dem Bericht über die Erfüllung der Sorgfaltspflichten im Zusammenhang mit Kinderarbeit. Beide Berichte werden bei uns hauptsächlich von der Nachhaltigkeits-Abteilung koordiniert. Die dafür aufgewendete Zeit könnte auch in Nachhaltigkeits-Projekte investiert werden, weshalb uns ein pragmatischer und möglichst unbürokratischer Zugang zur Berichterstattung wichtig ist. Wir sind der Meinung, dass sich eine Berichterstattung hinsichtlich Nachhaltigkeitsaspekten auszahlt, insbesondere wenn sie nach bestimmten Kriterien verfasst wird und so eine hohe Vergleichbarkeit zwischen Unternehmen



Lidl Schweiz

ermöglicht. Somit kann der Bericht zum Beispiel von Investierenden genutzt werden, um Investitionsentscheide zu treffen. So kann ein gesunder Wettbewerb im Bereich Nachhaltigkeit entstehen. Mit der im Obligationenrecht geforderten Prüfung durch Revisionsunternehmen würde ausserdem die Verlässlichkeit der Berichte steigen und Greenwashing könnte minimiert werden, was wir als positiv einschätzen.

Aufgrund dieser Ausgangslage kann Lidl Schweiz die vorgeschlagenen strengeren Regeln für die nachhaltige Berichterstattung unterstützen. Lidl Schweiz begrüsst insbesondere, dass die Entwicklungen auf europäischer Ebene berücksichtigt werden.

Denn als Teil der Lidl Gruppe, die in Deutschland ihren Hauptsitz hat, ist Lidl Schweiz indirekt auch von den aktuellen Gesetzesänderungen in der EU zur Nachhaltigkeitsberichterstattung betroffen. Mit dem Inkrafttreten des Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) per 1. Januar 2024 sind Unternehmen in der EU, und somit auch die Lidl Gruppe, zu einer umfassenden Berichterstattung über Nachhaltigkeitsaspekte verpflichtet. Als Teil der Lidl Gruppe erhebt auch Lidl Schweiz die Kennzahlen und relevanten Informationen für die Berichterstattung der Lidl Gruppe. Diese werden ab 2025 in die Nachhaltigkeitsberichte der Lidl Gruppe miteinfließen. Die vorgesehene Ausnahme im Obligationenrecht in Art. 964b, Ziff. 1 würde es ermöglichen, dass Lidl Schweiz somit keinen eigenen Nachhaltigkeitsbericht verfassen muss und stattdessen auf den Bericht von der Lidl Gruppe verweisen kann. Dies würde eine Doppelspurigkeit in Konzernverhältnissen verhindern. Mit zunehmender internationaler Vernetzung ist diese Entwicklung zukunftsfähig.

Jedoch möchten wir bezüglich des Geltungsbereichs in Art. 964a, Ziff. 2 unsere Bedenken äussern. Wie bereits beschrieben, ist der Aufwand für einen Nachhaltigkeitsbericht mit hohem Zeitaufwand sowie internen und externen Kosten verbunden. Für Unternehmen, welche die angegebenen Grenzwerte nur knapp überschreiten, ist ein derartiger Bericht ein erheblicher Aufwand, der viel Ressourcen in Anspruch nimmt, die nicht jedes KMU hat. Entsprechend ist eine derartige Belastung nicht für jedes KMU tragbar, jedoch sind die KMUs das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Aus diesem Grund möchten wir dringend empfehlen, die Schwelle für die zwingende Berichterstattungspflicht so hoch wie möglich anzusetzen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unseres Schreibens.

Beste Grüsse

Nicholas Pennanen
CEO Lidl Schweiz

Philipp von Ins
Head of Legal

Julia Baumann
Head of Corporate Social Responsibility

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Direktion

LUKS Gruppe
Spitalstrasse | 6000 Luzern 16
luks.ch

Luzern, 18. September 2024

Stellungnahme zur Vernehmlassung 2024/58

Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte: Änderung des Obligationenrechts (OR), des Revisionsaufsichtsgesetzes (RAG) und des Strafgesetzbuchs (StGB)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, zu den neuen Bestimmungen über die Berichterstattungspflichten für Unternehmen zur nachhaltigen Unternehmensführung Stellung nehmen zu können. Gerne äussern wir uns aus Sicht einer Spitalgruppe resp. des grössten Zentrumsspitals der Schweiz und als grösste Arbeitgeberin der Zentralschweiz, welche aufgrund einer ausstehenden Anleiheobligation für das Geschäftsjahr 2023 ihren ersten Nachhaltigkeitsbericht publiziert hat als Gesellschaft des öffentlichen Interesses gemäss Art. 964a Abs. 1 OR.

Die Luzerner Kantonsspital Gruppe (LUKS Gruppe) begrüsst grundsätzlich die Bestrebungen des Bundesrates, die Regeln für die nachhaltige Unternehmensführung weiter zu standardisieren. Wir sind auch der Meinung, dass eine transparente Berichterstattung wesentlich zur nachhaltigen Entwicklung und zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen beitragen kann. Im Kontext der Vernehmlassung möchten wir jedoch auf die folgenden wichtigen Punkte hinweisen:

1. Neuer Geltungsbereich würde die meisten Spitäler umfassen allein wegen der Grösse

Mit der geplanten Ausdehnung des Geltungsbereichs generell auf grössere Unternehmen würden die meisten Spitäler in der Schweiz neu der Nachhaltigkeitsberichterstattung unterliegen – ausgenommen Klein- und Kleinstspitäler. Die Schweizer Spitäler sind jedoch grundsätzlich nur im Inland tätig und von den EU-Regelungen überhaupt nicht betroffen. Schweizweit haben die Spitäler mit grossen Herausforderungen zu kämpfen und stehen bereits unter enormem finanziellem Druck. Sie sind bereits stark reguliert und der administrative Aufwand ist hoch. Eine Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung würde die Spitäler noch mehr unter Druck setzen, zu zusätzlichem bürokratischem Aufwand und spürbaren Mehrkosten bei den Spitälern führen. Demgegenüber ist der effektive Mehrnutzen fraglich.

Spitäler resp. Gesundheitseinrichtungen – ausgenommen Gesellschaften des öffentlichen Interesses gemäss Art. 964a Abs. 1 OR – sollten daher vom Geltungsbereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung weiterhin ausgenommen bleiben.

2. Einführung einer Prüfpflicht ist unverhältnismässig

Den zusätzlichen Nutzen einer Prüfung der Nachhaltigkeitsberichte durch Revisionsunternehmen und Konformitätsbewertungsstellen erachten wir als gering. Angesichts der damit verbundenen hohen Kosten und des hohen Zusatzaufwands halten wir eine Prüfpflicht zudem für übertrieben und unverhältnismässig. Die Revision des Jahresabschlusses ist schon heute ein jährlicher Wettlauf mit der Zeit. Bei ausstehenden Anleihen ist der geprüfte Jahresabschluss innerhalb von vier Monaten nach dem Bilanzstichtag resp. bis Ende April zu publizieren. Bei einer zusätzlichen Prüfpflicht für den Nachhaltigkeitsbericht und namentlich bei einer detaillierten Prüfung der Inhalte ist fraglich, ob der Jahresabschluss rechtzeitig publiziert werden könnte.

Wir beantragen daher, auf die Einführung einer Prüfpflicht zu verzichten.

3. Flexibilität bei den Standards

Wir weisen darauf hin, dass es für Schweizer Unternehmen von grosser Bedeutung ist, bei der Wahl der Berichtsstandards weiterhin über eine gewisse Flexibilität verfügen zu können. **Deshalb beantragen wir, dass der Global Reporting Initiative (GRI) Standard als gleichwertig zum EU-Standard anerkannt wird.** Begründung:

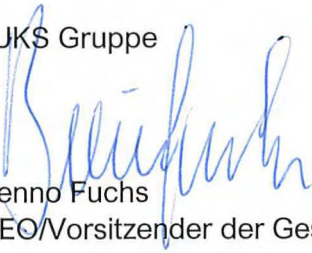
1. **Bereits bestehende Berichterstattung:** Die LUKS Gruppe berichtet bereits in Übereinstimmung mit dem GRI-Standard. Dieser international breit anerkannte Standard hat sich in der Praxis bewährt und ermöglicht eine umfassende und transparente Berichterstattung über die relevanten Nachhaltigkeitsaspekte.
2. **Vermeidung von Mehraufwand:** Die Einführung eines neuen, verpflichtenden EU-Standards (CSRD) würde für Unternehmen, die bereits nach GRI berichten, einen erheblichen zusätzlichen Aufwand und damit verbunden deutliche Mehrkosten bedeuten. Dies betrifft sowohl die Anpassung interner Prozesse, die Schulung von Mitarbeitenden und den externen Beratungsaufwand.
3. **Gleichwertigkeit der Standards:** Der GRI-Standard wird weltweit von Unternehmen verwendet und ist als Berichtsrahmen global anerkannt. Die Anerkennung des GRI-Standards als gleichwertig zum EU-Standard würde eine Harmonisierung der Berichterstattung ermöglichen und gleichzeitig die internationale Vergleichbarkeit verbessern.
4. **Förderung der Nachhaltigkeit:** Durch die Anerkennung des GRI-Standards würde der Bundesrat Unternehmen, die den Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung bereits entsprechend aufgebaut haben, erlauben, ihre Ressourcen nun vermehrt zur Umsetzung von Verbesserungsmaßnahmen einzusetzen, ohne zusätzlichen administrativen Aufwand zu erzeugen.

Zusammenfassend beantragen und empfehlen wir, dass im Gesetz Spitäler resp. Gesundheitseinrichtungen grundsätzlich vom Geltungsbereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung ausgenommen bleiben, auf die Einführung einer Prüfpflicht verzichtet wird und der Bundesrat den GRI-Standard als gleichwertig zum EU-Standard bezeichnet. Dies um weiteren zusätzlichen Aufwand im Spital- resp. Gesundheitswesen in Grenzen zu halten und die bereits etablierten Berichtsprozesse zu nutzen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüße

LUKS Gruppe



Benno Fuchs
CEO/Vorsitzender der Geschäftsleitung

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
CH-3003 Bern

per E-Mail an: ehra@bj.admin.ch

Ort/Datum Zürich, 14. Oktober 2024

Betreff **Vernehmlassungsantwort Änderung des Obligationenrechts
(Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)**

Sehr geehrte Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns die Möglichkeit einer Stellungnahme zur Änderung des Obligationenrechts zur Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte einräumen. In der **Beilage** erhalten Sie unsere Anträge samt Begründung.

Wir möchten nachfolgend auf einzelne Aspekte von grundlegender Bedeutung hinweisen:

1. Berücksichtigung der relevanten Rechtsakte der EU (CSRD, CSDDD, ESRS, EU-Taxonomie)

Die Migros begrüsst grundsätzlich, dass der Bundesrat die Schweizer Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung den Vorgaben der EU im Bereich Berichterstattungspflichten angleichen will. Die EU hat inzwischen mit der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) Sorgfaltspflichten für Unternehmen in Bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz eingeführt. Damit die Schweizer Gesetzgebung international abgestimmt ist, wäre es von Vorteil, bei der Gesetzgebung zur Berichterstattung die übrigen relevanten Rechtsakten der EU generell zu berücksichtigen (vgl. in der Beilage zum Beispiel unseren Antrag zur Angleichung der Begriffe: "Aktivitätskette" gemäss CSDDD statt "Wertschöpfungskette").

2. Wahrung der Geschäftsgeheimnisse

Die Vorlage sieht eine umfassende Transparenzpflicht der betroffenen Unternehmen zu diversen Nachhaltigkeitsthemen vor. Diese umfasst nicht nur das eigene Unternehmen, sondern insbesondere auch Aktivitäten entlang der gesamten Wertschöpfungskette (vgl. dazu Ziff. 1 oben). Solche Informationen können Geschäftsgeheimnisse der betroffenen Unternehmen beinhalten.

Migros-Genossenschafts-Bund

Wir gehen davon aus, dass generell die berechtigten Geheimhaltungsinteressen des Unternehmens den Transparenzvorschriften zu Nachhaltigkeitsaspekten vorgehen. Im Sinne der Rechtssicherheit bitten wir den Bundesrat eine entsprechende Aussage dazu in der Botschaft zu treffen.

3. Anerkannte Standards und Gleichwertigkeit der Rechtsvorschriften der EU

Die Vorlage bezieht sich an mehreren Stellen auf anerkannte internationale Standards oder ausländische Vorschriften, ohne genau zu spezifizieren, welche Standards/Vorschriften gemeint sind. Auch ist nicht klar, ob eine Kombination der Standards (auch innerhalb einer Unternehmensgruppe) zulässig wäre. Die Wahl des Standards ist für Unternehmen, die international tätig sind, von grösster Bedeutung. Deshalb erwarten wir, dass der Bundesrat die Vorlage in dieser Hinsicht präzisiert und bereits im Gesetz festlegt, dass zumindest die europäischen Standards und Vorschriften als gleichwertig anerkannt sind.

Die weiteren bereits bestehenden Standards (IFRS, GRI) sind zumindest in der Botschaft hinsichtlich derer Gleichwertigkeit zu beurteilen.

4. Revision / Negative Assurance als effizienteste Lösung

Die Vorlage überlässt es dem Bundesrat die Prüftiefe festzulegen. Aus Migros Sicht ist die negative Assurance durch die Revisionsstelle, und zwar auf Gesetzesebene vorzusehen. Eine allfällige positive Assurance würde zu jährlich wiederkehrend, unverhältnismässig hohen Prüfungsaufwand und den damit verbundenen Kosten führen und die betroffenen Unternehmen stark belasten. Im Übrigen würde die positive Assurance dem bisherigen Rechnungslegungsrecht insoweit widersprechen, als nach Schweizer Recht der Lagebericht nicht revisionspflichtig ist; dies im Unterschied zur EU. Auch entspricht die negative Assurance der in Art. 728 Abs. 1 Ziff. 5 vorgesehen Prüftiefe. Der nicht näher definierte Umfang der Prüfung lädt zudem grundsätzlich zu Lasten der Unternehmen zu einer extensiven Auslegung seitens der Revisionsstelle ein. Dies ist generell aus Effizienzgründen nicht erstrebenswert.

5. Zeitplan und Übergangsfristen

In der Vorlage äussert sich der Bundesrat nicht zum möglichen Datum des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen. Wir möchten darauf hinweisen, dass Schweizer Unternehmen, die in der EU tätig sind und bestimmte Schwellenwerte überschreiten, ab dem Geschäftsjahr 2028 einer Berichterstattungspflicht auf konsolidierter Basis unterliegen. Es bietet sich deshalb an, die Anwendung der Vorschriften der Vorlage frühestens ab dem Geschäftsjahr 2028 vorzusehen.

Fazit

Die Migros begrüsst grundsätzlich die Absicht des Bundesrates, die Schweizer Gesetzgebung bezüglich der Nachhaltigkeitsberichterstattung der EU angleichen zu wollen. Dies ohne eine Verschärfung durch Swiss Finish. Der Vorentwurf lässt allerdings zu viele Fragen offen und bietet zu viel Interpretationsspielraum. Die Migros erwartet deshalb eine Präzisierung des Gesetzeswortlautes und ausführlichere Erläuterungen in der Botschaft.

Migros-Genossenschafts-Bund

Wir danken für die Kenntnisnahme und für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen im weiteren Verlauf der Beratungen.

Freundliche Grüsse

Migros-Genossenschafts-Bund



Jürg Maurer
Stv. Leiter Wirtschaftspolitik



Andrea Moser
Leiterin Abteilung Legal & Compliance

Stellungnahme der Migros vom 14.10.2024 zur Vernehmlassungsvorlage vom 26. Juni 2024 betreffend Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Kontakt bei Rückfragen: azra.dizdarevic@mgb.ch / adrienne.blass@mgb.ch (Group Legal Migros)

1 Obligationenrecht		
Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
OR 964a Ziff. 2 lit. c	Gemäss Erläuterungen auf S. 18 sollen die auftragsrechtlichen Verhältnisse in den 250 FTEs miterfasst werden. Das ist nicht nachvollziehbar. Es kann sich nur um auftragsrechtliche Verhältnisse handeln, die arbeitsrechtlichen Verhältnissen gleichkommen. Das ist in der Botschaft zu präzisieren.	Antrag: <i>In der Botschaft ist zu präzisieren, dass lediglich auftragsrechtliche Verhältnisse, die arbeitsrechtlichen Verhältnissen gleichkommen, bei der Berechnung der 250 Vollzeitstellen miteinbezogen werden.</i>
OR 964b Abs. 1 Ziff. 1 lit. b	Es ist im Sinne der Rechtssicherheit zu präzisieren, welche Berichte nach ausländischem Recht als gleichwertig gelten sollen.	Neuer Wortlaut: <i>b. das einen gleichwertigen Bericht nach ausländischem Recht erstellt. Der Bundesrat bezeichnet gleichwertige ausländische Vorschriften.</i>
OR 964b Abs. 2 OR	Die Veröffentlichung des Berichts durch jedes Unternehmen, das in einem anderen Bericht erfasst ist, führt zu unnötigen Aufwendungen. Unternehmen, die nach aussen nicht auftreten und z.B. keine Webseite betreiben, können diese Vorgabe nicht umsetzen bzw. müssen nur für den Nachhaltigkeitsbericht eine Webseite einrichten. Das ist nicht sachgerecht. Zumal diese Unternehmen den konsolidierten finanziellen Geschäftsbericht auch nicht publizieren müssen. Der Transparenz ist u.E. genüge getan, wenn der konsolidierte Nachhaltigkeitsbericht die im Bericht erfassten Unternehmen nennt.	Neuer Wortlaut: <i>²Unternehmen, die keinen eigenen Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte verfassen, müssen im Anhang zur Jahresrechnung angeben, bei welchem anderen Unternehmen sie in den Bericht einbezogen sind. Sie müssen diesen Bericht veröffentlichen.</i>
Art. 964c Abs 2 Ziffer 7 sowie Abs. 4	Gemäss Wortlaut bezieht sich die Sorgfaltspflicht auf "Wertschöpfungskette" und nicht wie in der CSSDR auf "Aktivitätskette". Unserer Einschätzung nach geht RevOR damit weiter. Dieser «swiss finish» ist aus unserer Sicht nicht nötig und behindert die angestrebte Vereinheitlichung der beiden Rechtsordnungen EU/CH. Zudem bedeutet der Vorschlag ein sehr grosser Schritt von Einzelthemen (Kinderarbeit, Mineralien) wie bislang hin zu einem langen Katalog, der sich auf die ganze «Wertschöpfungskette» bezieht. Für ein Unternehmen wie die Migros Gruppe ist dies ein äusserst komplexes und schwieriges	Neuer Wortlaut: Art. 964c Abs 2 Ziffer 7 sowie Abs. 4 eine Beschreibung der wesentlichen tatsächlichen oder potenziellen negativen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsaspekte beziehungsweise von Nachhaltigkeitsaspekten, die mit der Geschäftstätigkeit des Unternehmens und mit seiner <i>Aktivitätskette</i> Wertschöpfungskette verbunden sind sowie eine Beschreibung der Massnahmen zur Ermittlung und Überwachung dieser Auswirkungen"; sowie in Absatz 4

	Unterfangen. Zudem wäre ein einheitlicher Anwendungsbereich für Unternehmen, die gleichzeitig unter EU- und Schweizer Recht stehen, wünschenswert.	"Die in den Absätzen 1 und 3 genannten Angaben umfassen Informationen zur Geschäftstätigkeit des Unternehmens und zu seiner <i>Aktivitätskette Wertschöpfungskette....</i> "
OR 964c Abs. 5	Da in den Erläuterungen mehrmals auf die OECD-Leitsätze verwiesen wird, bietet es sich an, diese und andere gleichwertige Standards ins Gesetz in einen Anhang aufzunehmen. Dies wäre auch deshalb sinnvoll, weil sich die gemäss CSDDD anzuwendenden Sorgfaltspflichten ebenfalls an die OECD-Leitsätze anlehnen. Zudem erhöht dies die Rechtssicherheit und ermöglicht den insbesondere international tätigen Unternehmen, sich rechtzeitig aufzustellen. Es sind zumindest <i>sämtliche</i> anwendbaren Standards durch den Bundesrat zu bezeichnen.	Neuer Wortlaut: Art. 964c Abs 5: Der Bundesrat bezeichnet die Standards. Als <i>anerkannte Standards gemäss dieser Ziffer gelten die Regelwerke gemäss Anhang XX</i>
OR 964c ^{bis} Abs 2	Die Ermächtigung des Bundesrates in Art. 964c ^{bis} Abs. 2 über die Prüfungstiefe auf Verordnungsstufe zu entscheiden, ist zu streichen. Auf Gesetzesebene ist die negative Assurance durch die Revisionsstelle vorzusehen. Eine allfällige positive Assurance würde zu jährlich wiederkehrend, unverhältnismässig hohen Prüfungsaufwand und den damit verbundenen Kosten führen und die betroffenen Unternehmen stark belasten. Im Übrigen würde die positive Assurance dem bisherigen Rechnungslegungsrecht insoweit widersprechen, als nach Schweizer Recht der Lagebericht nicht revisionspflichtig ist; dies im Unterschied zur EU. Auch entspricht die negative Assurance der in Art. 728 Abs. 1 Ziff. 5 vorgesehen Prüfungstiefe.	Neuer Wortlaut: OR 964c ^{bis} Abs 2 <i>Geprüft wird, ob Sachverhalte vorliegen, aus denen zu schliessen ist, dass die Angaben über Nachhaltigkeitsaspekte im Bericht unvollständig oder falsch sind.</i>
OR 964c ^{bis} Abs. 3 Ziff. 2	Falls keine positive Assurance notwendig ist (siehe Antrag zu OR 964c ^{bis} Abs. 2 oben), sollte entsprechend auch keine umfassende Berichterstattung an den Verwaltungsrat (Long Form Report) notwendig sein bzw. eine ähnliche Berichterstattung wie bei einer eingeschränkten Revision. Der Verweis auf OR 728b ist deshalb auf Abs. 2 und 3 einzuschränken.	Neuer Wortlaut: OR 964c ^{bis} Abs. 3 2. Berichterstattung (Art. 728b Abs. 2 und 3)
OR 964c ^{ter} Abs. 1	Das im Gesetzeswortlaut genannte "einheitlichen elektronischen Format" sowie die "internationale verwendeten Standards" sind aus Rechtssicherheitsgründen zu spezifizieren	Neuer Wortlaut: OR 964c ^{ter} Abs. 1 <i>"Der Bundesrat bezeichnet die verwendbaren elektronischen Formate sowie die anwendbaren internationalen Standards."</i>
OR 964c ^{ter} Abs. 2	Die Genehmigung des Berichts über Nachhaltigkeitsaspekte ausschliesslich durch die obersten Leitungs- oder Verwaltungsorgane sollte aus Effizienz- und Machbarkeitsgründen zumindest bei	Neuer Wortlaut: OR 964c ^{ter} Abs. 2 ² <i>Der Bericht bedarf der Genehmigung durch das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan sowie der</i>

	Genossenschaften mit einer sehr grossen Anzahl von Genossenschaftlern genügen.	Genehmigung des für die Genehmigung der Jahresrechnung zuständigen Organs.
OR 964I (bestehend)	Unternehmen, die die nach Vorentwurf OR 964a ff. zur Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte verpflichtet sind und gleichzeitig von den Sorgfaltspflichten nach OR 964j ff. betroffen sind, sollten keinen separaten Bericht nach OR 964I erstellen müssen. Die beiden Themen Kinderarbeit und Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sollten im generellen Nachhaltigkeitsbericht integriert werden können.	Neuer Wortlaut (neuer Absatz 6): ⁶ Unternehmen, die einen Bericht nach Artikel 964a erlassen, können die Berichterstattung zur Kinderarbeit und Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten in diesen Bericht integrieren.

2 Strafgesetzbuch

Artikel	Kommentare / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag
StGB 325 ^{ter} Abs. 2 StGB (bestehend)	Die Berichterstattung über Nachhaltigkeitsaspekte umfasst nicht nur Daten aus eigenem Unternehmen, sondern auch und insbesondere Daten und Informationen zu vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen. Die verpflichteten Unternehmen müssen sich für die eigene Berichterstattung auf die Angaben ihrer Geschäftspartner oder Dritten verlassen. Zudem ist die Datenmenge sehr gross. In diesem Umfeld ist das Risiko einer fahrlässigen Begehung der falschen oder unvollständigen Berichterstattung sehr gross und insbesondere für die Organe der verpflichteten Unternehmen eine grosse Belastung und Risiko. In anderen, ähnlichen Rechtsbereichen, wie z.B. im Datenschutz, wurde aus diesem Gründen auf die Strafbarkeit der fahrlässigen Begehung verzichtet (vgl. DGS 60 ff.). Es ist deshalb auch im Bereich der Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte von der Strafbarkeit der Fahrlässigkeit abzusehen.	Art. 325ter Abs. 2 StGB (bestehend) ² Wer fahrlässig handelt, wird mit Busse bis zu 50 000 Franken bestraft.

**Federal Office of Justice
Swiss Federal Council**

Submitted via email: ehra@bj.admin.ch

**Swiss Federal Council's Public Consultation on Amendment to the Code of Obligations
(transparency regarding sustainability aspects)**

MSCI¹ welcomes the opportunity to comment on the Swiss Federal Council's proposed Amendment to the Code of Obligations - transparency regarding sustainability aspects ("Consultation"). As a leading provider of sustainability and climate data and analytics to the global financial industry, MSCI has collected climate and sustainability-related disclosures from thousands of companies globally for over two decades and developed tools to assist financial institutions in analyzing climate and sustainability risks within their investment and lending portfolios.

MSCI supports the proposed amendments to the Code of Obligations (transparency regarding sustainability aspects) that would widen the scope of corporates requiring to disclose sustainability aspects and result in consistent and comparable disclosures of sustainability data.

We have the following general comments set out for your kind consideration.

1. **Phased-In Approach for Sustainability Reporting.** The current proposals in the Consultation, with lower thresholds for entities falling in scope based on the number of employees, total assets, and revenues, for sustainability reporting, aligns with the EU Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) by enhancing transparency and accountability. We suggest providing additional support and clear guidelines to assist entities, especially the Small and Medium-sized Enterprises (SMEs) to comply with the amendments. Standardized, internationally aligned disclosure standards will offer detailed and comparable information for users, investors, and policymakers to assess sustainability risks. A phased implementation timeline, with specified dates, will help entities adapt progressively and allow them, especially the SMEs, to plan and implement changes effectively. This ensures a smooth transition to the new requirements by allowing them to allocate resources and update their reporting processes in a timely manner.
2. **Global Sustainability Reporting Standards.** The current proposal in the Consultation allows companies to choose between different globally recognized standards for sustainability reporting. Adopting a single internationally accepted standard will facilitate comparability of sustainability reporting, as it would provide consistency, flexibility and adaptability. Such a

¹ MSCI ESG Ratings, research and data are produced by MSCI ESG Research LLC, a subsidiary of MSCI Inc.

standard would ease the burden on entities transitioning to new reporting frameworks, as many entities already use various globally recognized frameworks for their sustainability disclosures.

3. **Enhancing Credibility with Assurance Standards.** The data reported according to established standards and verified through new assurance protocols, all within a framework of ethical conduct, will foster ongoing development by making the data more transparent and subject to scrutiny and analysis. While sustainability and climate reporting standards continue to evolve, the International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) has developed and approved the International Standard on Sustainability Assurance (ISSA) 5000², which applies to sustainability information across various topics and frameworks. Therefore, we suggest that the Federal Council should engage with the IAASB and other standard-setting bodies to adopt ISSA 5000, which would enhance the credibility and reliability of sustainability reports in Switzerland.

Please do not hesitate to contact us to discuss our submission.

Yours sincerely,

/s

Meggin Thwing Eastman
Managing Director, ESG Research
MSCI ESG Research LLC

² [Understanding International Standard on Sustainability Assurance 5000](#) (IAASB, September 2024)

17 October 2024

Mr. Valerio Di Sauro

Mr. Adrian Tagmann

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Bundesamt für Justiz (BJ)

Eidgenössisches Amt für das Handelsregister (EHRA)

Bundesrain 20

CH-3003 Bern

Dear Mr. Di Sauro and Mr. Tagmann:

PepsiCo supports Switzerland's ambitions to improve the sustainable development of its economy, society, and the environment. Further, we recognize the positive impacts for Switzerland, the region, and the world that can be achieved through reporting on sustainability efforts. PepsiCo appreciates the opportunity to provide feedback on the important amendments proposed by the Swiss Federal Council.

We ask that the Swiss Federal Council considers the need for appropriate timelines to prepare for new reporting requirements. Many EU member states missed the deadline to transpose the European Union's (EU's) Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), and the legislation remains to be transposed into many jurisdictions. Representatives from several Member States indicated the need for more time to prepare for CSRD, including Sweden and Germany. Given that the purpose of the proposed amendments is to align with the EU's CSRD, it seems wise to allow the full transposition process to finish before instituting matching legislation in Switzerland. To more closely mirror CSRD, the new amendments should require that companies currently obligated to report under the current Swiss sustainability regulations report in the first year, followed by the other companies who will be newly in scope reporting in subsequent years.

Thank you for your hard work on this important issue. We appreciate your consideration of our recommendations and will seek to provide further commentary directly.

Sincerely,

Paul Skehan

Please direct inquiries to:

Jeff Lundy

Senior Director, Global Public Policy

PepsiCo, Inc.

Jeff.Lundy@pepsico.com

Nansenstrasse 16
8050 Zürich
Telefon +41 44 315 44 55
Fax +41 44 315 44 66
www.pfandbriefbank.ch

Herr Bundesrat Beat Jans
Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail an: ehra@bj.admin.ch

8050 Zürich, 14. Oktober 2024, RH
Kontaktperson Robert Horat
Telefon-Nr. 044 315 44 56
E-Mail robert.horat@pfandbriefbank.ch

Stellungnahme zur vorgeschlagenen Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans,
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf das am 26. Juni 2024 eröffnete Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte) und danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Gerne nehmen wir diese Gelegenheit wahr.

Die Ausgangslage für die zwei Schweizer Pfandbriefinstitute ist sehr ähnlich: Beide erfüllen einen klar abgegrenzten, gesetzlichen Auftrag mit einem sehr kleinen Personalbestand. Gemäss Schweizer Pfandbriefgesetz haben sie "den Zweck, dem Grundeigentümer langfristige Grundpfanddarlehen zu möglichst gleichbleibendem und billigem Zinsfusse zu vermitteln." Im Rahmen dieses klaren Mandats tragen die Pfandbriefinstitute über die Beschaffung entsprechender Refinanzierungsmittel für das inländische Hypothekargeschäft der Banken wesentlich zu einer sicheren, langfristig stabilen und kostengünstigen Finanzierung des Gebäudeparks bei. Dieser stellt die Grundlage für Wohnen und Arbeiten der Bevölkerung und damit eine notwendige Basis für sozialen Frieden und Wohlfahrt dar.

Gleichzeitig unterstützen die Pfandbriefinstitute über ihren Beitrag zur Sicherstellung des funktionierenden Hypothekargeschäfts auch die Finanzierbarkeit der laufenden Transition des Schweizer Gebäudeparks hin zu mehr Energieeffizienz und besserer Treibhausgasbilanz. Die Finanzierbarkeit ist eine Grundvoraussetzung zur Erreichung des Netto-Null-Ziels 2050 des Schweizer Stimmvolks. Auch wenn die Pfandbriefinstitute aufgrund des zweistufigen Schweizer Pfandbriefmodells keine Hypothekarkredite direkt gewähren, liegt der indirekte soziale und ökologische Nachhaltigkeitsbeitrag auf der Hand.

Wir unterstützen Bemühungen zur Stärkung eines sinnvolleren Umgangs mit Ressourcen und einer nachhaltigeren Wirtschaft unbedingt. Das Thema Nachhaltigkeit ist aber sehr komplex und vielschichtig. Es bestehen viele Abhängigkeiten. Wie nachhaltig ein konkretes Projekt ist, lässt sich oft nur im Einzelfall beurteilen. Entsprechend anspruchsvoll ist eine gute Regulierung in diesem Bereich.

Das zweite Schweizer Pfandbriefinstitut, die Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG, hat in ihrer Stellungnahme vom 26. September 2024 eine fundierte Auslegeordnung gemacht und die wichtigsten Anliegen aus der Sicht der Schweizer Pfandbriefinstitute herausgeschält. Wir unterstützen diese Analyse, die Änderungsvorschläge und insbesondere auch die Anregungen in den zusätzlichen Bemerkungen, in welchen die praktischen Probleme des vorliegenden Entwurfs adressiert werden. Wir bitten Sie, diese Überlegungen bei den weiteren Arbeiten zu berücksichtigen.

Für weitere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

PFANDBRIEFBANK

SCHWEIZERISCHER HYPOTHEKARINSTITUTE AG



Dr. R. Horat
Geschäftsführender Direktor



P. Eichenberger
Stv. Direktor

Beilage

- Stellungnahme der Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG vom 26. September 2024



Centrale de lettres de gage
Banques Cantonales Suisses



Pfandbriefzentrale
Schweizer Kantonalbanken

Herr Bundesrat Beat Jans
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per Mail zugestellt an: ehra@bj.admin.ch
Zürich, 26.09.2024

Briefadresse:
Pfandbriefzentrale
der schweizerischen Kantonalbanken AG
Postfach
CH-8010 Zürich

www.pfandbriefzentrale.ch

Kontakt	Sven Bucher
Referenz	IM2/sb
Direktwahl	+41 44 292 35 35
E-Mail	sven.bucher@zkb.ch

Kontakt	Daniela Rey
Referenz	ZAR/dr
Direktwahl	+41 44 292 47 85
E-Mail	daniela.rey@zkb.ch

Stellungnahme der Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG (PBZ) zu der Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans,

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf das am 26. Juni 2024 eröffnete Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte). Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Gerne nehmen wir diese Gelegenheit wahr und unterbreiten Ihnen nachfolgend unsere wichtigsten Anliegen nicht nur aber auch aus der Sicht eines Pfandbriefinstituts.

Wir begrüssen grundsätzlich eine proportionale Ausweitung des Anwendungsbereichs, da dadurch die Menge der verfügbaren Daten zur Nachhaltigkeit erhöht und die Vergleichbarkeit weiter verbessert werden.

Dennoch möchten wir darauf hinweisen, dass im Bereich der Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte die regulatorischen Entwicklungen noch sehr dynamisch sind und bisher weltweit noch keine Einigkeit bezüglich Standards vorliegt. Dennoch haben sich gewisse Standards wie beispielsweise jener der Global Reporting Initiative (GRI) etabliert und bewährt, welche auch entsprechend weiterentwickelt und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.

Datenqualität als Herausforderung

Ein weiterer zu beachtender Aspekt ist auch die Qualität bereits verfügbarer Daten wie beispielsweise die im Eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) vorliegenden. Das GWR weist für sämtliche Liegenschaften in der Schweiz die Gebäudekategorie, das Erstellungsjahr oder die Bauperiode, die Gebäudedimensionen und das Heizsystem aus. Allerdings ist die Qualität der Daten sowohl hinsichtlich der Vollständigkeit als auch der Aktualität kantonal sehr unterschiedlich.



Diese Rahmenbedingungen stellen eine Herausforderung für Schweizer Unternehmen im Allgemeinen und Unternehmen mit Immobilienbezug im Speziellen dar. Davon betroffen sind vor allem die beiden Pfandbriefinstitute und Banken, welche insbesondere im Hypothekengeschäft tätig sind.

In der Folge sind aufgrund der fehlenden Datenqualität sowohl die Aussagekraft als auch die Vergleichbarkeit (zwischen den Kantonen und auch über die Schweizergrenze hinaus) nur bedingt gegeben.

Anerkennung etablierter Standards und Sicherstellung einer verhältnismässigen Umsetzung

Auch wenn in den relevanten ausländischen Rechtsordnungen Absichten für den Bereich Transparenz über Nachhaltigkeit zumindest teilweise formuliert wurden, ist man von einer gefestigten Rechtslage noch weit entfernt. In Kombination mit den noch nicht gefestigten Standards stellt dies eine Unwägbarkeit für Schweizer Unternehmen dar.

Es ist deshalb unseres Erachtens darauf zu achten, dass man auf etablierte und bewährte Standards setzt. Eine entsprechende etablierte und bewährte Berichterstattung sollte demnach als genügend/angemessen statuiert werden. Hingegen sollten nicht aufgrund von Annahmen über die zukünftige Entwicklung fremder Regulierungen vorausschauend Anforderungen geschaffen werden.

Letzteres gilt auch bezüglich der Prüfpflicht (limited versus reasonable assurance).

Bei einer Abkehr von etablierten und bewährten Standards zu Gunsten noch nicht vollständig etablierter und/oder zukünftiger Entwicklungen fremder Regulierungen, würden zudem die bisherigen Bemühungen der verschiedenen Institute, eine Nachhaltigkeitsberichterstattung unter Berücksichtigung etablierter Standards zu erstellen, nicht wertgeschätzt. Dies insbesondere, da die bestehende Nachhaltigkeitsberichterstattung zumindest teilweise obsolet wäre und die erforderliche Überarbeitung, verglichen zum Mehrwert, zu einem unverhältnismässigen Zusatzaufwand führen würde.

Zu berücksichtigen ist auch, dass sich durch die erhebliche Ausweitung des Anwendungsbereichs viele kleinere Marktteilnehmer mit begrenzten Ressourcen erstmals mit diesen Fragestellungen auseinandersetzen müssen.

Entsprechend sollte insbesondere für kleinere Unternehmen ein pragmatisches und prinzipienorientiertes Vorgehen im Vordergrund stehen, wie dies beispielsweise im Bereich Rechnungslegung mit Swiss GAAP FER der Fall ist und bereits seit vielen Jahren erfolgreich umgesetzt wird. Dies sollte sich sowohl auf den Umfang als auch auf das Format der Berichterstattung auswirken.

In jedem Fall wird der Regulierungsgrundsatz der Proportionalität in der praktischen Umsetzung stärker zu gewichten sein.

Nachfolgend nehmen wir Stellung zu einzelnen Artikeln im vorliegenden Vernehmlassungsentwurf:



Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
	a. Gegenstand und Umfang der Prüfung Art. 728a ¹ Die Revisionsstelle prüft, ob: 5. zwischen der Jahres- und gegebenenfalls Konzernrechnung und dem Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte Unstimmigkeiten bestehen.	
A. Grundsatz Art. 964a ¹ Unternehmen erstatten jährlich einen Bericht über nicht-finanzielle Belange, wenn sie: 1. Gesellschaften des öffentlichen Interesses im Sinne von Artikel 2 Buchstabe c des Revisionsaufsichtsgesetzes vom 16. Dezember 2005 sind; 2. zusammen mit den von ihnen kontrollierten in- oder ausländischen Unternehmen, in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren mindestens 500 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt haben; und 3. zusammen mit den von ihnen kontrollierten in- oder ausländischen Unternehmen, mindestens eine der nachstehenden Grössen in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschreiten: a. Bilanzsumme von 20 Millionen Franken, b. Umsatzerlös von 40 Millionen Franken.	A. Grundsatz Art. 964a Folgende Unternehmen müssen jährlich Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte erstatten: 1. Gesellschaften des öffentlichen Interesses im Sinne von Artikel 2 Buchstabe c Ziffern 1 und 2 Revisionsaufsichtsgesetz vom 16. Dezember 2005 (RAG)1; 2. Unternehmen, die zwei der nachstehenden Grössen in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren überschreiten: a. Bilanzsumme von 25 Millionen Franken, b. Umsatzerlös von 50 Millionen Franken, c. 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt; 3. Unternehmen, die nach Artikel 963 zur Erstellung einer Konzernrechnung verpflichtet sind und die zusammen mit den kontrollierten Unternehmen zwei der Grössen nach Ziffer 2 in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschreiten. Absatz 2: Aufgehoben bzw. neu in VE-Art. 964b	Nach gängiger Interpretation unterliegen die beiden Pfandbriefinstitute und die Banken als Gesellschaften des öffentlichen Interesses i.S.v. Art. 964a Ziffer 1 VE-OR mit Verweis auf Art. 2 lit. c Ziff. 2 RAG sowie Art. 3 FINMAG der Berichterstattungspflicht generell, d.h. ohne, dass weitere Kriterien (wie Grössenkriterien etc.) erfüllt sein müssen. In unserem Fall (PBZ), würden wir somit bereits mit den aktuellen ca. 3.8 Vollzeitstellen berichterstattungspflichtig, dies, obschon wir sogar den Schwellenwert der Kleinunternehmen von 10 Vollzeitstellen unterschreiten. Es stellt sich hierbei die Frage der Verhältnismässigkeit. Insbesondere auch weil wir als Pfandbriefinstitut eine reine Refinanzierungsfunktion für unsere Mitgliedbanken wahrnehmen und von Gesetzes wegen keiner anderweitigen Geschäftstätigkeit nachgehen dürfen. Zudem sind wir der Meinung, dass die Tätigkeit der Pfandbriefinstitute bereits indirekt über die Berichterstattung ihrer Mitgliedbanken abgedeckt sein wird.



Centrale de lettres de gage
Banques Cantonales Suisses



Pfandbriefzentrale
Schweizer Kantonalbanken

Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	<i>Zusätzliche Bemerkungen PBZ</i>
² Von dieser Pflicht befreit sind Unternehmen, die von einem anderen Unternehmen kontrolliert werden: 1. für welches Absatz 1 anwendbar ist; oder 2. das einen gleichwertigen Bericht nach ausländischem Recht erstellen muss.		
	B. Ausnahmen Art. 964b ¹ Von der Pflicht nach Artikel 964a befreit sind Unternehmen, 1. die von einem anderen Unternehmen kontrolliert werden: a. das nach Artikel 964a einen Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte erstellen muss; oder b. das einen gleichwertigen Bericht nach ausländischem Recht erstellt; 2. die allein oder zusammen mit den von ihnen kontrollierten in- oder ausländischen Unternehmen mindestens zwei der nachstehenden Grössen in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren nicht überschreiten: a. Bilanzsumme von 450 000 Franken, b. Umsatzerlös von 900 000 Franken, c. 10 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt. ² Unternehmen, die keinen eigenen Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte verfassen, müssen im Anhang zur Jahresrechnung angeben, bei welchem anderen Unternehmen sie in den Bericht einbezogen sind. Sie müssen diesen Bericht veröffentlichen.	Die engmaschigen Ausnahmeregelungen bringen eine erhebliche Ausweitung des Anwendungsbereichs auf viele, auch kleinere, Marktteilnehmer mit sich. Es stellt sich die Frage, ob hier die Verhältnismässigkeit gegeben ist – auch im Hinblick auf den zu erzielenden Mehrwert. Sollte daran festgehalten werden, so sollte dies zumindest bei den zugelassenen Nachhaltigkeitsstandards, bei den Übergangsfristen, als auch bei den Vorgaben zu Umfang und Format der Berichterstattung berücksichtigt werden.



Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ) Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
B. Zweck und Inhalt des Berichts Art. 964b ¹ Der Bericht über nichtfinanzielle Belange gibt Rechenschaft über Umweltbelange, insbesondere die CO₂-Ziele, über Sozialbelange, Arbeitnehmerbelange, die Achtung der Menschenrechte sowie die Bekämpfung der Korruption. Der Bericht enthält diejenigen Angaben, welche zum Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses, der Lage des Unternehmens so-wie der Auswirkungen seiner Tätigkeit auf diese Belange erforderlich sind. ² Der Bericht umfasst insbesondere: 1. eine Beschreibung des Geschäftsmodells; 2. eine Beschreibung der in Bezug auf die Belange gemäss Absatz 1 verfolgten Konzepte, einschliesslich der angewandten Sorgfaltsprüfung; 3. eine Darstellung der zur Umsetzung dieser Konzepte ergriffenen Massnahmen sowie eine Bewertung der Wirksamkeit dieser Massnahmen; 4. eine Beschreibung der wesentlichen Risiken im Zusammenhang mit den Belangen gemäss Absatz 1 sowie der Handhabung dieser Risiken durch das Unternehmen; massgebend sind Risiken: a. die sich aus der eigenen Geschäftstätigkeit des Unternehmens ergeben, und b. wenn dies relevant und verhältnismässig ist, die sich aus seinen Geschäftsbeziehungen, seinen Erzeugnissen oder seinen Dienstleistungen ergeben;	C. Zweck und Inhalt des Berichts Art. 964c ¹ Der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte muss Rechenschaft geben über die folgenden Nachhaltigkeitsaspekte 1. Umweltfaktoren, insbesondere den Stand in Bezug auf die Erreichung des Netto-Null-Treibhausgasemissionsziels bis spätestens 2050 zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau; 2. Sozialaspekte einschliesslich Arbeitnehmerbelange; 3. Menschenrechtsaspekte; 4. Governance-Aspekte einschliesslich organisatorischer Vorkehrungen zur Bekämpfung von Korruption. ² Zu nennen sind diejenigen Angaben, die für das Verständnis der Auswirkungen der Tätigkeiten des Unternehmens auf Nachhaltigkeitsaspekte sowie das Verständnis der Auswirkungen von Nachhaltigkeitsaspekten auf Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Unternehmens erforderlich sind. ³ Der Bericht umfasst insbesondere: 1. eine Beschreibung des Geschäftsmodells und der Strategie des Unternehmens; 2. eine Beschreibung der zeitgebundenen Nachhaltigkeitsziele, die sich das Unternehmen gesetzt hat; 3. eine Beschreibung der Rolle des obersten Leitungs- oder Verwaltungsorgans was Nachhaltigkeitsaspekte betrifft; 4. eine Beschreibung der Unternehmenspolitik hinsichtlich der Nachhaltigkeit;	Basierend auf dem Erläuterungsbericht sind nach dem True-and-Fair-Prinzip der Finanzberichterstattung alle relevanten Umweltwirkungen über die gesamte Wertschöpfungskette, d.h. von der Rohstoffgewinnung bis zur Entsorgung, darzustellen. Damit wird eine generelle Berichterstattungspflicht in Bezug auf alle Nachhaltigkeitsaspekte und über die gesamte Wertschöpfungskette/Lieferkette statuiert, ohne dass derzeit im OR/VSoTr entsprechende konkrete Vorgaben, Sorgfaltpflichten und Ausnahmen in Bezug auf die Lieferkette vorgesehen sind (mit Ausnahme von Konfliktmineralien und Kinderarbeit). Zudem kennt die Schweiz bisher keine Berichterstattungspflicht zur nachgelagerten Wertschöpfungskette/Lieferkette. Eine Berichterstattung über die gesamte vor- und nachgelagerte Wertschöpfungskette/Lieferkette (inkl. Entsorgung) geht daher (zumindest zum jetzigen Zeitpunkt) zu weit. Über diese Vernehmlassung bzw. die Berichterstattung darf u.E. nicht durch die Hintertür eine Lieferkettengesetzgebung geschaffen werden. Unseres Erachtens ist die geforderte Ausweitung auf potenziell negative Auswirkungen unverhältnismässig und im Hinblick auf eine allfällige Prüfpflicht nicht objektiv nachvollziehbar. Zudem ist die Abgrenzung zwischen den einzelnen Absätzen unklar. In Abs. 3 Ziff. 7 muss über die potenziell negativen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsaspekte entlang der Wertschöpfungskette berichtet werden. Art. 964c Abs. 4 bezieht sich jedoch auf den gesamten Abs. 1 und 3 (und nicht nur auf die wesentlichen tatsächlichen und potenziellen negativen Auswirkungen).



Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
1. die für die Unternehmenstätigkeit wesentlichen Leistungsindikatoren in Bezug auf die Belange gemäss Absatz 1. ³ Stützt sich der Bericht auf nationale, europäische oder internationale Regelwerke, wie insbesondere die Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), so ist das angewandte Regelwerk im Bericht zu nennen. Bei der Anwendung solcher Regelwerke ist sicherzustellen, dass alle Vorgaben dieses Artikels erfüllt sind. Nötigenfalls ist ein ergänzender Bericht zu verfassen. ⁴ Kontrolliert ein Unternehmen allein oder zusammen mit anderen Unternehmen ein oder mehrere andere in- oder ausländische Unternehmen, so umfasst der Bericht alle diese Unternehmen. ⁵ Verfolgt das Unternehmen in Bezug auf einen oder mehrere Belange gemäss Absatz 1 kein Konzept, so hat es dies im Bericht klar und begründet zu erläutern. ⁶ Der Bericht ist in einer Landessprache oder auf Englisch abzufassen.	5. Angaben über allfällige Anreizsysteme, die mit Nachhaltigkeitsaspekten verknüpft sind und den Mitgliedern des obersten Leitungs- oder Verwaltungsorgans angeboten werden; 6. eine Beschreibung der in Bezug auf die Nachhaltigkeitsaspekte angewandten Sorgfaltsprüfung; 7. eine Beschreibung der wesentlichen tatsächlichen oder potenziellen negativen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsaspekte beziehungsweise von Nachhaltigkeitsaspekten, die mit der Geschäftstätigkeit des Unternehmens und mit seiner Wertschöpfungskette verbunden sind sowie eine Beschreibung der Massnahmen zur Ermittlung und Überwachung dieser Auswirkungen; 8. eine Beschreibung der Massnahmen des Unternehmens zur Verhinderung, Minderung, Behebung oder Beendigung tatsächlicher oder potenzieller negativer Auswirkungen nach Ziffer 7, und des Erfolgs dieser Massnahmen; 9. eine Beschreibung der wesentlichen Risiken, denen das Unternehmen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsaspekten ausgesetzt ist, und der Handhabung dieser Risiken durch das Unternehmen; 10. die relevanten Indikatoren in Bezug auf die Angaben gemäss Ziffern 1-9.	Gestützt auf diese Ausführungen schlagen wir die im Gesetzestext in Abs. 3 Ziff. 7, 8 sowie Abs. 4 direkt ersichtlichen Änderungen vor.



Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
	⁴ Die in den Absätzen 1 und 3 genannten Angaben umfassen Informationen zur Geschäftstätigkeit des Unternehmens und zu seiner Wertschöpfungskette, einschliesslich Angaben zu seinen Produkten und Dienstleistungen, und seinen Geschäftsbeziehungen und seiner Lieferkette, sofern dies relevant und verhältnismässig ist. ⁵ Die Angaben müssen die in der europäischen Union verwendeten Standards oder einen anderen gleichwertigen Standard für die Nachhaltigkeitsberichterstattung erfüllen. Der gewählte Standard muss in seiner Gesamtheit für alle Vorgaben dieses Artikels übernommen und im Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte genannt werden. Der Bundesrat bezeichnet die Standards. ⁶ Kontrolliert im Sinne von Artikel 963 Absatz 2 ein Unternehmen allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im In- oder Ausland eines oder mehrere Unternehmen, so muss der Bericht alle diese Unternehmen umfassen. ⁷ Das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan ist für die Wahl des Standards zuständig, sofern die Statuten keine anderslautenden Vorgaben enthalten oder die Generalversammlung den Standard nicht festlegt. ⁸ Der Bericht ist in einer Landessprache oder auf Englisch abzufassen.	Zu Abs. 5: Der GRI-Standard, der sich als international anerkannter Standard für die Nachhaltigkeitsberichterstattung etabliert hat, sollte neben dem EU-Standard als angemessener Standard anerkannt werden. Insbesondere für kleinere Unternehmen sollten allenfalls weitere prinzipienorientierte Standards zugelassen und/oder Erleichterungen zugestanden werden.
	D. Prüfung Art. 964c^{bis} (neu) ¹ Unternehmen lassen die Angaben über Nachhaltigkeitsaspekte prüfen durch: 1. Revisionsunternehmen, welche die Voraussetzungen von Artikel 6a RAG erfüllen, oder 2. Konformitätsbewertungsstellen, welche die Voraussetzungen von Artikel 6b RAG erfüllen.	



Centrale de lettres de gage
Banques Cantonales Suisses



Pfandbriefzentrale
Schweizer Kantonalbanken

Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
	² Der Bundesrat regelt, mit welcher Prüftiefe die Prüfung durchgeführt werden muss, insbesondere ob geprüft wird, ob Sachverhalte vorliegen, aus denen zu schliessen ist, dass die Angaben über Nachhaltigkeitsaspekte im Bericht unvollständig oder falsch sind, oder ob geprüft wird, ob die Angaben über Nachhaltigkeitsaspekte im Bericht vollständig und richtig sind. Er orientiert sich dabei an den internationalen Entwicklungen.	<u>Zu Abs. 2:</u> Der Bundesrat wird ermächtigt, die Prüftiefe in einer Verordnung zu regeln. Dabei hat er die Wahl zwischen einer negativen / limited assurance oder einer positiven / reasonable assurance. Der Bundesrat soll sich dabei an internationalen Entwicklungen, namentlich am Recht der EU, orientieren (Erläuternder Bericht, S. 35). Nach unserem Kenntnisstand sollen die EU-Prüfungsstandards für eine reasonable assurance bis 2028 erarbeitet werden. Dies bedeutet, dass selbst auf EU-Ebene noch nicht abschliessend klar ist, wie die Prüfungsstandards im Detail ausgestaltet sein werden. Es sollte weder den internationalen / europäischen Entwicklungen vorgegriffen, noch unnötige Kosten und Aufwände und in der Folge Wettbewerbsnachteile für die betroffenen Unternehmen generiert werden. Daher wäre es auch aus Verhältnismässigkeitserwägungen angezeigt, dass die Schweiz zum jetzigen Zeitpunkt nicht über die negative / limited assurance hinausgeht. Alles andere führt zu einem unerwünschten "Swiss Finish", der unseres Erachtens nicht gerechtfertigt wäre.



Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ) Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
	³ Für die mit der Prüfung beauftragten Revisionsunternehmen Revisionsstellen und Konformitätsbewertungsstellen gelten sinngemäss mindestens folgende Anforderungen an die Revisionsstelle sinngemäss: 1. Unabhängigkeit (Art. 728 und Art. 11 RAG); 2. Berichterstattung (Art. 728b); 3. Anzeigepflichten (Art. 728c Abs. 1 und 2); 4. Wahl (Art. 730 Abs. 2-4); 5. Amtsdauer (Art. 730a); 6. Auskunft und Geheimhaltung (Art. 730b); 7. Dokumentation und Aufbewahrung (Art. 730c). ⁴ Die Bestimmungen zur Unabhängigkeit gelten sinngemäss auch gegenüber Unternehmen, die im Rahmen der Lieferketten zur Berichterstattung über die Nachhaltigkeitsaspekte beitragen.	Das Obligationenrecht spricht einheitlich von Revisionsstelle. In Art. 727b OR werden zusätzlich Revisionsunternehmen als Revisionsstellen für Publikumsgesellschaften nach den Vorschriften des Bundesgesetzes über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren (Revisionsaufsichtsgesetz, RAG, SR221.302) eingeführt. <u>Zu Abs. 4:</u> Gemäss Erläuterungsbericht muss die Revisionsstelle in Bezug auf die gesamte Lieferkette unabhängig sein. Es ist daher nicht zulässig, ein Unternehmen in der Lieferkette eines berichterstattungs-pflichtigen Unternehmens zu beraten und dann den Bericht zu prüfen (Erläuternder Bericht, S. 38). Diese Anforderung an die Unabhängigkeit der Revisionsstellen oder Konformitätsbewertungsstellen ist sehr weit gefasst und geht weit über die im Erläuterungsbericht erwähnte Unabhängigkeit gemäss Art. 728 Abs. 2 Ziff. 4 OR hinaus, da sie über die gesamte Lieferkette gegeben sein müsste. Zudem ist diese Anforderung kaum umsetzbar, da es in der Schweiz faktisch zu wenig anerkannte Revisionsstellen für Banken oder Konformitätsbewertungsstellen gibt, um eine derart weitreichende Unabhängigkeit einhalten zu können und somit die Wahrscheinlichkeit gross ist, dass eine Revisionsstelle für ein Unternehmen als Revisor und für ein anderes Unternehmen in der Wertschöpfungskette/Lieferkette beratend tätig ist. Darüber hinaus gibt es keine Verpflichtung, die Beratungstätigkeiten in irgendeiner Form gegenüber Geschäftspartnern offenzulegen, so dass die Unternehmen die Unabhängigkeit nicht überprüfen könnten. Spezifisch für Pfandbriefinstitute kommt erschwerend hinzu, dass die Revisionsstelle oder Konformitätsbewertungsstelle auch unabhängig von allen Mitgliedbanken sein müsste (bei der Pfandbriefzentrale deren 24 Kantonalbanken bei der Pfandbriefbank ein Vielfaches davon).



Centrale de lettres de gage
Banques Cantonales Suisses



Pfandbriefzentrale
Schweizer Kantonalbanken

Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
		Dies ist nicht praktikabel. Aus diesem Grund beantragen wir die Streichung von Abs. 4 sowie des entsprechenden Passus im Erläuternden Bericht, S. 38, bzw. in den weiterführenden Gesetzesmaterialien. Revisionsstellen und Konformitätsbewertungsstellen welche Nachhaltigkeitsprüfungen für Gesellschaften öffentlichen Interesses erbringen (neben den Publikumsgesellschaften gehören hierzu auch alle Banken) sollten ebenfalls unter die Aufsichtskompetenz der Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) gestellt werden, wie dies bereits für den Financial und Regulatory Audit der Fall ist.
C. Genehmigung, Veröffentlichung, Führung und Aufbewahrung Art. 964c ¹ Der Bericht über nichtfinanzielle Belange bedarf der Genehmigung und Unterzeichnung durch das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan sowie der Genehmigung des für die Genehmigung der Jahresrechnung zuständigen Organs. ² Das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan stellt sicher, dass der Bericht: 1. umgehend nach der Genehmigung elektronisch veröffentlicht wird; 2. mindestens zehn Jahre lang öffentlich zugänglich bleibt. ³ Für die Führung und Aufbewahrung der Berichte gilt Artikel 958f sinngemäss.	E. Format, Genehmigung, Veröffentlichung, Führung und Aufbewahrung Art. 964c^{ter} (neu) ¹ Der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte muss in einem einheitlichen elektronischen Format erstellt werden; das Format muss einem international verwendeten Standard entsprechen. ² Der Bericht bedarf der Genehmigung durch das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan sowie der Genehmigung des für die Genehmigung der Jahresrechnung zuständigen Organs. ³ Das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan stellt sicher, dass der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte und der Prüfbericht: 1. umgehend nach der Genehmigung der Jahresrechnung elektronisch veröffentlicht werden; 2. mindestens zehn Jahre lang öffentlich zugänglich bleiben. ⁴ Für die Führung und Aufbewahrung der Berichte gilt Artikel 958f sinngemäss.	Abs. 1: Die Vorlage verweist auf ein "einheitliches elektronisches Format", das "einem international verwendeten Standard entsprechen" soll. Damit ist nach den in der EU geltenden Vorgaben das XHTML- bzw. XBRL-Format gemeint (Art. 29d Richtlinie 2013/34/EU mit Verweis auf die Delegierte Verordnung 2019/815/EU, u.a. Art. 3). Die wenigsten der neu betroffenen Unternehmen (inkl. Kantonalbanken/Pfandbriefinstitute) erstellen derzeit einen Geschäftsbericht im XHTML-Format oder nach XBRL. Bei einer derart starken Ausweitung der Berichterstattungspflichten ist die zusätzliche und gleichzeitige Umstellung auf XHTML/XBRL unverhältnismässig und mit hohen Kosten verbunden. Daher sollte zumindest eine angemessene Übergangsfrist eingeräumt werden, vgl. die Anmerkungen zur Übergangsbestimmung



Centrale de lettres de gage
Banques Cantionales Suisses



Pfandbriefzentrale
Schweizer Kantonalbanken

Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	<i>Zusätzliche Bemerkungen PBZ</i>
Übergangsbestimmung zur Änderung vom	Für die Geschäftsjahre, die bei Inkrafttreten laufen, und für die Geschäftsjahre, die in den ersten zwei vier Jahren nach Inkrafttreten beginnen, gilt das bisherige Recht.	Da die Berichterstattungspflicht auch auf Institute und Unternehmen ausgedehnt wird, die bisher keinen Nachhaltigkeitsbericht veröffentlichten mussten bzw. für Institute, die bisher einen reinen GRI-Bericht veröffentlicht haben, wird die vorgesehene Übergangsfrist nicht ausreichen. Entsprechend sollten die Übergangsbestimmungen auf 4 Jahre nach Inkrafttreten ausgeweitet werden.



Centrale de lettres de gage
Banques Cantonales Suisses



Pfandbriefzentrale
Schweizer Kantonalbanken

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen bei den weiteren Arbeiten. Für ergänzende Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Sven Bucher
Direktor/CEO

Daniela Rey
Stv. Direktorin/CFO



Centrale de lettres de gage
Banques Cantonales Suisses



Pfandbriefzentrale
Schweizer Kantonalbanken

Herr Bundesrat Beat Jans
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per Mail zugestellt an: ehra@bj.admin.ch
Zürich, 26.09.2024

Briefadresse:
Pfandbriefzentrale
der schweizerischen Kantonalbanken AG
Postfach
CH-8010 Zürich

www.pfandbriefzentrale.ch

Kontakt	Sven Bucher
Referenz	IM2/sb
Direktwahl	+41 44 292 35 35
E-Mail	sven.bucher@zkb.ch

Kontakt	Daniela Rey
Referenz	ZAR/dr
Direktwahl	+41 44 292 47 85
E-Mail	daniela.rey@zkb.ch

Stellungnahme der Pfandbriefzentrale der schweizerischen Kantonalbanken AG (PBZ) zu der Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans,

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf das am 26. Juni 2024 eröffnete Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte). Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Gerne nehmen wir diese Gelegenheit wahr und unterbreiten Ihnen nachfolgend unsere wichtigsten Anliegen nicht nur aber auch aus der Sicht eines Pfandbriefinstituts.

Wir begrüssen grundsätzlich eine proportionale Ausweitung des Anwendungsbereichs, da dadurch die Menge der verfügbaren Daten zur Nachhaltigkeit erhöht und die Vergleichbarkeit weiter verbessert werden.

Dennoch möchten wir darauf hinweisen, dass im Bereich der Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte die regulatorischen Entwicklungen noch sehr dynamisch sind und bisher weltweit noch keine Einigkeit bezüglich Standards vorliegt. Dennoch haben sich gewisse Standards wie beispielsweise jener der Global Reporting Initiative (GRI) etabliert und bewährt, welche auch entsprechend weiterentwickelt und an die aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.

Datenqualität als Herausforderung

Ein weiterer zu beachtender Aspekt ist auch die Qualität bereits verfügbarer Daten wie beispielsweise die im Eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) vorliegenden. Das GWR weist für sämtliche Liegenschaften in der Schweiz die Gebäudekategorie, das Erstellungsjahr oder die Bauperiode, die Gebäudedimensionen und das Heizsystem aus. Allerdings ist die Qualität der Daten sowohl hinsichtlich der Vollständigkeit als auch der Aktualität kantonal sehr unterschiedlich.



Diese Rahmenbedingungen stellen eine Herausforderung für Schweizer Unternehmen im Allgemeinen und Unternehmen mit Immobilienbezug im Speziellen dar. Davon betroffen sind vor allem die beiden Pfandbriefinstitute und Banken, welche insbesondere im Hypothekengeschäft tätig sind.

In der Folge sind aufgrund der fehlenden Datenqualität sowohl die Aussagekraft als auch die Vergleichbarkeit (zwischen den Kantonen und auch über die Schweizergrenze hinaus) nur bedingt gegeben.

Anerkennung etablierter Standards und Sicherstellung einer verhältnismässigen Umsetzung

Auch wenn in den relevanten ausländischen Rechtsordnungen Absichten für den Bereich Transparenz über Nachhaltigkeit zumindest teilweise formuliert wurden, ist man von einer gefestigten Rechtslage noch weit entfernt. In Kombination mit den noch nicht gefestigten Standards stellt dies eine Unwägbarkeit für Schweizer Unternehmen dar.

Es ist deshalb unseres Erachtens darauf zu achten, dass man auf etablierte und bewährte Standards setzt. Eine entsprechende etablierte und bewährte Berichterstattung sollte demnach als genügend/angemessen statuiert werden. Hingegen sollten nicht aufgrund von Annahmen über die zukünftige Entwicklung fremder Regulierungen vorausschauend Anforderungen geschaffen werden.

Letzteres gilt auch bezüglich der Prüfpflicht (limited versus reasonable assurance).

Bei einer Abkehr von etablierten und bewährten Standards zu Gunsten noch nicht vollständig etablierter und/oder zukünftiger Entwicklungen fremder Regulierungen, würden zudem die bisherigen Bemühungen der verschiedenen Institute, eine Nachhaltigkeitsberichterstattung unter Berücksichtigung etablierter Standards zu erstellen, nicht wertgeschätzt. Dies insbesondere, da die bestehende Nachhaltigkeitsberichterstattung zumindest teilweise obsolet wäre und die erforderliche Überarbeitung, verglichen zum Mehrwert, zu einem unverhältnismässigen Zusatzaufwand führen würde.

Zu berücksichtigen ist auch, dass sich durch die erhebliche Ausweitung des Anwendungsbereichs viele kleinere Marktteilnehmer mit begrenzten Ressourcen erstmals mit diesen Fragestellungen auseinandersetzen müssen.

Entsprechend sollte insbesondere für kleinere Unternehmen ein pragmatisches und prinzipienorientiertes Vorgehen im Vordergrund stehen, wie dies beispielsweise im Bereich Rechnungslegung mit Swiss GAAP FER der Fall ist und bereits seit vielen Jahren erfolgreich umgesetzt wird. Dies sollte sich sowohl auf den Umfang als auch auf das Format der Berichterstattung auswirken.

In jedem Fall wird der Regulierungsgrundsatz der Proportionalität in der praktischen Umsetzung stärker zu gewichten sein.

Nachfolgend nehmen wir Stellung zu einzelnen Artikeln im vorliegenden Vernehmlassungsentwurf:



Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
	a. Gegenstand und Umfang der Prüfung Art. 728a ¹ Die Revisionsstelle prüft, ob: 5. zwischen der Jahres- und gegebenenfalls Konzernrechnung und dem Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte Unstimmigkeiten bestehen.	
A. Grundsatz Art. 964a ¹ Unternehmen erstatten jährlich einen Bericht über nicht-finanzielle Belange, wenn sie: 1. Gesellschaften des öffentlichen Interesses im Sinne von Artikel 2 Buchstabe c des Revisionsaufsichtsgesetzes vom 16. Dezember 2005 sind; 2. zusammen mit den von ihnen kontrollierten in- oder ausländischen Unternehmen, in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren mindestens 500 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt haben; und 3. zusammen mit den von ihnen kontrollierten in- oder ausländischen Unternehmen, mindestens eine der nachstehenden Grössen in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschreiten: a. Bilanzsumme von 20 Millionen Franken, b. Umsatzerlös von 40 Millionen Franken.	A. Grundsatz Art. 964a Folgende Unternehmen müssen jährlich Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte erstatten: 1. Gesellschaften des öffentlichen Interesses im Sinne von Artikel 2 Buchstabe c Ziffern 1 und 2 Revisionsaufsichtsgesetz vom 16. Dezember 2005 (RAG)¹; 2. Unternehmen, die zwei der nachstehenden Grössen in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren überschreiten: a. Bilanzsumme von 25 Millionen Franken, b. Umsatzerlös von 50 Millionen Franken, c. 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt; 3. Unternehmen, die nach Artikel 963 zur Erstellung einer Konzernrechnung verpflichtet sind und die zusammen mit den kontrollierten Unternehmen zwei der Grössen nach Ziffer 2 in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschreiten. Absatz 2: Aufgehoben bzw. neu in VE-Art. 964b	Nach gängiger Interpretation unterliegen die beiden Pfandbriefinstitute und die Banken als Gesellschaften des öffentlichen Interesses i.S.v. Art. 964a Ziffer 1 VE-OR mit Verweis auf Art. 2 lit. c Ziff. 2 RAG sowie Art. 3 FINMAG der Berichterstattungspflicht generell, d.h. ohne, dass weitere Kriterien (wie Grössenkriterien etc.) erfüllt sein müssen. In unserem Fall (PBZ), würden wir somit bereits mit den aktuellen ca. 3.8 Vollzeitstellen berichterstattungspflichtig, dies, obschon wir sogar den Schwellenwert der Kleinstunternehmen von 10 Vollzeitstellen unterschreiten. Es stellt sich hierbei die Frage der Verhältnismässigkeit. Insbesondere auch weil wir als Pfandbriefinstitut eine reine Refinanzierungsfunktion für unsere Mitgliedbanken wahrnehmen und von Gesetzes wegen keiner anderweitigen Geschäftstätigkeit nachgehen dürfen. Zudem sind wir der Meinung, dass die Tätigkeit der Pfandbriefinstitute bereits indirekt über die Berichterstattung ihrer Mitgliedbanken abgedeckt sein wird.



Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	<i>Zusätzliche Bemerkungen PBZ</i>
² Von dieser Pflicht befreit sind Unternehmen, die von einem anderen Unternehmen kontrolliert werden: 1. für welches Absatz 1 anwendbar ist; oder 2. das einen gleichwertigen Bericht nach ausländischem Recht erstellen muss.		
	B. Ausnahmen Art. 964b ¹ Von der Pflicht nach Artikel 964a befreit sind Unternehmen, 1. die von einem anderen Unternehmen kontrolliert werden: a. das nach Artikel 964a einen Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte erstellen muss; oder b. das einen gleichwertigen Bericht nach ausländischem Recht erstellt; 2. die allein oder zusammen mit den von ihnen kontrollierten in- oder ausländischen Unternehmen mindestens zwei der nachstehenden Grössen in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren nicht überschreiten: a. Bilanzsumme von 450 000 Franken, b. Umsatzerlös von 900 000 Franken, c. 10 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt. ² Unternehmen, die keinen eigenen Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte verfassen, müssen im Anhang zur Jahresrechnung angeben, bei welchem anderen Unternehmen sie in den Bericht einbezogen sind. Sie müssen diesen Bericht veröffentlichen.	Die engmaschigen Ausnahmeregelungen bringen eine erhebliche Ausweitung des Anwendungsbereichs auf viele, auch kleinere, Marktteilnehmer mit sich. Es stellt sich die Frage, ob hier die Verhältnismässigkeit gegeben ist – auch im Hinblick auf den zu erzielenden Mehrwert. Sollte daran festgehalten werden, so sollte dies zumindest bei den zugelassenen Nachhaltigkeitsstandards, bei den Übergangsfristen, als auch bei den Vorgaben zu Umfang und Format der Berichterstattung berücksichtigt werden.



Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
B. Zweck und Inhalt des Berichts Art. 964b ¹ Der Bericht über nichtfinanzielle Belange gibt Rechenschaft über Umweltbelange, insbesondere die CO₂-Ziele, über Sozialbelange, Arbeitnehmerbelange, die Achtung der Menschenrechte sowie die Bekämpfung der Korruption. Der Bericht enthält diejenigen Angaben, welche zum Verständnis des Geschäftsverlaufs, des Geschäftsergebnisses, der Lage des Unternehmens so-wie der Auswirkungen seiner Tätigkeit auf diese Belange erforderlich sind. ² Der Bericht umfasst insbesondere: 1. eine Beschreibung des Geschäftsmodells; 2. eine Beschreibung der in Bezug auf die Belange gemäss Absatz 1 verfolgten Konzepte, einschliesslich der angewandten Sorgfaltsprüfung; 3. eine Darstellung der zur Umsetzung dieser Konzepte ergriffenen Massnahmen sowie eine Bewertung der Wirksamkeit dieser Massnahmen; 4. eine Beschreibung der wesentlichen Risiken im Zusammenhang mit den Belangen gemäss Absatz 1 sowie der Handhabung dieser Risiken durch das Unternehmen; massgebend sind Risiken: a. die sich aus der eigenen Geschäftstätigkeit des Unternehmens ergeben, und b. wenn dies relevant und verhältnismässig ist, die sich aus seinen Geschäftsbeziehungen, seinen Erzeugnissen oder seinen Dienstleistungen ergeben;	C. Zweck und Inhalt des Berichts Art. 964c ¹ Der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte muss Rechenschaft geben über die folgenden Nachhaltigkeitsaspekte 1. Umweltfaktoren, insbesondere den Stand in Bezug auf die Erreichung des Netto-Null-Treibhausgasemissionsziels bis spätestens 2050 zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau; 2. Sozialaspekte einschliesslich Arbeitnehmerbelange; 3. Menschenrechtsaspekte; 4. Governance-Aspekte einschliesslich organisatorischer Vorgehren-Vorgehrungen zur Bekämpfung von Korruption. ² Zu nennen sind diejenigen Angaben, die für das Verständnis der Auswirkungen der Tätigkeiten des Unternehmens auf Nachhaltigkeitsaspekte sowie das Verständnis der Auswirkungen von Nachhaltigkeitsaspekten auf Geschäftsverlauf, Geschäftsergebnis und Lage des Unternehmens erforderlich sind. ³ Der Bericht umfasst insbesondere: 1. eine Beschreibung des Geschäftsmodells und der Strategie des Unternehmens; 2. eine Beschreibung der zeitgebundenen Nachhaltigkeitsziele, die sich das Unternehmen gesetzt hat; 3. eine Beschreibung der Rolle des obersten Leitungs- oder Verwaltungsorgans was Nachhaltigkeitsaspekte betrifft; 4. eine Beschreibung der Unternehmenspolitik hinsichtlich der Nachhaltigkeit;	Basierend auf dem Erläuterungsbericht sind nach dem True-and-Fair-Prinzip der Finanzberichterstattung alle relevanten Umweltwirkungen über die gesamte Wertschöpfungskette, d.h. von der Rohstoffgewinnung bis zur Entsorgung, darzustellen. Damit wird eine generelle Berichterstattungspflicht in Bezug auf alle Nachhaltigkeitsaspekte und über die gesamte Wertschöpfungskette/Lieferkette statuiert, ohne dass derzeit im OR/VSoTr entsprechende konkrete Vorgaben, Sorgfaltspflichten und Ausnahmen in Bezug auf die Lieferkette vorgesehen sind (mit Ausnahme von Konfliktmineralien und Kinderarbeit). Zudem kennt die Schweiz bisher keine Berichterstattungspflicht zur nachgelagerten Wertschöpfungskette/Lieferkette. Eine Berichterstattung über die gesamte vor- und nachgelagerte Wertschöpfungskette/Lieferkette (inkl. Entsorgung) geht daher (zumindest zum jetzigen Zeitpunkt) zu weit. Über diese Vernehmlassung bzw. die Berichterstattung darf u.E. nicht durch die Hintertür eine Lieferkettengesetzgebung geschaffen werden. Unseres Erachtens ist die geforderte Ausweitung auf potenziell negative Auswirkungen unverhältnismässig und im Hinblick auf eine allfällige Prüfpflicht nicht objektiv nachvollziehbar. Zudem ist die Abgrenzung zwischen den einzelnen Absätzen unklar. In Abs. 3 Ziff. 7 muss über die potenziell negativen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsaspekte entlang der Wertschöpfungskette berichtet werden. Art. 964c Abs. 4 bezieht sich jedoch auf den gesamten Abs. 1 und 3 (und nicht nur auf die wesentlichen tatsächlichen und potenziellen negativen Auswirkungen).



Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
1. die für die Unternehmenstätigkeit wesentlichen Leistungsindikatoren in Bezug auf die Belange gemäss Absatz 1. ³ Stützt sich der Bericht auf nationale, europäische oder internationale Regelwerke, wie insbesondere die Leitsätze der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), so ist das angewandte Regelwerk im Bericht zu nennen. Bei der Anwendung solcher Regelwerke ist sicherzustellen, dass alle Vorgaben dieses Artikels erfüllt sind. Nötigenfalls ist ein ergänzender Bericht zu verfassen. ⁴ Kontrolliert ein Unternehmen allein oder zusammen mit anderen Unternehmen ein oder mehrere andere in- oder ausländische Unternehmen, so umfasst der Bericht alle diese Unternehmen. ⁵ Verfolgt das Unternehmen in Bezug auf einen oder mehrere Belange gemäss Absatz 1 kein Konzept, so hat es dies im Bericht klar und begründet zu erläutern. ⁶ Der Bericht ist in einer Landessprache oder auf Englisch abzufassen.	5. Angaben über allfällige Anreizsysteme, die mit Nachhaltigkeitsaspekten verknüpft sind und den Mitgliedern des obersten Leitungs- oder Verwaltungsorgans angeboten werden; 6. eine Beschreibung der in Bezug auf die Nachhaltigkeitsaspekte angewandten Sorgfaltsprüfung; 7. eine Beschreibung der wesentlichen tatsächlichen oder potenziellen negativen Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsaspekte beziehungsweise von Nachhaltigkeitsaspekten, die mit der Geschäftstätigkeit des Unternehmens und mit seiner Wertschöpfungskette verbunden sind sowie eine Beschreibung der Massnahmen zur Ermittlung und Überwachung dieser Auswirkungen; 8. eine Beschreibung der Massnahmen des Unternehmens zur Verhinderung, Minderung, Behebung oder Beendigung tatsächlicher oder potenzieller negativer Auswirkungen nach Ziffer 7, und des Erfolgs dieser Massnahmen; 9. eine Beschreibung der wesentlichen Risiken, denen das Unternehmen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsaspekten ausgesetzt ist, und der Handhabung dieser Risiken durch das Unternehmen; 10. die relevanten Indikatoren in Bezug auf die Angaben gemäss Ziffern 1-9.	Gestützt auf diese Ausführungen schlagen wir die im Gesetzestext in Abs. 3 Ziff. 7, 8 sowie Abs. 4 direkt ersichtlichen Änderungen vor.



Centrale de lettres de gage
Banques Cantonales Suisses



Pfandbriefzentrale
Schweizer Kantonalbanken

Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
	⁴ Die in den Absätzen 1 und 3 genannten Angaben umfassen Informationen zur Geschäftstätigkeit des Unternehmens und zu seiner Wertschöpfungskette, einschliesslich Angaben zu seinen Produkten und Dienstleistungen, und seinen Geschäftsbeziehungen und seiner Lieferkette, sofern dies relevant und verhältnismässig ist. ⁵ Die Angaben müssen die in der europäischen Union verwendeten Standards oder einen anderen gleichwertigen Standard für die Nachhaltigkeitsberichterstattung erfüllen. Der gewählte Standard muss in seiner Gesamtheit für alle Vorgaben dieses Artikels übernommen und im Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte genannt werden. Der Bundesrat bezeichnet die Standards. ⁶ Kontrolliert im Sinne von Artikel 963 Absatz 2 ein Unternehmen allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im In- oder Ausland eines oder mehrere Unternehmen, so muss der Bericht alle diese Unternehmen umfassen. ⁷ Das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan ist für die Wahl des Standards zuständig, sofern die Statuten keine anderslautenden Vorgaben enthalten oder die Generalversammlung den Standard nicht festlegt. ⁸ Der Bericht ist in einer Landessprache oder auf Englisch abzufassen.	<u>Zu Abs. 5:</u> Der GRI-Standard, der sich als international anerkannter Standard für die Nachhaltigkeitsberichterstattung etabliert hat, sollte neben dem EU-Standard als angemessener Standard anerkannt werden. Insbesondere für kleinere Unternehmen sollten allenfalls weitere prinzipienorientierte Standards zugelassen und/oder Erleichterungen zugestanden werden.
	D. Prüfung Art. 964^{bis} (neu) ¹ Unternehmen lassen die Angaben über Nachhaltigkeitsaspekte prüfen durch: 1. Revisionsunternehmen, welche die Voraussetzungen von Artikel 6a RAG erfüllen, oder 2. Konformitätsbewertungsstellen, welche die Voraussetzungen von Artikel 6b RAG erfüllen.	



Centrale de lettres de gage
Banques Cantonales Suisses



Pfandbriefzentrale
Schweizer Kantonalbanken

Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
	² Der Bundesrat regelt, mit welcher Prüftiefe die Prüfung durchgeführt werden muss, insbesondere ob geprüft wird, ob Sachverhalte vorliegen, aus denen zu schliessen ist, dass die Angaben über Nachhaltigkeitsaspekte im Bericht unvollständig oder falsch sind, oder ob geprüft wird, ob die Angaben über Nachhaltigkeitsaspekte im Bericht vollständig und richtig sind. Er orientiert sich dabei an den internationalen Entwicklungen.	<u>Zu Abs. 2:</u> Der Bundesrat wird ermächtigt, die Prüftiefe in einer Verordnung zu regeln. Dabei hat er die Wahl zwischen einer negativen / limited assurance oder einer positiven / reasonable assurance. Der Bundesrat soll sich dabei an internationalen Entwicklungen, namentlich am Recht der EU, orientieren (Erläuternder Bericht, S. 35). Nach unserem Kenntnisstand sollen die EU-Prüfungsstandards für eine reasonable assurance bis 2028 erarbeitet werden. Dies bedeutet, dass selbst auf EU-Ebene noch nicht abschliessend klar ist, wie die Prüfungsstandards im Detail ausgestaltet sein werden. Es sollte weder den internationalen / europäischen Entwicklungen vorgegriffen, noch unnötige Kosten und Aufwände und in der Folge Wettbewerbsnachteile für die betroffenen Unternehmen generiert werden. Daher wäre es auch aus Verhältnismässigkeitserwägungen angezeigt, dass die Schweiz zum jetzigen Zeitpunkt nicht über die negative / limited assurance hinausgeht. Alles andere führt zu einem unerwünschten "Swiss Finish", der unseres Erachtens nicht gerechtfertigt wäre.



Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
	³ Für die mit der Prüfung beauftragten Revisionsunternehmen Revisionsstellen und Konformitätsbewertungsstellen gelten sinngemäss mindestens folgende Anforderungen an die Revisionsstelle sinngemäss: 1. Unabhängigkeit (Art. 728 und Art. 11 RAG); 2. Berichterstattung (Art. 728b); 3. Anzeigepflichten (Art. 728c Abs. 1 und 2); 4. Wahl (Art. 730 Abs. 2-4); 5. Amtsdauer (Art. 730a); 6. Auskunft und Geheimhaltung (Art. 730b); 7. Dokumentation und Aufbewahrung (Art. 730c). ⁴ Die Bestimmungen zur Unabhängigkeit gelten sinngemäss auch gegenüber Unternehmen, die im Rahmen der Lieferketten zur Berichterstattung über die Nachhaltigkeitsaspekte beitragen.	Das Obligationenrecht spricht einheitlich von Revisionsstelle. In Art. 727b OR werden zusätzlich Revisionsunternehmen als Revisionsstellen für Publikumsgesellschaften nach den Vorschriften des Bundesgesetzes über die Zulassung und Beaufsichtigung der Revisorinnen und Revisoren (Revisionsaufsichtsgesetz, RAG, SR221.302) eingeführt. <u>Zu Abs. 4:</u> Gemäss Erläuterungsbericht muss die Revisionsstelle in Bezug auf die gesamte Lieferkette unabhängig sein. Es ist daher nicht zulässig, ein Unternehmen in der Lieferkette eines berichterstattungs-pflichtigen Unternehmens zu beraten und dann den Bericht zu prüfen (Erläuternder Bericht, S. 38). Diese Anforderung an die Unabhängigkeit der Revisionsstellen oder Konformitätsbewertungsstellen ist sehr weit gefasst und geht weit über die im Erläuterungsbericht erwähnte Unabhängigkeit gemäss Art. 728 Abs. 2 Ziff. 4 OR hinaus, da sie über die gesamte Lieferkette gegeben sein müsste. Zudem ist diese Anforderung kaum umsetzbar, da es in der Schweiz faktisch zu wenig anerkannte Revisionsstellen für Banken oder Konformitätsbewertungsstellen gibt, um eine derart weitreichende Unabhängigkeit einhalten zu können und somit die Wahrscheinlichkeit gross ist, dass eine Revisionsstelle für ein Unternehmen als Revisor und für ein anderes Unternehmen in der Wertschöpfungskette/Lieferkette beratend tätig ist. Darüber hinaus gibt es keine Verpflichtung, die Beratungstätigkeiten in irgendeiner Form gegenüber Geschäftspartnern offenzulegen, so dass die Unternehmen die Unabhängigkeit nicht überprüfen könnten. Spezifisch für Pfandbriefinstitute kommt erschwerend hinzu, dass die Revisionsstelle oder Konformitätsbewertungsstelle auch unabhängig von allen Mitgliedbanken sein müsste (bei der Pfandbriefzentrale deren 24 Kantonalbanken bei der Pfandbriefbank ein Vielfaches davon).



Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	Zusätzliche Bemerkungen PBZ
		Dies ist nicht praktikabel. Aus diesem Grund beantragen wir die Streichung von Abs. 4 sowie des entsprechenden Passus im Erläuternden Bericht, S. 38, bzw. in den weiterführenden Gesetzesmaterialien. Revisionsstellen und Konformitätsbewertungsstellen welche Nachhaltigkeitsprüfungen für Gesellschaften öffentlichen Interesses erbringen (neben den Publikumsgesellschaften gehören hierzu auch alle Banken) sollten ebenfalls unter die Aufsichtskompetenz der Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) gestellt werden, wie dies bereits für den Financial und Regulatory Audit der Fall ist.
C. Genehmigung, Veröffentlichung, Führung und Aufbewahrung Art. 964c ¹ Der Bericht über nichtfinanzielle Belange bedarf der Genehmigung und Unterzeichnung durch das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan sowie der Genehmigung des für die Genehmigung der Jahresrechnung zuständigen Organs. ² Das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan stellt sicher, dass der Bericht: - umgehend nach der Genehmigung elektronisch veröffentlicht wird; - mindestens zehn Jahre lang öffentlich zugänglich bleibt. ³ Für die Führung und Aufbewahrung der Berichte gilt Artikel 958f sinngemäss.	E. Format, Genehmigung, Veröffentlichung, Führung und Aufbewahrung Art. 964c^{ter} (neu) ¹ Der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte muss in einem einheitlichen elektronischen Format erstellt werden; das Format muss einem international verwendeten Standard entsprechen. ² Der Bericht bedarf der Genehmigung durch das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan sowie der Genehmigung des für die Genehmigung der Jahresrechnung zuständigen Organs. ³ Das oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan stellt sicher, dass der Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte und der Prüfbericht: - umgehend nach der Genehmigung der Jahresrechnung elektronisch veröffentlicht werden; - mindestens zehn Jahre lang öffentlich zugänglich bleiben. ⁴ Für die Führung und Aufbewahrung der Berichte gilt Artikel 958f sinngemäss.	Abs. 1: Die Vorlage verweist auf ein "einheitliches elektronisches Format", das "einem international verwendeten Standard entsprechen" soll. Damit ist nach den in der EU geltenden Vorgaben das XHTML- bzw. XBRL-Format gemeint (Art. 29d Richtlinie 2013/34/EU mit Verweis auf die Delegierte Verordnung 2019/815/EU, u.a. Art. 3). Die wenigsten der neu betroffenen Unternehmen (inkl. Kantonalbanken/Pfandbriefinstitute) erstellen derzeit einen Geschäftsbericht im XHTML-Format oder nach XBRL. Bei einer derart starken Ausweitung der Berichterstattungspflichten ist die zusätzliche und gleichzeitige Umstellung auf XHTML/XBRL unverhältnismässig und mit hohen Kosten verbunden. Daher sollte zumindest eine angemessene Übergangsfrist eingeräumt werden, vgl. die Anmerkungen zur Übergangsbestimmung



Centrale de lettres de gage
Banques Cantonales Suisses



Pfandbriefzentrale
Schweizer Kantonalbanken

Geltendes Recht (OR)	Vorentwurf <i>Inklusive Änderungsvorschläge Pfandbriefzentrale (PBZ)</i> Rot Streichungen Blau neue Formulierungsvorschläge	<i>Zusätzliche Bemerkungen PBZ</i>
Übergangsbestimmung zur Änderung vom	Für die Geschäftsjahre, die bei Inkrafttreten laufen, und für die Geschäftsjahre, die in den ersten zwei vier Jahren nach Inkrafttreten beginnen, gilt das bisherige Recht.	Da die Berichterstattungspflicht auch auf Institute und Unternehmen ausgedehnt wird, die bisher keinen Nachhaltigkeitsbericht veröffentlichten mussten bzw. für Institute, die bisher einen reinen GRI-Bericht veröffentlicht haben, wird die vorgesehene Übergangsfrist nicht ausreichen. Entsprechend sollten die Übergangsbestimmungen auf 4 Jahre nach Inkrafttreten ausgeweitet werden.



**Centrale de lettres de gage
Banques Cantonales Suisses**



**Pfandbriefzentrale
Schweizer Kantonalbanken**

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen bei den weiteren Arbeiten. Für ergänzende Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Sven Bucher
Direktor/CEO

Daniela Rey
Stv. Direktorin/CFO



A l'att. de Monsieur Beat Jans
Conseiller fédéral
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Par courriel : ehra@bj.admin.ch

Lausanne, le 9 octobre 2024

Consultation publique / Transparence sur les questions de durabilité : Modification du Code des obligations (CO), de la Loi sur la surveillance de la révision (LSR) et du Code pénal suisse (CP)

Monsieur le Conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,

Dans le cadre de la procédure de consultation sur la modification du Code des obligations (CO), de la Loi sur la surveillance de la révision (LSR) et du Code pénal suisse (CP) ouverte par le Département fédéral de justice et police le 26 juin 2024, nous souhaitons vous faire part des positions de Philip Morris Switzerland Sàrl, qui reflètent celles de toutes les autres filiales suisses de Philip Morris International (PMI). Nous vous remercions de nous donner l'occasion d'exprimer notre avis.

Philip Morris Switzerland Sàrl, leader sur le marché suisse des cigarettes et des produits alternatifs à la nicotine, est une filiale de PMI, leader international du tabac, dont la mission est d'accélérer la fin de la cigarette en proposant aux adultes qui continueraient autrement à fumer de meilleures alternatives, scientifiquement prouvées, et d'évoluer à plus long terme vers une entreprise diversifiée de style de vie, de bien-être des consommateurs et de soins de santé. PMI est fortement présente en Suisse avec un centre d'opérations mondial, un centre international de recherche et développement de classe mondiale à Neuchâtel et une usine de fabrication qui exporte environ 70 % de sa production. Avec plus de 1'500 collaborateurs recrutés en Suisse et à l'étranger, dont plus de 980 scientifiques, ingénieurs et techniciens, le campus de Neuchâtel est un lieu qui associe la qualité suisse et l'innovation PMI. Toutes les filiales de PMI emploient plus de 3000 personnes sur leurs sites en Suisse. De son côté, Philip Morris Switzerland Sàrl, basée à Lausanne, est responsable des activités de vente et de marketing en Suisse. Philip Morris Switzerland Sàrl est le leader du marché dans son domaine et possède un portefeuille de marques qui comprend IQOS, le produit de



chauffage du tabac le plus vendu en Suisse. Philip Morris International est à l'avant-garde d'un changement mondial visant à remplacer les cigarettes par de meilleures alternatives sans fumée. L'objectif de PMI est de rendre les cigarettes obsolètes, en offrant aux adultes qui continueraient autrement à fumer de meilleures alternatives scientifiquement prouvées.

Par conséquent, pour nous, le développement durable n'est pas seulement une partie de notre stratégie d'entreprise; il est au cœur de notre transformation commerciale et il est donc essentiel de rendre compte de manière transparente de nos progrès. De ce fait, PMI publie un rapport annuel intégré sur la durabilité depuis 2016.

Considérations générales sur la transparence en matière de développement durable

PMI salue les modifications proposées aux articles 964a-964c du Code des obligations suisse (CO) visant à aligner les dispositions actuelles en matière de reporting extra-financier sur la Directive européenne 2022/2464 du 14 décembre 2022 au sujet du reporting en lien avec le développement durable des entreprises (connue sous le nom de Directive européenne Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD).

PMI reste fidèle à son engagement en faveur du développement durable en tant que force motrice de son approche commerciale. Depuis le début de son engagement pour le développement durable, la stratégie de PMI est allée au-delà de la minimisation des externalités négatives et de l'atténuation des risques. Profondément liée à la stratégie de transformation de PMI, la durabilité a toujours été destinée à incarner une profonde opportunité d'innovation, de croissance et de création de valeur à long terme. L'engagement PMI reflète la réponse aux préoccupations de nos actionnaires et autres parties prenantes.

En raison de ces considérations, PMI considère que les obligations de reporting, qui sont contenues dans les articles 964a - 964c CO et qui impliquent que les entreprises fournissent des données non financières comparables et fiables, permettront aux parties prenantes externes de comprendre non seulement les performances des entreprises, mais aussi la manière dont elles réagissent à un environnement en évolution rapide et comment elles adaptent leur planification à long terme, favorisant ainsi un paysage commercial plus durable et plus transparent. D'un point de vue stratégique, les données RSE aident à informer les organisations sur la manière, le moment et l'endroit où allouer des ressources pour que leurs efforts de durabilité soient pertinents, significatifs et pleinement alignés sur leurs priorités commerciales et les attentes légitimes de la société. Cette approche devrait permettre aux grandes entreprises de mesurer et de rendre compte de leurs progrès de manière efficace tout en répondant aux préoccupations de leurs nombreuses et diverses parties prenantes, y compris leurs actionnaires.

Pour PMI, alors que nous allons de l'avant, nous restons engagés en faveur de pratiques de reporting transparentes, cohérentes et fiables. Les préoccupations environnementales et sociales urgentes, notamment celles liées aux droits de l'homme, au changement climatique, aux impacts sur la santé des produits, à la prévention de l'accès des jeunes à ceux-ci et à la circularité, ont également guidé depuis longtemps le parcours de PMI. Répondre à ces questions et en rendre compte n'est pas seulement une éthique d'entreprise, mais un



impératif commercial qui est directement lié à l'atténuation des risques et à la création de valeur à long terme pour nos parties prenantes et la société. Cette voie correspond aux intérêts des investisseurs qui sont de plus en plus orientés vers les entreprises qui font preuve de responsabilité environnementale et sociale. En outre, elle contribue directement à notre avantage concurrentiel et à notre positionnement sur le marché.

Dans ce contexte, nous aimerions également proposer une réflexion sur l'impact potentiel de cette réglementation sur les PME suisses. La position de PMI exprimée ci-dessus reflète les points de vue d'une grande multinationale présente dans plus de 180 pays à travers le monde. Notre entreprise peut consacrer les ressources nécessaires pour répondre à la transparence et aux exigences complexes de reporting des nouvelles dispositions du Code des obligations suisse. Nous soutenons l'objectif de garantir la compatibilité internationale des rapports de développement durable en révisant le cadre juridique suisse, mais cette approche ne doit pas surcharger indûment les PME en Suisse et leur créer des tâches administratives inutiles. Par conséquent, certains des ajustements proposés et les efforts que les PME doivent fournir pour s'y conformer peuvent paraître disproportionnés. Certaines de ces PME basées en Suisse sont nos partenaires commerciaux, technologiques ou scientifiques et, par conséquent, leur adhésion non seulement à la lettre mais également à l'esprit de ces règlements est également importante pour notre succès.

Proposition spécifique d'amendement

PMI souhaite soumettre à votre attention une proposition spécifique d'amendement.

La proposition vise à aligner davantage la législation non financière suisse aux dispositions de la Directive CSRD de l'Union européenne, en particulier pour les entreprises suisses qui, comme toutes les filiales suisses de PMI, font partie d'un groupe multinational, avec des filiales dans l'Union européenne soumises à la Directive CSRD et qui, de 2026 au 6 janvier 2030, pourront être exemptées de reporting. En effet, si leur société mère n'est pas située dans l'UE, elles sont couvertes par un rapport de durabilité consolidé à l'échelle de l'UE, le rapport étant publié par l'une des autres filiales de l'UE concernées, conformément aux exigences de la Directive CSRD.

En fait, selon la Directive CSRD, « [j]usqu'au 6 janvier 2030, les États membres autorisent une filiale de l'Union soumise à l'article 19 bis ou 29 bis et dont l'entreprise mère n'est pas régie par le droit d'un État membre à établir des rapports consolidés de durabilité, conformément aux exigences de l'article 29 bis, qui incluent toutes les filiales de l'Union de cette entreprise mère soumises à l'article 19 bis ou 29 bis » (article 48i modifié de la directive comptable de l'UE 201/34/UE).

À la lumière des considérations ci-dessus, le paragraphe suivant pourrait être ajoutée à l'article 964b CO concernant l'exemption de l'obligation de déclaration:

« 3. jusqu'au 6 janvier 2030, également les entreprises incluses dans un rapport consolidé de durabilité, équivalent à celui exigé par la loi sur la transparence, émis par une entreprise de l'UE, conformément à l'article 48i) de la directive comptable européenne 2013/34/UE ».



PHILIP MORRIS SWITZERLAND SÀRL

Nous restons à votre disposition pour toute information complémentaire dont vous pourriez avoir besoin.

En vous remerciant par avance de l'attention que vous voudrez bien accorder à notre prise de position, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs, l'assurance de notre considération distinguée.

François Thoenen
Director External Affairs

Christophe Berdat
Manager Fiscal affairs and
sustainability



Per E-Mail an info@bj.admin.ch
Herr Bundesrat Beat Jans
Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
Bundesgasse 3
3003 Bern

SIX Group AG
Pfingstweidstrasse 110
CH-8005 Zürich

Postanschrift:
Postfach
CH-8021 Zürich

T +41 58 399 35 51
www.six-group.com

Kontaktperson:
Simon Pabst
simon.pabst@six-group.com

Zürich, 17. Oktober 2024

Stellungnahme zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf die vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement am 26. Juni 2024 eröffnete Vernehmlassung über die Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte) und bedanken uns für die Möglichkeit zur Konsultation in dieser für SIX als Betreiberin verschiedener Finanzmarktinfrastrukturen wesentlichen Angelegenheit. Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr und unterbreiten Ihnen nachfolgend unsere Stellungnahme.

Generelle Bemerkungen

SIX begrüsst die vorliegend zu Disposition stehende weitere inhaltliche Konkretisierung der Berichterstattungspflichten für Unternehmen. Insbesondere die Angleichung an EU-Recht und die damit einhergehenden Leitlinien zu Nicht-Klimathemen sollten diesbezüglich helfen, Aufwand und Unsicherheiten seitens der betroffenen Unternehmen zu begrenzen. Dies dürfte insbesondere den kleineren Unternehmen zugutekommen, welche ihrerseits naturgemäss über begrenzte Ressourcen zur Umsetzung von zusätzlichen Regulierungsanforderungen verfügen.

Gleichwohl stellt sich unsererseits die Frage, inwiefern die vorliegend auf einfacher Materialität basierenden Offenlegungspflichten die gesetzlich normierte Anforderung der doppelten Materialität gemäss Art. 964b Abs. 1 OR zu erfüllen vermag. Eine entsprechend präzisierende Klarstellung wäre unseres Erachtens wünschenswert.

Fortwährende Ungleichbehandlung börsenkotierter Unternehmen

Bezugnehmend auf die Bestimmung von Art. 964a Abs. 1 OR bedauern wir, dass Publikumsgesellschaften weiterhin insofern eine Ungleichbehandlung erfahren, als dass diese unabhängig der ansonsten nach Art. 964a Abs. 2 OR massgebenden Grösse behandelt werden. Dies widerspricht den



Bestrebungen auf internationaler Ebene und kann Anlass dazu bieten, dass kleine Publikumsgesellschaften sich vom Primärmarkt zurückziehen. Dieser Swiss Finish erscheint uns folglich ohne Not diskriminierend.

Beibehaltung Comply-or-Explain-Prinzip

Der Entwurf sieht ohne Not die Abschaffung des Comply-or-Explain-Prinzips gemäss geltender Regelung vor. Unternehmen verlieren dadurch die Möglichkeit, zu erklären, warum sie bestimmte Informationen nicht offenlegen können oder wollen, etwa weil diese geschäftssensitiv sind oder nicht vollständig verlässlich erscheinen. Es ist entsprechend wichtig, an diesem bewährten Prinzip festzuhalten.

Weiterführende Überlegungen

SIX ist bestrebt, mit Börsen und Organisationen ausserhalb der Schweiz zusammenzuarbeiten, um die Konvergenz hin zu einem eindeutigen und international abgestimmten Offenlegungsrahmen für Unternehmen zu unterstützen. Sollte Ihrerseits ein Interesse an weiteren Informationen oder einem Austausch zu diesen Themen bestehen, stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen im Zuge der anstehenden Arbeiten. Gerne stehen wir Ihnen für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

DocuSigned by:

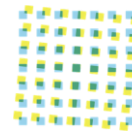
9B21DA9B28374A9...

Urs Reich
Head Public Affairs & Market Structure

DocuSigned by:

0202F4A900A24BF...

Simon Pabst
Senior Specialist Market Structure



Sustainerv GmbH, Auf der Mauer 2, 8001 Zürich
Zürich, 16. Oktober 2024

Fokus & Strategie

Umsetzung & Monitoring

Berichterstattung &
Kommunikation

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per Mail an: ehra@bj.admin.ch

Stellungnahme zur Vernehmlassung zur Gesetzesvorlage über Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte: Änderung des Obligationenrechts (OR), des Revisionsaufsichtsgesetzes (RAG) und des Strafgesetzbuchs (StGB)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur vorliegenden Gesetzesvorlage, die für Schweizer Unternehmen von grosser Bedeutung ist, Stellung nehmen zu dürfen.

Als Spin-off der ETH unterstützt Sustainerv seit über 20 Jahren Schweizer Unternehmen bei der Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitsziele und der Berichterstattung über deren Fortschritte. Als schweizweit führende Anbieterin von Nachhaltigkeitsberichterstattung begleiten wir pro Jahr gut 30 Firmen bei dieser herausfordernden Aufgabe. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung erwarten wir, dass eine Harmonisierung mit den europäischen Vorgaben auf Basis der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und den European Sustainability Reporting Standards (ESRS) für Schweizer Unternehmen mit erheblichen Herausforderungen verbunden ist. Insbesondere die an sich begrüßenswerte Erweiterung des Geltungsbereichs auf ein Vielfaches an Unternehmen stellt kleinere Unternehmen vor neue und ungewohnte Reporting-Anforderungen, für die pragmatische Optionen gegeben werden sollten.

Wahlfreiheit bei Reporting-Standards (Art. 964c Abs. 5)

Angesichts der erwähnten Herausforderungen, die mit der Einführung der neuen Berichterstattungsstandards einhergehen, unterstützen wir den Ansatz, neben den ESRS auch andere etablierte Standards wie die Standards der Global Reporting Initiative (GRI) zuzulassen, sofern deren Einsatz mit einer doppelten Wesentlichkeitsanalyse kombiniert wird. Viele Schweizer Unternehmen arbeiten bereits seit Jahren erfolgreich mit den GRI-Standards, die viele Gemeinsamkeiten mit den ESRS haben, aber pragmatischer umsetzbar sind. Eine solche Flexibilität würde den Unternehmen die Möglichkeit geben, bewährte Reporting-Prozesse beizubehalten und den Umstellungsaufwand zu reduzieren. Wir empfehlen daher, die Möglichkeit zur Wahl zwischen diesen Standards beizubehalten, um den Übergang für neu betroffene Unternehmen so effizient und reibungslos wie möglich zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Stephan Lienin
Managing Partner

Dr. Bernd Kasemir
Managing Partner

Sustainerv GmbH
Auf der Mauer 2
8001 Zürich
Schweiz
T + 41 43 500 53 00

zurich@sustainerv.com
www.sustainerv.com

Boston | Frankfurt | Nashville | Zürich

Per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Bundesrat Beat Jans

Bundeshaus West

3003 Bern

ehra@bj.admin.ch

Suva

Marc Epelbaum
Direktwahl 041 419 55 00
marc.epelbaum@suva.ch
www.suva.ch

Postadresse

Suva
GS
Fluhmattstrasse 1
Postfach
6002 Luzern

Datum 16. Oktober 2024

Betrifft Änderung des Obligationenrechts
(Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit, im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte) Stellung nehmen zu können.

Die Suva ist als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt die grösste Trägerin der obligatorischen Unfallversicherung. Sie ist eine wichtige Akteurin in den Bereichen Prävention, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz und damit ein wichtiger Teil des schweizerischen Sozialversicherungssystems.

Artikel 964a VE-OR regelt den Grundsatz bzw. den Anwendungsbereich der Pflicht zur Erstellung eines Berichts über Nachhaltigkeitsaspekte resp. zur Offenlegung von Nachhaltigkeitsaspekten. Nach dem vorliegenden Entwurf werden neu alle Unternehmen erfasst, die – unter Vorbehalt der Ausnahmen (Art. 964b VE-OR) – (i) Publikumsgesellschaften (nach Art. 727 Abs. 1 Ziff. 1 OR) und Beaufsichtigte nach Artikel 3 FINMAG sind, oder (ii) Unternehmen, die bestimmte Schwellenwerte überschreiten, d.h. die zwei von drei relevanten Grössen in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren überschreiten (25 Mio. Franken Bilanzsumme, 50 Mio. Franken Umsatzerlös und 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt), oder (iii) die zur Erstellung einer Konzernrechnung (Art. 963 f. OR) verpflichtet sind und die vorerwähnten Schwellenwerte überschreiten. Die Voraussetzungen gelten somit neu alternativ und nicht mehr kumulativ.

Die Erweiterung des Anwendungsbereichs ist aus unserer Sicht im Sinne der Rechtssicherheit dahingehend zu präzisieren, ob öffentlich-rechtliche Einrichtungen oder privatrechtliche Stiftungen neu ebenfalls in den Anwendungsbereich fallen.

Seite 2/2

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme im Voraus und stehen Ihnen für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'M' followed by a horizontal line that curves upwards at the end.

Marc Epelbaum
Generalsekretär

Per E-Mail

adrian.tagmann@bj.admin.ch

Adrian Tagmann

Bundesamt für Justiz

CH-3003 Bern

Zürich, 15. Oktober 2024

Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur vorgeschlagenen Änderung des Obligationenrechts betreffend Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte (Vorentwurf)

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren

Unsere Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren zur vorgeschlagenen Änderung des Obligationenrechts betreffend Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte äussert sich insbesondere zur Ausweitung der Offenlegungspflicht, der Abschaffung des «Comply-or-Explain»-Ansatzes betreffend der Auswahl eines Reporting-Standards, der geforderten zeitlichen Umsetzung sowie der Intention einer internationalen Abstimmung der Schweizerischen Regeln betreffend nachhaltiger Unternehmensführung.

1 Ausgangslage

Einführend soll festgehalten werden, dass sich das Umfeld im Nachhaltigkeits-Reporting über die letzten Jahre sehr stark und sehr schnell entwickelt hat und sich weiterhin dynamisch entwickeln wird. Definitionen von Datenpunkten und deren Erhebung wurden zwar konkretisiert und die Konsolidierung von Datenpunkten über das Unternehmen hinweg definiert. Auf Nachhaltigkeitsdaten basierende Vergleiche mit der Vergangenheit sind aber schwierig, wenn überhaupt, zu interpretieren. Die heutigen Daten sind um einiges präziser, gleichzeitig aber auch aufwändiger zu erheben. Eine eigentliche Konvergenz von Offenlegungsstandards ist noch nicht weit fortgeschritten, und die Standards unterscheiden sich nach wie vor erheblich in ihren Ansätzen und Schwerpunkten.

Gemäss der jährlich durchgeführten, internationalen SWIPRA Umfrage zu Corporate Governance und Nachhaltigkeit (SWIPRA Umfrage), Ausgabe 2023, gaben über die Hälfte der Schweizer Unternehmen an, dass der *Aufwand zur Erfassung von Nachhaltigkeitsdaten mehr als doppelt so hoch sei wie von finanziellen Daten*. Mit der Übernahme der CSRD-Anforderungen¹ würden sich diese Aufwendungen insbesondere für KMU nochmals stark erhöhen, da die Anzahl der offenzulegenden KPIs erheblich höher werden wird. Gleichzeitig würde es sich nicht um eine «internationale Abstimmung» der Regeln für die nachhaltige

¹ Die CSRD fordert die Offenlegung zu Nachhaltigkeitsaspekten nach dem ESRS-Standard. Ein «gleichwertiger Standard», wie in Art 964c Abs. 5 des Vorentwurfs im Rahmen dieser Vernehmlassung vorgesehen, existiert aktuell nicht, da ESRS die mit Abstand am weitestgehenden und stringentesten Offenlegungspflichten vorsieht, insbesondere was einzelne Nachhaltigkeits-Daten aber weniger die strategische Verankerung von Nachhaltigkeitsthemen anbelangt.



Unternehmensführung handeln, sondern lediglich um eine Abstimmung mit den in der EU geltenden Regeln. Dies führt zu weiteren, bislang nur wenig diskutierten Problemen: *55% der Unternehmen gaben an, dass sie nicht ausreichend Personal für die Sammlung und Aufbereitung der Nachhaltigkeitsdaten haben und auch die Erfahrung und das Know-how im Umgang mit diesen Daten fehle. 45% gaben an, dass die hohen Kosten die geforderte Datensammlung bremse.* Das Problem der fehlenden Erfahrung und Kompetenzen sowie zu wenig ausgebildeten Spezialisten trifft nicht nur die Unternehmen, sondern insbesondere auch die Prüfer und die Investoren, die mit diesen Daten arbeiten müssen. Aufgrund der sehr dynamischen Entwicklung im Bereich der Nachhaltigkeitsoffenlegung (bspw. Ergänzung um die CSDDD oder dem verstärkten Fokus auf Absenkungspfade) wird sich eine Ausbildung einer ausreichenden Anzahl Personen schwierig gestalten. Die negativen Konsequenzen der vorgenannten Entwicklungen treffen kleinere Unternehmen überproportional. Zum einen fehlen die Ressourcen für zusätzliche Mitarbeitende, um den steigenden Aufwand der Datengewinnung zu stemmen, zum anderen sind die wenigen Personen mit den nötigen Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt schwer zu finden.

→ *Dies wird weiterhin zu erheblichen zusätzlichen Kosten für die Unternehmen sowie auch die Volkswirtschaft führen, wobei der tatsächliche Nutzen dieser zusätzlichen, noch weitergehenden Datenaufbereitungen und -offenlegungen, mit dem Ziel einer nachhaltigeren Entwicklung, zumindest fraglich ist.*

2 Keine unnötigen Einschränkungen durch die Ausweitung der Reporting-Pflichten auf kleinere Unternehmen, keine automatische Anbindung an EU-Recht

→ *Von einer Ausweitung der Reporting-Pflichten auf kleinere und nicht-kotierte Unternehmen soll abgesehen und auf die automatische Anbindung an EU-Recht verzichtet werden:*

- Strategischen Erfolg, insbesondere im Bereich der Nachhaltigkeit, erreichen Unternehmen durch Innovationskraft und Effizienzsteigerung und nicht durch das Sammeln von Daten und zusätzlichen Berichtsaufwand. Der mit dieser Vorlage verbundene administrative Aufwand wird in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen und würde zudem lediglich eine Kompatibilität mit der EU, aber keine wie vom Bundesrat vorgesehene «internationale» Abstimmung bringen (siehe Medienmitteilung des Bundesrates vom 26. Juni 2024). Die vorgesehenen Bestimmungen schränken die Flexibilität des Wirtschaftsstandorts Schweiz unnötig ein und binden die für den langfristigen Unternehmenserfolg relevanten Ressourcen von Management und Verwaltungsrat. Sie generieren somit unproduktive Implementierungskosten. Eine strategische Integration der Nachhaltigkeit wird weder verbessert noch erreicht.
- Kleinere Unternehmen werden grosse Mühe haben, sowohl die finanziellen Ressourcen für die Umsetzung eines ESRS-Berichts gemäss CSRD zu stemmen als auch geeignetes Personal mit dem nötigen Know-how zu rekrutieren und dieses zu finanzieren (siehe Abschnitt 1, oben). Dies ist bereits eine Herausforderung für grosse Unternehmen. Die zweijährige Übergangsfrist wird dieses Problem nicht lösen, benötigt doch allein der Aufbau der internen «Infrastruktur» zu Gewinnung der Nachhaltigkeitsdaten oft mehrere Jahre und bremst somit die Innovationskraft der Unternehmen.



- Die Vorgaben der CSRD für grössere Unternehmen mit Geschäftstätigkeiten in der EU werden dazu führen, dass sich deren Zulieferunternehmen an eine gewisse Transparenz halten und bestimmte Nachhaltigkeits-KPIs berichten müssen (Scope 3). Denn nur so können sie die Geschäftsbeziehungen mit bestehenden Kunden aufrechterhalten und im Rahmen von Ausschreibungen als potenzielle Zulieferer neue Kunden gewinnen.

Diese durch den Markt kaskadierenden Anforderungen führen dazu, dass kleine Unternehmen von den gesetzlich vorgesehenen «One-size-fits-all»-Vorgaben ohne wesentlichen Informationsverlust befreit bleiben können. Implizit werden deren Kunden die nötige Transparenz einfordern, jedoch werden sich diese auf diejenigen Informationen und spezifischen KPIs fokussieren, die in «ihrer» Value-Chain materiell sind. Der Aufwand für kleinere Unternehmen bliebe somit auf das für sie Wesentliche beschränkt.

- Die Vorlage würde auch Schweizer Unternehmen betreffen, die vorwiegend in den USA, Asien oder anderen Dritt-Regionen tätig sind und weder direkt noch indirekt unter die EU-Berichterstattungspflichten fallen würden. Es ist nicht verständlich, weshalb sich diese Unternehmen durch die Rechtsübernahme der Schweiz an EU-Bestimmungen zu halten hätten. Ein Nutzen ist nicht zu erkennen (siehe dazu auch Abschnitt 3. unten).
- Mit der Einführung der jährlichen Aktionärsabstimmung über den Nachhaltigkeitsbericht an der Generalversammlung hat die Schweiz bereits eine Vorreiterrolle eingenommen und einen direkten Feedback-Mechanismus für Eigentümer zu den von ihren Unternehmen geleisteten Efforts und den gesteckten Zielen im Bereich Nachhaltigkeit implementiert. Gemäss SWIPRA Umfrage 2023 sind 89% der institutionellen Aktionäre und 68% der Unternehmen der Meinung, dass sich der Umfang der Nachhaltigkeitsberichterstattung durch diese Abstimmung bereits stark erhöht hat. 64% resp. 79% gaben zudem an, dass sich die Relevanz und Qualität der Daten durch diese Abstimmung ebenfalls bereits stark erhöhte. Dies wiederum hat den genannten Einfluss auf die Wertschöpfungskette (siehe obigen Absatz 3 dieses Abschnitts 2).
- Es besteht weiters ein ausreichender Anreiz eine qualitativ hochstehende Offenlegung sicherzustellen, da eine solche eine direkte Auswirkung auf die Reputation eines Unternehmens hat. Dieser Zusammenhang wird auch ohne zusätzliche Regulierung noch ausgeprägter und sich tiefer in der Wertschöpfungskette der grösseren, kotierten Unternehmen verankern. Ohne die vorgesehene Regulierung wird dies aber eben nicht in Form eines unnötigen «one-size-fits-all» für kleinere Unternehmen geschehen, sondern zielgerichteter, spezifischer auf den individuellen Fall ausgerichtet.

3 Keine Abschaffung einer «Comply-or-Explain» Möglichkeit

→ Eine «Comply-or-Explain»-Möglichkeit bei der Auswahl von verschiedenen Reporting Standards soll in jedem Fall beibehalten werden:

- Wie unter Abschnitt 2 erläutert, hat die CSRD/ESRS eine kaskadierende Wirkung auf die Lieferkette der grossen, international tätigen Unternehmen. Entsprechend führen wirtschaftliche Faktoren dazu, dass diejenigen Unternehmen, welche wichtige Teile der Wertschöpfungskette eines von der CSRD betroffenen Unternehmens sind, entsprechend geschäftlich relevante



Informationen in diesem Rahmen aufarbeiten und berichten werden. Solche Unternehmen werden zudem oft von den grossen, international tätigen Unternehmen entlang ihrer Wertschöpfungskette unterstützt, sodass eine Umsetzung weniger aufwändig und zielgerichteter wird.

- Die Abschaffung der «Comply-or-Explain» Möglichkeit durch eine Pflicht gemäss Art. 964c Abs. 5, die in der europäischen Union verwendeten Standards zu erfüllen (ein «gleichwertiger Standard» existiert nicht), würde auch Unternehmen treffen, die nicht in der EU, sondern primär in anderen Märkten tätig sind. Für Unternehmen, die sich auf den Nordamerikanischen, den Asiatischen oder einen anderen Dritt-Markt fokussieren, würde eine Abschaffung der «Comply-or-Explain» Möglichkeit zu Wettbewerbsnachteilen führen, da in diesen Jurisdiktionen weniger umfangreiche, jedoch nicht weniger aussagekräftige Vorgaben an die Nachhaltigkeitsberichterstattung bestehen.

4 Auswahl des Reporting Standards weiterhin ermöglichen

→ *Hieraus ergibt sich die Anforderung, die Möglichkeit der Auswahl von verschiedenen Reporting Standards beizubehalten. Die im erläuternden Bericht erwähnten Vorteile einer Limitierung sind klar zu relativieren:*

- Aktuell ist der von der CSRD vorgegebene ESRS derjenige Standard, der bezüglich Vorgaben und Standardisierung quantitativ am meisten Anforderungen stellt und, wie bereits erwähnt, entsprechend keinen, im Sinne des vorgesehenen Gesetzestextes «gleichwertigen Standard» kennt, was die erforderliche Menge und Tiefe an Daten anbelangt.
- Insbesondere der GRI-Standard, ein international durchaus anerkannter Standard, lässt den Unternehmen mehr Spielraum in der Umsetzung, was am Ende zu Abweichungen von einem ESRS-Reporting führen kann, die gemäss der vorgeschlagenen Anpassung des OR nicht zulässig wären. Der ISSB-Standard hat sich seit seiner Publikation Ende Juni 2023 weltweit stark etabliert und baut auf weit verbreiteten Frameworks wie bspw. demjenigen von TCFD auf. Mit der Integration der Vorarbeit der Transition Plan Taskforce verstärkt der ISSB-Standard den *Fokus auf Massnahmen* und nicht nur auf die rückwärtsgerichtete Offenlegung von Zahlen.
- Aktuell ist der GRI der von den börsenkotierten Unternehmen in der Schweiz der am häufigsten angewandte Standard (von 92% der 100 grössten Unternehmen des SPI®, SWIPRA GV-Analyse 2024). Jedoch beinhalten die nach GRI erstellten Reports in den meisten Fällen nicht den Umfang an Daten, der durch die CSRD/ESRS gefordert wird. Viele Unternehmen haben zudem bereits zusätzliche andere Standards eingeführt (bspw. TCFD 73%). Um das ESRS-Level zu erreichen, müssten die Unternehmen erneut signifikant in ihr bisheriges Reporting investieren. Ob dieses dadurch tatsächlich aussagekräftiger würde, ist äusserst fragwürdig. Sicherlich würden die Unternehmen deswegen nicht ökologischer oder sozial verantwortlicher. Im Gegenteil, sie würden noch mehr Ressourcen auf das Reporting anstelle auf Innovation setzen müssen.
- Es gibt also keinen Vorteil durch die Bestimmung eines Reporting-Standards. Auch aufgrund der vielen Äquivalenz-Diskussionen ist es nicht angebracht, gerade nur einen Standard, denjenigen der EU, der zudem global gesehen nicht sehr bedeutsam ist, zuzulassen. Im Bereich der Rechnungslegung hat es sich bewährt, einen «allgemein anerkannten Standard» zu erlauben. Es hat sich über viele Jahre gezeigt, dass dies sicherlich nicht zum Nachteil der wichtigsten



Anspruchsgruppen von Unternehmen ist, im Gegenteil ermöglicht dies den Unternehmen, den für sie am geeignetsten Standard verbunden mit einem sinnvollen Aufwand anzuwenden. Im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung nun eine automatische Übernahme von EU-Recht vorzusehen ist deshalb nicht nachvollziehbar.

5 Keine fixe zeitliche Umsetzung

→ *Von einer limitierenden Adaptierung der CSRD zu diesem Zeitpunkt ist abzusehen oder zumindest die Übergangsfrist bis zur Inkraftsetzung zu verlängern.*

- Grundsätzlich kann eine Abstimmung mit EU-Recht aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen erstrebenswert sein. Aufgrund des eingangs erwähnten dynamischen Umfelds in der Nachhaltigkeitsberichterstattung scheint eine Übernahme zum aktuellen Zeitpunkt voreilig und wie bereits erwähnt nicht zielführend. Die CSRD ist auch in der EU erst für die grössten Unternehmen zur Anwendung gekommen (Publikation ab 2025 zum Geschäftsjahr 2024), und es ist davon auszugehen, dass das ESRS-Framework angepasst werden muss. Zudem werden wichtige Themen wie die Biodiversität oder Transitionspläne erst noch in die Offenlegung aufgenommen, wobei diese Themen in anderen Standards bereits reflektiert sind. *Insbesondere Transitionspläne sind von strategischer Relevanz und deren Offenlegung äusserst wichtig zur Beurteilung des Chancen- Risikoprofils einer Unternehmensstrategie.*
- Aktionäre haben mittlerweile auch genügend Instrumente, «ihre» Verwaltungsräte zur Verantwortung zu ziehen, sofern sie nicht mit der Umsetzung deren Pläne einverstanden sind, indem sie zu verschiedenen Traktanden an der GV (insbesondere jährliche Wahlen, Abstimmungen zu Vergütungs- und Nachhaltigkeitsberichten) kritisch abstimmen.
- Wird am aktuellen Vorschlag festgehalten und ein Reporting nach ESRS wie geplant auch in die Schweizer Gesetzgebung überführt, muss zumindest die Übergangsfrist angepasst werden. Damit sollen auch kleinere Unternehmen eine realistische Chance haben eine entsprechende Dateninfrastruktur aufzubauen während weitere Entwicklungen in der Konsolidierung verschiedener Offenlegungsstandards berücksichtigt werden können. Dies immer unter Vorbehalt von Abschnitt 3 oben.

6 Keine Pflicht zur Veröffentlichung

→ *Die Veröffentlichung der Berichterstattung von kleinen nicht-kotierten Unternehmen ist bisher nicht Pflicht, und das sollte auch so bleiben.*

- Es ist unklar, weshalb auf einmal eine allgemeine Pflicht zur Veröffentlichung der Unternehmensberichterstattung im Bereich der Nachhaltigkeit eingeführt werden soll. Kleinere, nicht-börsenkotierte Unternehmen konnten bisher im Rahmen der finanziellen Berichterstattung selbst entscheiden, ob sie den Finanzbericht auch ausserhalb ihres Aktionariats zur Verfügung stellen wollten. Sie konnten sich für eine Veröffentlichung entscheiden, wenn es für sie von Vorteil war oder verlangt wurde wie z.B. durch kreditgebende Banken oder auch grosse Kunden.



7 Einführung der ordentlichen Revision

→ *Auf die bindende Einführung einer ordentlichen Revision des Nachhaltigkeitsberichts ist vorerst zu verzichten.*

- Mit der geplanten Einführung einer ordentlichen Revision auf dem Nachhaltigkeitsbericht geht der Bundesrat davon aus, dass innerhalb der nächsten beiden Jahre im Bereich der Nachhaltigkeit ein Prüfstandard erreicht werden kann, wofür bei Finanzdaten Jahrzehnte notwendig waren. Es wird also eine ordentliche Prüfung von Zahlen und Prozessen erwartet, die sich aktuell ebenfalls noch in einem sehr dynamischen Prozess befinden. Eine Prüfung auf einer solchen Basis riskiert, dass sich Anleger und auch die Öffentlichkeit in falscher Sicherheit wähnen. Müssen die Daten trotz ordentlicher Revision angepasst werden, was wahrscheinlicher ist als bei der finanziellen Berichterstattung, da es sich um strategische, also eher vorwärtsgerichtete Themen handelt und Strategien regelmässig hinterfragt und überarbeitet werden, reduziert dies die Glaubwürdigkeit des ganzen Systems wie auch des externen Prüfers und trägt damit nicht zur Zielerreichung bei.
- Gemäss der SWIRPA Umfrage 2022 gaben lediglich 34% der institutionellen Aktionäre an, dass sie der Meinung sind, der Nutzen übersteige die Kosten einer externen Prüfung des Nachhaltigkeitsberichtes. Bei den Unternehmen waren es lediglich 18%.
- Es soll deshalb weiterhin den Unternehmen vorbehalten bleiben über eine Prüfung sowie auch die Art und Weise einer Prüfung zu entscheiden.

8 Klarere Definition der GV-Abstimmung zum Nachhaltigkeitsbericht

→ *Die Abstimmung über den Nachhaltigkeitsbericht soll konsultativ und nicht bindend sein. Zudem soll der Inhalt dieser Abstimmung genauer definiert werden.*

- Obwohl die Zustimmungsraten hoch und die Aktionäre von der Flut an Informationen überfordert waren, hatte die Abstimmung zum Nachhaltigkeitsbericht einen positiven Einfluss auf den Dialog zwischen Unternehmen und institutionellen Aktionären. Aufgrund der im VR angesiedelten Verantwortlichkeit wurde dem Thema intern und extern sehr viel mehr Aufmerksamkeit zuteil.
- Der Dialog («Engagements») zwischen Aktionären und Unternehmen zum Thema Nachhaltigkeit ist sehr wichtig, werden dadurch doch mit Abstand die meisten Ziele und gegenseitiges Verständnis erreicht. Damit dieser Dialog aber sinnvoll weitergeführt werden kann, muss die Abstimmung *konsultativ* sein. Investoren wollen zudem eine klare Verantwortung für die Strategie eines Unternehmens beim Verwaltungsrat angesiedelt sehen und keine Delegation von damit verbundenen Themen an die Generalversammlung durch eine bindende Abstimmung.
- Vielen Investoren ist der Fokus dieser Abstimmung unklar. Wozu genau soll man als Eigentümer mit dieser Abstimmung eigentlich Stellung beziehen (bspw. Vollständigkeit des Reports, Ambitionslevel der Langfristziele, Fortschritte im vergangenen Jahr, etc...)? Da sich institutionelle Aktionäre anlässlich der GV grundsätzlich nicht aktiv in die Strategie und deren Umsetzung einmischen wollen und eine GV jährlich stattfindet, wäre der Fokus der Abstimmung entsprechend wohl auf den Fortschritt im vergangenen Jahr im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie zu setzen.



Zusammenfassende Bemerkungen

Eine wie in der Vernehmlassung vorgeschlagene Übernahme der CSRD-Anforderungen in der Schweiz zum aktuellen Zeitpunkt scheint uns unangemessen und nicht zielführend. Das Umfeld im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung und damit verbundenen Bereichen entwickelt sich weiterhin sehr dynamisch, und es gilt diese Entwicklungen zu beobachten und gesetzliche Bestimmungen zu haben, die dieser Dynamik auch Rechnung tragen. Die Unternehmen müssen nun wichtige strategische Entscheidungen im Sinne einer nachhaltigen Wertgenerierung und der dafür benötigten Allokation von Kapital treffen, dies ganz besonders im Bereich der KMU. Wir befinden uns nach wie vor am Anfang einer langfristigen Transformation. Ein zu enges Korsett mittels einer sehr limitierenden Zwangsoffenlegung verbunden mit einer ordentlichen Revision dient nicht dem Zweck, wichtige globale Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Dieses birgt aufgrund der entstehenden direkten und indirekten Kosten im Gegenteil das Risiko, dass sich gerade eine Vielzahl der wirtschaftstragenden Schweizer KMU nicht ihren wirklich relevanten strategischen Themen widmen und ausreichend Kapital in zukunftsgerichtete Innovationen und Effizienz investieren können, sondern sich mit Datensammlungen und Berichterstattungen beschäftigen müssen. Auch eine zweijährige Übergangsfrist hilft nicht, dieses fundamentale Problem zu entschärfen.

Es fehlen allgemein die nötigen finanziellen als auch personellen Ressourcen. Aussagen der grossen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, gemäss denen sie in den kommenden Jahren sogar mehr Ressourcen schaffen müssten, als sie derzeit für ihr angestammtes Geschäft der finanziellen Prüfung benötigen, lassen aufhorchen. Dies verdeutlicht, dass der angestrebte Nutzen dieser Gesetzesvorlage nicht durch die entstehenden Kosten oder gar der Schaffung eines neuen Wirtschaftszweiges, nämlich einer überproportionalen Prüfindustrie, aufgewogen wird, weder für die Unternehmen noch die Öffentlichkeit.

Entscheidend ist, *Flexibilität zu bewahren und den internationalen Entwicklungen zu folgen*. Unsere KMU-Landschaft ist nicht nur in der EU tätig. Die kaskadierende Wirkung der CSRD wird zudem bewirken, dass sich Schweizer Unternehmen mit wesentlichen wirtschaftlichen Beziehungen in die EU oder zu durch die CSRD betroffene Unternehmen selbständig den Transparenz-Anforderungen annehmen. Dies muss auch für KMU in «ihrem» Wirtschaftsraum möglich sein, die eben durch ihr Geschäft nicht von EU-Bestimmungen betroffen wären. Zudem hat die Schweiz mit der Etablierung der Aktionärsabstimmung zum Nachhaltigkeitsbericht bereits ein Instrument geschaffen, dass eine transparente Berichterstattung zu den für die grossen Unternehmen materiellen Themen fördert. Dies wiederum hat die entsprechenden Wirkungen auf kleinere Unternehmen in der Wertschöpfungskette dieser grossen Unternehmen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, an dieser Vernehmlassung mitzuwirken und stehen für Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Barbara A. Heller
Geschäftsführerin
Präsidentin des Verwaltungsrates

Dr. Christoph Wenk Bernasconi
Partner



Anhang: Informationen zu SWIPRA Services AG

SWIPRA Services erbringt seit 2013 Dienstleistungen im Bereich von Corporate Governance sowie von Umwelt- und Sozialverantwortung. Wir arbeiten mit unseren Kunden unabhängig und unter Berücksichtigung relevanter Stakeholder-Meinungen, basierend auf empirisch und wissenschaftlich relevanten Erkenntnissen im Bereich von Corporate Governance und Corporate Social Responsibility im Sinne des wertorientierten Managements. Zur Weiterentwicklung der Corporate Governance in der Schweiz arbeitet SWIPRA Services mit einem Think Tank zusammen, bestehend aus zwei Beiräten, die sich aus Vertretern verschiedener Schweizer Publikumsgesellschaften, einerseits, und der institutionellen Anlegerseite, andererseits, zusammensetzen.

Im Rahmen unserer Tätigkeiten stehen wir im ständigen Dialog mit den wichtigsten Kapitalmarktteilnehmern, insbesondere auch institutionellen Anlegern aus dem In- und Ausland, Verbänden wie dem Schweizerischen Pensionskassenverband ASIP und der Asset Management Association Switzerland AMAS, den Schweizer Publikumsgesellschaften sowie der SIX Swiss Exchange. Bereits seit 2013 führen wir einmal im Jahr in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern des Instituts für Banking und Finance der Universität Zürich eine breit angelegte Umfrage durch, bei der wir alle an der SIX kotierten Schweizer Unternehmen sowie institutionelle Aktionäre aus dem In- und Ausland zu aktuellen Themen der Corporate Governance und Corporate Social Responsibility befragen („SWIPRA-Umfrage“). Eine weitere, gross angelegte Studie von SWIPRA ist die jährliche Analyse der Generalversammlungen der 100 grössten Schweizer Publikumsgesellschaften. Darüber hinaus führen wir Weiterbildungen und Seminare mit Universitäten, Branchen-Organisationen und Verbänden zu verschiedensten Themen im Bereich von Environmental, Social und Governance «ESG» durch.

Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis zeigen, dass es nicht nur im Bereich von Corporate Governance keine sogenannte «best practice» gibt und geben kann – sondern dies auch auf die sozialverantwortliche Unternehmensführung zutrifft. Bisweilen wir jedoch eine stark vereinfachende «best practice» Sichtweise vertreten und im Rahmen verschiedener Regulierungsbestrebungen aufgenommen. Zu starke Regulierung und vor allem Nivellierung von Anforderungen an die Corporate Governance und die Corporate Social Responsibility sowie deren Offenlegung, dienen zwar dem Zweck einer gewissen Vergleichbarkeit, sind dem Unternehmenswert jedoch mehrheitlich abträglich, anstatt diesen positiv zu beeinflussen. Eine solche Regulierung kann die auf das individuelle Unternehmen zugeschnittene Entscheidungsfreiheit des Verwaltungsrats, der in seiner Tätigkeit und seinen Entscheidungen in erster Linie dem Unternehmen verpflichtet ist, beeinträchtigen. Wir sind der Meinung, dass diese Erkenntnisse, die praxisrelevanten Anforderungen des Kapitalmarktes sowie die internationale Entwicklung im Rahmen von entsprechenden Regulierungsprojekten im Allgemeinen und konkret auch im Rahmen der aktuellen Vernehmlassung berücksichtigt werden sollte.

Dr. Timo Rager
Lottenweg 11
5502 Hunzenschwil

An den
Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft
Schweizerische Bundeskanzlei
Bundeshaus West
3003 Bern

Hunzenschwil, den 16.10.2024

Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens betreffend Änderung des Obligationenrechts hinsichtlich "Transparenz über nichtfinanzielle Belange" (Art. 964a – 964c)

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz Ablehnung der Konzernverantwortungsinitiative hat der Bundesrat dazumal Ergänzungen im Obligationenrecht beschlossen, die einen Teil der Forderungen der Initianten übernehmen. Nun beabsichtigt der Bundesrat gemäss Medienmitteilung vom 26.6.2024, die Vorschriften zur Berichterstattung über nichtfinanzielle Belange nochmals zu verschärfen und auf einen grösseren Kreis von Unternehmen auszuweiten. Als einzige Begründung wird angeführt, dass man die Gesetzgebung mit der EU harmonisieren möchte. Ein praktischer Nutzen in Bezug auf Umweltschutz, Menschenrechte usw. wird nicht postuliert, und es erscheint in der Tat höchst zweifelhaft, ob sich dieser von Schreibtischübungen erwarten lässt.

Seit vielen Jahren wird gefordert, dass die Unternehmen von bürokratischem Ballast befreit werden müssen. Diese Forderung wird nicht zuletzt vor dem Hintergrund erschwerter Wettbewerbsbedingungen erhoben, denen Schweizer Unternehmen aufgrund deutlich schneller abwertender ausländischer Währungen wie Dollar und Euro ausgesetzt sind.

In der Praxis ist diese Forderung offensichtlich nicht angekommen, denn dort ist das genaue Gegenteil zu beobachten: Ständig werden neue Vorschriften erlassen, und dabei orientiert man sich zu allem Überfluss vorzugsweise an einer ökonomisch besonders erfolglosen Jurisdiktion.

Auch wenn in Aussicht gestellt wird, dass staatliche Stellen den Unternehmen Hilfestellung bieten sollen, wird damit das Problem einer die Privatwirtschaft immer stärker belastenden Bürokratie nicht gelöst. Die zuständigen Beamten müssen auch bezahlt werden, und sie werden dies gemäss neueren Untersuchungen sogar ausgesprochen gut. Das Geld dafür muss letztlich wiederum die Privatwirtschaft aufbringen.

Als Bürger, dem das Wohlergehen dieses Landes am Herzen liegt, fordere ich den Bundesrat auf, dieses Gesetzesvorhaben ersatzlos zu streichen.

Mit freundlichen Grüssen

Timo Rager



Per E-Mail
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
CH-3003 Bern
ehra@bj.admin.ch

Zürich, 15. Oktober 2024

**Stellungnahme bezüglich der Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts –
Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte (VE-OR)**

Sehr geehrte Herr Bundesrat Jans,
Sehr geehrte Damen und Herren,

I. Einleitende Bemerkungen

Per 26. Juni 2024 wurde das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Obligationenrechts betreffend die Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte eröffnet.¹ Gerne möchten wir in diesem Zusammenhang die Möglichkeit nutzen, zu den vorgeschlagenen Änderungen Stellung zu nehmen.²

Gemäss den Ausführungen im Erläuternden Bericht sollen die Bestimmungen betreffend die «Transparenz über nichtfinanzielle Belange» im Obligationenrecht (SR 220) an das verschärfte Recht der Europäischen Union angepasst werden. Somit wird in den Ausführungen unten auch hauptsächlich ein Vergleich mit der Richtlinie 2022/2464 vom 14. Dezember 2022 hinsichtlich

¹ Begleitschreiben des Bundesrats vom 26. Juni 2024 betreffend die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte), Vernehmlassung 2024/58.

² Vernehmlassungsvorlage zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte) vom 26. Juni 2024.

der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (sog. CSRD)³ aufgestellt, welche unter anderem die Bilanz-RL⁴ und die Abschlussprüfer-RL⁵ änderte.

Allgemein ist die Revision, die mehrere Anpassungen der Berichterstattungspflichten nach Art. 964a ff. OR sowie einige Anpassungen des Revisionsaufsichtsgesetzes (RAG) und des Strafbuches (StGB) vorsieht, als äusserst positiv zu werten, zumal die Angleichung der relevanten Berichterstattungspflichten an die Rechtslage in der EU zeitnah erfolgen soll. Insbesondere folgende Anpassungen sind besonders zu begrüssen:

- Die erhebliche Erweiterung des Anwendungsbereichs in Art. 964a VE-OR;
- Die Aufgabe des comply-or-explain Grundsatzes in Art. 964b Abs. 5 OR;
- Die Übernahme des Ansatzes der doppelten Wesentlichkeit in Art. 964c Abs. 3 Ziff. 7 und 8 VE-OR;
- Die Einführung der Kontrolle durch eine externe Revisionsstelle in Art. 728a Abs. 1 Ziff. 5 und Art. 964c^{bis} VE-OR;
- Die strafrechtliche Ahndung von Falschangaben, Unterlassung von Berichterstattungspflichten sowie Verletzung der Pflicht zur Führung und Aufbewahrung des Berichts über Nachhaltigkeitsaspekte nach Art. 325^{ter} VE-StGB.

Die nachfolgenden Feststellungen und einzelnen Anpassungsvorschläge beziehen sich insbesondere auf den Geltungsbereich der Nachhaltigkeitsberichterstattungspflicht, den Inhalt der Berichterstattungspflicht und die Prüfpflicht durch eine Revisionsstelle bzw. eine Konformitätsbewertungsstelle.

Kurz soll auch darauf eingegangen werden, ob in einem weiteren gesetzgeberischen Schritt der Richtlinie 2024/1760 vom 13. Juni 2024 über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (sog. CSDDD)⁶ Rechnung getragen werden sollte, da sich die CSR-

³ Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen, ABl. L 322 vom 16.12.2022, S. 15–80, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2022/2464/oj>.

⁴ Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates, ABl. L 182 vom 29.6.2013, S. 19–76, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2013/34/oj>.

⁵ Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Abschlussprüfungen von Jahresabschlüssen und konsolidierten Abschlüssen, zur Änderung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 84/253/EWG des Rates, ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 87–107, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2006/43/oj>.

⁶ Richtlinie (EU) 2024/1760 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 und der Verordnung (EU) 2023/2859, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1760/oj>.

Diskussion (bereits) in eine andere Richtung bewegt und der Ansatz der Berichterstattung durch Einführung materieller Sorgfaltspflichten und Haftungsnormen ergänzt wird.⁷

II. Stellungnahme zu spezifischen Punkten

A. Anwendungsbereich der Berichterstattungspflicht

Die der Nachhaltigkeitsberichterstattung unterfallenden Unternehmen werden parallel zum EU-Recht definiert. Die Schwellenwerte von mindestens 25 Millionen Franken Bilanzsumme, 50 Millionen Franken Umsatzerlös und 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt müssen nicht mehr kumulativ erfüllt werden – es soll reichen, dass zwei der nachstehenden Grössen in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren überschritten werden. Ausserdem fallen alle Gesellschaften von öffentlichem Interesse, unabhängig von ihrer Grösse in den Geltungsbereich, somit auch KMU. Nur Kleinstunternehmen im öffentlichen Interesse werden nach Art. 964b Abs. 1 Ziff. 2 VE-OR nicht verpflichtet, einen Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte zu verfassen.

Die Ausweitung der Berichterstattungspflichten ist grundsätzlich positiv zu werten. Damit wird für internationale Kompatibilität des Schweizer Rechtsrahmens gesorgt. Da einige der in der EU tätigen Schweizer Unternehmen gemäss Art. 40a CSRD ohnehin der EU-Berichterstattungspflichten unterliegen werden, ist ein paralleler Regulierungsansatz gerade für diese Unternehmen vorzugswürdig.

Es überzeugt hingegen nicht, dass die in Art. 964a OR festgelegten Schwellenwerte von den Schwellenwerten für die Pflicht zur ordentlichen Revision nach Art. 727 OR abweichen und somit weniger Unternehmen der Nachhaltigkeitsberichterstattungspflicht unterfallen als der Pflicht zur ordentlichen Revision. Das Untersuchungsszenario gemäss dem Regulierungsfolgenabschätzungsbericht zeigt nämlich, dass bei einem Umsatzerlös von 40 Mio. Franken Bilanzsumme von 20 Mio. Franken rund 3'500 Unternehmen betroffen wären,⁸ hingegen bei der Übernahme der Schwellenwerte nach der CSRD nur rund 2'900 Unternehmen die Voraussetzungen erfüllen.⁹ Es wäre auch im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen sinnvoll gewesen, niedrigere Schwellenwerte festzulegen. So sieht Art. 6 Abs. 1 lit. c CSRD vor, dass die EU-Kommission laufend eine Bewertung zur Ausdehnung des Anwendungsbereichs der Bilanz-RL macht und den festgestellten Anpassungsbedarf zeitnah umsetzt.

Um in naher Zukunft weitere Revisionen zu vermeiden, eine Einheitlichkeit der Schwellenwerte im OR zu verwirklichen und die Rechtssicherheit für die tangierten Unternehmen in

⁷ Zu den Entwicklungen in der Europäischen Union und insb. zur CSDDD YEŞİM M. ATAMER/PATRICK WITTUM, Von Laissez-faire zu Regulierung: Grundlagen der EU-Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (CSDDD), EuZ 09/2024 (im Druck für November 2024).

⁸ Regulierungsfolgenabschätzung: Nachvollzug der EU Richtlinie zur unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD), Bericht vom 19. Februar 2024, S. 73, Abbildung 13 / S. 19, Tabelle 4.

⁹ Regulierungsfolgenabschätzung (Fn. 8), S. 73, Abbildung 14 / S. 19, Tabelle 4.

Bezug auf ihre Berichterstattungspflichten langfristig zu fördern, lautet daher unser Vorschlag für eine Anpassung von Art. 964a VE-OR wie folgt:

- “2. *Unternehmen, die zwei der nachstehenden Grössen in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren überschreiten:*
- a. Bilanzsumme von 20 Millionen Franken,*
 - b. Umsatzerlös von 40 Millionen Franken,*
 - c. 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt;”*

Alternativ könnte auch die Ermächtigung des Bundesrates in einem zweiten Absatz in Betracht gezogen werden, um flexibel auf zukünftige Entwicklungen reagieren zu können:

² *Der Bundesrat wird ermächtigt mit Verordnung die Schwellenwerte anzupassen.*

B. Inhalt der Berichterstattungspflicht

Der Inhalt der Berichterstattungspflichten nach Art. 964c Abs. 3 VE-OR wird konkretisiert und im Vergleich zum aktuellen Recht ergänzt. Insbesondere Art. 964c Abs. 3 Ziff. 5 VE-OR ist begrüssenswert, da Anreizsysteme, welche den Mitgliedern des obersten Leitungs- oder Verwaltungsorgans angeboten werden, im Nachhaltigkeitsbericht angegeben werden müssen. In der entsprechenden EU-Norm (Art. 19a Abs. 2 lit. e Bilanz-RL i.d.F. CSRD) müssen auch Anreizsysteme *für Aufsichtsorgane* angegeben werden. Die EU-Richtlinie verlangt zusätzlich eine Beschreibung der Rolle sowie des Fachwissens und der Fähigkeiten der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane im Zusammenhang mit Nachhaltigkeitsaspekten in Art. 19a Abs. 2 lit. c Bilanz-RL i.d.F. CSRD. Eine Angleichung des Wortlautes reduziert Rechtsunsicherheiten in Bezug auf die Bezeichnung der obersten Unternehmensführung.

Sodann wird die “doppelte Wesentlichkeit” in Ziff. 7 und Ziff. 9 präzisiert. Im Nachhaltigkeitsbericht sollen die Auswirkungen der Tätigkeiten des Unternehmens auf Nachhaltigkeitsaspekte enthalten sein (sog. Inside-out-Perspektive) sowie die Auswirkungen der Nachhaltigkeitsaspekte auf den Geschäftsverlauf, die Geschäftsergebnisse und die Lage des Unternehmens (sog. Outside-in-Perspektive). Neu sollen alle Aspekte, die entweder nach einem oder nach beiden Perspektiven wesentlich sind, aufgeführt werden. Diese Änderung schafft die benötigte Klarheit und somit auch Rechtssicherheit für die betroffenen Unternehmen.

Hervorzuheben ist auch der Umfang der Informationsangaben im Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte. Dieser soll gemäss Art. 964c Abs. 4 VE-OR von der Geschäftstätigkeit des Unternehmens neu bis zur Wertschöpfungskette reichen. Dabei übernimmt die vorgeschlagene OR-Bestimmung Art. 19a Abs. 3 UAbs. 1 und Art. 29a Abs. 3 UAbs. 1 Bilanz-RL i.d.F. CSRD. Der Begriff der “Wertschöpfungskette” beinhaltet nach dem europäischen Verständnis Angaben über Produkte und Dienstleistungen, Geschäftsbeziehungen und die Lieferkette des

Unternehmens oder der Gruppe.¹⁰ Somit ist die Wertschöpfungskette breiter und umfassender zu verstehen als die Lieferkette, die sich lediglich auf Rechtsverhältnisse mit Zulieferern bezieht, indem sich diese namentlich auf Abnehmer erstreckt.

Eine gewisse Herausforderung besteht darin, Informationen über Nachhaltigkeitsaspekte von Wirtschaftsteilnehmern, die mit dem Unternehmen nur über vertragliche Beziehungen verbunden sind, abzufragen und weiterzugeben.¹¹ Fraglich ist, inwiefern alle Gesellschaften im Geltungsbereich der Berichterstattungspflichten nach Art. 964a ff. VE-OR umfassende Informationen über ihre Zulieferkette beschaffen sollen. Insbesondere für KMU kann dies zu erheblichen Kosten führen und in vielen Fällen können die Informationen nicht mit zumutbarem Aufwand im Umfang der gesamten Wertschöpfungskette beschafft werden. Aus diesem Grund kennt die Europäische Union in der CSRD einen reduzierten Umfang der Berichterstattungspflicht für KMU. Nach Art. 19a Abs. 6 Bilanz-RL i.d.F. CSRD dürfen KMU abweichend zu den grundsätzlichen Bestimmungen ihren Nachhaltigkeitsbericht auf wesentliche Punkte beschränken, wobei in vielen Fällen kurze Beschreibungen ausreichen. Eine vergleichbare Lösung ist auch in der Schweiz erstrebenswert. In Anbetracht der erheblichen Unterschiede im verfügbaren Mitteleinsatz zur Einhaltung regulatorischer Vorgaben sollte der Bundesrat nach Art. 964c Abs. 5 VE-OR für KMU die Berichterstattungspflichten so festlegen, dass den Kapazitäten und Merkmalen von KMU und dem Umfang und der Komplexität ihrer Tätigkeiten Rechnung getragen wird.

Zusammenfassend ist der Vernehmlassungsentwurf im Vergleich zum geltenden Recht detaillierter und präziser formuliert, jedoch lässt der Wortlaut nach wie vor Raum für Interpretationen offen. Dies birgt das Risiko von Unklarheiten, die wiederum zu Rechtsunsicherheit führen können. Zwar ist eine ähnliche detaillierte Regelung wie in der EU nach der Technik des Gesetzgebers in der Schweiz eher unerwünscht. Doch sollte nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Anerkennung von internationalen Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung auch davon abhängt, dass sie den gesetzlichen Vorgaben im OR entsprechen und nicht nur den in der EU verwendeten Standards.¹² Eine ausführlichere Bestimmung im Gesetz würde entsprechend auch die diesbezügliche Bewertung des Bundesrats erleichtern.

C. Standards der Berichterstattung

Unternehmen in der EU müssen gemäss der delegierten Verordnung (EU) 2023/2772 der EU-Kommission vom 31. Juli 2023 zur Ergänzung der Richtlinie 2013/34/EU von der Europäischen Beratungsgruppe für Rechnungslegung (European Financial Advisory Group, EFRAG) entwickelten bzw. sich in Entwicklung befindenden European Sustainability Reporting Standards

¹⁰ VALENTIN JENTSCH, Der Europäische Rechtsrahmen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen – Ein Streifzug durch die CSRD und die ESRS, EuZ 09/2023, S. 14.

¹¹ JENTSCH (Fn. 10), S. 14.

¹² So auch der Erläuternder Bericht vom 26. Juni 2024 zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens, Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte), S. 33: „Auf jeden Fall müssen bei der Anwendung mindestens die Vorgaben des OR erfüllt sein“.

(ESRS) in ihren Nachhaltigkeitsberichten verwenden. Für KMU wird gemäss Art. 29c Bilanz-RL i.d.F. CSRD angepasste Standards vom EFRAG vorbereitet (ESRS for listed SMEs, ESRS LSME).¹³

Der Vernehmlassungsentwurf sieht hingegen nicht zwingend die Übernahme der ESRS vor. Der Bundesrat soll gemäss Art. 964c Abs. 5 VE-OR andere gleichwertige Standards für die Berichterstattung in einer Verordnung bestimmen. In Frage kommen z.B. die vom IFRS eingesetzten International Sustainability Standards Board (ISSB) erlassenen IFRS S1 (General Requirements for Disclosure of Sustainability-related Financial Information) und IFRS S2 (Climate-related Disclosures) bzw. die GRI Standards.

Der vorgeschlagene Lösungsansatz soll dem Gesetzgeber eine Anpassung der aktuellen Rechtslage je nach Entwicklungen ermöglichen. Zudem soll die Verwendung von innovativen Standards, welche für mehr Transparenz sorgen, nicht gehemmt werden. Sodann soll verhindert werden, dass Kosten für Unternehmen entstehen, die ihre Rechnungslegung an andere vergleichbare Standards angepasst haben. Den Unternehmen wäre auch eine gewisse Flexibilität gegeben, auf Märkte und Kundenwünsche zu reagieren.¹⁴

Fraglich ist jedoch, ob diese Vorzüge der vorgeschlagenen Regelung sich auch realisieren werden. Vor allem muss festgestellt werden, dass die internationalen Nachhaltigkeitsberichterstattungsregeln sich weitgehend aneinander orientieren und zusammen weiterentwickelt werden.¹⁵ D.h. dass das Argument der Kostenminderung wohl grösstenteils entfallen wird. Dass Märkte besonders auf eine Nutzung von z.B. IFRS-Regeln im Vergleich zu EFRAG-Regeln reagieren, scheint in den Materialien nicht belegt zu sein. Man könnte zwar argumentieren, dass Wahlfreiheit immer vorgezogen werden sollte, falls die Berichterstattungsinstrumente ja ohnehin sehr ähnlich sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass aber Unternehmen in dieser Hinsicht die Rechtssicherheit der Wahlfreiheit vorziehen werden, lässt sich nicht per se negieren. Auch ein anderes Gegenargument ist hier von Bedeutung: Eine der wichtigsten Erfolgsvoraussetzungen der Berichterstattung ist die Vergleichbarkeit. D.h. dass Märkte bzw. andere Stakeholder die Informationen in der gleichen Form/Schablone, mit gleichen Inhalten und vergleichbar zu sehen bekommen. Nur so kann nämlich der Aspekt der 'inside-out materiality' auch gewährleistet werden. Daher wäre es sinnvoll, nach der Etablierung der Standards die aktuelle Flexibilität unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Praxis sowie des Nutzens einer Standardisierung erneut zu evaluieren und gegebenenfalls einen der Standards als verbindlich festzulegen.

¹³ <https://www.efrag.org/en/projects/esrs-lsme-esrs-for-listed-smes/exposure-draft-consultation>. Vgl. dort auch die «voluntary reporting standards for non-listed SMEs», ESRS-VSME.

¹⁴ Erläuternder Bericht (Fn. 12), S. 9.

¹⁵ Vgl. z.B. die Informationen der EFRAG zu Interoperabilität der Regelwerke, abrufbar unter <https://www.efrag.org/en/sustainability-reporting/esrs-workstreams/interoperability>.

III. Abschliessende Bemerkungen

Berichterstattungspflichten dienen primär der Information relevanter Interessenträger. Heute sind nicht nur der Kapitalmarkt, sondern auch Konsumenten, Akteure der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen angesprochen. Durch die Berichterstattung soll insbesondere die Vergleichbarkeit von Unternehmen mit Blick auf diejenigen Faktoren erhöht werden, die Gegenstand des Berichtes sind. Die erhöhte Transparenz kann die Nachfrage nach Produkten und Dienstleistungen des berichterstattenden Unternehmens beeinflussen und ihm einen Anreiz geben, bei den zu berichtenden Faktoren positiv abzuschneiden. Zudem führt die Pflicht zur Berichterstattung indirekt dazu, dass sich das Management mit den Auswirkungen seiner Tätigkeit beschäftigen muss und die Grundlage dazu erhält, die Leistung des Unternehmens auch anhand nichtfinanzieller Belange zu beurteilen.

Die Steuerungswirkung der Berichterstattung ist jedoch begrenzt, wenn sie von anderen Marktteilnehmern nicht in dem erwarteten Ausmass bei Transaktionsentscheidungen berücksichtigt wird. Daher entspricht es auch der heutigen Entwicklung, Berichterstattung mit materiellen Sorgfaltspflichten zu kombinieren. Eine solche Lösung boten z.B. in Frankreich das *Loi de vigilance* und in Deutschland das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz. Sie werden nun neu durch die EU-Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit überholt.¹⁶ Auch in England wird derzeit über die Einführung der *Commercial Organisations and Public Authorities Duty (Human Rights and Environment) Bill* diskutiert. Da die CSDDD teilweise extraterritoriale Auswirkung ausübt, werden schon nach ihrem Inkrafttreten gewisse schweizerische Unternehmen in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen. Es ist deswegen an der Zeit, dass der Schweizer Gesetzgeber in Orientierung an diesen Entwicklungen Sorgfaltspflichten für Unternehmen von einer bestimmten Relevanz aufstellt und für deren Verletzung zivilrechtliche sowie verwaltungs- bzw. strafrechtliche Sanktionen einführt.

Hochachtungsvoll,



Prof. Dr. Dr. h.c. Yeşim M. Atamer

Lehrstuhl für Privat-, Wirtschafts- und
Europarecht sowie Rechtsvergleichung



Prof. Dr. Aline Darbellay

Lehrstuhl für Handels- und Wirtschaftsrecht,
insb. Bank- und Kapitalmarktrecht

¹⁶ Vgl. dazu ATAMER/WITTUM (Fn. 7).



**UNIVERSITÉ
DE GENÈVE**

FACULTÉ DE DROIT

Département de droit commercial

Giulia Neri-Castracane
Professeure
Directrice de département

Giulia.Neri-Castracane@unige.ch

Département fédéral de justice et police
DFJP

Par courriel uniquement :
ehra@bj.admin.ch

Genève, le 16 octobre 2024

Consultation fédérale sur l'avant-projet de modification du code des obligations (transparence sur les questions de durabilité)

Mesdames,
Messieurs,

La présente a pour objectif d'énoncer la position de la Faculté de droit de l'Université de Genève (la Faculté) concernant l'avant-projet de modification du code des obligations (AP-CO) à propos de la transparence sur les questions de durabilité, qui modifie la loi fédérale du 30 mars 1911 complétant le Code civil suisse (Droit des obligations) (CO)¹, la loi fédérale du 16 décembre 2005 sur l'agrément et la surveillance des réviseurs (LSR)² et le Code pénal suisse du 21 décembre 1937 (CP)³.

I. Appréciation d'ensemble

La Faculté salue l'avant-projet qu'elle juge positivement dans son ensemble. Les modifications proposées s'inscrivent dans une adaptation des dispositions relatives à la transparence sur les questions de durabilité au nouveau droit de l'Union européenne.

La durabilité est une préoccupation majeure des agendas international et suisse. L'Union européenne s'est affirmée comme un leader en la matière, notamment à travers son pacte vert pour l'Europe⁴.

¹ RS 220.

² RS 221.302.

³ RS 311.0.

⁴ Communication de la Commission au Parlement européen, au Conseil européen, au Conseil, au Comité économique et social européen et au Comité des régions Le pacte vert pour l'Europe du 11 décembre 2019, COM/2019/640 final.

Parmi les mesures phares de ce pacte figurent la Directive (UE) 2022/2464 du Parlement européen et du Conseil du 14 décembre 2022 modifiant le règlement (UE) n° 537/2014 et les directives 2004/109/CE, 2006/43/CE et 2013/34/UE en ce qui concerne la publication d'informations en matière de durabilité par les entreprises (directive sur le devoir de transparence)⁵, et la Directive (UE) 2024/1760 du Parlement européen et du Conseil du 13 juin 2024 sur le devoir de vigilance des entreprises en matière de durabilité et modifiant la directive (UE) 2019/1937 et le règlement (UE) 2023/2859 (directive sur le devoir de vigilance)⁶.

Ces directives européennes ont un effet extraterritorial et s'appliquent donc également aux entreprises suisses, quelle que soit leur taille ou leur secteur d'activité, soit directement, soit indirectement par le biais de dispositions contractuelles (y compris sous forme de codes de conduite)⁷. On estime que jusqu'à 50'000 entreprises suisses pourraient être affectées par la directive sur le devoir de vigilance⁸.

Les exportations des entreprises suisses vers l'Union européenne représentent 44,8% des exportations totales suisses⁹. Il devient donc nécessaire d'harmoniser les lois pour éviter des coûts inutiles et garantir un accès fluide au marché européen.

Dans ce contexte, une réforme des art. 964a à 964c du CO était indispensable. Ces dispositions résultent d'un contre-projet indirect à l'initiative populaire « Entreprises responsables – pour protéger l'être humain et l'environnement »¹⁰ et s'inspirent des dispositions relatives à la publication d'informations non financières de la directive 2013/34/UE du Parlement européen et du Conseil¹¹. Toutefois, ces dispositions sont désormais dépassées avec l'adoption de la directive sur le devoir de transparence, qui est plus ambitieuse et contraignante. Cette dernière est déjà en vigueur pour l'exercice social 2024.

Les principales modifications proposées se déclinent en cinq points.

Tout d'abord, l'**extension du champ d'application**. Les conditions cumulatives sont remplacées par des exigences alternatives. L'avant-projet élargit l'obligation de reddition de compte et de publication sur les questions de durabilité à toutes les sociétés d'intérêt public au sens de l'art. 2, let. c ch. 1 et 2 de la LSR, à l'exception des microentreprises. Ces dernières, exemptées selon l'art. 964b al. 1 ch. 2 AP-CO,

⁵ JO L 322/15.

⁶ JO L 2024/1760.

⁷ Sur l'application directe et indirecte de la CSRD, Neri-Castracane/Brander, Les enjeux de la CSRD pour les entreprises suisses, *in* Schweizerische Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzmarktrecht (SZW/RSDA) 5/2023.

⁸ Communiqué du Conseil fédéral du 26 juin 2024 « Gestion durable des entreprises : le Conseil fédéral veut durcir les règles en matière de publication d'informations », disponible sous <https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiqués/communiqués-conseil-federal.msg-id-101585.html> (dernière consultation : 10.10.2024) ; BSS Volkswirtschaftliche Beratung AG/Oko-Institut e.V., Vertiefte Analyse Auswirkungen der CSDDD auf Schweizer Unternehmen, Standortattraktivität und Wettbewerb von 8.11.2023, p. 16.

⁹ Information fournie par l'Office fédéral de la statistique OFS, disponible sous <https://www.bfs.admin.ch/bfs/fr/home/statistiques/industrie-services/commerce-exterieur/bilan-commercial-importations-exportations.html> (dernière consultation : 29.09.2024).

¹⁰ Message du 15 septembre 2017 relatif à l'initiative populaire « Entreprises responsables – pour protéger l'être humain et l'environnement », FF 2017 5999 ; Objet du Conseil fédéral n° 17.060 « Entreprises responsables – pour protéger l'être humain et l'environnement » initiative populaire du 15 septembre 2017.

¹¹ Directive 2013/34/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 juin 2013 relative aux états financiers annuels, aux états financiers consolidés et aux rapports y afférents de certaines formes d'entreprises, modifiant la directive 2006/43/CE du Parlement européen et du Conseil et abrogeant les directives 78/660/CEE et 83/349/CEE du Conseil, JO L 182/2013.

sont définies selon les mêmes seuils que ceux établis par la Directive comptable 2013/34/UE à lire avec la Directive déléguée (UE) 2023/2775 de la Commission du 17 octobre 2023 modifiant la directive n° 2013/34/UE du Parlement européen et du Conseil en ce qui concerne l'ajustement des critères de taille pour les micro-, petites, moyennes et grandes entreprises ou pour les groupes (directive comptable)¹² (art. 3 para 1 Directive comptable). Les seuils pour les grandes entreprises sont alignés sur les derniers critères de la directive européenne, avec exigence d'effectif d'emplois à temps plein en moyenne annuelle diminuée de 500 à 250. Par ailleurs, les groupes d'entreprises qui, ensemble (comptes consolidés) atteignent deux de ces valeurs au cours de deux exercices consécutifs seront également soumis à cette réglementation.

Deuxièmement, l'**augmentation des exigences en matière de publication**. Le contenu du rapport sera enrichi pour inclure des aspects de gouvernance et des objectifs assortis d'échéances. Cette évolution est à saluer, car les mécanismes et principes de gouvernance constituent des outils essentiels pour la transformation interne des entreprises et l'implémentation de stratégies de durabilité. La description d'objectifs temporellement définis permettra également d'évaluer la crédibilité des politiques mises en place ainsi que la qualité de leur mise en œuvre. Dans cette optique, le droit de recours au principe « appliquer ou expliquer » (*comply or explain*) sera supprimé : toutes les entreprises assujetties devront rédiger et publier un rapport détaillé sur les thématiques de durabilité élargies. De plus, le rapport devra couvrir l'ensemble de la chaîne de valeur, englobant non seulement les produits et services de l'entreprise, mais également les activités de ses partenaires de la chaîne d'approvisionnement et ses relations d'affaires. Ces informations ne pourront plus être exclues pour des raisons de « pertinence et proportionnalité » (art. 964b al. 2 ch. 4 let. b CO).

Troisièmement, l'avant-projet **précise les normes d'information applicables** : les normes d'information européennes (ESRS) peuvent être utilisées comme référence pour la rédaction du rapport de durabilité, ou d'autres normes équivalentes peuvent être choisies. Le Conseil fédéral devra désigner, par ordonnance, ces normes équivalentes. La liberté de choix, bien que régulée, qui est laissée par l'avant-projet mérite d'être saluée. Une étude récente indique que des pays représentant 55% du PIB mondial, soit 40% de la capitalisation mondiale, dont le Canada, l'Australie ou encore la Chine, ont adopté les standards de durabilité de l'International Sustainability Standards Board (ISSB) comme cadre de référence¹³.

Quatrièmement, il est requis que les publications soient faites dans un **format de rapport électronique**.

Enfin, l'avant-projet introduit l'exigence d'une **assurance du rapport** par une entreprise de révision ou un organisme d'évaluation de la conformité agréés.

Si le projet emporte sur le principe l'adhésion de la Faculté, certains points sont à préciser ou à revoir, et une réflexion à long terme devra également être engagée.

¹² C/2023/7020 final, JO L 2023/2775.

¹³ Information disponible sous <https://www.ifrs.org/news-and-events/news/2024/05/jurisdictions-representing-over-half-the-global-economy-by-gdp-take-steps-towards-issb-standards/> (dernière consultation : 20.09.2024).

II. Remarques critiques

A. *Sur l'harmonisation avec la directive sur le devoir de vigilance et en faveur d'un cadre favorable aux PME suisses*

Le Conseil fédéral a décidé de repousser à une date ultérieure et indéterminée la réflexion sur une harmonisation du droit suisse avec la directive sur le devoir de vigilance, en attendant une étude commandée pour l'automne 2024¹⁴. Une approche conjointe sur l'harmonisation du droit suisse, tant avec la directive sur le devoir de transparence qu'avec celle sur le devoir de vigilance, aurait été préférable pour trois raisons.

Tout d'abord, la directive sur le devoir de transparence comporte en réalité déjà une exigence implicite de vigilance. Pour rendre compte des incidences négatives, qu'elles soient réelles ou potentielles, ainsi que des mesures prises pour prévenir, atténuer, corriger ou supprimer ces incidences, il est nécessaire d'établir un suivi rigoureux et d'adopter des politiques de vigilance. Cela est précisé à l'art. 964c al. 3 ch. 6 AP-CO qui fait écho à l'art. 19bis para 2 let. f (i) de la directive sur le devoir de transparence.

La stratégie européenne a été présentée par thématiques apparemment distinctes, en raison de considérations d'opportunités politiques. Ce mouvement d'adoption d'actes législatifs, allant des mesures les plus sectorielles aux plus générales et ambitieuses, a débuté avec l'adoption du Règlement (UE) 2019/2088 du Parlement européen et du Conseil du 27 novembre 2019 sur la publication d'informations en matière de durabilité dans le secteur des services financiers¹⁵. Une fois cette politique mise en œuvre par étapes et adoptée dans l'Union européenne, il serait pertinent de réfléchir à l'opportunité et le bien-fondé d'une imitation de cet enchaînement réglementaire. En réalité, la directive sur le devoir de vigilance englobe également la directive sur le devoir de transparence. Les entités soumises directement à la directive sur le devoir de transparence le sont à tout le moins indirectement à la directive sur le devoir de vigilance, soit en tant qu'entités du même groupe, soit en tant que partenaires commerciaux ou acteurs de la chaîne de valeur. Autrement dit, il serait possible d'éviter une reprise *verbatim* de la directive sur le devoir de transparence en adoptant une réglementation axée sur le devoir de vigilance. Ainsi, la modification du CO pourrait être mineure, permettant de revenir à un texte plus concis que l'actuel, avec les exigences de transparence détaillées dans une ordonnance d'exécution qui devra, de toute façon, être rédigée en vertu de l'art. 964c al. 5 AP-CO. D'autant plus que les modifications proposées par l'AP-CO ne devraient pas entrer en vigueur avant le 1^{er} janvier 2027, date à laquelle la directive sur le devoir de vigilance s'appliquera aux plus grandes entreprises européennes et à leur chaîne de valeur.

Deuxièmement, la directive sur le devoir de vigilance prévoit plusieurs mesures de soutien pour les petites et moyennes entreprises (PME). Ce soutien doit être fourni à la fois par les entreprises assujetties et par les Etats membres. Il se manifeste sous différentes formes, notamment un soutien financier, l'allocation de ressources et l'établissement de pratiques contractuelles responsables vis-à-vis des fournisseurs et partenaires commerciaux. Une harmonisation du droit suisse avec la directive sur le devoir de vigilance favoriserait une transition plus efficace des PME suisses vers la durabilité. Une réflexion et mise en œuvre rapides seraient bénéfiques pour les PME suisses, qui, en 2021, représentaient environ 99% des entreprises marchandes de Suisse¹⁶. Cela permettrait de prévenir

¹⁴ Communiqué du Conseil fédéral du 26 juin 2024 « Gestion durable des entreprises : le Conseil fédéral veut durcir les règles en matière de publication d'informations », disponible sous <https://www.admin.ch/gov/fr/accueil/documentation/communiques/communiques-conseil-federal.msg-id-101585.html> (dernière consultation : 10.10.2024).

¹⁵ JO L 317/2019.

¹⁶ Office fédéral de la statistique OFS, Actualités OFS, Portrait des PME suisses, 2011-2021, 26 octobre 2023, p. 1.

toute distorsion de concurrence entre les PME suisses et leurs homologues européens en matière d'accès au marché européen. En outre, cela aiderait les PME suisses à éviter la conclusion de contrats de durée très désavantageux, leur permettant ainsi de maintenir leur compétitivité sans risquer de se retrouver hors du marché.

Enfin et surtout, l'AP-CO, dans sa formulation actuelle, impose des obligations plus contraignantes aux PME suisses que la réglementation européenne. En plus des mesures de soutien aux PME prévues par la directive sur le devoir de vigilance, la directive sur le devoir de transparence limite les obligations de transparence des PME à certaines informations et propose des standards adaptés (projet LSME pour les PME cotées et projet VSME pour celles qui souhaiteraient y adhérer volontairement). Selon l'art. 19bis para. 6 de la directive sur le devoir de transparence, les PME européennes ne doivent fournir que les informations suivantes :

- Une brève description du modèle commercial et de la stratégie de l'entreprise (art. 964c al. 3 ch. 1 AP-CO) ;
- Une description des politiques de l'entreprise en ce qui concerne les questions de durabilité (art. 964c al. 3 ch. 4 AP-CO) ;
- Une description des principales incidences négatives, réelles ou potentielles, de l'entreprise sur les questions de durabilité, ainsi que des mesures prises pour les recenser, surveiller, prévenir, atténuer ou corriger ces incidences (art. 964c al. 3 ch. 7 et 8 AP-CO, avec exigences revues à la baisse). En d'autres termes, aucune mesure relative à la chaîne de valeur n'est attendue à ce stade pour les PME européennes, tout comme les mesures visant à éliminer les incidences négatives.
- Une description des principaux risques liés aux questions de durabilité et de la manière dont l'entreprise gère ces risques (art. 964c al. 3 ch. 9 AP-CO) ;
- Une description des indicateurs clés nécessaires pour les informations à publier mentionnées ci-dessus (art. 964c al. 3 ch. 10 AP-CO).

Une réflexion globale et favorable aux PME serait plus judicieuse et fortement souhaitable. A tout le moins, une disposition équivalente à l'art. 19bis para. 6 de la directive sur le devoir de transparence devrait être intégrée à l'AP-CO dans un nouvel alinéa de l'art. 964c AP-CO.

B. Sur une reprise partiellement verbatim de la directive sur le devoir de transparence

Les art. 964a à 964c^{ter} AP-CO reprennent le contenu de la directive sur le devoir de transparence, mais sans reproduire systématiquement le texte de manière *ad verbatim*. Cela est regrettable pour la sécurité juridique, car cela laisse entendre qu'une interprétation différente du texte de l'AP-CO par rapport à celle de la directive européenne pourrait être envisagée. Une telle situation semble contraire à l'intention du Conseil fédéral. **Il serait donc souhaitable d'harmoniser les formulations suivantes avec celles de la directive sur le devoir de transparence :**

- Concernant l'art. 964a ch. 2 AP-CO : Les seuils ne correspondent pas à ceux des entreprises soumises à un contrôle ordinaire. Il s'agit en effet d'une reprise des seuils actuellement applicables en vertu de la directive sur le devoir de transparence, plus précisément la directive comptable. Or, cette dernière définit les PME et les grandes entreprises à son article 3. L'art. 3 para. 13 de la directive comptable impose à la Commission européenne de réexaminer tous les cinq ans les critères de volume financier et, le cas échéant, de les ajuster, au moyen d'un

acte délégué (art. 49). Par un acte délégué du 17 octobre 2023¹⁷, la Commission européenne a adapté à la hausse ces seuils, restreignant ainsi le champ d'application de la directive sur le devoir de transparence. Ces seuils pourraient encore être modifiés en 2028. L'AP-CO, en revanche, ne prévoit pas de réexamen des seuils, ce qui pourrait engendrer une discordance à l'avenir. La proposition actuelle n'est ni cohérente avec le référentiel généralement utilisé en droit suisse (seuils du contrôle ordinaire ou du contrôle restreint), ni avec la législation européenne en vigueur, qui prévoit un réexamen périodique. Il serait donc préférable d'adopter l'une ou l'autre de ces formules.

- Concernant la version française de l'art. 964c al. 2 AP-CO :
 - La formule « les informations qui sont nécessaires pour comprendre... » devrait être remplacée par « les informations qui permettent de comprendre... », même s'il est vrai que les versions allemandes et italiennes de la directive sur le devoir de transparence, et de l'avant-projet lui préfèrent la première formule.
 - La formule « les incidences de l'activité de l'entreprise sur les questions de durabilité » devrait être remplacée par « les incidences de l'entreprise sur les questions de durabilité ».
 - Enfin, le terme « performance » devrait être remplacé par le terme plus neutre de « résultats », comme c'est le cas dans les versions allemandes et italienne.
- Concernant l'art. 964c al. 3 ch. 1 AP-CO : La directive sur le devoir de transparence exige une brève description du modèle commercial. Il serait approprié d'ajouter également le qualificatif de « brève » (*kurze, breve*) à la disposition de l'AP-CO.
- Concernant l'art. 964c al. 3 ch. 2 AP-CO : Contrairement à la directive européenne, cette disposition n'exige pas que l'entreprise décrive les progrès réalisés dans l'atteinte des objectifs qu'elle s'est fixés, ni qu'elle indique les éventuelles preuves scientifiques sur lesquelles reposent ces objectifs (*Beschreibung der Fortschritte, die das Unternehmen im Hinblick auf die Erreichung dieser Ziele erzielt hat, und eine Erklärung, ob die auf Umweltfaktoren bezogenen Ziele des Unternehmens auf schlüssigen wissenschaftlichen Beweisen beruhen ; descrizione dei progressi da essa realizzati nel conseguimento degli stessi e una dichiarazione che attesti se gli obiettivi dell'impresa relativi ai fattori ambientali sono basati su prove scientifiche conclusive*). La description des progrès accomplis par rapport aux objectifs fixés est essentielle pour garantir leur réalisme, un aspect qui sera alors également examiné par l'entité en charge de donner une assurance sur le rapport. Cela constitue un élément clé pour rendre compte de l'évolution de l'entreprise en matière de durabilité et pour fournir des informations utiles aux parties prenantes. La précision des preuves scientifiques devrait également servir d'outil pour évaluer la fiabilité et la sincérité des objectifs et des progrès réalisés, facilitant ainsi un dialogue constructif entre l'organe supérieur de direction et d'administration et l'entité chargée de l'assurance du rapport. Toutefois, cette dernière exigence pourrait tout aussi bien être intégrée dans les normes en préparation pour les missions d'assurance.

¹⁷ Directive déléguée (UE) 2023/2775 de la Commission du 17 octobre 2023 modifiant la directive n° 2013/34/UE du Parlement européen et du Conseil en ce qui concerne l'ajustement des critères de taille pour les micro-, petites, moyennes et grandes entreprises ou pour les groupes (C/2023/7020 final, JO L 2023/2775).

- Concernant l'art. 964c al. 3 ch. 4 AP-CO : La formulation « la politique de l'entreprise » devrait être remplacée par « les politiques de l'entreprise ». La directive sur le devoir de transparence privilégie l'usage du pluriel dans ses versions française et italienne. Cependant, l'avant-projet ne le reprend qu'en version italienne (*delle politiche dell'impresa*). Une harmonisation de toutes les versions, y compris la version allemande, serait préférable, même si le texte européen utilise la forme singulière dans sa version allemande. Il est en effet plus probable que l'entreprise dispose de plusieurs politiques thématiques (par exemple, réduction du CO2, diversité etc.).
- Concernant l'art. 964c al. 3 ch. 6 AP-CO : La formulation européenne fait référence à la « diligence raisonnable » dans la version française et à la diligence due (*due diligence, diligenza dovuta*) dans sa version allemande et italienne. L'AP-CO se réfère à une diligence mise en œuvre (*angewandte Sorgfaltsprüfung*) et à une diligence due (*dovuta diligenza*) dans le texte italien. Une harmonisation serait souhaitable, même si plutôt en faveur du texte français de la directive européenne (*diligence raisonnable, vernünftige Sorgfaltsprüfung ; ragionevole diligenza*).
- Concernant l'art. 964c al. 7 AP-CO : Cette disposition s'inspire des art. 962 al. 4 et 962a al. 5 CO. L'art. 962 al. 4 CO privilégie, en français, l'expression « organe supérieur » plutôt que « assemblée générale », une terminologie qui devrait également être adoptée dans la version française de l'art. 964c al. 7 AP-CO (ou dans toute disposition équivalente), afin de garantir une neutralité à l'égard des différentes formes juridiques susceptibles d'être assujetties. Les textes allemand (*oberste Leitungs- oder Verwaltungsorgan*) et italien (*organo superiore di direzione o di amministrazione*) sont, en revanche, corrects.

Il convient également de noter que certains aspects de la directive sur le devoir de transparence n'ont pas été intégrés dans l'AP-CO. A moins d'indications contraires dans la présente prise de position, cela ne semble pas poser de problème. Par exemple, l'art. 964c al. 3 ch. 3 ne reprend pas l'exigence de l'art. 19bis para. 2 let. c de la directive européenne, qui concerne la description de l'expertise et des compétences des organes dirigeants en matière de durabilité. Cela n'est pas nécessaire, étant donné que la norme ESRS G1 en matière de gouvernance n'impose pas non plus ce niveau de détail sur ces aspects.

C. Sur le vote de l'organe compétent pour l'approbation des comptes

L'art. 964c^{ter} al. 3 AP-CO reprend en substance le contenu de l'art. 964c CO. La modification du *dies a quo* de la publication, qui intervient désormais après l'approbation des comptes annuels plutôt que l'approbation du rapport de durabilité, a le mérite de clarifier l'obligation de publication, y compris en cas de vote négatif.

Cependant, la nature contraignante du vote, telle que précisée dans le rapport explicatif, complexifie inutilement la procédure. Un vote contraignant signifie que l'organe supérieur de direction doit obtenir un vote positif, même si cela implique l'éventuelle répétition du processus de vote. Le simple fait de mentionner un vote négatif dans le rapport au moment de sa mise en ligne ne serait donc pas suffisant, tout comme l'éventuelle obligation de consulter les principaux actionnaires après un tel vote négatif. Le nouveau texte reste incertain quant à la marche à suivre en cas de rejet par l'organe compétent pour l'approbation des comptes annuels.

Retourner à de multiples reprises auprès de cet organe représente une charge considérable et de faible utilité, notamment pour un rapport qui se concentre principalement sur des informations passées. De plus, un vote négatif pourrait être motivé par des raisons étrangères au contenu du rapport lui-même

(par exemple désaccord avec la politique future en matière de durabilité, critiques à l'égard du conseil d'administration).

Il semble donc préférable de profiter de cette réforme pour **préciser que le vote doit être consultatif. L'organe supérieur de direction devrait alors être tenu de mentionner de manière visible le résultat du vote, en début ou en fin de rapport.** Cela permettrait de clarifier à la fois le *dies a quo* du délai de 10 ans et son terme. Un vote négatif devrait inciter naturellement l'organe supérieur de direction à engager une consultation avec les principaux actionnaires afin d'éviter un nouveau vote négatif l'année suivante.

D. Sur la transposition au sein du CO et le titre du chapitre

La structure de l'AP-CO reflète celle des art. 964a à 964c CO actuels. Issue d'un contre-projet indirect adopté rapidement, cette structure présente néanmoins des aspects perfectibles. L'AP-CO offre l'opportunité de **renforcer la cohérence législative du projet avec les dispositions existantes, tout en respectant la structure interne du CO.** Des articles distincts traitant de compétences, du contenu et de l'assurance peuvent ne pas être les plus adaptés à une réglementation contraignante, qui ne vise pas à être adoptée selon un modèle d'*opting-in*.

Les éléments suivants mériteraient réflexion :

- Les dispositions relatives au droit comptable sont organisées en fonction des produits (comptes annuels, comptes intermédiaires, comptes consolidés etc.) plutôt qu'en fonction des obligations. Il serait donc plus cohérent de renommer le chapitre VI « Transparence sur les questions de durabilité » en « Rapport de durabilité ».
- Les alinéas 5 et 7 de l'art. 964c AP-CO mériteraient d'être dissociés en dispositions distinctes, à l'image des art. 962 et 962a CO.
- Le contenu de l'art. 964c^{bis} AP-CO pourrait être simplifié. Par exemple, la première phrase de l'al. 2 suffirait à permettre la définition des exigences par voie d'ordonnance. De la même manière, cet alinéa pourrait simplement indiquer que le rapport de durabilité doit être soumis à l'assurance d'une personne qualifiée et indépendante habilitée à cet effet, tout en précisant que le Conseil fédéral désigne ces personnes. L'alinéa 3 pourrait également être réduit à l'essentiel, en stipulant que les exigences applicables à l'organe de révision chargé d'un contrôle ordinaire s'appliquent, par analogie, aux entités habilitées à fournir une assurance sur le rapport de durabilité, à l'exception des dispositions concernant l'objet et l'étendue du rapport ainsi que son élection. Cela permettrait de renvoyer aux articles mentionnés à l'alinéa 3 de l'art. 964c^{bis} AP-CO, à l'exception de l'art. 730 CO, qui ne semble pas nécessaire. Si la compétence de l'élection de cette entité doit être réservée à l'organe supérieur de direction, il conviendrait de le préciser à l'art. 716a al. 1 ch. 4 CO. À défaut, s'agissant d'un mandat de droit privé dont le contenu est défini par le droit, sa conclusion s'appuierait sur les règles de représentation classiques pour les personnes morales. Pour éviter d'assimiler la personne en charge de l'assurance du rapport de durabilité à un organe de la société, tout en reconnaissant son importance dans l'organisation de celle-ci, la version retravaillée de l'art. 964c^{bis} AP-CO pourrait être déplacée dans un nouvel article, sous une nouvelle lettre D ou E, avant ou après l'art. 731b CO.
- Pour les comptes annuels, les comptes consolidés et le rapport de gestion, les dispositions équivalents à l'art. 964c^{ter} AP-CO sont réparties entre plusieurs articles du droit de la société

anonyme et du droit comptable. Il n'y a pas de raison de traiter le rapport de durabilité différemment. Par exemple, l'art. 958f CO pourrait être modifié pour y inclure une référence au rapport de durabilité, à l'instar de l'art. 728a al. 1 ch. 5 AP-CO. Dans ce cas, l'art. 964c^{ter} AP-CO deviendrait obsolète. L'art 958f al. 1 CO pourrait en effet inclure des dispositions relatives à la publicité du rapport de durabilité, ce qui permettrait d'aborder les exigences des alinéas 1 et 3 de l'art. 964c^{ter} AP-CO par voie d'ordonnance. Le contenu de l'art. 964c^{ter} al. 2 AP-CO devrait être intégré dans les dispositions concernant les compétences des organes concernés. A cet égard, l'art. 698 al. 2 ch. 3 pourrait être modifié pour y ajouter le rapport de durabilité. De même, l'art. 716a al. 1 CO pourrait être ajusté pour y inclure les principes applicables au rapport de durabilité, en les intégrant aux chiffres 3 et 6, ou en créant un nouveau chiffre dédié. Le chiffre 4 devrait également être complété si l'on souhaite attribuer exclusivement à l'organe supérieur de direction la compétence pour l'élection et la révocation des personnes en charge de cette mission d'assurance. Il conviendrait ensuite de vérifier que les renvois au droit de la société anonyme dans les autres formes juridiques incluent également ces aspects, ou de modifier les dispositions pertinentes en conséquence.

Ces ajustements permettraient de respecter la cohérence interne du droit de la société anonyme et du droit comptable.

E. Sur le choix des normes d'information

Conformément à l'art. 964c al. 7 AP-CO, le choix des normes d'information applicables relève de l'organe supérieur de direction ou d'administration, sauf disposition contraire des statuts ou décision de l'assemblée générale concernant les normes à adopter.

Ces normes peuvent être celles de l'Union européenne ou d'autres normes équivalentes (art. 964c al. 5 AP-CO). L'art. 964c al. 5, dernière phrase, AP-CO précise que le Conseil fédéral désigne les normes équivalentes. A ce titre, les normes ISSB, soutenues notamment par le projet de l'International Standard on Sustainability Assurance (ISSA) 5000, General Requirements for Sustainability Assurance Engagements pourraient être considérées comme équivalentes. L'European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG), sous mandat de la Commission européenne, élabore actuellement plusieurs normes sectorielles ainsi que des normes spécifiques aux PME (LSME pour les PME cotées et VSME pour les autres). Les normes européennes destinées aux PME devraient être prêtes d'ici au 1er janvier 2026. Cependant, ce calendrier ne permet pas aux PME de disposer pleinement des deux années de transition pour se familiariser avec ces normes européennes « simplifiées ». **Il pourrait donc être judicieux de prolonger la période transitoire pour les PME. Par ailleurs, afin d'améliorer la comparabilité des données, il serait souhaitable que le Conseil fédéral limite le nombre de normes reconnues comme équivalentes.**

Comme à l'art. 962a al. 5 CO, il serait opportun de préciser que le Conseil fédéral peut définir les conditions requises pour choisir une norme ou en changer. En effet, tout comme pour la comptabilité financière, un changement annuel de normes serait contreproductif pour garantir la continuité. Il serait également judicieux de tenir compte de la norme comptable choisie pour les comptes financiers dans la détermination de la norme applicables aux informations relatives à la durabilité, une exigence qui pourrait être intégrée dans l'ordonnance du Conseil fédéral.

F. Sur les modifications de la LSR

La LSR est partiellement modifiée par l'AP-CO. Cette loi régit l'agrément et la surveillance des personnes fournissant des prestations en matière de révision.

Les prestations de révision doivent être distinguées des missions d'assurance. Ces missions d'assurances peuvent découler des lois sur les marchés financiers, ou porter sur d'autres aspects.

Une entreprise agréée en tant qu'entreprise de révision peut être amenée à fournir trois types de prestations : prestation en matière de révision, prestation d'audit au sens des lois sur les marchés financiers et prestation d'assurance autre. Toutefois, son agrément en tant qu'entreprise de révision n'est pertinent que pour la première catégorie. Lorsqu'elle effectue une prestation en matière de révision, elle intervient en tant qu'organe de la société, désigné par l'assemblée générale, pour procéder au contrôle ordinaire ou restreint des comptes annuels, ou, le cas échéant, des comptes consolidés.

Lorsqu'elle fournit une prestation d'assurance au sens des lois sur les marchés financiers, l'entreprise agit en tant que société d'audit dans le cadre de mandats de droit privé définis par le droit public. Dans ce cas, elle est désignée par l'organe supérieur de direction et doit vérifier le respect de certaines exigences (notamment en matière d'autorisation, de prescriptions sur les fonds propres, de répartition des risques et d'aspects de gouvernance), telles que stipulées par les art. 24 et suivants de la loi du 22 juin 2007 sur l'Autorité fédérale de surveillance des marchés financiers (LFINMA)¹⁸, l'art. 19 de la loi fédérale du 8 novembre 1934 sur les banques et les caisses d'épargne (LB)¹⁹, ainsi que les art. 62 et 63 de la loi fédérale sur les établissements financiers (LEFin)²⁰. Cette mission, appelée audit prudentiel, consiste à fournir une assurance raisonnable ou limitée quant au respect de ces exigences.

Enfin, une entreprise peut également fournir une assurance qui ne relève pas des missions d'audit au sens des lois sur les marchés financiers. Cela s'applique, par exemple, à une assurance (raisonnable ou limitée) concernant un rapport de durabilité. Dans ce cas, l'entreprise intervient en vertu d'un contrat de droit privé dont l'objet est délimité par le contrat ou par le droit privé, selon les juridictions.

Il subsiste une certaine confusion dans l'avant-projet de réforme concernant l'utilisation interchangeable des termes « révision », « vérification » (*Prüfung* ; *verifische*), « évaluation » (*Bewertung* ; *valutazione*) et « audit » (*Prüfung* ; *verifische*). Autrement dit, tant que les questions de durabilité ne sont pas pleinement intégrées aux comptes annuels (et non uniquement au rapport annuel), il n'est pas pertinent de parler de prestations de révision (*Revisionsdienstleistungen* ; *servizi di revisione*). **La LSR ne devrait donc pas être modifiée, à moins que son titre et son objet ne soient étendus aux missions d'assurance autres que les audits prudentiels au sens des lois sur les marchés financiers.** Dans ce cas, il conviendrait d'ajouter dans les définitions les services d'audit et d'assurance. À défaut, les exigences de base devraient figurer dans le CO, ou une nouvelle loi et une ordonnance spécifique devraient être envisagées, avec des renvois éventuels à la LSR, à l'instar de l'Ordonnance du 5 novembre 2014 sur les audits des marchés financiers (OA-FINMA)²¹. Les articles 5 et 6 de cette ordonnance pourraient d'ailleurs servir de modèle. Une proposition d'intégration des exigences de base dans le CO est formulée ci-dessus.

Enfin, et surtout, les organismes habilités à réaliser des missions d'assurance sur les rapports de durabilité ne devraient pas être soumis à des exigences inférieures en matière de formation et de pratique professionnelle. De nouvelles solutions en faveur du développement durable et des relations avec les acteurs de la chaîne de valeur et les parties prenantes émergent constamment. Il semble donc approprié et raisonnable d'imposer une obligation de formation continue. De plus, étant donné que les normes de référence, telles que les ESRS ou les ISSB, sont relativement récentes, il est essentiel de

¹⁸ RS 956.1.

¹⁹ RS 952.0.

²⁰ RS 954.1.

²¹ RS 956.161.

s'assurer que les professionnels qui les utilisent bénéficient d'une formation adéquate. Une expérience pratique, que ce soit dans les domaines de la comptabilité ou du conseil en développement durable, paraît également indispensable.

* * *

En d'autres termes, tout en accueillant favorablement l'avant-projet, il paraît important d'y inclure les réflexions suivantes :

- Une approche globale qui englobe le devoir de diligence et soit plus adaptée aux PME, afin de ne pas les pénaliser de manière disproportionnée dans l'application de ces nouvelles règles.
- Une reprise verbatim de la directive européenne sur la transparence. En effet, s'écarter occasionnellement du texte pourrait créer des incertitudes d'interprétation, qu'il serait préférable d'éviter en suivant rigoureusement les termes de la directive.
- Une reconsidération du rôle de l'assemblée générale dans le processus de vote, notamment en cas de vote négatif, pour assurer le bon fonctionnement de la mécanique et éviter les complexités inutiles.
- Un travail de transposition plus détaillé au sein du CO, en modifiant d'autres dispositions du droit comptable pour une meilleure cohérence juridique.
- Une limitation du nombre de normes équivalentes, avec une identification claire des normes de référence spécifiques aux PME.
- L'utilisation explicite des termes "assurance" ou "audit" pour désigner le rapport de durabilité, tout en évitant toute confusion avec l'activité de révision des comptes. Les exigences en termes de formation et de pratique professionnelle pour ceux habilités à fournir une telle assurance devraient être uniformes pour garantir la qualité des prestations.

En vous remerciant de l'attention portée à la présente, je vous prie de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de ma considération distinguée.



Giulia Neri-Castracane

Monsieur
Beat Jans
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral de justice
et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Par courriel : ehra@bj.admin.ch

Lausanne, le 17 octobre 2024

**Procédure de consultation portant sur la modification du code des obligations
(Transparence sur les questions de durabilité)**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Dans le cadre de la procédure de consultation dans l'objet visé sous rubrique, j'ai l'honneur de vous faire part de mes observations. Elles sont complétées par le manuscrit d'un article à paraître dans la revue *Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht (GesKR)*, que vous trouverez en annexe.

I. Introduction

La responsabilité des entreprises pour leur comportement en matières environnementale, sociale et de gouvernance est toujours plus discutée. De manière générale, l'obligation de publication d'informations non financières a un impact positif sur la durabilité, en incitant par exemple les entreprises à mieux tenir compte de cette question et des risques y liés. De plus, l'obligation permet d'évaluer la gestion des risques des entreprises en matière de durabilité et d'accroître la confiance des investisseurs.

L'avant-projet du Conseil fédéral (CF) du 26 juin 2024 Code des obligations (Transparence sur les questions de durabilité) (AP-CO) s'inscrit dans un contexte international marqué par l'adoption de la Directive (UE) 2022/2464 en ce qui concerne la publication d'informations en matière de durabilité par les entreprises (CSRD) ; la réforme des art. 964a ss CO, qui doit permettre à la législation suisse d'être reconnue comme équivalente à la CSRD par la Commission européenne, représente une évolution significative et bienvenue et doit être saluée. Afin d'assurer l'équivalence entre les deux législations, des possibilités d'amélioration demeurent. Une absence d'action ou une action insuffisante du législateur rendrait le pays vulnérable aux pressions internationales.

II. Du besoin d'harmoniser le droit suisse au droit européen : l'application extraterritoriale de la CSRD

De nombreuses entreprises suisses sont ou seront soumises, directement ou indirectement, à la CSRD. L'harmonisation de la législation suisse avec celle de l'Union européenne (UE) est ainsi essentielle pour renforcer la sécurité juridique ; la réforme doit éviter que des sociétés suisses ne soient soumises simultanément à des réglementations disparates et contradictoires, limiter une multiplication des rapports de durabilité sur des sujets connexes, et réduire le risque de sanction.

III. Le projet de modification des art. 964a-964c CO et son équivalence à la CSRD

Champ d'application personnel

L'AP-CO propose d'élargir considérablement le champ d'application personnel des art. 964a-964c CO, pour le faire correspondre dans une large mesure à celui de la CSRD. Cela doit être salué.

Il faut souligner que les seuils prévus par l'art. 964a AP-CO doivent être atteints deux ans de suite pour qu'une entreprise soit soumise à l'obligation de rapport, contre un seul exercice en droit européen. Cela pourrait constituer un handicap au moment de la reconnaissance de l'équivalence du droit suisse au droit européen et doit être réexaminé.

De plus, contrairement à la réglementation européenne, l'AP-CO ne prévoit pas d'obligation de rédiger un rapport pour les grandes entreprises d'intérêt public contrôlées par une autre entreprise soumise à l'obligation de rédiger un rapport sur les questions non financières. Il serait préférable qu'une grande entreprise d'intérêt public suisse, contrôlée par une entreprise ayant son siège à l'étranger et soumise à l'obligation de rapport, demeure soumise à l'obligation de rédiger un rapport sur la durabilité selon le droit suisse.

Enfin, les entreprises ayant leur siège à l'étranger ne sont pas visées par les règles de l'AP-CO, qui est dépourvu d'effet extraterritorial. Pour garantir, l'équivalence de la législation suisse à la législation de l'UE, le législateur pourrait fixer un seuil plus bas dans la réglementation suisse que celui prévu par la législation européenne, éventuellement en y ajoutant un second seuil comprenant un élément d'extranéité (chiffre d'affaires mondial, montant du bilan, etc.) pour éviter que les entités inférieures à une certaine taille ne soient visées.

Aspects formels

Format du rapport

Il est bienvenu que l'art. 964c ter al. 1 AP-CO reprenne largement la solution du droit européen.

Il est souhaitable que les formats autorisés pour la publication électronique du rapport soient précisés par voie d'ordonnance et qu'ils se limitent à ceux qui le sont aussi dans l'UE.

Rapport indépendant ou rapport intégré

En droit européen, l'information en matière de durabilité doit figurer dans une section spécifique du rapport de gestion, auquel elle doit être intégrée. Le droit suisse devrait reprendre la solution du droit européen si la société est soumise à l'obligation légale d'établir un rapport de gestion (art. 961 *cum* 727 CO).

Révision du rapport

L'art. 964c bis al. 1 AP-CO prévoit que les informations sur les questions de durabilité soient contrôlées par une entreprise de révision (art. 6b AP-LSR) ou un organisme d'évaluation de la conformité (art. 2 let. b^{bis}, 6b AP-LSR) et que le rapport d'audit soit publié (art. 964c^{ter} al. 3 AP-CO), tout comme en droit européen.

S'agissant de l'étendue de la vérification (mission d'assurance limitée [ou négative] ou mission d'assurance raisonnable [ou positive], cf. art. 964c^{bis} al. 2 AP-CO), il est recommandable que le CF adapte pratique à celle de l'UE, afin d'assurer l'équivalence entre les législations suisse et européenne.

Publication du rapport de durabilité et du rapport de révision

Au sein de l'UE, le rapport de gestion contenant l'information en matière de durabilité et l'avis sur la conformité devront dès 2028 être communiqués à un organisme de collecte national en vue d'être publiés sur le point d'accès unique européen (art. 33 bis CSRD).

La publication des rapports sur une plate-forme unique gérée par l'Etat présente l'avantage de simplifier la recherche de documents, facilitant leur diffusion et leur analyse dans le public. La mise en place d'une telle infrastructure en Suisse, sur le modèle de ce qui sera pratiqué dans l'UE, est souhaitable. La gestion de la base de données pourrait être confiée à l'OFRC, qui gère notamment l'index des raisons de commerce Zefix et qui dispose des compétences techniques et organisationnelles nécessaires pour gérer un tel projet.

Aspects matériels

Rapport de durabilité

- Contenu du rapport

L'art. 964c al. 1 et 3 AP-CO décrit et précise, par rapport au droit actuel, les thèmes couverts par le rapport de durabilité. Cette évolution est bienvenue.

- Normes d'information en matière de durabilité

Pour permettre des comparaisons entre entreprises actives dans des secteurs distincts, les rapports de durabilité doivent porter sur les mêmes éléments et être présentés de manière uniforme.

L'art. 29 ter (2) CSRD décrit les normes détaillant les informations devant être publiées par les entreprises suivant les art. 19 bis et 29 bis CSRD, ainsi que la structure à utiliser pour la présentation desdites informations. Ces normes couvrent des aspects environnementaux, sociaux et de gouvernance, et « précisent les informations *prospectives*, *rétrospectives*, *qualitatives* et *quantitatives*, s'il y a lieu, que les entreprises doivent publier ». La Commission européenne a adopté, le 31 juillet 2023, les normes européennes d'information sur la durabilité (ESRS) du Groupe consultatif européen sur l'information financière (EFRAG).

L'art. 964c al. 3 AP-CO dispose que les informations publiées répondent aux normes de l'UE ou à d'autres normes – nationales ou internationales – qui auraient été préalablement jugées équivalentes par le CF (art. 964c al. 3 AP-CO). Aucune référence n'est faite à la qualité des informations (« prospectives, rétrospectives, qualitatives et quantitatives ») que les entreprises devraient publier.

La précision, dans la loi, de la nécessité de l'équivalence « aux normes d'information de l'UE » est bienvenue et doit être saluée comme une solution élégante et pratique. Elle présente l'avantage d'épargner au CF la nécessité de préciser le contenu des normes d'information par voie d'ordonnance et accroît la sécurité juridique. L'obligation faite au CF de désigner les normes équivalentes est susceptible de lever toute insécurité juridique si elle est appliquée correctement. Bien que la liberté laissée aux entreprises de choisir entre différentes normes peut compliquer les comparaisons entre rapports, il s'agit d'un compromis acceptable sur le plan pratique, au vu de l'exigence d'équivalence entre les normes d'information et de la nécessité de leur adéquation aux normes de l'UE.

Inversement, l'AP-CO ne fait malheureusement aucune référence à la qualité des normes d'information devant être appliquées par les entreprises ; même si la nécessité de l'équivalence aux normes européennes de la réglementation (art. 964c al. 5 AP-CO) limite la portée de cette proposition, il est souhaitable de voir ce point évoluer.

- **"Comply or explain"**

La renonciation dans l'AP-CO au principe *comply or explain* doit être saluée ; elle contribue à assurer l'équivalence entre le droit suisse et le droit européen.

Principe de la double matérialité (ou double importance relative)

L'art. 964c al. 2 AP-CO prévoit d'appliquer le principe de la double matérialité, tout comme la CSRD. Cela contribuerait à l'équivalence au droit européen de la réglementation suisse.

Chaîne de valeur

L'art. 964c al. 4 AP-CO dispose que le rapport de durabilité doit contenir des informations sur l'activité de l'entreprise et sa chaîne de valeur, étant précisé que cette notion « comprend les chaînes d'approvisionnement en amont et en aval de l'entreprise ». Cette formulation est plus large que celle des art. 19 bis (2)(f)(ii) et 29 bis (2)(f)(ii) CSRD : elle porte sur l'activité de l'entreprise et sur sa chaîne de valeur, mais aussi sur l'ensemble des informations visées aux al. 1 à 3 de l'art 964c AP-CO, tandis que le texte de la CSRD est plus limité.

Envisager une formulation plus proche de celle du droit européen serait avisé, en prenant garde de ne pas être trop restrictif pour garantir l'équivalence du droit suisse au droit européen.

Responsabilité et sanctions

Les normes internationales n'imposent pas, de manière explicite, d'obligation aux États de prévoir une responsabilité civile pour les dommages engendrés par une violation des droits de l'homme ou des normes environnementales. Des mécanismes de réparation doivent exister (troisième pilier des Principes directeurs des Nations Unies [Principe 25 et suivants]). Bien que les art. 19 bis (9) et 29 bis (8) CSRD soient centrés sur l'équivalence des rapports, non sur celle des sanctions, la Commission européenne pourrait refuser l'équivalence à la réglementation suisse en raison de sa non-conformité en matière de responsabilité ou de sanctions.

L'AP-CO, contrairement à la Directive comptable 2013/34 (art. 33 (1), (2) ; art. 51), qui a été amendée par la CSRD, ne prévoit aucune norme spéciale de responsabilité civile en cas de dommage causé par une violation des obligations liées au rapport sur les questions non financières. Il s'agit d'une lacune importante : la réforme devrait inclure une norme spéciale de responsabilité civile claire et spécifique, qui concernerait en tout cas l'entreprise, mais aussi, idéalement, ses organes dirigeants.

En lien avec ces derniers, il serait possible d'inclure la prise en compte de la durabilité aux attributions intransmissibles et inaliénables » du conseil d'administration (art. 716a CO). De cette manière, toute entreprise devrait intégrer la durabilité au rang de ses principes.

L'entreprise pourrait aussi être responsable pour les actes accomplis à l'étranger, directement ou par des filiales ou entreprises contrôlées. Une adaptation de la LDIP serait nécessaire afin d'assurer la mise en œuvre efficace de la responsabilité civile.

Pour le surplus, la norme pénale (art. 325 ter AP-CP) devrait aussi viser le contenu intrinsèque du rapport : une entreprise qui violerait ses devoirs de diligence devrait encourir une sanction pénale.

IV. Quid du devoir de diligence des entreprises en matière de durabilité ?

On peut regretter que le DFJP n'ait pas tenu compte de l'adoption, le 13 juin 2024, de la Directive 2024/1760 sur le devoir de vigilance des entreprises en matière de durabilité (CSDDD). En effet, la gestion de l'équilibre au droit européen du droit suisse se pose à présent de manière plus concrète que jamais, aussi dans ce domaine : la CSDDD aura un effet extraterritorial, qui devrait avoir une incidence considérable sur les entreprises suisses.

Sur le plan politique, il convient de se souvenir que l'Appel pour les multinationales responsables (qui était à l'origine de l'initiative populaire « Entreprises responsables – pour protéger l'être humain et l'environnement »), et un comité multipartite, composé tant de politiciens bourgeois que de membres de partis de gauche, s'engagent en faveur d'une loi qui reprendrait les éléments de la Directive 2024/1760 sur le devoir de vigilance des entreprises en matière de durabilité.

V. Conclusion

L'AP-CO est à saluer, sous réserve des remarques qui ont été développées dans cette prise de position.

En vous souhaitant une bonne réception de ce qui précède et en demeurant à votre disposition pour tout renseignement complémentaire, je vous prie d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'assurance de ma très haute considération.



Prof. Damiano Canapa

Annexe : ment.

De la transparence sur les questions non financières à la transparence en matière de durabilité : L'inévitable évolution du droit suisse

Damiano Canapa¹

I. Introduction

Cette contribution analyse la compatibilité au droit européen de l'avant-projet du Conseil fédéral (CF) du 26 juin 2024 « Code des obligations (Transparence sur les questions de durabilité) » (AP-CO), s'agissant des obligations en matière de transparence non financière en matière de durabilité².

La Directive (UE) 2022/2064 sur la publication d'informations en matière de durabilité par les entreprises (*Corporate Sustainability Reporting Directive*, CSRD)³ a modifié les dispositions relatives à la publication d'informations non financières de la « Directive comptable » 2013/34 (UE)⁴ (Directive comptable). Les travaux ayant conduit à cette modification découlent de deux textes. D'une part, le « pacte vert pour l'Europe », qui « vise à transformer l'Union en une économie moderne, efficace dans l'utilisation des ressources et compétitive, caractérisée par l'absence d'émission nette de gaz à effet de serre (GES) d'ici à 2050 »⁵. D'autre part, le « Plan d'action : financer la croissance durable », dans lequel la Commission a indiqué que « [l]a publication [...] d'informations pertinentes, comparables et fiables en matière de durabilité » était nécessaire à la réalisation d'objectifs qui visent à la mise en œuvre du plan d'action sur le financement de la croissance durable⁶.

¹ Professeur à l'Université de Lausanne, LL.M. (Bruges), LL.M. (Yale). L'auteur remercie la professeure Joëlle de Sépibus, LL.M., pour sa relecture critique et ses commentaires et, son assistante, Daniela Gherciu, MLaw, pour son aide dans la mise en forme du manuscrit.

² V. déjà Giulia Neri-Castracane/Damiano Canapa/Teymour Brander, *The Swiss legislation on Business and Human Rights: a reform needed towards harmonization with EU law*, *European Business Organization Review* 2024 (à paraître), où les cadres juridiques suisse et européen s'agissant de la transparence en matière de durabilité et du devoir de diligence étaient comparés en détail. Il était conclu que les besoins de réforme du droit suisse allaient bien au-delà de simple retouches cosmétiques et qu'une remise en question de l'ensemble du système était nécessaire.

³ Directive (UE) 2022/2464 du Parlement européen et du Conseil du 14 décembre 2022 modifiant le règlement (UE) n° 537/2014 et les directives 2004/109/CE, 2006/43/CE et 2013/34/UE en ce qui concerne la publication d'informations en matière de durabilité des entreprises, JO L 322/15.

⁴ Directive 2013/34/UE du Parlement européen et du Conseil du 26 juin 2013 relative aux états financiers annuels, aux états financiers consolidés et aux rapports y afférents de certaines formes d'entreprises, modifiant la directive 2006/43/CE du Parlement européen et du Conseil et abrogeant les directives 78/660/CEE et 89/349/CEE du Conseil, JO L 182/19. Sauf indication contraire, toute référence à la Directive comptable se rapporte à la version consolidée au 28 mai 2024 du document.

⁵ Considérant 1 Directive (UE) 2022/2464 (n. 3).

⁶ Considérant 2 Directive (UE) 2022/2464 (n. 3).

La révision de la Directive comptable a entraîné le remplacement de la terminologie d'« information non financière » par celle d'« information en matière de durabilité »⁷. L'information dite « non financière » gagne chaque jour en importance et entraîne des conséquences financières sur les opérations des entreprises⁸. La publication de cette information permet non seulement d'évaluer la gestion des risques des entreprises en matière de durabilité, mais aussi, de surcroît, d'accroître la confiance des investisseurs, en leur fournissant des données qui décrivent l'impact sociétal des entreprises. Enfin, l'obligation de publier des rapports de durabilité a un impact positif sur la durabilité, en incitant par exemple les entreprises à mieux tenir compte des questions de durabilité et des risques y liés⁹.

Dans l'AP-CO, le Département fédéral de justice et police (DFJP) propose l'adoption d'une terminologie semblable à celle de la législation européenne : de « Transparence sur les questions non financières », le chapitre précédant l'art. 964a CO deviendrait « Transparence sur les questions de durabilité ». L'avant-projet vise à réformer en profondeur la transparence des entreprises en matière de durabilité en vue d'accroître l'utilité pour les entreprises, les investisseurs, la société civile, les pouvoirs publics ou encore les milieux scientifiques, selon un rapport commandité par le SECO et l'Office fédéral de la justice (OFJ)¹⁰. La réduction de l'asymétrie de l'information aurait un impact positif sur l'économie suisse et sur la durabilité¹¹, contre de faibles répercussions sur la compétitivité et l'attractivité de la place économique¹².

L'AP-CO et le Rapport explicatif du DFJP (Rapport explicatif)¹³ qui l'accompagne font suite au « Rapport [de l'OFJ] sur les propositions de l'Union européenne (UE) en matière de

⁷ La Directive comptable avait auparavant été complétée, le 22 octobre 2014, par la Directive 2014/95/UE du Parlement européen et du Conseil du 22 octobre 2014 modifiant la directive 2013/34/UE en ce qui concerne la publication d'informations non financières et d'informations relatives à la diversité par certaines grandes entreprises et certains groupes, JO L 330/1 [Non-Financial Reporting Directive, NFRD].

⁸ Considérant 8 Directive (UE) 2022/2464 (n. 3). V. aussi Aline Darbellay/Yannick Cabellero Cuevas, *The Materiality of Sustainability Information under Capital Markets Law*, RSDA 2023/2, 47 ss.

⁹ DFJP, Modification du code des obligations (transparence sur les questions de durabilité) : Rapport explicatif, Berne 26 juin 2024, 45. V. aussi BSS Volkswirtschaftliche Beratung, Bericht: RFA: Nachvollzug der CSRD, Bâle 2024, 47 s. : cette étude cite des études menées aux USA et en Grande-Bretagne, qui sont parvenues à la conclusion que l'obligation de rapport pouvait induire une réduction de 8 à 18 % des émissions de CO₂. Des incertitudes à ce propos demeurent néanmoins en lien avec les conflits d'intérêts, les effets de fuite – à savoir la reprise de certaines activités par des entreprises qui ne seront pas tenues de rédiger un rapport, le *greenwashing* ou encore les difficultés à protéger le secret des affaires, DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 45 s.

¹⁰ BSS Volkswirtschaftliche Beratung (n. 9), 31 ss, 45 ss.

¹¹ BSS Volkswirtschaftliche Beratung (n. 9), 43 s., 51.

¹² BSS Volkswirtschaftliche Beratung (n. 9), 44 s.

¹³ DFJP, Rapport explicatif (n. 9).

durabilité et sur le droit en vigueur en Suisse » du 2 décembre 2022¹⁴. L'OFJ y soulignait que le cadre juridique suisse était moins « strict » que son pendant européen en matière de devoir de vigilance, de publication d'informations et de sanctions¹⁵. Entre ces deux rapports, le CF a réaffirmé, le 22 septembre 2023, sa volonté d'harmoniser le droit suisse au droit européen en matière d'information non financière¹⁶.

Cet article présente en premier lieu les motifs pour lesquels une harmonisation du droit suisse au droit européen est souhaitable (II.). Ensuite, l'essentiel de la contribution est consacré à l'AP-CO et à son équivalence à la CSRD (III.). Les éléments suivants sont analysés : le champ d'application personnel (A.), les aspects formels (B.), différents aspects matériels (C.) et la question de la responsabilité et des éventuelles sanctions (D.). Enfin, la question du devoir de diligence des entreprises en matière de durabilité, actuellement réglementé de manière partielle aux art. 964j-964l CO (limitation au secteur des minerais et des métaux provenant de zones de conflit et lorsqu'il existe un soupçon fondé de recours au travail des enfants), est brièvement examinée au vu de l'adoption, le 13 juin 2024, de la Directive sur le devoir de vigilance des entreprises en matière de durabilité¹⁷ (IV.).

En conclusion (V.), si l'AP-CO est salué, des possibilités d'amélioration demeurent, dont le CF devrait tenir compte et qui ne devraient pas être négligées par le Parlement s'il souhaite assurer l'équivalence du droit suisse au droit de l'UE.

II. Du besoin d'harmoniser le droit suisse au droit européen : l'application extraterritoriale de la Directive comptable

Le législateur suisse ne saurait ignorer les implications, pour les entreprises suisses, de la Directive comptable¹⁸.

En premier lieu, les entreprises ayant leur siège hors d'un Etat membre de l'UE, par exemple en Suisse, et cotée en bourse dans un Etat membre, tombent dans le champ d'application de la

¹⁴ OFJ, Mandat du DFJP du 23 février 2022 : Analyse des propositions de directives de l'UE sur le devoir de vigilance des entreprises en matière de durabilité et sur la publication d'informations en matière de durabilité par les entreprises et examen de la nécessité d'adapter le droit suisse, Berne 2022.

¹⁵ OFJ, Mandat (n. 14), 21 s.

¹⁶ Conseil fédéral, Publication d'informations sur la gestion durable des entreprises : le Conseil fédéral arrête les grandes lignes, Communiqué de presse du 22.09.2023.

¹⁷ Directive (UE) 2024/1760 du Parlement européen et du Conseil du 13 juin 2024 sur le devoir de vigilance des entreprises en matière de durabilité et modifiant la directive (UE) 2019/1937 et le règlement (UE) 2023/2859, JO L 1760/1.

¹⁸ Cf. considérant 20 Directive (UE) 2022/2464 (n. 3). V. Neri-Castracane/Canapa/Brander (n. 2), 2.1 pour un aperçu complet.

Directive comptable¹⁹ si elles ont un total du bilan supérieur à 25 000 000 EUR, un chiffre d'affaires net supérieur à CHF 50'000'000.- et qu'elles comptent plus de 500 employés²⁰.

Ce champ d'application s'élargira progressivement dans le courant des prochaines années. Dès 2025²¹, ces entreprises seront soumises à la réglementation européenne si elles dépassent au moins deux des trois critères suivants : un total du bilan de 25 000 000 EUR ; un chiffre d'affaires net de CHF 50'000'000.- ; et plus de 250 employés²². Dès 2026²³ (avec une possibilité de repousser l'entrée en vigueur de l'obligation au plus tard à 2028²⁴), ce sont par surcroît les PME cotées en bourse dans un Etat membre de l'UE, à l'exception des microentreprises²⁵, qui seront soumises à la Directive comptable²⁶. Enfin, dès 2028²⁷, (i) toutes les grandes entreprises²⁸ ayant leur siège hors d'un pays membre de l'UE et ayant réalisé un chiffre d'affaires net supérieur à 150 000 000 EUR dans l'Union durant deux exercices consécutifs²⁹ seront soumises à la Directive comptable ; elles seront tenues de publier des informations consolidées en matière de durabilité au niveau du groupe³⁰ si l'une de leurs filiales ayant son siège dans un Etat membre est une grande entreprise ou une PME cotée en bourse³¹, ou qu'elles ont une succursale sur le territoire de l'Union qui réalise un chiffre d'affaires annuel net d'au moins 40 000 000 EUR³².

En second lieu, toutes les sociétés qui interviennent dans la chaîne de valeur des entreprises tombant dans le champ d'application de la Directive comptable seront indirectement concernées, parce qu'elles devront fournir aux entreprises directement soumises à la directive des informations en matière de durabilité³³. Ces informations porteront sur les activités propres de ces entreprises, par exemple des PME suisses, et sur celles des entreprises se trouvant dans

¹⁹ Art. 5 (2)(a) Directive (UE) 2022/2464 (n. 3).

²⁰ Art. 19 bis (1) *cum* 2 (1)(a), 3 (4) Directive comptable (n. 4).

²¹ Art. 5 (2)(b) Directive (UE) 2022/2464 (n. 3).

²² Art. 19bis (1) *cum* 2 (1)(a), 3(4) Directive comptable (n. 4).

²³ Art. 5 (2)(c) Directive (UE) 2022/2464 (n. 3).

²⁴ Art. 19bis (7) Directive comptable (n. 4).

²⁵ Une microentreprise ne dépasse pas les limites chiffrées d'au moins deux des trois critères suivants : un total du bilan de 450 000 EUR, un chiffre d'affaires net de 900 000 EUR et un nombre moyen de salariés au cours de l'exercice de 10 (art. 3 (1) Directive comptable [n. 4]).

²⁶ Art. 19bis (1) *cum* 2 (1)(a), 3 (1)-(3) Directive comptable (n. 4).

²⁷ Art. 5 (2) Directive (UE) 2022/2464 (n. 3).

²⁸ Sur cette notion, cf. *infra*. III.A.1.

²⁹ Art. 40 bis (1) subpara. 5 Directive comptable (n. 4).

³⁰ Art. 40 bis (1) subpara. 1, 3 Directive comptable (n. 4).

³¹ Art. 40 bis (1) subpara. 1, 2 Directive comptable (n. 4).

³² Art. 40 bis (1) subpara. 3, 4 Directive comptable (n. 4).

³³ OFJ, Mandat (n. 14), 18 s., 20. Sur l'application extraterritoriale de la CSRD en Suisse, cf. Giulia Neri-Castracane/Teymour Brander, Les enjeux de la CSRD pour les entreprises suisses, *Revue suisse de droit des affaires et du marché financier* 2023/5, 587-602.

leur chaîne de valeur³⁴, indépendamment du lieu de leur siège³⁵. Enfin, les filiales non-européennes de sociétés soumises directement à la Directive comptable seront aussi indirectement affectées, dans la mesure où les entreprises mères devront adresser l'impact de leurs filiales dans leur rapport consolidé de gestion³⁶.

L'harmonisation de la législation suisse avec celle de l'UE est essentielle non seulement pour éviter que des sociétés suisses ne soient soumises simultanément à des réglementations disparates et contradictoires, mais aussi pour limiter une multiplication des rapports de durabilité sur des sujets connexes, et réduire le risque de sanction en cas de non-respect des obligations tirées de la Directive comptable³⁷. En cela, la sécurité juridique sera renforcée.

III. Le projet de modification des art. 964a-964c CO et son équivalence à la Directive comptable

A. Champ d'application personnel

1. De *lege lata*

Le champ d'application personnel des art. 964a-964c CO est plus restreint que le celui de la Directive comptable³⁸.

L'art. 19 bis (1) Directive comptable dispose que sont soumises à l'obligation de fournir des informations en matière de durabilité toutes les grandes entreprises, d'une part, et les PME cotées en bourse (art. 3 (2) et (3) *cum* 2 (1) Directive comptable), à l'exception des microentreprises (art. 3 (1) Directive comptable)³⁹, d'autre part. Est considérée comme « grande », une entreprise qui dépasse au moins deux des trois critères suivants au cours d'un exercice : un total du bilan de 25 000 000 EUR, un chiffre d'affaires net de CHF 50'000'000.-, et un nombre moyen de salariés au cours de l'exercice de 250 (art. 3 (4) Directive comptable)⁴⁰.

³⁴ Sur cette notion, cf. *infra* III.C.3.

³⁵ Vanessa Knapp, Proposed EU Directive on Corporate Sustainability Due Diligence: Why Non-EU Businesses Should Respond to the Consultation, 2022 Oxford Business Law Blog, disponible sous : <https://blogs.law.ox.ac.uk/business-law-blog/blog/2022/05/proposed-eu-directive-corporate-sustainability-due-diligence-why-non> (consulté le 10 octobre 2024) ; Claire Bright/Lise Smit, The New European Directive on Corporate Sustainability Due Diligence. British Institute of International and Comparative Law, 2022, 3, disponible sous : https://www.biicl.org/documents/11146_ec_directive_briefing_bright_and_smit.pdf (consulté le 10 octobre 2024).

³⁶ Art. 29 bis (2)(f)(ii) Directive comptable

³⁷ Cf. *infra* III.D.

³⁸ Neri-Castracane/Canapa/Brander (n. 2), 3.1.

³⁹ Cf. n. 25.

⁴⁰ Si une entreprise ou un groupe, à la date de clôture de son bilan, cesse de dépasser les limites chiffrées de deux des trois critères, cette circonstance doit se produire pendant deux exercices consécutifs pour avoir une incidence sur l'application des dérogations prévues dans la directive.

Les seuils en euros du bilan et du chiffre d'affaires ont été augmentés le 17 octobre 2023 par la Commission européenne pour tenir compte des effets de l'inflation⁴¹.

Des exemptions à l'obligation de publier des informations en matière de durabilité existent pour les « filiales exemptées » (art. 19 bis (9) Directive comptable) et les « entreprise[s] mère[s] exemptée[s] » (art. 29 bis (8) Directive comptable). La seconde exemption, dont les grandes entreprises d'intérêt public ne sauraient bénéficier (art. 19 bis (10) ; art. 29 bis (9) Directive comptable), concerne les entreprises mères qui sont des filiales d'autres entreprises et qui, à ce titre, sont incluses dans le rapport consolidé de gestion de leur propre entreprise mère.

En Suisse, les sociétés d'intérêt public⁴² qui ont, durant deux exercices successifs, un effectif de 500 emplois à plein temps au moins en moyenne annuelle, et, durant la même période, un bilan supérieur à CHF 20 millions ou un chiffre d'affaires supérieur à CHF 40 millions, sont soumises à l'obligation de rédiger un rapport sur les questions non financières⁴³. Alors que les seuils se rapportant aux montants du bilan et du chiffre d'affaires sont identiques à ceux de l'art. 727 al. 1 ch. 2 CO, qui déterminent si une société doit être soumise au contrôle ordinaire ou au contrôle restreint, tel n'est pas le cas du seuil lié à l'effectif, qui est plus élevé s'agissant de l'obligation de rédiger un rapport sur les questions non financières⁴⁴.

Toute entreprise, quelle que soit sa taille et son importance économique, est libérée de l'obligation de rapport si elle est contrôlée par une entreprise soumise à l'obligation de rédiger un rapport sur les questions non financières (art. 964a al. 2 ch. 1 CO)⁴⁵ ou un rapport équivalent en vertu du droit étranger (art. 964a al. 2 ch. 2 CO ; par exemple de la Directive comptable)⁴⁶. Cette réglementation, qui ouvre le champ à davantage d'exceptions que la Directive comptable

⁴¹ Considérants 2 ss Directive déléguée (UE) 2023/2775 de la Commission du 17 octobre 2023 modifiant la directive no 2013/34/UE du Parlement européen et du Conseil en ce qui concerne l'ajustement des critères de taille pour les micro-, petites, moyennes et grandes entreprises ou pour les groupes, JO L 2023/2775.

⁴² Il s'agit des sociétés ouvertes au public (art. 727 a. 1 ch. 1 CO) et des sociétés assujetties à la FINMA suivant l'art. 3 LFINMA, soumises à un audit (art. 24 LFINMA) qui doit être exécuté par une société d'audit agréée au sens de l'art. 9a LSR, cf. DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 15 s. ; v. aussi CR CO II-Canapa/Schmid/Cima, art. 964a, N 13 ss.

⁴³ Au sujet de ces conditions, cf. CR CO II-Canapa/Schmid/Cima, art. 964a, N 9 ss. Les valeurs seuils peuvent être atteintes par l'entreprise seule ou conjointement avec une ou plusieurs entreprise(s) suisse(s) ou étrangère(s) contrôlée(s) par elle ; sur la notion de contrôle, cf. CR CO II-Canapa/Schmid/Cima, art. 964a, N 23 ss.

⁴⁴ Qui exige le dépassement de deux des trois valeurs suivantes : bilan supérieur à CHF 20 millions ; chiffre d'affaires supérieur à CHF 40 millions ; effectif supérieur à 250 emplois à plein temps en moyenne annuelle.

⁴⁵ CR CO II-Schmid/Cima/Canapa, art. 964b, N 39. Le rapport consolidé sur les questions non financières doit porter sur les filiales du groupe (art. 964b al. 4 CO).

⁴⁶ Neri-Castracane/Canapa/Brander (n. 2), 3.1 ; Damiano Canapa/Aurélien Barakat, The Swiss Non-Financial Reporting Obligations: Scope of Application and Obligations (and Need for Reform), in : Damiano Canapa/Jean-Luc Chenaux/Edgar Philippin (édits), Purpose in Corporate Governance, Berne 2024, 103, 106 s.

dans la mesure où toute grande entreprise peut potentiellement être exemptée de l'obligation de rapport, vise à éviter le dédoublement des rapports au sein d'un groupe⁴⁷.

2. L'AP-CO

Dans l'AP-CO, le CF propose d'élargir considérablement le champ d'application personnel de l'obligation de transparence. Alors que deux cents à trois-cent quarante entreprises sont visées par l'obligation de rédiger un rapport sur les questions non financières (dont cent quarante tombent simultanément sous le coup de la directive européenne)⁴⁸, jusqu'à trois mille cinq cents entreprises pourraient à l'avenir être soumises à l'obligation de rédiger un rapport de durabilité⁴⁹.

Suivant l'art. 964a AP-CO, seraient visées par l'obligation de rédiger annuellement un rapport de durabilité : (i) les sociétés d'intérêt public (ch. 1)⁵⁰ ; (ii) les entreprises importantes sur le plan économique, à savoir celles qui dépassent, au cours de deux exercices successifs, au moins deux des trois critères suivants : un total du bilan de CHF 25'000'000, un chiffre d'affaires net de CHF 50'000'000.-, et un effectif de 250 emplois à plein temps au moins en moyenne annuelle (ch. 2) ; et (iii) les entreprises soumises à l'obligation d'établir des comptes consolidés et qui dépassent conjointement avec une ou plusieurs entreprise(s) contrôlée(s) par elles, au cours de deux exercices successifs, deux des seuils susmentionnés. Les entreprises contrôlées par une entreprise soumise à l'obligation de rédiger un rapport de durabilité, celles qui doivent établir un rapport équivalent en vertu du droit étranger (art. 964b al. 1 AP-CO)⁵¹ et les microentreprises (art. 964b al. 2 AP-CO)⁵² demeureraient libérées de l'obligation de rédiger un rapport de durabilité.

⁴⁷ OFJ, Transparence sur les questions non financières et devoirs de diligence et transparence en matière de minerais et métaux provenant de zones de conflit et de travail des enfants, Berne, 19 novembre 2019, 13.

⁴⁸ BSS Volkswirtschaftliche Beratung (n. 9), 18 s. Pour l'année 2023, 140 entreprises cotées en bourse en Suisse étaient soumises à l'obligation de rédiger un rapport sur les questions non financières, tandis que 3 entreprises cotées en bourse en Suisse ont choisi de rédiger un tel rapport sur une base volontaire, cf. Ethos, Etude 2024 : Assemblées générales et rapports de durabilité, Genève 2024, 18, disponible sous https://www.ethosfund.ch/sites/default/files/2024-10/Etude%20Saison%20AG%202024_FR_FINAL.pdf (consulté le 10 octobre 2024)

⁴⁹ BSS Volkswirtschaftliche Beratung (n. 9), 19.

⁵⁰ Cf. n. 42.

⁵¹ A titre d'exemple, un rapport établi selon les normes d'information de l'UE serait jugé équivalent si la société mère avait son siège dans un Etat membre de l'Union et qu'elle était tenue d'établir son rapport suivant la Directive comptable (n. 4), v. DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 18 s.

⁵² Les microentreprises sont celles qui, au cours de deux exercices successifs, ne dépassent pas, seules ou avec les entreprises qu'elles contrôlent, deux des trois critères suivants : un total du bilan de CHF 450'000.-, un chiffre d'affaires de CHF 900'000.- et un effectif de 10 emplois à plein temps au moins en moyenne annuelle (cf. art. 964b al. 1 ch. 2 AP-CO).

Tout comme en droit européen⁵³, le droit suisse pourrait aussi soumettre toutes les entreprises dépassant une certaine taille à l'obligation de rédiger un rapport de durabilité. Il demeurerait cependant impossible pour une entreprise de se baser sur l'obligation de soumettre ses comptes au contrôle ordinaire ou à l'obligation d'établir des comptes consolidés pour en déduire, *ipso facto*, une obligation de rédiger un rapport de durabilité. En effet, suite au rehaussement par la Commission européenne des seuils de la Directive comptable se rapportant au bilan et au chiffre d'affaires⁵⁴, les seuils de l'art. 964a AP-CO, directement adaptés du droit européen, divergeraient toujours de ceux qui soumettent les comptes annuels au contrôle ordinaire (art. 727 CO)⁵⁵. Plus particulièrement, certaines entreprises soumises au contrôle ordinaire de leurs comptes ou à l'obligation d'établir des comptes consolidés demeureraient exemptées de l'obligation de rédiger un rapport de durabilité⁵⁶.

Si la divergence entre les seuils est cohérente avec la systématique de la loi et équivalente au droit de l'UE, elle implique que les entreprises suisses devraient faire preuve d'une attention renforcée pour s'assurer, tout comme leurs homologues européennes, de ne pas manquer à leur obligation de rapport en matière de durabilité⁵⁷. De plus, le fait que les seuils prévus par l'art. 964a AP-CO devraient être atteints deux ans de suite pour qu'une entreprise soit soumise à l'obligation de rapport, contre un seul exercice en droit européen, pourrait constituer un handicap au moment de la reconnaissance de l'équivalence du droit suisse au droit européen.

En revanche, l'AP-CO ne prévoit pas, contrairement à la réglementation européenne, d'obligation de rédiger un rapport pour les grandes entreprises d'intérêt public contrôlées par une autre entreprise soumise à l'obligation de rédiger un rapport sur les questions non financières⁵⁸. En plus, les entreprises ayant leur siège à l'étranger ne sont pas visées par les

⁵³ Cf. *supra* III.A.1.

⁵⁴ Cf. n. 41.

⁵⁵ Il est proposé de renoncer à une adaptation du taux de change et d'admettre la parité entre le franc suisse et l'euro. En revanche, le nombre d'emplois à plein temps en moyenne annuelle correspond à celui de l'art. 727 CO, cf. DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 16 s., cf. en général DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 16 s.

⁵⁶ Cf. en général DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 16 s., 18.

⁵⁷ Le DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 17, souligne qu'il n'existe, en droit de l'UE, que le contrôle ordinaire et la renonciation à la révision (et pas de contrôle restreint) et que les seuils réglementant l'obligation de faire contrôler les comptes sont beaucoup plus bas en droit de l'UE qu'en droit suisse. Aussi, avant même l'augmentation des seuils (n. 41), nombre d'entreprises européennes étaient déjà soumises au contrôle ordinaire de leurs comptes sans être pour autant soumises à l'obligation de publier des informations en matière de durabilité.

⁵⁸ Cf. *supra* III.A.1.

règles de l'AP-CO, qui est donc dépourvu d'effet extraterritorial⁵⁹. Le DFJP justifie ce choix par le fait que seul une poignée d'entreprises serait concernée par une telle réglementation⁶⁰.

Cette dernière limitation est peu convaincante : contrairement à l'avis du DFJP, rien n'empêcherait le législateur de fixer un seuil plus bas dans la réglementation suisse que celui prévu par la législation européenne⁶¹, éventuellement en y ajoutant un seuil comprenant un élément d'extranéité (chiffre d'affaires mondial, montant du bilan, etc.) pour éviter que les entités inférieures à une certaine taille ne soient visées. A priori, le fait que la réglementation suisse ne prévoie aucune obligation pour les entreprises ayant leur siège à l'étranger n'avait pas d'influence sur son équivalence avec le droit européen .

B. Aspects formels

1. Format du rapport

Suivant l'art. 29 quinquies Directive comptable, le rapport doit être établi au format XHTML (art. 3 Règlement délégué 2019/815) et les informations en matière de durabilité balisées au format XBRL (art. 4 (4) Règlement délégué 2019/815).

Aucune réglementation similaire n'existe en droit suisse pour le rapport sur les questions non financières. L'art. 4 al. 2 Ordonnance relative au rapport sur les questions climatiques⁶² prévoit cependant que le rapport exigé par cette ordonnance doit être publié « au moins dans un format électronique répandu au niveau international et lisible par l'homme et la machine », tels que les formats XHTML et XBRL. En pratique, puisque le rapport sur les questions climatiques et le rapport sur les questions non financières sont généralement combinés⁶³, la publication électronique est déjà encadrée.

L'AP-CO propose de lever toute ambiguïté, en reprenant largement la solution du droit européen : l'art. 964c ter al. 1 AP-CO dispose que le rapport de durabilité doit être établi dans un format d'information électronique unique, répondant à des normes internationales reconnues. De la sorte, la comparabilité des rapports serait plus aisément assurée⁶⁴. Pour des

⁵⁹ Cf. *supra* II.

⁶⁰ BSS Volkswirtschaftliche Beratung (n. 9), 20. Sur les trente entreprises qui réalisent en Suisse un chiffre d'affaires supérieur à CHF 150'000'000.- (seuil qui, rapporté en euros, constitue la limite qui soumet une entreprise à l'obligation de rapport suivant la Directive comptable (n. 4), cf. *supra* II.), la grande majorité est déjà soumise à l'obligation de fournir des informations en matière de durabilité suivant la Directive comptable (n. 4).

⁶¹ Cf. en général, DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 15.

⁶² RS 221.434.

⁶³ Neri-Castracane/Canapa/Brander (n. 2), 3.2.3.

⁶⁴ Dans ce sens, DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 37.

raisons pratiques, il serait néanmoins souhaitable que les formats autorisés pour la publication électronique du rapport soient précisés par voie d'ordonnance et qu'ils se limitent à ceux qui le sont aussi dans l'UE.

2. Rapport indépendant ou rapport intégré

Suivant les art. 19 bis (1) *i.f.* et 29 bis (1) *i.f.* Directive comptable, l'information en matière de durabilité doit figurer dans une section spécifique du rapport de gestion, auquel elle doit être intégrée. Le rapport de gestion comprend donc une section décrivant les principales incidences négatives, réelles ou potentielles, des activités de l'entreprise ou du groupe, et de sa chaîne de valeur (art. 19 bis (2)(f)(ii), 29 bis (2)(f)(ii) Directive comptable).

En droit suisse, le rapport sur les questions non financières est un rapport distinct du rapport annuel, mais qui peut, a priori, y être intégré, bien qu'un débat doctrinal existe à ce sujet⁶⁵. Ce débat pourrait bientôt appartenir au passé, puisque l'AP-CO clarifie la situation : à l'avenir, le rapport de durabilité pourrait, à choix, être publié sous une forme séparée ou intégré dans le rapport annuel⁶⁶. Dans la mesure où le champ d'application de la soumission des comptes annuels au contrôle ordinaire – et donc de l'obligation de rédiger un rapport annuel (art. 961 ch. 3 CO) – serait plus large que celui de l'obligation de publier un rapport de durabilité⁶⁷, les informations en matière de durabilité pourraient dans tous les cas figurer dans le rapport annuel. Ces informations devraient remplir toutes les conditions de forme, décrites à l'art. 964c ter AP-CO, qui accompagnent le rapport de durabilité.

Le Rapport explicatif n'explique pas pourquoi l'AP-CO ne reprend pas la solution du droit européen en matière d'intégration du rapport de durabilité aux comptes annuels. La manière de procéder choisie ne devrait cependant pas empêcher la reconnaissance, par la Commission européenne, de l'équivalence à la réglementation européenne de la réglementation suisse sur la publication d'informations en matière de durabilité.

3. Révision du rapport

⁶⁵ Pro : OFK OR-Eberle/Buchmann (2023), art. 964e, N 2 ; Anne Schneuwly/Aline Darbellay, Les exigences de transparence selon les articles 964a–964l du CO, in : Rashid Bahar, Damiano Canapa, Isabelle Chabloz, Olivier Hari, Rita Trigo Trindade (édits), Modernisation du droit de la société anonyme du 19 juin 2020 : Conférences organisées par les Facultés de droit romandes, Berne 2024 ; *contra* : Peter Forstmoser/Marcel Küchler, Schweizerisches Aktienrecht 2020 - Das neue Recht der AG, der GmbH und der Genossenschaft und die damit verbundenen weiteren Gesetzesänderungen. Zurich 2021, art. 964f, N 6 ; BKodeS-Kaufmann/Biggoer, § 29 N 35.

⁶⁶ DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 14.

⁶⁷ Cf *supra* III.A.2.

L'art. 34 (1)(a bis) Directive comptable dispose qu'un contrôleur légal ou cabinet d'audit est tenu d'émettre, « sur la base d'une mission d'assurance limitée », un avis sur la conformité de l'information en matière de durabilité⁶⁸. Cet avis, qui doit être rendu public (art. 34 (6) Directive comptable), exprime sous une forme *négative* qu'aucun élément ne permet de conclure que l'information en matière de durabilité serait entachée d'inexactitudes significatives (art. 26 (1) et 28 (1) Directive 2006/43)⁶⁹.

L'avis porte sur la conformité de l'information avec les normes d'informations en matière de durabilité de l'Union (art. 29 ter Directive comptable), sur le respect de l'obligation de baliser l'information en matière de durabilité et sur le respect des exigences de publication d'informations de l'art. 8 Règlement 2020/852⁷⁰. Le niveau d'assurance requis pour l'information en matière de durabilité sera renforcé au plus tard en 2028 : d'une mission d'assurance limitée, la réglementation européenne passera à une mission d'assurance raisonnable. Un avis positif sur la conformité de l'information en matière de durabilité sera alors exigé⁷¹.

En Suisse, s'il n'existe actuellement aucune obligation de faire vérifier par un tiers le rapport sur les questions non financières⁷², l'art. 964c bis al. 1 AP-CO prévoit que les informations sur les questions de durabilité soient contrôlées par une entreprise de révision (art. 6b AP-LSR) ou un organisme d'évaluation de la conformité (art. 2 let. b^{bis}, 6b AP-LSR)⁷³. Si cette modification devait être adoptée, les sociétés d'intérêt public⁷⁴ devraient faire vérifier leur rapport de durabilité par une entreprise de révision soumise à la surveillance de l'état (art. 6a LSR), tandis que la vérification des rapports des autres entreprises pourrait être assurée par une entreprise de

⁶⁸ Suivant l'art. 34 (4) Directive comptable (n. 4), cette mission peut aussi être confiée à un « prestataire de services d'assurance indépendant », qui correspond, dans la terminologie suisse, à l'organisme d'évaluation de la conformité.

⁶⁹ Considérant 60 Directive (UE) 2022/2464 (n. 3).

⁷⁰ Règlement (UE) 2020/852 du Parlement européen et du Conseil du 18 juin 2020 sur l'établissement d'un cadre visant à favoriser les investissements durables et modifiant le règlement (UE) 2019/2088, JO L 198/13.

⁷¹ A ce sujet, v. généralement Considérant 60 Directive (UE) 2022/2464 (n. 3). La Commission doit adopter les normes d'assurance pour l'assurance limitée d'ici au 1^{er} octobre 2026, cf. Considérant 69 Directive (UE) 2022/2464 (n. 3).

⁷² Neri-Castracane/Canapa/Brander (n. 2), 3.2.4. Malgré cela, pour l'année 2023, 61 entreprises soumises à l'obligation de reporting (sur 143 entreprises au total), dont les 20 entreprises du SMI, ont soumis leur rapport sur les questions non financières à une telle vérification, cf. Ethos (n. 48), 19.

⁷³ Suivant DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 39, un organisme d'évaluation de la conformité est par exemple un organisme au sens de la LETC (RS 946.51). V. déjà : CF, Communiqué de presse du 22 septembre 2023, Publication d'informations sur la gestion durable des entreprises : le Conseil fédéral arrête les grandes lignes. Pour plus d'information sur les entités habilitées à réviser le rapport de durabilités, cf. DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 39 s., 40 s.

⁷⁴ Cf. n. 42.

révision agréée en tant qu'expert-réviseur (art. 6a al. 2 AP-LSR). Les organismes d'évaluation de la conformité seraient soumis aux mêmes exigences.

L'étendue de la vérification serait fixée par le CF (art. 964c^{bis} al. 2 AP-CO), qui pourrait décider de soumettre le contrôle des rapports de durabilité à une mission d'assurance limitée (ou négative) ou à une mission d'assurance raisonnable (ou positive)⁷⁵. Le CF adapterait vraisemblablement sa pratique à celle de l'UE, ne serait-ce que pour éviter tout risque que la législation suisse ne soit pas considérée comme étant équivalente à celle de l'Union. Enfin, tout comme en droit de l'UE, le rapport d'audit se rapportant au rapport de durabilité rédigé suivant les art. 964a ss AP-CO devrait être publié (art. 964c^{ter} al. 3).

La vérification du rapport de durabilité pourrait être effectuée, au choix de l'entreprise, par son organe de révision ou par une entreprise tierce⁷⁶, qui serait soumise aux mêmes exigences que l'organe de révision (art. 964c^{bis} al. 3 AP-CO)⁷⁷. A défaut d'indication contraire dans les statuts ou de décision de l'assemblée générale, l'organe supérieur de direction ou d'administration serait libre de mandater toute entreprise de révision correspondant aux exigences requises⁷⁸. Indépendamment de l'entreprise chargée de vérifier le rapport de durabilité, l'organe de révision chargé du contrôle ordinaire des comptes et des comptes consolidés serait tenu vérifier « si les indications fournies [...] présentent des incohérences entre elles » (art. 728a ch. 5 AP-CO)⁷⁹.

Par une application analogique de l'art. 728c CO, en cas de constatation de violations de la loi, des statuts ou du règlement d'organisation, l'organe chargé de vérifier le rapport de durabilité devrait avertir par écrit l'organe supérieur de direction ou d'administration. En cas de violation grave ou si l'organe supérieur de direction ou d'administration devait omettre de prendre des mesures suffisantes après avoir reçu un avertissement, c'est vers l'organe compétent pour

⁷⁵ DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 35.

⁷⁶ La situation serait donc la même que pour le rapport sur la mise en œuvre des devoirs de diligence (art. 964k al. 3 CO *cum* 16 ODiTr), cf. DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 35.

⁷⁷ DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 35 ss, pour un aperçu détaillé de ces exigences. A noter que, suivant l'art. 964c^{bis} al. 4 AP-CO, les dispositions relatives à l'indépendance de l'organe vérifiant le rapport de durabilité s'appliqueraient par analogie aux entreprises se trouvant dans la chaîne d'approvisionnement des entreprises établissant un rapport de durabilité. Il ne serait donc pas loisible, pour l'organe vérifiant le rapport de durabilité, de conseiller une entreprise active dans la chaîne d'approvisionnement de l'entreprise dont il vérifierait le rapport, cf. DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 37.

⁷⁸ Il en irait de même dans le cas du choix des normes d'information applicables, cf. *infra* III.C.1.ii et n. 113.

⁷⁹ Ce contrôle, qui devrait être effectué suivant les standards internationaux d'audit et les normes suisses d'audit des états financiers NA-CH 720, ne porterait pas sur le contrôle matériel de l'exactitude et du caractère exhaustif des informations contenues dans le rapport : l'organe de révision se contenterait de vérifier et, le cas, échéant, de signaler dans son rapport, la présence d'« anomalie significative », qui pourraient exister entre le rapport de durabilité et les comptes annuels ou les comptes consolidés, cf. DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 14.

l'approbation des comptes annuels que l'organe vérifiant le rapport de durabilité devrait se tourner⁸⁰.

4. Approbation du rapport

La Directive comptable ne soumet pas à un vote contraignant l'approbation du rapport de gestion, dans lequel sont incluses les informations en matière de durabilité (art. 19 bis (1) Directive comptable).

L'art. 964c al. 1 CO dispose quant à lui que « [l]e rapport sur les questions non financière doit être [...] approuvé par l'organe compétent pour l'approbation des comptes annuels », à savoir, l'assemblée générale dans une SA. De la même manière, l'art. 964c^{ter} al. 2 AP-CO prévoit que le rapport de durabilité doit être « approuvé par l'organe compétent pour l'approbation des comptes annuels » ; ce vote est contraignant⁸¹. Cette différence entre le droit suisse et le droit européen pourrait s'expliquer par le fait que le rapport de durabilité établi selon le droit suisse peut être indépendant du rapport de gestion, alors que la Directive comptable requiert obligatoirement un rapport intégré.⁸²

5. Publication du rapport de durabilité et du rapport de révision

L'art. 33 bis Directive comptable⁸³ dispose que, dès 2028, le rapport de gestion contenant l'information en matière de durabilité et l'avis sur la conformité⁸⁴ devront tous deux être communiqués à un organisme de collecte national en vue d'être publiés sur le point d'accès unique européen.

En Suisse, tant le droit actuel que l'AP-CO se limitent à prévoir une publication par voie électronique du rapport et son accessibilité au public pendant au moins dix ans (art. 964c al. 2 ch. 1 CO, art. 964c ter al. 3 AP-CO).

⁸⁰ DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 36.

⁸¹ DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 36. Aujourd'hui, une controverse existe s'agissant du caractère consultatif ou contraignant du vote des actionnaires. Vote consultatif : CR CO II-Canapa, Art. 964c N 6 ; Schneuwly/Darbellay (n. 65), 143 s. ; Peter Bökli, *Schweizer Aktienrecht*, 5e éd. Zurich 2022, § 6 N 714; vote contraignant : Ethos, (n. 48), 18. Pour l'année 2023, 55.9 % des entreprises ont considéré qu'il s'agissait d'un vote contraignant, 41.3 % d'un vote consultatif et trois entreprises ont soumis leur rapport sur les questions non financières en même temps que le rapport annuel, dans un vote combiné et contraignant, cf. Ethos (n. 48), 18.

⁸² Cf. *supra* III.B.2.

⁸³ Cf. n. 4.

⁸⁴ Cf. *supra* III.B.3.

La publication des rapports sur une plate-forme unique gérée par l'Etat présente l'avantage de simplifier la recherche de documents, facilitant leur diffusion et leur analyse dans le public. La mise en place d'une telle infrastructure en Suisse, sur le modèle de ce qui sera pratiqué dans l'UE, est ainsi souhaitable. A priori, la gestion de la base de données pourrait être confiée à l'Office fédéral du registre du commerce, qui gère notamment l'index des raisons de commerce Zefix et qui dispose, à ce titre, des compétences techniques et organisationnelles nécessaires pour gérer un tel projet.

C. Aspects matériels

1. Rapport de durabilité

i. Contenu du rapport

Le droit suisse requiert qu'une entreprise se concentre sur la manière dont sont gérés les risques liés aux thèmes de durabilité (spéc. art. 964b al. 2 ch. 4 CO)⁸⁵, sans donner de précisions quant aux informations devant être fournies en lien avec chaque thème (à l'exception de la thématique du changement climatique, où l'Ordonnance relative au rapport sur les questions climatiques donne des directives précises). Aucun facteur de gouvernance, mis à part la lutte contre la corruption, n'est par ailleurs référencé : l'art. 964b al. 1 CO dispose que le rapport sur les questions non financières « rend compte des questions environnementales, notamment des objectifs en matière de CO₂, des questions sociales, des questions de personnel, du respect des droits de l'homme et de la lutte contre la corruption »⁸⁶, et l'art. 964b al. 2 CO précise, en se limitant à des lignes directrices générales⁸⁷, le contenu du rapport.

Cette manière de procéder peut sembler raisonnable, en prenant en compte les activités de l'entreprise au moment de déterminer le contenu du rapport et en maximisant de la sorte l'utilisation des ressources de l'entreprise, elle complique la comparaison entre les rapports. Or, si l'on met de côté le fait que les entreprises sont tenues de fournir des informations exactes, l'un des défis les plus importants en lien avec l'obligation de transparence en matière de

⁸⁵ L'obligation de rapport portant sur l'efficacité des mesures appliquées en application des concepts décrits à l'art. 964b al. 1 CO inclut toutefois, en tout cas de manière indirecte, la description des concepts appliqués, d'une part, et leur efficacité, d'autre part, OFJ, Transparence (n. 47), 14. V. aussi Giulia Neri-Castracane, *Les règles de gouvernance d'entreprise comme moyen de promotion de la responsabilité sociale de l'entreprise : Réflexions sur le droit suisse dans une perspective internationale*, Genève/Zurich/Bâle 2016, 405 s., pour qui les règles de transparence et d'information favorisent la réflexion des administrateurs et contribuent à la durabilité ; Canapa/Barakat (n. 46), 107, 109, pour qui cette conclusion dérive d'une interprétation téléologique de la loi et d'une application du principe de l'effectivité.

⁸⁶ Sur ces différents éléments, cf. OFJ, Transparence (n. 47), 8 ss.

⁸⁷ CR CO II-Schmid/Cima/Canapa, art. 964b, N 6.

durabilité est d'assurer la comparabilité des informations produites entre secteurs d'activités et entreprises⁸⁸. Afin de palier ce déficit, l'art. 964c al. 1-3 AP-CO reprend l'essentiel du contenu matériel des art. 19 bis (2) et 29 bis (2) Directive comptable.

Si l'art. 964c al. 1 AP-CO décrit et précise, par rapport au droit actuel, les thèmes couverts par le rapport de durabilité⁸⁹, les informations qui figureraient dans le rapport sont détaillées à l'alinéa 3 : cet alinéa reprend, sur le fond, les éléments qui figurent à l'art. 964b CO et énumère pour le surplus les autres éléments des art. 19 bis et 29 bis Directive comptable.

Au rang des éléments déjà décrits actuellement, se trouvent :⁹⁰

- une description du modèle commercial de l'entreprise (art. 964b al.1 ch. 1 CO, art. 964c al. 3 ch. 1 AP-CO, art. 19 bis (2)(a), 29 bis (2)(b) Directive comptable)⁹¹ ;
- la description de la diligence mise en œuvre par l'entreprise en lien avec les questions de durabilité décrites à l'art. 964c al. 1 AP-CO (art. 964b al. 2 ch. 2 CO, art. 964c al. 3 ch. 6 AP-CO, art. 19 bis (2)(f)(i), 29 bis (2)(f)(i) Directive comptable)⁹² ;
- la description des principaux risques liés, pour l'entreprises, aux questions de durabilité et la manière dont ces risques sont gérés (avec des questions de durabilités plus étendues sous le nouveau droit ; art. 964b al. 2 ch. 4 CO, art. 964c al. 3 ch. 9 AP-CO, art. 19 bis (2)(g), 29 bis (2)(g) Directive comptable)⁹³ ; et
- les indicateurs – qualitatifs ou quantitatifs – liés aux informations à publier (art. 964b al. 2 ch. 5 CO, art. 964c al. 3 ch. 10 AP-CO, art. 19 bis (2)(h), 29 bis (2)(h) Directive

⁸⁸ Neri-Castracane/Canapa/Brander (n. 2), 3.2.2. Dans ce sens, Ethos (n. 48), 17, 19, 21, 24.

⁸⁹ « [Q]uestions environnementales, en particulier le résultat des efforts consentis par l'entreprise pour contribuer à atteindre l'objectif de zéro émission nette de gaz à effet de serre à l'horizon 2050 en vue de limiter le réchauffement climatique à 1,5°C par rapport au niveau préindustriel » (ch. 1)⁸⁹ ; « questions sociales, y compris les questions de personnel » (ch. 2) ; « questions liées aux droits de l'homme » (ch. 3) ; et « questions de gouvernance, y compris les dispositifs organisationnels mis en place pour lutter contre la corruption » (ch. 4).

⁹⁰ A ce propos, v. généralement CR CO II-Schmid/Cima/Canapa, art. 964b, N 77 ss.

⁹¹ Le modèle commercial permet de connaître le fonctionnement de l'entreprise, notamment la manière dont elle réalise ses bénéfices (DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 25), ainsi que les risques sociaux et environnementaux qui sont associés à ces modèles (Laura Knöpfel/Carlos Lopez, Finding a silver lining in the rejection of the Swiss Responsible Business Initiative: a hope of legal accountability in the parliamentary counterproposal (Part 1), *Opinio Juris*, 17 décembre 2020).

⁹² L'entreprise doit décrire la conception des procédures de diligence, en particulier l'identification des risques et les mesures imaginées pour les contrer, et les domaines dans lesquels elles sont appliquées, DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 28 s.

⁹³ Il s'agit des risques financiers et des risques exerçant une influence sur la durabilité, y compris ceux liés à la réputation de l'entreprise, DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 30.

comptable) ; ces indicateurs se réfèrent à l'ensemble des informations qui sont énoncées aux chiffres 1-10 de l'art. 964c al. 1 (art. 964c al. 1 ch. 1-4 AP-CO)⁹⁴.

A cela s'ajoute, dans l'AP-CO, l'obligation de faire figurer dans le rapport de durabilité une description :

- de la stratégie de l'entreprise (art. 964c al. 3 ch. 1 AP-CO, art. 19 bis (2)(a), 29 bis (2)(a) Directive comptable)⁹⁵ ;
- des objectifs de l'entreprise en matière de durabilité, assortis d'échéances (art. 964c al. 3 ch. 2 AP-CO, art. 19 bis (2)(b), 29 bis (2)(b) Directive comptable)⁹⁶ ;
- du rôle en matière de durabilité de l'organe supérieur de direction ou d'administration (art. 964c al. 3 ch. 3 AP-CO, art. 19 bis (2)(c), 29 bis (2)(c) Directive comptable)⁹⁷ ;
- de la politique de l'entreprise en matière de durabilité – interne et vis-à-vis de l'extérieur⁹⁸ (art. 964c al. 3 ch. 4 AP-CO, art. 19 bis (2)(d), 29 bis (2)(d) Directive comptable) ;
- des informations – qualitatives ou quantitatives – sur d'éventuels systèmes d'incitation liés à la durabilité, offerts aux membres de l'organe supérieur de direction ou d'administration (art. 964c al. 3 ch. 5 AP-CO, art. 19 bis (2)(e), 29 bis (2)(e) Directive comptable)⁹⁹ ;
- des principales incidences négatives, réelles ou potentielles, sur les questions de durabilité ou dues à celles-ci, en lien avec l'activité de l'entreprise et sa chaîne de valeur (en amont et en aval), de même que la description des mesures prises pour recenser et surveiller ces incidences (art. 964c al. 3 ch. 7 AP-CO, art. 19 bis (2)(f)(ii), 29 bis (2)(f)(ii) Directive comptable)¹⁰⁰. La limitation de l'art. 964b al. 2 ch. 4 let. b CO à la

⁹⁴ DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 30 s.

⁹⁵ Il s'agit des mesures mises en place par l'entreprise afin de lui permettre d'atteindre ses objectifs à long terme, notamment en lien avec les risques, opportunités et plans de l'entreprise liés aux questions de durabilité (DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 25 s.).

⁹⁶ Ces objectifs se basent sur la définition du développement durable formulée par la Commission mondiale sur l'environnement et le développement (Commission Brundtland), avec une indication temporelle du moment où un objectif, tel que la réduction des émissions de gaz à effet de serre, devra être atteint, DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 26.

⁹⁷ DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 23, 27.

⁹⁸ DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 27.

⁹⁹ Ces systèmes doivent présenter un lien direct avec les objectifs en matière de durabilité. Ils peuvent notamment consister en des conventions présentant des objectifs à atteindre, offres de formation continue ou rémunérations. Sur ce dernier point, les dispositions réglementant la rémunération des dirigeants dans les sociétés dont les actions sont cotées en bourse doivent être prises en compte (art. 732 ss CO), DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 27 s.

¹⁰⁰ Il s'agit d'une approche basée sur les risques, qui place au centre de l'analyse l'étendue (ou gravité) de l'incidence négative et la probabilité de sa survenance, DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 29.

description des risques uniquement « lorsque cela s'avère pertinent et proportionné » disparaîtrait ;

- de toutes les mesures prises par l'entreprise pour prévenir, atténuer, corriger ou éliminer les incidences négatives – réelles ou potentielles – au sens de l'art. 964c al. 3 ch. 7 AP-CO, et du résultat (positif ou négatif¹⁰¹) obtenu (art. 964c al. 3 ch. 8 AP-CO, art. 19 bis (2)(f)(iii), 29 bis (2)(f)(iii) Directive comptable).

ii. Normes d'information en matière de durabilité

Pour permettre des comparaisons entre entreprises actives dans des secteurs distincts, les rapports de durabilité doivent porter sur les mêmes éléments et être présentées de manière uniforme¹⁰².

L'art. 29 ter (2) Directive comptable décrit les normes détaillant les informations devant être publiées par les entreprises suivant les art. 19 bis et 29 bis Directive comptable, ainsi que la structure à utiliser pour la présentation desdites informations. Ces normes couvrent des aspects environnementaux¹⁰³, sociaux¹⁰⁴ et de gouvernance¹⁰⁵, et « précisent les informations *prospectives, rétrospectives, qualitatives et quantitatives*, s'il y a lieu, que les entreprises doivent publier »¹⁰⁶. Partant, suivant l'art. 29 bis (4) Directive comptable (qui dispose que les entreprises soumises à l'obligation de fournir des informations en matière de durabilité le font « conformément aux normes d'information en matière de durabilité adoptées en vertu de l'article 29 ter [de la directive] »), la Commission européenne a adopté, le 31 juillet 2023, les normes européennes d'information sur la durabilité (ESRS) du Groupe consultatif européen sur l'information financière (EFRAG)¹⁰⁷.

¹⁰¹ DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 30.

¹⁰² Cf. *supra* III.C.1.i.

¹⁰³ Par exemple, le changement climatique et les ressources aquatiques et marines, cf. art. 29 ter (2)(a) Directive comptable (n. 4).

¹⁰⁴ Par exemple, l'égalité de traitement et l'égalité des chances, ou les mesures de lutte contre la violence et le harcèlement sur le lieu de travail, cf. art. 29 ter (2)(b) Directive comptable (n. 4).

¹⁰⁵ Par exemple, le rôle des organes sur les questions de durabilité, ou l'éthique et la culture de l'entreprise, cf. art. 29 ter (2)(c) Directive comptable (n. 4).

¹⁰⁶ Art. 29 ter (3) Directive comptable, italique ajouté.

¹⁰⁷ Règlement délégué (UE) 2023/2772 de la Commission du 31 juillet 2023 complétant la Directive comptable/UE du Parlement européen et du Conseil en ce qui concerne les normes d'information en matière de durabilité. Les normes ESRS sont des normes transversales et sectorielles génériques, JO L 2023/2772¹⁰⁷. Ces normes trouvent application en matière de (i) sujets environnementaux (ESRS E1-5), (ii) questions sociales (ESRS S1-4) et (iii) aspects de gouvernance (ESRS G1-2). Les normes transversales couvrent les principes généraux (ESRS 1) et les exigences de divulgation en lien avec la stratégie, la gouvernance et l'évaluation de la matérialité (ESRS 2). Les

En droit suisse, à l'exception du rapport sur les questions climatiques, qui s'appuie sur les recommandations de la *Task Force on Climate-related Financial Disclosures* (TCFD) de juin 2017 et son annexe d'octobre 2021¹⁰⁸, aucune norme spécifique n'est prescrite : les entreprises peuvent déterminer seules la réglementation qu'elles souhaitent suivre¹⁰⁹. Tout au plus la loi exige la divulgation des normes appliquées (art. 964b al. 3 CO)¹¹⁰. En revanche, l'art. 964c al. 3 AP-CO dispose que les informations publiées répondent aux normes de l'UE ou à d'autres normes – nationales ou internationales – qui auraient été préalablement jugées équivalentes¹¹¹ par le CF (art. 964c al. 3 AP-CO – la liste établie par le CF serait exhaustive¹¹²). Aucune référence n'est faite à la qualité des informations (« prospectives, rétrospectives, qualitatives et quantitatives ») que les entreprises devraient publier, contrairement à l'art. 29 ter (3) Directive comptable.

Les entreprises resteraient libres de choisir les normes qu'elles appliqueraient¹¹³ et qui figureraient dans le rapport (art. 964b al. 3 CO). Ces normes (s'il ne s'agissait pas des normes européennes) devraient au préalable avoir été considérées comme équivalentes aux normes de l'UE par le CF et être intégralement suivies (art. 964 al. 5 AP-CO).

La précision, dans la loi, de la nécessité de l'équivalence « aux normes d'information de l'UE » est bienvenue et doit être saluée comme une solution élégante et pratique. Cette solution présente l'avantage d'épargner au CF la nécessité de préciser le contenu des normes par voie d'ordonnance et accroît la sécurité juridique. Enfin, l'obligation faite au CF de désigner les

normes ESRS correspondent aux standards fixés par les UNGPs et les Lignes directrices OCDE, cf. Holly et al. (2023), 21. Elles seront complétées, en 2026, par des normes spécifiques à certains secteurs d'activité (art. 29 ter (1)(i) Directive comptable [n. 4]) et aux PME (art. 29 quarter Directive comptable [n. 4]), et par des normes destinées aux entreprises de pays tiers (art. 40 bis Directive comptable [n. 4]).

¹⁰⁸ Art. 3 Ordonnance relative au rapport sur les questions climatiques. Bien que l'utilisation de ces documents soit facultative, le respect de l'obligation de rendre compte des questions climatiques est présumé lorsque le rapport suit ces exigences (art. 2 al. 1 Ordonnance relative au rapport sur les questions climatiques), cf. Département fédéral des finances, Ordonnance relative au rapport sur les questions climatiques : Rapport explicatif en vue de l'ouverture de la procédure de consultation, Berne 2022, 8.

¹⁰⁹ CR CO II-Schmid/Cima/Canapa, art. 964b, N 33. Tout au plus, les entreprises peuvent-elles être tenues de rédiger un rapport supplémentaire si les exigences de la réglementation qu'elles ont choisie sont inférieures aux exigences posées par l'art. 964b CO.

¹¹⁰ Le même raisonnement vaut dans les domaines des minerais et métaux et du travail des enfants, où il est loisible aux entreprises d'appliquer les réglementations auxquelles l'ODiTr renvoie, même si les entreprises ne sont pas soumises à l'obligation de diligence et de transparence découlant des art. 964j ss CO, cf. CR CO II-Schmid/Cima/Canapa, art. 964b, N 36 s.

¹¹¹ Pour le DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 32, une norme est équivalente à la CSRD « lorsqu'il n'y a qu'un écart minimal [...] en termes de champ d'application, d'étendue des informations et de degré de détail des celles-ci, de procédure d'approbation au sein de l'entreprise, de format de publication, de double importance relative, de comparabilité, etc ».

¹¹² DFJP, Rapport explicatif (n. 9), p. 32.

¹¹³ A défaut d'indication contraire dans les statuts ou de décision de l'assemblée générale, ce choix serait laissé à l'organe supérieur de direction ou d'administration, cf. art. 964c al. 7 AP-CO.

normes équivalentes est susceptible de lever toute insécurité juridique si elle est appliquée correctement. Inversement, il est regrettable que l'AP-CO ne fasse aucune référence à la qualité des normes d'information devant être appliquées par les entreprises ; il est souhaitable de voir ce point évoluer.

iii. *Comply or explain*

Suivant l'art. 964b al. 2 ch. 2 CO, le rapport sur les questions non financières doit contenir suffisamment d'éléments pour permettre la compréhension des concepts suivants, en lien avec les questions mentionnées à l'art. 964b al. 1 CO : « [i.] l'évolution des affaires, [ii.] la performance et la situation de l'entreprise ainsi que [iii.] les incidences de son activité sur ces questions ». En application du principe *comply or explain*, l'art. 964b al. 5 CO permet à l'entreprise de renoncer à appliquer l'un des concepts et de ne pas divulguer une question liée aux informations non financières, à condition d'indiquer les raisons de la non-divulgateion.

En droit de l'UE, le principe *comply or explain* était prévu par la NFRD¹¹⁴. La CSRD l'a abandonné, à l'exception – pour une période limitée (cf. art. 19 bis (3) Directive comptable) – des informations provenant de la chaîne de valeur, afin de laisser suffisamment de temps aux entreprises pour mettre en œuvre les nouvelles obligations issues de la directive¹¹⁵.

Emboîtant le pas à l'UE, l'AP-CO du 26 juin 2024 propose à son tour de renoncer au principe *comply or explain*¹¹⁶. Une telle évolution contribuerait de manière essentielle à assurer l'équivalence entre le droit suisse et le droit européen¹¹⁷.

iv. *Synthèse*

L'art. 964c al. 3 AP-CO reprend matériellement le contenu des art. 19 bis et 29 bis Directive comptable¹¹⁸. A titre d'exemples, il propose de couvrir l'ensemble de la chaîne de valeur, à savoir les relations en amont et en aval de l'entreprise, et de ne plus se limiter à la description des risques dans les situations où « cela s'avère pertinent et proportionné ». La reprise, par le

¹¹⁴ Cf. n. 6. V. considérant 36 Directive (UE) 2022/2464 (n. 3).

¹¹⁵ Il s'agit en particulier de permettre aux entreprises de rassembler les informations nécessaires en lien avec la chaîne de valeur, Art. 19 bis (3) Directive comptable (n. 4).

¹¹⁶ DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 3, 12.

¹¹⁷ Sur les limites du principe *comply or explain* et de la gouvernance privée, cf. Julie Perriard, Entreprises et droits humains – La directive européenne sur la publication d'informations non financières, un modèle à suivre en droit suisse ?, RSDA 2019, 667 ss ; Ellen Hertz/Yvan Schulz, Entreprises et droits humains : Les limites de la bonne volonté, Genève/Zurich 2020, 35 ss.

¹¹⁸ Cf. *supra* III.C.1.i.

droit suisse, du contenu matériel des art. 19 bis et 29 bis Directive comptable, associée au contenu de l'art. 964c al. 5 AP-CO, qui prévoit que les informations doivent répondre aux normes d'information de l'UE ou à d'autres normes équivalentes, contribuerait à assurer l'équivalence des rapports rédigés en vertu du droit suisse à ceux rédigés sur la base du droit européen. Il est en effet très probable, et par ailleurs recommandable, que le CF ne considère comme équivalentes aux normes d'information de l'UE que des normes qui auraient précédemment été considérées comme telles par la Commission européenne¹¹⁹. Procéder différemment créerait une insécurité juridique difficilement soutenable pour les entreprises soumises à l'obligation de publier un rapport de durabilité en vertu du droit suisse.

Par ailleurs, s'il est exact que la liberté laissée aux entreprises de choisir entre différentes normes peut compliquer les comparaisons entre rapports, il s'agit d'un compromis acceptable sur le plan pratique : l'équivalence entre les normes d'information et la nécessité de leur adéquation aux normes de l'UE rend *a priori* illusoire le risque d'être confronté à des rapports dont la qualité et le contenu varieraient considérablement¹²⁰. La nécessité de l'équivalence des normes choisies par les entreprises aux normes d'information de l'UE limite par ailleurs la portée de l'absence, dans le droit suisse, de référence à la qualité des informations devant être publiées (« prospectives, rétrospectives, qualitatives et quantitatives ») ; cette précision serait néanmoins la bienvenue et pourrait facilement être intégrée dans la loi.

2. Principe de la double matérialité (ou double importance relative, « *double materiality* »)

Tout risque auquel une entreprise fait face est susceptible d'affecter sa performance (matérialité financière), la situation des tiers (matérialité d'impact) ou les deux éléments à la fois (double matérialité)¹²¹.

¹¹⁹ A ce jour et suite à l'adoption de la CSRD, la Commission européenne n'a pas rendu de décision en application de l'art. 23 par. 4 Directive (UE) 2004/109/CE du Parlement européen et du Conseil du 15 décembre 2004 sur l'harmonisation des obligations de transparence concernant l'information sur les émetteurs dont les valeurs mobilières sont admises à la négociation sur un marché réglementé et modifiant la directive (UE) 2001/34/CE, JO L 390.

¹²⁰ Dans ce sens, Ethos (n. 48), 19, qui souligne que « le recours à un standard reconnu facilite l'évaluation et, surtout, la comparaison et permet aux investisseurs de s'assurer que le reporting des entreprises dans lesquelles ils investissent ou souhaitent investir est suffisamment détaillé ». Pour l'année 2023, seules 75 entreprises soumises à l'obligation de reporting (sur 143 entreprises au total) se sont conformées à un standard internationalement reconnu, cf. Ethos (n. 48), 19.

¹²¹ Neri-Castracane/Canapa/Brander (n. 2), 3.3.4

Depuis qu'elle a été modifiée par la CSRD, la Directive comptable applique le concept de double matérialité : tant l'art. 19 bis (1) que l'art. 29 bis (1) Directive comptable imposent aux entreprises de publier les informations permettant, d'une part, de comprendre les incidences de l'entreprise, respectivement du groupe, sur les questions de durabilité, et, d'autre part, celles qui permettent de comprendre la manière dont les questions de durabilité influencent sa performance financière¹²².

En droit suisse, *de lege lata*, le principe de la double matérialité s'applique dans le rapport sur les questions climatiques¹²³. La situation manque pourtant de clarté s'agissant de la description, dans le rapport sur les questions non financières, des autres éléments énumérés à l'art. 964b al. 1 CO¹²⁴.

L'art. 964c al. 2 AP-CO clarifierait la situation : suivant cet article, le rapport de durabilité doit contenir « les informations qui sont nécessaires pour comprendre les incidences de l'activité de l'entreprise sur les questions de durabilité *et* les incidences des questions de durabilité sur l'évolution des affaires, la performance et la situation de l'entreprise »¹²⁵. L'art. 964c al. 3 ch. 7 et 9 AP-CO précise les informations qui figureraient dans le rapport¹²⁶. Cela contribuerait à l'équivalence au droit européen de la réglementation suisse relative à transparence sur les questions de durabilité.

3. Chaîne de valeur

Suivant l'art. 19 bis (2)(f)(ii) Directive comptable, les informations en matière de durabilité qui figurent dans le rapport de gestion doivent porter sur les activités propres de l'entreprise et sur sa chaîne de valeur et inclure « [l]es produits et services, [l]es relations d'affaires et [l]a chaîne d'approvisionnement, [l]es mesures prises pour recenser et surveiller ces incidences, et [l]es autres incidences négatives que l'entreprise est tenue de recenser en vertu d'autres exigences de l'Union imposant aux entreprises de mener une procédure de diligence raisonnable », en

¹²² V. aussi Considérant 29 Directive (UE) 2022/2464 (n. 3).

¹²³ Département fédéral des finances (n. 108), 8 ; Schneuwli/Darbellay (n. 65), 140 s. ; CR CO II-Schmid/Cima/Canapa, art. 964b, N 14.

¹²⁴ V. p. ex. : OFJ, Mandat (n. 14), 15. V. cependant DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 24, qui sous-entend, de manière sibylline, que le droit en vigueur appliquerait déjà le principe de la double matérialité.

¹²⁵ Italique ajouté.

¹²⁶ « Le rapport comprend : [...] « 7. une description des principales incidences négatives, réelles ou potentielles, sur les questions de durabilité ou dues à celles-ci, *liées à l'activité de l'entreprise et à sa chaîne de valeur* [...] ; 9. une description des principaux risques *pour l'entreprise* qui sont liés aux questions de durabilité et à la manière dont elle gère ces risques », italique ajouté.

amont et en aval de l'entreprise ou du groupe¹²⁷. Par conséquent, comme indiqué *supra*¹²⁸, les sociétés impliquées dans la chaîne de valeur des entreprises tenues de communiquer des informations en matière de durabilité devront, à terme, fournir à ces dernières des informations qui porteront sur leurs propres activités et sur celles des entreprises se trouvant dans leur propre chaîne de valeur. Par ailleurs, les entreprises mères devront également adresser l'impact de leurs filiales et de la chaîne de valeur de ces dernières dans leur rapport consolidé de gestion, quel que soit le lieu du siège de ces filiales (art. 29 bis (2)(f)(ii) Directive comptable).

Contrastant avec ce qui précède, l'art. 964b al. 2 ch. 4 CO dispose que le rapport sur les questions non financières se concentre sur les risques qui découlent de l'activité propre de l'entreprise et, « lorsque cela s'avère pertinent et proportionné », sur les risques liés aux relations d'affaires, aux produits ou aux services de l'entreprise. Cette formulation procure une large marge de manœuvre à l'organe suprême de direction ou d'administration s'agissant des éléments qu'il souhaite inclure dans le rapport de durabilité¹²⁹.

L'AP-CO cherche à garantir l'équivalence au droit européen de la transparence sur les questions de durabilité, puisque l'art. 964c al. 4 AP-CO dispose que le rapport de durabilité doit contenir des informations sur l'activité de l'entreprise et sa chaîne de valeur, étant précisé que cette notion « comprend les chaînes d'approvisionnement en amont et en aval de l'entreprise »¹³⁰. Cette formulation, bien que moins détaillée, est plus large que celle des art. 19 bis (2)(f)(ii) et 29 bis (2)(f)(ii) Directive comptable. En effet, elle porte non seulement sur l'activité de l'entreprise et sur sa chaîne de valeur, mais aussi sur l'ensemble des informations visées aux al. 1 à 3 de l'art 964c AP-CO, tandis que le texte de la Directive 2013/34 est plus limité. Le CF ne semble pas avoir eu conscience de cet élément, puisque l'art. 964c al. 5 AP-CO dispose que les informations publiées doivent dans tous les cas répondre aux normes d'information de l'UE en matière de durabilité, alors qu'elles vont au-delà. Envisager une formulation plus proche de celle du droit européen pourrait être avisé, en prenant garde de ne pas être trop restrictif pour garantir l'équivalence du droit suisse au droit européen.

¹²⁷ Neri-Castracane/Canapa/Brander (n. 2), 3.4.

¹²⁸ Cf. II.

¹²⁹ A noter qu'en matière de transparence en matière de minerais et métaux provenant de zones de conflit et en matière de travail des enfants, bien que les art. 964l *cum* 964k CO fassent référence sans limitation à la « chaîne d'approvisionnement », l'art. 2 al. 1 let. b ODITr limite cette dernière aux « opérateurs économiques en amont » de l'entreprise, cf. Neri-Castracane/Canapa/Brander (n. 2), 3.4.

¹³⁰ DFJP, Rapport explicatif (n. 9), 31.

D. Responsabilité et sanctions

Alors que les normes internationales n'imposent pas, de manière explicite, d'obligation aux États de prévoir une responsabilité civile pour les dommages engendrés par une violation des droits de l'homme ou des normes environnementales, le troisième pilier des Principes directeurs des Nations Unies (Principe 25 et suivants) prévoit que des mécanismes de réparation doivent exister¹³¹.

L'art. 33 (1) Directive comptable oblige les Etats membres à prévoir une responsabilité collective des organes d'administration, de direction et de surveillance s'agissant de l'établissement et de la publication de l'information en matière de durabilité. Par ailleurs, l'art. 33 (2) Directive comptable indique que les États membres doivent veiller à ce que leurs dispositions législatives, réglementaires et administratives en matière de responsabilité s'appliquent aux membres des organes d'administration, de gestion et de surveillance des entreprises en cas de violation de ces obligations. A cela s'ajoute enfin le fait que les Etats membres doivent prévoir des sanctions « effectives, proportionnées et dissuasives » en cas d'infractions aux dispositions de la directive (art. 51 Directive comptable).

Contrastant avec ce qui précède, le législateur suisse n'a pas prévu de norme spéciale de responsabilité civile en cas de dommage causé par une violation des obligations liées au rapport sur les questions non financières¹³² ; l'AP-CO ne dévie pas de cette ligne.

Le débat actuel autour de l'application des règles générales de la responsabilité civile, en particulier des art. 41 et 55 CO, comme normes pouvant engager la responsabilité d'une société ou de ses organes en cas de dommage survenant suite à une violation des obligations de transparence pourrait se poursuivre au-delà de la révision en cours¹³³. Il conviendrait cependant

¹³¹ Evelyne Schmid, Exigences internationales de prendre des mesures législatives : La Suisse doit-elle légiférer dans le domaine des « entreprises et des droits humains » ?, PJA 2017/8, 933, 933.

¹³² OFJ, Mandat (n. 14), 12 ; v. aussi OFJ, Transparence (n. 47), 6 ; Damiano Canapa/Evelyne Schmid/Elena Cima, « Entreprises responsables » : trois malentendus, Jusletter du 23 novembre 2020.

¹³³ A ce sujet, cf. CR CO II-Canapa/Schmid/Cima, art. 964a, N 39 ss. En faveur d'une telle responsabilité : Damiano Canapa, Articles 964a-964l et responsabilités, in : Rashid Bahar/Damiano Canapa/Isabelle Chabloz/Olivier Hari/Rita Trigo Trindade (édits), Modernisation du droit de la société anonyme du 19 juin 2020 : Conférences organisées par les Facultés de droit romandes, Berne 2024, 169, 171 ss. ; Matthias Gstoechl/Laura Knöpfel/Christian Exner, ESG Litigation in Switzerland: Risks and Possible Defence Strategies, 2023, 10 ss, disponible sous <https://www.lalive.law/esg-litigation-in-switzerland-risks-and-possible-defence-strategies/> (consulté le 10 octobre 2024) ; de l'avis contraire, cf. Giulia Neri-Castracane, La (due) diligence sous les art. 964a à 964l CO in : Rashid Bahar/Damiano Canapa/Isabelle Chabloz/Olivier Hari/Rita Trigo Trindade (édits), Modernisation du droit de la société anonyme du 19 juin 2020 : Conférences organisées par les Facultés de droit romandes, Berne 2024, 149, 163 ; Daniel Dedeyan, Haftung für fehlerhafte Unternehmenskommunikation: Neue

d'analyser plus précisément la portée des modifications proposées par l'AP-CO, en particulier la formulation plus détaillée de l'art. 964c AP-CO par rapport à l'art. 964b CO, pour déterminer si de nouveaux éléments parleraient en faveur d'une telle responsabilité¹³⁴.

Le fait de donner de fausses indications dans le rapport sur les questions non financières, de ne pas établir de rapport en y étant tenu ou de ne pas conserver ou documenter le rapport conformément à la loi demeurerait passible de sanctions pénales (art. 325 ter AP-CP). Le contenu intrinsèque du rapport resterait hors du champ d'application de la norme : suivant l'AP-CP, une entreprise qui violerait ses devoirs de diligence n'encourrait pas de sanction pénale¹³⁵.

Il ne faut pas non plus négliger le fait que la Commission européenne pourrait parfaitement considérer que la réglementation suisse n'est pas équivalente à celle de l'Union en raison de sa non-conformité en matière de responsabilité ou de sanctions. Cela semble toutefois peu vraisemblable, les art. 19 bis (9) et 29 bis (8) Directive comptable étant centrés sur l'équivalence des rapport, non sur celle des sanctions.

IV. Quid du devoir de diligence des entreprises en matière de durabilité ?

En l'état, un devoir de diligence explicite¹³⁶ n'existe en droit suisse qu'en matière de minerais et métaux provenant de zones de conflit et de zones à haut risque, et en matière de travail des enfants (art. 964j al. 1 CO)¹³⁷. La transparence non financière prévue aux art. 964a ss CO n'est pas assortie d'un devoir de diligence explicite, mais uniquement d'un devoir de diligence implicite, suivant les attentes décrites dans le Plan d'action national en faveur des entreprises et des droits de l'homme¹³⁸.

Cette situation tranche avec celle prévalant au sein de l'UE, où la Directive 2024/1760 sur le devoir de vigilance des entreprises en matière de durabilité a été adoptée le 13 juin 2024

Risiken im Zuge der Nachhaltigkeitsregulierung, in : Peter R. Isler/Rolf Sethe (édits), *Managerhaftung bei Unternehmenskrisen und -zusammenbrüchen*, Zurich 2023, 67, 85 s.

¹³⁴ Cela concernerait notamment la qualification en tant que « *Schutznorm* » des obligations de transparence sur les questions de durabilité. Cette tâche dépasse la portée de cette contribution.

¹³⁵ Damiano Canapa/Evelyn Schmid/Elena Cima, « Entreprises Responsables » : Limitations et Perspectives. RDS (2021) 141(5), 557, 573. Limiter à la seule responsabilité pénale une violation des articles 964a ss CO ne permet pas d'atteindre le but fixé par le Troisième pilier des Principes directeurs de l'ONU et entraîne, de plus, un risque de « *white* (ou *green*) *washing* », cf. Eggen/Hermidas, N 49. V. aussi, Charlotte Perriard, *Entreprises et droits humains : La directive européenne sur la publication d'informations non financières, un modèle à suivre en droit suisse ?*, RSDA 2019, 667, 667 ss.

¹³⁶ Sur ce concept, cf. Canapa/Schmid/Cima (n. 135), 567 ; Giulia Neri-Castracane, *Diligence and reporting duties under Art. 964j-l CO*, GesKR 2023, 48, 56.

¹³⁷ OFJ, Mandat (n. 14), Annexe 3, 38; Neri-Castracane, *La (due) diligence* (n. 133), § 29 N 10.

¹³⁸ OFJ, Transparence (n. 47), 7 ; CR CO II-Canapa/Schmid/Cima, Art. 964a N 3.

(Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CSDDD)¹³⁹. Cette directive aura un effet extraterritorial, puisqu'elle imposera un devoir de diligence raisonnable (art. 5 ss Directive 2024/1760) et de communication (art. 16 Directive 2024/1760) à toutes les entreprises ayant leur siège hors de l'UE et dépassant certains seuils, quel que soit leur secteur d'activité¹⁴⁰ ; dans une certaine mesure, le secteur financier sera également visé (art. 3 (1)(a)(iii), 16 *i.f.* Directive 2024/1760). Les entreprises se trouvant dans la chaîne d'activité des entreprises soumises à la Directive 2024/1760 seront aussi indirectement touchées : ces entreprises pourront par exemple être tenues de fournir des informations aux entreprises tombant dans le champ d'application de la directive (art. 8 (4) Directive 2024/1760) et ces dernières ne devront pas nouer de nouvelles relations ou étendre les relations existantes avec des entreprises se trouvant dans leur chaîne d'activité et qui seraient à l'origine d'une incidence négative potentielle ou réelle (art. 10 (6), 11 (7) Directive 2024/1760).

En matière de responsabilité, la situation est semblable à celle prévue par la Directive comptable¹⁴¹ : l'art. 29 (1) Directive 2024/1760 dispose que les États membres doivent assurer qu'une entreprise soit tenue pour responsable, sur le plan civil, des dommages qui seraient causés par un manquement, intentionnel ou par négligence, des obligations de prévention des incidences négatives potentielles (art. 10 Directive 2024/1760) ou de suppression des incidences négatives réelles (art. 11 Directive 2024/1760)¹⁴².

Par ailleurs, les États membres devront mettre en place un régime de sanctions similaire à ce qui est déjà pratiqué en droit de la concurrence¹⁴³ : une ou plusieurs « autorités de contrôle » administratives indépendantes (art. 24 Directive 2024/1760) devront être désignées¹⁴⁴, qui pourront prononcer des sanctions « effectives, proportionnées et dissuasives » (art. 27 (1) Directive 2024/1760) contre les entreprises qui ne respectent pas les obligations prévues par la directive (article 25 (5)(b), 27 Directive 2024/1760). Le montant maximal des sanctions

¹³⁹ Directive (UE) 2024/1760 (n. 17).

¹⁴⁰ Art. 2 (2) Directive (UE) 2024/1760 (n. 17).

¹⁴¹ Cf. *supra* III.D.

¹⁴² Suivant l'art. 29 (1) subpara. 2, une entreprise ne saurait être tenue pour responsable si le dommage n'a été causé que par ses partenaires commerciaux dans sa chaîne d'activités. Les règles de responsabilité civile de la Directive 2024/1760 (n. 17) pourraient cependant n'avoir qu'une efficacité limitée, cf. Alessio M. Paccès, *Civil Liability in the EU Corporate Sustainability Due Diligence Directive Proposal: A Law & Economics Analysis*, ECGI Working Paper Series in Law No. 691/2023, 11. Sur la question du partage de la responsabilité entre la société mère et sa filiale, cf. Karsten Engsig Sørensen, *Corporate Sustainability Due Diligence in Groups of Companies*, *European Company Law Journal* (2022) 19(5), 119, 127.

¹⁴³ Neri-Castracane/Canapa/Brander (n. 2), 3.5.

¹⁴⁴ Les autorités nationales seront rassemblées au sein du Réseau européen d'autorités de contrôle (art. 28 Directive 2024/1760 [n. 17]).

pécuniaires devra se monter au moins à 5 % du chiffre d'affaires net mondial réalisé par l'entreprise au cours de l'exercice précédant la décision d'infliger une amende (art. 27 (4) Directive 2024/1760). En revanche, une responsabilité personnelle des personnes chargées de la direction ou de l'administration, qui ne tiendraient pas compte des risques liés au développement durable, n'a pas été introduite par la Directive 2024/1760, contrairement à ce que prévoyait le projet de la Commission¹⁴⁵.

La Directive 2024/1760 devrait avoir une incidence considérable sur les entreprises suisses, qui pourront y être soumises directement ou indirectement. Cependant, alors qu'il est prévu que les entreprises ayant leur siège dans l'UE, leurs partenaires commerciaux et les parties prenantes de l'entreprise bénéficient de mesures d'accompagnement, y compris d'un guichet unique d'assistance pour mettre en œuvre les obligations découlant de la directive (art. 21 Directive 2024/1760), avec une attention particulière accordée aux PME (art. 20 (1) Directive 2024/1760), aucune mesure équivalente n'est prévue par le droit suisse. Cette différence pourrait affecter la compétitivité des entreprises suisses et appelle une réaction rapide du législateur.

V. Conclusion : un projet convaincant

Déjà actuellement, il est difficilement soutenable pour une entreprise soumise à l'obligation de rédiger un rapport sur les questions non financières de se limiter à une présentation linéaire de faits et de n'y intégrer aucune réflexion dérivée de l'examen de ses politiques et procédures opérationnelles¹⁴⁶ : tant les Principes directeurs de l'ONU que les Principes directeurs de l'OCDE, desquelles dérivent les obligations de transparences, mettent l'accent sur la dimension concrète des engagements des entreprises, qui doivent décrire les incidences négatives et y remédier¹⁴⁷.

Associée à l'application du principe *comply or explain* et à l'absence de révision du rapport, l'absence de réflexion au sujet des politiques et procédures opérationnelles a pour conséquence que les obligations tirées des art. 964a ss CO ne sont actuellement pas à la hauteur des standards

¹⁴⁵ A ce propos, cf. Neri-Castracane/Canapa/Brander (n. 2), 3.3.1, 3.5.

¹⁴⁶ Dans ce sens, Canapa/Schmid/Cima (n. 135), 570 s. En pratique, comme indiqué *supra* (n. 120), pour l'année 2023 seules 75 entreprises soumises à l'obligation de reporting (sur 143 entreprises au total) se sont conformées à un standard internationalement reconnu, cf. Ethos (n. 48), 19. Cela tend à indiquer que la qualité matérielle des apports peut être améliorée.

¹⁴⁷ ONU, Principes directeurs relatifs aux entreprises et aux droits de l'homme, § 16 (e) et commentaire, § 21 et commentaire ; OCDE, chap. I, § 44. Cf. CR CO II-Canapa, Art. 964c N 4 s.

internationaux, en général¹⁴⁸, et de la réglementation européenne sur la transparence en matière de durabilité, en particulier. Le législateur suisse ne saurait pourtant ignorer cette dernière : nombre d'entreprises suisses y sont déjà soumises ou le seront bientôt et les obligations et sanctions qu'elle prévoit sont bien plus étendues que celles du droit suisse¹⁴⁹. Au surplus, des sanctions indirectes par les marchés ne sont pas exclues contre les entreprises qui prendraient à la légère leur obligation de rédiger un rapport sur les questions non financières¹⁵⁰.

L'AP-CO et le Rapport explicatif s'inscrivent dans un contexte dans lequel la responsabilité des entreprises pour leur comportement en matières environnementale, sociale et de gouvernance est toujours plus discutée et où une absence d'action du législateur rendrait le pays vulnérable aux pressions internationales¹⁵¹. Afin de limiter l'insécurité juridique pour les entreprises, la révision des art. 964a ss CO doit permettre à la législation suisse d'être reconnue comme équivalente à son pendant européen par la Commission européenne.

En plus de l'évolution terminologique, « transparence sur les questions de durabilité » remplaçant « transparence non financière »¹⁵², l'AP-CO élargit considérablement le champ d'application personnel et les obligations matérielles de transparence. L'étendue des informations requises dans le rapport de durabilité serait plus précisément indiquée dans la loi : le rapport devrait être établi en appliquant les normes applicables au sein de l'UE ou des normes qui auraient été préalablement jugées équivalentes par le CF (qui aurait tout intérêt, à ce sujet, à se baser sur les décisions de la Commission européenne, voire à limiter son choix à un nombre restreint de deux, maximum trois, standards¹⁵³).

Le rapport de durabilité, qui pourrait figurer dans un rapport séparé ou être inclus dans le rapport annuel (lui-même intégré dans le rapport de gestion ; art. 958 al. 2 CO)¹⁵⁴, serait soumis à la vérification par un tiers et les deux rapports seraient ensuite publiés ; cette vérification garantit la fiabilité du contenu et réduit le risque de *greenwashing*¹⁵⁵. Le rapport serait par ailleurs

¹⁴⁸ Mirjam Eggen/Semir Hermidas, *Doppelte Wesentlichkeit und Sustainable Finance*, Jusletter du 9 mai 2022, N 57 ; Yeşim Atamer/Florian Willi, *CRS-Berichterstattung Ante Portas: Indirekter Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative*, RSDA 2020, 686, 701.

¹⁴⁹ OFJ, Mandat (n. 14), 22 ; Schneuwly/Darbellay (n. 65), 138 ss.

¹⁵⁰ Sridar Paramalingam, *Patient KVI: Herzmassage durch den Europäischen Gesetzgeber ?*, Jusletter du 17 janvier 2022, 5 ; Philippe Fuchs/Barbara Schroeder de Castro Lopes, *Indirekter Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative: Überblick und Würdigung*, Life Science Recht 2021/2, 48, 49.

¹⁵¹ CR CO II-Canapa/Schmid/Cima, Art. 964a N 65.

¹⁵² Cf. *supra* I.

¹⁵³ Du même avis, Ethos (n. 51), 24.

¹⁵⁴ Cf. *supra* III.B.2.

¹⁵⁵ Ethos (n. 51), 24.

soumis à l’approbation de l’organe compétant pour l’approbation des comptes annuels, qui serait contraignante¹⁵⁶. L’AP-CO précise aussi la date de la publication du rapport de durabilité et du rapport d’audit (« immédiatement après l’approbation des comptes annuels », art. 964c ter al. 3 ch. 1 AP-CO).

Au rang des améliorations potentielles, s’agissant du champ d’application personnel, la reprise en droit suisse de la solution de l’UE, qui prévoit que les grandes entreprises d’intérêt public sont tenues de rédiger un rapport même si elles sont contrôlées par une autre entreprise, n’est actuellement pas prévue. Il pourrait être envisagé qu’une grande entreprise d’intérêt public suisse, contrôlée par une entreprise ayant son siège à l’étranger et soumise à l’obligation de rapport, soit toujours soumise à l’obligation de rédiger un rapport sur la durabilité selon le droit suisse. De même, l’absence de réglementation des entreprises de pays tiers n’est pas sans risque sur le plan politique. On peut aussi se demander si la mise en place d’un registre public, qui contiendrait l’ensemble des rapports de durabilité et des rapports d’audit, ne devrait pas être envisagée, sur le modèle de ce qui sera pratiqué dans l’UE dès 2028 avec la mise en place du point d’accès unique européen¹⁵⁷. Il est aussi souhaitable que le rapport de durabilité soit obligatoirement intégré au rapport annuel si la société est soumise à l’obligation légale d’établir un tel rapport (art. 961 *cum* 727 CO). Enfin l’AP-CO propose de mettre fin au principe *comply or explain*.

Il serait aussi adéquat d’utiliser la réforme pour inclure une norme spéciale de responsabilité civile claire et spécifique, qui concernerait en tout cas l’entreprise, mais aussi, idéalement, ses organes dirigeants¹⁵⁸. Cette norme, parmi les plus souhaitables, pourrait aussi viser les actes accomplis par l’entreprise à l’étranger, directement ou par des filiales ou entreprises contrôlées. L’introduction d’une telle norme, qui impliquerait une adaptation de la LDIP afin d’assurer la mise en œuvre efficace de la responsabilité civile¹⁵⁹, clarifierait la situation et contribuerait à la sécurité juridique¹⁶⁰.

De plus, une précision s’agissant de la qualité des informations devant être publiées dans le rapport de durabilité pourrait facilement être intégrée dans la loi, même si la nécessité de

¹⁵⁶ Cf. *supra* III.B.4.

¹⁵⁷ Cf. *supra* III.B.1, III.B.3.

¹⁵⁸ Sur l’importance de la responsabilité pour assurer le respect d’obligations liées aux droits humains, cf. George P. Fletcher, *Tort Liability for Human Rights Abuses*, Oxford/Portland Oregon, 2008.

¹⁵⁹ Sur les limitations induites actuellement par la LDIP, cf. CR CO II-Canapa/Schmid/Cima, Art. 964a N 45.

¹⁶⁰ Cf. n. 131.

l'équivalence aux normes européennes de la réglementation (art. 964c al. 5 AP-CO) limite la portée de cette proposition.

En lien avec les obligations liées aux aspects de durabilité, il serait possible d'inclure la prise en compte des intérêts des parties prenantes de l'entreprise aux attributions intransmissibles et inaliénables » du conseil d'administration (art. 716a CO). Il s'agirait d'ajouter les aspects de durabilité aux obligations de l'organe supérieur de direction ou d'administration. Le libellé actuel de l'art. 716a CO permet certes déjà, à notre sens, d'inclure les intérêts des parties prenantes aux tâches du conseil d'administration dans l'hypothèse où l'entreprise intégrerait un objectif de durabilité à son but social : dans ce cas, l'art. 717 CO permettrait, voire imposerait, à cette organe de donner la priorité aux aspects de durabilité¹⁶¹. Compléter l'art. 716a CO aiderait cependant les investisseurs et les consommateurs à comprendre la place réellement accordée par l'entreprise aux aspects de durabilité et différencierait l'intégration de la durabilité au rang des principes de l'entreprise d'une simple attitude consistant à « cocher les cases »¹⁶².

On peut enfin regretter que le DFJP n'ait aucunement tenu compte des travaux en cours au sein de l'UE qui ont abouti, le 13 juin 2024, à l'adoption de la Directive 2024/1760 sur le devoir de vigilance des entreprises en matière de durabilité¹⁶³. En effet, la gestion de l'harmonisation au droit européen du droit suisse se pose à présent de manière plus concrète que jamais aussi dans ce domaine.

Ces différents points sujets à amélioration, que le CF et le Parlement auront l'occasion d'améliorer, démontrent une certaine frilosité de l'administration – partisane d'une reprise autonome du droit européen plutôt que d'une copie de ce dernier –, qui n'aurait pas lieu d'être dans le cas présent. En parallèle, l'Appel pour les multinationales responsables (qui était à l'origine de l'initiative populaire « Entreprises responsables – pour protéger l'être humain et l'environnement »¹⁶⁴)¹⁶⁵, mais aussi un comité multipartite, composé tant de politiciens bourgeois que de membres de partis de gauche¹⁶⁶, s'engagent en faveur d'une loi qui reprendrait

¹⁶¹ Cf. Böckli (n. **Erreur ! Signet non défini.**), § 9 N 757 ss ; Hans Caspar von der Crone, Aktienrecht, 2e éd., Berne 2020, § 2 N 18 ss ; BSK OR II-Watter/Roth Pellanda, Art. 717 N 38.

¹⁶² Neri-Castracane/Canapa/Brander (n. 2), 3.3.1.

¹⁶³ Cf. n. 17.

¹⁶⁴ Cette initiative proposait l'introduction d'un art. 101a Cst., qui prévoyait la mise en place d'un devoir de diligence, qui aurait obligé les entreprises à prendre des mesures en vue de garantir le respect des droits humains et de l'environnement, en Suisse et à l'étranger. A ce sujet, v. généralement Canapa/Schmid/Cima (n. 132).

¹⁶⁵ Appel pour des multinationales responsables, Le Parlement européen adopte la CSDDD à une large majorité, Communiqué de presse du 24 avril 2024.

¹⁶⁶ Aina Skjellaug, Le combat pour des multinationales responsables est relancé, Le Temps, 1^{er} juin 2024.

les éléments de la Directive 2024/1760 sur le devoir de vigilance des entreprises en matière de durabilité¹⁶⁷

¹⁶⁷ Cf. n. 17.

October 17, 2024

Dear Federal Council of Switzerland,

Wellington Management Company LLP (“Wellington Management”) commends the Federal Council for proposing rulemaking on the enhancement and standardization of sustainability-related disclosures.

Wellington is one of the world’s largest independent investment management firms. Wellington serves as a trusted adviser to over 3029 institutional and private clients located in more than sixty-four (64) countries. Wellington actively manages over US\$1.3 trillion of assets, as of June 30, 2024, with capabilities covering most segments of the global capital markets. Wellington operates as a community of investment boutiques, with each investment team acting as a fiduciary for its clients and developing its own philosophy and process to guide investment decisions. Wellington does not have a Chief Investment Officer, or any group of individuals, who give “top-down” direction with respect to investment positions or strategies for the accounts that Wellington manages. Wellington believes that this structure best enables it to meet the investment objectives of its diverse client base and encourages individual responsibility for investment performance.

Accurate, comparable data about material climate-related risks is critical to our ability to make more informed investment decisions on behalf of our clients. Because climate change will continue to affect society, economies, and markets, investors need this information to better price climate risks and fully assess the value of an issuer’s securities. Inadequate data and the absence of a widely adopted standardized framework for disclosure currently limits our ability to evaluate the impacts of climate change (positive or negative) on our clients’ portfolios.

We encourage you to fully adopt all published ISSB standards (currently S1 and S2). Below are key reasons we believe this would be valuable for investors, companies, and governments as issuing entities.

Benefits to investors

1. **Aligning with materiality-based standards:** We support the global baseline that is centered on financial materiality, both for assessing enterprise value and focusing on industry-specific sustainability topics. The focus on financial materiality addresses a critical issue: the need for market participants to accurately assess the enterprise value of individual companies with information on sustainability topics most relevant to financial outcomes, industry by industry, and ultimately issuer by issuer. This is consistent with the structure of Wellington’s investment research teams, as ESG analysts are fully integrated with relevant industry experts focused on equity and credit analysis. The cornerstone of the ESG research process is ESG materiality frameworks, defining what industry teams believe are key issues for each sector and identifying metrics for assessing issuers’ performance and potential long-term value.
2. **Informing investment analysis across geographies:** A global baseline will provide investors with comparable, consistent, and reliable information. Comparability across geographies is particularly relevant to global investors like Wellington, given that several actively managed investment boutiques consider the relative value of companies across jurisdictions, rather than within a single jurisdiction. In the absence of required disclosure, investors must leverage third-party datasets which make estimates and assumptions. When we compare reported and estimated sustainability information for individual companies, we see significant divergence that can lead to different investment conclusions.

Benefits to companies

-
3. **Reducing reporting burden:** By focusing on the issues most pertinent to investors, the ISSB standards should provide clarity for companies and allow them to disclose material information with greater efficiency and accuracy and lower costs of compliance. This is further underscored by the incorporation of the Task Force on Climate-Related Financial Disclosures (TCFD) recommendations into the ISSB Standards from 2024.
 4. **Sharpening strategy to address risks opportunities:** While meeting these disclosure expectations will require reporting entities to deepen their knowledge of the sustainability topics most material to their business, we believe greater transparency will have significant long-term benefits for financial markets, including for the issuers of securities themselves. Measuring and disclosing climate transition risks might help an entity realize strategic opportunities for growth or address vulnerabilities in its business model. Measuring and disclosing exposure and resilience to physical climate perils such as flooding, drought, hurricanes, wildfires, extreme heat, water scarcity, or sea-level rise could help a company protect its facilities and workforce, maintain access to raw materials and energy sources, and ensure that its locations remain fit for purpose.

Benefits to governments as issuing entities

5. **Attracting private sector capital:** Government debt is one of the asset classes in which Wellington invests on behalf of clients. Wellington applies the same research-led approach to assessing sustainability risks and opportunities to governments. This research is underpinned by our investment belief that a country's probability of default and depth of buyer base may be influenced by outsized exposure to transition risk and inadequate risk management. We understand that countries face unique climate risks and opportunities and may use different combinations of policy and financing tools to support the stability of their domestic financial markets. The global low-carbon transition is likely to result in a decline in high-carbon industries or in international demand for exports, which may harm a country's fiscal position – even if a country does not implement its own transition policies. Risk management can take many forms, including using government spending to diversify the economy beyond fossil fuel production by stimulating low-carbon sectors to support long-term economic growth. Our ESG analysis favors countries which require mandatory disclosures and are better able to attract and retain long-term investment, especially from international investors, as a complement to government spending. We believe this should lead to more sustainable debt levels throughout the transition and in turn increase the likelihood of executing against its stated transition target.

For these reasons, we encourage jurisdictions to adhere to a consistent global baseline, and to act in a timely manner. If adaptation is appropriate in your context, we encourage deviations in the form of reliefs – such as adjustments to the criteria for organizations covered or slower phasing of the first disclosure deadline – or supplementary disclosure areas to the global baseline, rather than carving out elements of the standards. In doing so, this would preserve the key benefits outlined above.

Thank you for considering our perspective. We would be open to discuss any of these points in further detail. Please feel free to contact us using the contact information below.



Wendy Cromwell, Senior Managing Director, Vice Chair, Head of Sustainable Investment
wmcromwell@wellington.com

Via E-Mail an ehra@bj.admin.ch

Herr Bundesrat Beat Jans

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Bundeshaus West

3003 Bern

Zürich, 17. Oktober 2024

Stellungnahme der Zürcher Kantonalbank zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Am 26. Juni 2024 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts (Transparenz über Nachhaltigkeitsaspekte) mit Frist zur Stellungnahme bis zum 17. Oktober 2024 eröffnet. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

I. Allgemeine Bemerkungen

Mit den neuen Bestimmungen über die Berichterstattungspflichten für Unternehmen will der Bundesrat die Regeln für die nachhaltige Unternehmensführung weiterhin international abstimmen und künftig eine grössere Anzahl Unternehmen über die Risiken ihrer Geschäftstätigkeit in den Bereichen Umwelt, Menschenrechte und Korruption sowie die dagegen ergriffenen Massnahmen Bericht erstatten lassen. Dies, um die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele, insbesondere das Pariser Klimaabkommen und die Sustainable Development Goals (SDG), nicht zu gefährden. Grundsätzlich unterstützen wir Bestrebungen zur Erreichung der genannten Ziele. Ebenso anerkennen wir die Wichtigkeit der Umlenkung von Finanzströmen in nachhaltige Unternehmen und Tätigkeiten zur Erreichung der Ziele und begrüssen es, dass auch die Rolle der Realwirtschaft erkannt und sie vermehrt in die Massnahmen einbezogen wird.

Dennoch erlauben wir uns, einige Änderungs- und Anpassungsvorschläge zur Vorlage anzubringen. Unsere Hauptkritikpunkte betreffen die geplante Ausweitung des Anwendungsbereichs unter Orientierung am EU-Recht (hierzu nachfolgende Ziffer II.) sowie die neuerdings verlangte Berichterstattung über die gesamte Wertschöpfungskette (hierzu nachfolgende Ziffer III). Ein international abgestimmtes Vorgehen im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung macht durchaus Sinn. Die aktuelle Vorlage orientiert sich jedoch lediglich am EU-Recht, was die Gefahr von Wettbewerbsnachteilen für die betroffenen Unternehmen und einer zu einseitigen Sichtweise mit sich bringt und weitere internationale Entwicklungen mit Bedeutung für die Branche aussen vorlässt. Hinzu kommt, dass mit der aktuellen Gesetzesvorlage auf technischer Ebene (Ebene der Berichterstattung) voreilig

Zürcher Kantonalbank

Prinzipien aus der EU eingeführt werden sollen, zu welchen auf materieller Ebene (materielles Recht) in der Schweiz noch gar keine Regeln existieren.

Die Zürcher Kantonalbank (ZKB) hat sich aktiv in die Arbeiten der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) zum Thema eingebracht und unterstützt daher deren Stellungnahme vollumfänglich. Wir möchten jedoch die Gelegenheit wahrnehmen und einzelne, für die ZKB zentrale Anliegen nochmals separat hervorheben.

II. Anwendungsbereich, Art. 964a VE-OR

Die Vernehmlassungsvorlage sieht durch Anpassung der Schwellenwerte analog dem EU-Recht sowie der alternativen Erfüllung der Kriterien in Art. 964a VE-OR (vgl. S. 15 Erläuternder Bericht) eine Ausweitung des heutigen Anwendungsbereichs auf weitere Unternehmen vor. Dies wirkt sich in unseren Augen auf zwei Ebenen ungünstig aus: Zum einen wären durch die Ausgestaltung der alternativen Kriterien in Art. 964a VE-OR fortan neben Publikumsgesellschaften auch die Banken mit einer Bankbewilligung der FINMA per se, also ohne Erreichung der Schwellenwerte und damit ungeachtet ihrer Grösse oder ihres Geschäftsmodells verpflichtet, einen Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte zu erstellen und dies zudem in detaillierterer Ausführung als bisher (siehe dazu Art. 964c VE-OR). Zum anderen wäre durch die Senkung des Schwellenwerts von 500 auf 250 Vollzeitstellen in Kombination mit dem Umstand, dass die Anzahl Vollzeitstellen nicht mehr Pflichtbedingung sein soll, künftig insgesamt eine viel grössere Anzahl Unternehmen in der Schweiz von den Berichterstattungspflichten erfasst (vgl. die Ausführungen auf S. 5 Regulierungsfolgenabschätzung). Der dadurch verursachte Aufwand sowie die Kosten, mit denen für die Berichterstattung einerseits und deren externe Prüfung andererseits zu rechnen sind, stehen in keinem Verhältnis zum Nutzen und dem Mehrwert.

Wir möchten uns einer effektiven und verhältnismässigen Berichterstattung über Nachhaltigkeitsaspekte keinesfalls verschliessen und unterstützen grundsätzlich das verfolgte Ziel, ausreichend vergleichbare und verlässliche Informationen über die Nachhaltigkeit möglicher Investitionsziele zu erhalten (vgl. S. 4 Regulierungsfolgenabschätzung). In unseren Augen ist dies jedoch nicht mit einer derart weitgehenden Ausweitung des Anwendungsbereichs zu erreichen. Mit der geplanten Ausdehnung scheint man eins zu eins EU-Recht (CSRD) nachvollziehen zu wollen, ohne dass dieser Nachvollzug kritisch hinterfragt und auf die Kompatibilität mit den Gegebenheiten hiezulande geprüft wird. Man würde eine Ungleichbehandlung der Unternehmen erreichen, da Publikumsgesellschaften und Banken sowie Verwalter von Kollektivvermögen im Unterschied zu allen anderen Unternehmen ungeachtet ihrer Grösse von den Berichterstattungspflichten betroffen wären, was schlichtweg nicht nachvollziehbar ist. Zudem ist die Unternehmenspopulation in der EU, spezifisch in Deutschland, völlig unterschiedlich zu derjenigen in der Schweiz, wo über 99% der Unternehmen KMU sind. Hinzu kommt, dass die explizite Unternehmensgrösse von KMUs in Deutschland im Durchschnitt viel grösser ist als in der Schweiz. Damit müssten in der Schweiz mit der geplanten Ausdehnung des Anwendungsbereichs übermässig viele kleine bis mittlere Unternehmen inkl. Banken fortan eine Nachhaltigkeitsberichterstattung implementieren. Diese Vorgehensweise erscheint unverhältnismässig mit Blick auf das Kosten/Nutzen-Verhältnis und birgt die Gefahr von Wettbewerbsnachteilen für die betroffenen KMU und kleinen Institute.

Gestützt auf diese Ausführungen möchten wir eine Anpassung von Art. 964a VE-OR vorschlagen, analog zu den Vorschlägen der SBVg. Die Streichung von Ziffer 1 würde dazu führen, dass künftig sämtliche Unternehmen in Bezug auf die Frage, ob sie unter die Berichterstattungspflichten fallen, gleichgestellt werden bzw. anhand derselben Kriterien (nämlich den Schwellenwerten) gemessen werden. Bei der bevorzugten Option 1 könnte dadurch, dass die Anzahl Vollzeitstellen wieder zur Pflichtbedingung gemacht würde und die bisherigen Schwellenwerte beibehalten würden, eine unverhältnismässige Ausdehnung des Anwendungsbereichs auf eine Vielzahl von Schweizer Unternehmen verhindert werden.

Option 1 – bevorzugte Option

Art. 964a VE-OR

Folgende Unternehmen müssen jährlich Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte erstatten:

~~1. Gesellschaften des öffentlichen Interesses im Sinne von Artikel 2 Buchstabe c Ziffern 1 und 2 Revisionsaufsichtsgesetz vom 16. Dezember 2005 (RAG) 1;~~

~~1. Unternehmen, die in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren mindestens 500 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt haben; und~~

~~2. Unternehmen, die zwei eine der nachstehenden Grössen in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren überschreiten:~~

~~a. Bilanzsumme von 25 20 Millionen Franken,~~

~~b. Umsatzerlös von 50 40 Millionen Franken,~~

~~c. 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt;~~

~~3. Unternehmen, die nach Artikel 963 zur Erstellung einer Konzernrechnung verpflichtet sind und die zusammen mit den kontrollierten Unternehmen zwei der Grössen nach Ziffer 2 in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschreiten.~~

Subsidiäre Forderung / Option 2: Sollten die vorgeschlagenen Anpassungen in Option 1 keine Mehrheit finden, sprechen wir uns eventualiter für die nachfolgenden Änderungen aus (Option 2). Unabdingbar ist, dass die Unternehmen in der Schweiz in puncto Unterstellung unter die Berichterstattungspflichten gleichgestellt werden. Dies ist lediglich durch Streichung von Ziffer 1 zu erreichen.

Option 2

Art. 964a VE-OR

Folgende Unternehmen müssen jährlich Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte erstatten:

~~1. Gesellschaften des öffentlichen Interesses im Sinne von Artikel 2 Buchstabe c Ziffern 1 und 2 Revisionsaufsichtsgesetz vom 16. Dezember 2005 (RAG) 1;~~

~~1. Unternehmen, die in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren mindestens 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt haben; und~~

~~2. Unternehmen, die zwei eine der nachstehenden Grössen in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren überschreiten:~~

~~a. Bilanzsumme von 25 Millionen Franken,~~

~~b. Umsatzerlös von 50 Millionen Franken,~~

~~c. 250 Vollzeitstellen im Jahresdurchschnitt;~~

~~3. Unternehmen, die nach Artikel 963 zur Erstellung einer Konzernrechnung verpflichtet sind und die zusammen mit den kontrollierten Unternehmen zwei der Grössen nach Ziffer 2 in zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschreiten.~~

III. Zweck und Inhalt des Berichts, Art. 964c VE-OR

Gemäss Vernehmlassungsvorlage sowie dem Erläuternden Bericht wird künftig eine Berichterstattung in Bezug auf alle Nachhaltigkeitsaspekte und über die gesamte Wertschöpfungskette – von der Rohstoffgewinnung bis zur Entsorgung – verlangt. Dies, obwohl die Schweiz das Konzept der nachgelagerten Wertschöpfungskette bis dato nicht kennt, geschweige denn entsprechende Vorgaben, Sorgfaltspflichten und Ausnahmen in Bezug auf die Lieferkette im Schweizer Recht verankert sind. Einzige Ausnahme davon besteht im Bereich der Konfliktmineralien und der Kinderarbeit in Form der VSoTr.

Weiter ist derzeit unklar, wie sich die Schweizer Regulierung in Zukunft an die CSDDD anpassen wird. So ist die CSDDD derzeit auch explizit nicht Gegenstand der vorliegenden Vernehmlassung (vgl. S. 6, Erläuternder Bericht).

Eine Berichterstattung über die gesamte vor- und nachgelagerte Wertschöpfungs-/Lieferkette (inkl. Entsorgung) geht daher (zumindest zum jetzigen Zeitpunkt) zu weit und würde unseres Erachtens dazu führen, dass man über die Berichterstattungspflichten ("formelle Pflichten") eine Lieferkettengesetzgebung ("materielle Pflichten") in der Schweiz einführt. Dies widerspricht den Schweizer Prinzipien von Regulierung und muss unbedingt verhindert werden.

Entsprechend schlagen wir vor, dass der Inhalt der Berichterstattung jegliche Aspekte der Wertschöpfungskette ausblendet, was zu den nachfolgend direkt im vorgeschlagenen Gesetzestext ersichtlichen Änderungen führen würde.

Des Weiteren ist die Forderung, neben den tatsächlichen auch die potenziellen negativen Auswirkungen zu umschreiben, unverhältnismässig und ist darüber hinaus in der Praxis kaum umsetzbar. Dieser Teil ist somit in Abs. 3 Ziff. 7 und Ziff. 8 zu streichen.

Zu den Standards, an welchen man sich bei der Berichterstattung orientieren soll, ist Folgendes anzumerken: Der Erläuternde Bericht stellt die künftige Äquivalenz des GRI in Kombination mit den IFRS in Frage (vgl. S. 7 und 32, Erläuternder Bericht). Für die Branche würde es jedoch eine Abkehr der heute geltenden Rahmenbedingungen bedeuten, wenn zwingend der European Sustainability Standard (ESRS) umgesetzt werden müsste. Diese Änderung ist weder verständlich noch angemessen, umso weniger, als eine Kooperation zwischen GRI und EFRAG als Herausgeber von ESRS existiert und der GRI-ESRS Interoperability Index eine hohe Übereinstimmung zwischen den beiden Standards aufzeigt. Hinzu kommt, dass der aktuell vorgeschlagene Gesetzestext wiederum eine zu starke Orientierung am EU-Recht propagiert, welche die übrigen internationalen Entwicklungen in diesem Bereich zu wenig berücksichtigt und sich daher für die berichterstattenden Unternehmen einschränkend auswirken kann.

Gestützt auf diese Ausführungen sind die nachfolgenden Änderungen im Gesetzestext vorzunehmen:

Art. 964c

¹ (...)

² (...)

³ Der Bericht umfasst insbesondere:

(...)

7. eine Beschreibung der wesentlichen tatsächlichen ~~oder potenziellen negativen~~ Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsaspekte beziehungsweise von Nachhaltigkeitsaspekten, die mit der Geschäftstätigkeit des Unternehmens ~~und mit seiner Wertschöpfungskette~~ verbunden sind sowie eine Beschreibung der Massnahmen zur Ermittlung und Überwachung dieser Auswirkungen;
8. eine Beschreibung der Massnahmen des Unternehmens zur Verhinderung, Minderung, Behebung oder Beendigung tatsächlicher ~~oder potenzieller negativer~~ Auswirkungen nach Ziffer 7, und des Erfolgs dieser Massnahmen;

(...)

⁴ Die in den Absätzen 1 und 3 genannten Angaben umfassen Informationen zur Geschäftstätigkeit des Unternehmens ~~und zu seiner Wertschöpfungskette~~, einschliesslich Angaben zu seinen Produkten und Dienstleistungen ~~sowie~~ seinen Geschäftsbeziehungen ~~und seiner Lieferkette~~.

⁵ Die Angaben müssen ~~die in der europäischen Union verwendeten~~ ~~den in international vergleichbaren~~ Standards, ~~oder einen anderen gleichwertigen Standard~~ für die Nachhaltigkeitsberichterstattung ~~geforderten Angaben erfüllen~~ entsprechen. Der gewählte Standard muss in seiner Gesamtheit für alle Vorgaben dieses Artikels übernommen und im Bericht über Nachhaltigkeitsaspekte genannt werden. Der Bundesrat bezeichnet die Standards.

(...)

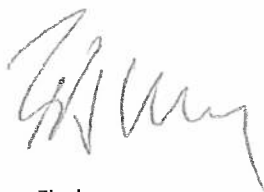
Für die übrigen Ausführungen möchten wir auf die Stellungnahme der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) verweisen, deren Forderungen wir vollumfänglich unterstützen.

Für die Kenntnisnahme unserer Vorbringen möchten wir uns bedanken und stehen für Fragen jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Zürcher Kantonalbank



Nina Fraefel
Regulatory Compliance



Tom Fischer
General Counsel